Montag, 13. Juni 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 90,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 135 - 24.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG. Postf.10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11

Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Ustinow als Kandidat ausgeschieden?

AFP, Moskau

Der sowjetische Verteidigungsminister Ustinow ist offensichtlich als Kandidat für das Amt des Staatschefs ausgeschieden. Das wurde indirekt in einem Militärkommuniqué bestätigt. Darin hieß es, Marschall Ustinow werde die zwischen dem 29. Juni und 4. Juli im Nordosten der UdSSR stattfindenden Manöver beaufsichtigen, und zwar „in seiner Eigenschaft als Verteidigungsminister". Das bedeutet, daß der 75jährige Ustinow im Juli noch immer Verteidigungsminister und somit nicht Staatschef sein wird. Am Donnerstag soll der neue Staatschef vom Obersten Sowjet gewählt werden. Für morgen ist eine Plenarsitzung des ZK angesetzt. Der Posten des Staatschefs ist seit dem Tod Breschnews am 10. November 1982 vakant. Die Machtposition Jurij Andropows war damals offensichtlich nicht gefestigt genug, um von seinem Vorgänger dieses Amt zusammen mit der Parteiführung zu übernehmen. Heute ist Andropows Stellung jedoch so stark, daß er am Donnerstag seine eigene Wahl durchsetzen könnte. Wichtiger ist für den KPdSU-Chef jedoch, daß bei der ZK-Sitzung die Männer seines Vertrauens ins Politbüro gewählt werden, wo die Grundlinien sowjetischer Politik festgelegt werden.

ZITAT DES TAGES



„Die Politiker müssen sich sagen und sie müssen bekennen, daß sie das Anspruchsdenken selbst erzeugt haben."

Hans-Günter Hoppe, stellvertretender FDP-Fraktionsvorsitzender, am Samstag im Saarländischen Rundfunk
FOTO: POLY-PRESS

Moskaus neuer Mann

AP/rtr, Moskau

Neuer sowjetischer Botschafter in der „DDR" wird der bisherige stellvertretende Ministerpräsident der Russischen Sozialistischen Sowjetrepublik, Wjatscheslaw Kotschemasow. Das meldete die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur Tass am Wochenende. Der 64jährige Kotschemasow tritt die Nachfolge von Pjotr Abrassimow (71) an, der künftig das neugeschaffene Staatskomitee der UdSSR für Auslandstouristik leitet. Der neue Botschafter, ein ehemaliger Funktionär des Jugendverbands Komsomol, war bereits Ende der fünfziger Jahre in der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin tätig. Später arbeitete er in der für beide deutsche Staaten zuständigen dritten Abteilung im Außenministerium.

Polen vor Papstbesuch

AFP/dpa/KNA, Warschau

Zehn Mitglieder der verbotenen freien Gewerkschaft „Solidarität" sind am Wochenende im südpolnischen Krakau verhaftet worden. Wie das polnische Fernsehen dazu mitteilte, hätten die Sicherheitskräfte einen Sender beschlagnahmt sowie drei Druckereien entdeckt. Aus kirchlichen Kreisen wurde bekannt, daß zur Begrüßung des Papstes auf dem Warschauer Flughafen am Donnerstag nicht General Jaruzelski, sondern von staatlicher Seite der Staatsratsvorsitzende Jablonski anwesend sein wird. Aus vielen Städten machen sich bereits Pilgerzüge zu Fuß zu einem der acht Orte auf, in denen sich der Papst während seines einwöchigen Besuches aufhalten wird. Unterdessen hat die Regierung Jaruzelski dem Schriftstellerverband (ZLP) eine letzte Frist gesetzt, um sich für oder gegen das Regime zu entscheiden.

EG-Belastungen um 31,6 Prozent gestiegen

dpa/AP, Bonn

Die Belastung der Bundesrepublik Deutschland durch Mitgliedsbeiträge an die Europäische Gemeinschaft hat drastisch zugenommen. Die Nettozahlungen stiegen im vergangenen Jahr nach Berechnungen des Bundesfinanzministeriums um knapp 31,6 Prozent auf 7,5 Milliarden Mark. Damit zahlte jeder Bundesbürger im Durchschnitt 122 Mark mehr an die EG-Partner, als er von diesen erhielt. Vier Tage vor Beginn des Stuttgarter EG-Gipfels hat Bundeskanzler Helmut Kohl zwar vor der Gefahr gewarnt, die Europäische Gemeinschaft „als eine Art von Filiale einer Bank zu betrachten, zu der man Kapital bringt und hofft, mehr ausbezahlt zu bekommen als man einzahlt". Wie Kohl in der ZDF-Sendung „Bonner Perspektiven" gestern unterstrich, sei es angesichts der angespannten Haushaltsalage in den Ländern der EG allerdings an der Zeit, die Finanzierung der Gemeinschaft zu überdenken. Bonner Spitzenpolitiker erwarten von dem Stuttgarter Gipfel Anstöße für lange fällige Reformen insbesondere im Bereich des EG-Agrarmarktes. Heute wollen sich die Außen- und Landwirtschaftsminister zur Vorbereitung der Konferenz in Luxemburg treffen.

Thema Jena ansprechen

rtr, Paderborn

Bonn will in den Gesprächen mit der „DDR" in den innerdeutschen Kommissionen die Abschiebung von Angehörigen der Jenaer Friedensbewegung als „grobe Mißachtung von Menschenrechten und der Meinungsfreiheit des Bürgers" zur Sprache bringen. Dies kündigte der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, bei einer Veranstaltung des Bonner Friedensforums in Paderborn an.

Disziplinarverfahren

dpa, Bonn

Gegen den ehemaligen Ministerialdirektor und Abteilungsleiter im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Edgar Hirt, ist ein förmliches Disziplinarverfahren beim Bundesdisziplinarhof eingeleitet worden. Wie ein Sprecher des Ministeriums dazu sagte, ist dies das Ergebnis der Vorermittlungen um die im Ministerium verschwundenen 5,6 Millionen Mark.

WIRTSCHAFT

10 000 Lehrstellen mehr

AP, Hamburg

Von der Möglichkeit, 10 000 zusätzliche Lehrstellen zur Verfügung zu stellen, hat der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Paul Schnitker, gesprochen. Gegenüber „Bild am Sonntag" verwies er darauf, daß 1980 der bisher geburtenstärkste Jahrgang bei Schulabgängern gewesen sei. Für diese jungen Leute habe das Handwerk damals 243 000 Lehrstellen geschaffen. Der Verband wollte dafür kämpfen, diese Zahl wieder zu erreichen. die bei weniger Lehrstellenbewerbern heute 10 000 zusätzliche Plätze bedeute.

0,4 Prozent Wachstum

rtr, Brüssel

Mit einem Wirtschaftswachstum von 0,4 Prozent für 1983 in den Staaten der Europäischen Gemeinschaft rechnet der Bericht der EG-Kommission, der am kommenden Freitag auf dem EG-Gipfel in Stuttgart vorgelegt werden soll. Zugleich wird davor gewarnt, daß die sich langsam abzeichnende wirtschaftliche Erholung durch hohe Zinsen in den USA abgefangen werden könnte.

WETTER

Heiter bis wolkig

DW. Essen

Die Kaltfront eines Tiefs bei Island überquert Deutschland ostwärts. Auf ihrer Rückseite fließt kühlere Meeresluft ein. Vormittags im Westen, am Nachmittag im Osten des Bundesgebietes Durchzug stärkerer Bewölkung und gelegentlich leichter Regen. Temperaturen 17 bis 20 Grad.

Heute in der WELT

Kissinger in Worms: Frieden und Freiheit sind unteilbar

Gemeinsam mit Genscher bekräftigt er deutsch-amerikanische Freundschaft

BERNT CONRAD, Bonn

Der frühere amerikanische Außenminister Henry Kisisinger hat in Worms vor einer einseitigen Entwaffnung des Westens gewarnt. Der Wunsch nach Frieden habe immer im Mittelpunkt der amerikanischen Politik gestanden, versicherte Kissinger. „Wenn aber Frieden das einzige Ziel der Demokratien ist, dann werden sie Opfer von Druck und Erpressung. Darum muß die Furcht vor einem atomaren Krieg verbunden werden mit der Sehnsucht nach Freiheit und Gerechtigkeit."

Kissinger, der gemeinsam mit Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher zu einem rheinland-pfälzisch/amerikanischen Freundschaftstag nach Worms gekommen war, stellte weiter fest: „Ich diene meinem Land in dem Sinne, daß Frieden und Freiheit unteilbar sind und daß das Schicksal meiner alten Heimat Deutschland und meines jetzigen Landes Amerika auf das engste miteinander verbunden sind. Dies ist ein Standpunkt, der in den Vereinigten Staaten überparteilich vertreten wird und den ich auch in der Bundesrepublik Deutschland als überparteilich ansehe."

Der langjährige US-Außenminister fuhr fort: „Unsere Soldaten in Deutschland schützen nicht nur die amerikanischen Interessen, sondern die gemeinsamen Interessen des Westens." Unter starkem Beifall rief Kissinger den anwesenden Vertretern deutsch-amerikanischer Freundschaftsgruppen zu: „Es ist unser gemeinsames Ziel als Amerikaner und Deutsche, für eine Welt zu arbeiten, in der die Anständigen sicher und die Gerechten frei sein können."

Bundesaußenminister Genscher versicherte den Amerikanern: „Ihr könnt euch auf uns als gute Partner verlassen, so wie wir wissen und erfahren haben, daß wir uns auf euch als Partner und Freunde verlassen können." Mit Nachdruck erklärte der FDP-Chef: „Wer unser Land in den Neutralismus führen will, der gefährdet die Freiheit und die Stabilität und damit den Frieden in Europa. Die Zugehörigkeit zum Westen ist die Grundlage unserer Friedenspolitik. Diese feste Grundlage bewahrt uns davor, daß wir als Land im Herzen Europas zum Spielball des Ost-West-Gegensatzes werden. Auch unsere nationale Frage können wir nur in der Gemeinschaft der westlichen Demokratien lösen."

Der Minister erinnerte an die entscheidende Rolle der Vereinigten Staaten „bei der Grundlegung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer im Grundgesetz normierten Verfassungsordnung, beim wirtschaftlichen Wiederaufbau im Rahmen des Marshall-Planes, beim Schutz unserer Freiheit, für die die Berliner Luftbrücke bis heute ein unvergessenes Symbol ist".

Improvisiert fügte der FDP-Chef hinzu: „Berlin, das ist die Stadt, in der und für die die Herzen der Deutschen in Ost und West schlagen als einem Hort der Freiheit im Herzen Europas." Ohne die USA wäre die Bundesrepublik nach den Worten Genschers „nicht das geworden, was sie heute ist, nämlich eine der gefestigtsten parlamentarischen Demokratien in der Welt mit einer gesunden, auch der Zu-

● Fortsetzung Seite 8

NATO grenzt Osthandel stärker ein

Neue Erklärung geht über Aussagen von Williamsburg und Versailles hinaus

BERNT CONRAD, Bonn

Die NATO-Außenminister haben sich in Paris auf Formulierungen zum Osthandel geeinigt, die in ihrer sicherheitspolitischen Relevanz weit über die knappe Aussage von Williamsburg hinausgehen und auch das Kommuniqué der letzten NATO-Ratstagung vom Dezember 1982 im Sinne Washingtons präzisieren. Sogar die später zwischen Amerikanern und Europäern heftig umstrittene Erklärung des Versailler Weltwirtschaftsgipfels vom Juni 1982, die Kreditbegrenzungen im Ostgeschäft vorsah, bleibt im sicherheitspolitischen Bereich hinter dem Pariser Text zurück.

Zwar haben die Außenminister in ihrem am Freitagnachmittag veröffentlichten Kommuniqué einleitend die positive Feststellung des NATO-Rates von 1982 wiederholt: „Handel auf der Grundlage handelspolitisch vernünftiger Bedingungen und gegenseitigen Vorteils, der eine Vorzugsbehandlung der Sowjetunion vermeidet, trägt zu konstruktiven Ost-West-Beziehungen bei." Doch dem folgt die Feststellung: „Gleichzeitig müssen die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion und den Staaten Osteuropas auch weiterhin mit den allgemeinen sicherheitspolitischen Interessen des Bündnisses übereinstimmen. Hierzu gehört es, Abhängigkeiten von der Sowjetunion zu vermeiden und nicht zu den sowjetischen militärischen Fähigkeiten beizutragen."

Die Ablehnung von „Abhängigkeiten" war weder auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg noch in Versailles oder beim Brüsseler NATO-Rat in den Kommuniqué-Text aufgenommen worden. Diese Formel richtet sich in ihrer Tendenz offensichtlich vor allem gegen weitere Erdgas-Geschäfte mit der Sowjetunion. Denn der folgende Satz lautet unmißverständlich: „Die Erschließung westlicher Energiequellen sollte daher gefördert werden."

Neu ist auch die Aussage im Pariser Text: „Um zu vermeiden, daß die Sowjetunion weiterhin bestimmte Formen des Handels dazu benutzt, ihre militärische Stärke zu erhöhen, werden die Bündnispartner bei ihrer laufenden Prüfung der Sicherheitsaspekte der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West wachsam bleiben."

Über diese „starke" Erklärung" zeigte sich US-Außenminister George Shultz vor seinem Abflug aus Paris sehr zufrieden. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher gab sein Einverständnis ausdrücklich zu Protokoll. Erstaunlich aber war, daß die Franzosen den restriktiven Formeln zugestimmt haben, nachdem ihr Widerstand schon im Vorfeld des letzten Weltwirtschaftsgipfels dazu geführt hatte, daß Präsident Ronald Reagan in Williamsburg fast ganz auf eine Erörterung der Osthandelsproblematik verzichtete.

Tatsächlich ist auch in Paris lange und zäh um den Text zu den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen gerungen worden. Vor allem Claude Cheysson bemühte sich um Abschwächungen. Am Ende aber wollte der französische Außenminister als Gastgeber offensichtlich einen offenen Dissens vermeiden und akzeptierte das Kommuniqué. Daß er dessen Bedeutung hinterher zu relativieren suchte, gehörte zu der schon rituell gewordenen Übung aller französischen Regierungen, die Akte der Bündnissolidarität nicht als Bruch de Gaullescher Distanzierungsprinzipien erscheinen zu lassen.

Saudis erneuern Wunsch nach Leo 2

Kohl konsultiert Israel und USA / Es geht um ein Geschäft von 10 Milliarden Mark

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat bei einem bislang geheimgehaltenen Treffen mit dem saudi-arabischen Verteidigungsminister Prinz Sultan die Möglichkeit des Exports des modernen Kampfpanzers Leopard 2 nach Riad besprochen. Nach Informationen der WELT fand die Begegnung zwischen dem Kanzler und dem Minister über Pfingsten in Ludwigshafen statt; der Prinz hielt sich damals zu einem Kuraufenthalt im Schwarzwald auf.

Dabei hat Prinz Sultan den seit Jahren in Bonn vorliegenden Wunsch nach der Lieferung des Kampfpanzers und anderer militärischer Ausrüstungsgeräte erneuert. Insgesamt geht es dabei um ein Auftragsvolumen zwischen 10 und 12 Milliarden Mark. Der Bundeskanzler soll nach zuverlässigen Informationen Verständnis für den Wunsch der saudi-arabischen Regierung gezeigt und in diesem Zusammenhang deren Entgegenkommen bei der Gewährung von weit über 30 Milliarden Mark zinsvergünstigter Kredite für Bonn besonders gewürdigt haben. Kohl gab bei diesem Treffen keine Zusage; aber im Bundeskanzleramt hieß es danach, der Kanzler werde sich nach Konsultationen mit den USA und Israel um das Zustandekommen der Panzerlieferung bemühen.

Dem Gespräch Kohls mit dem Prinzen waren Kontakte zwischen dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß sowie Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann mit dem saudi-arabischen Verteidigungsminister in Genf vorausgegangen. Vorab sollen der französische Verteidigungsminister Hernu und auch der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger dem Prinzen Panzerlieferungen aus den Produktionsserien ihrer Länder angeboten haben. Wie verlautete, hat sich Prinz Sultan diesen Angeboten gegenüber verschlossen gezeigt und zu verstehen gegeben, seine Regierung sei vorrangig an dem deutschen Kampfpanzer Leopard 2 interessiert.

Bundeskanzler Helmut Kohl soll bei seinem Geheimgespräch mit dem Prinzen betont haben, Bonn müsse sich in dieser Frage mit Israel und dessen Schutzmacht USA in Verbindung setzen. Gerade im besonderen Verhältnis zu Israel erreiche ein Abkommen dieser Qualität mit Saudi-Arabien auch eine moralische Kategorie.

Nach Informationen der WELT soll die Bundesregierung inzwischen auf inoffizieller Ebene und unter strikter Geheimhaltung Kontakte zur israelischen Regierung aufgenommen haben. In den letzten Tagen sei ein hoher Beamter nach Jerusalem gereist, um die Meinung der israelischen Regierung auszuloten. Israel, so wurde danach im Kanzleramt berichtet, habe erhebliche Vorbehalte gegen ein solches Arrangement mit Saudi-Arabien, das allerdings seinerseits darauf verweise, daß es mit Israel de facto in einem Friedenszustand lebe.

Andererseits liegt seit geraumer Zeit der Wunsch Israels nach der Lieferung der deutschen 120-Millimeter-Panzerkanone vor. Hier könnte sich ein Element eines umfangreichen Kompensationsgeschäftes abzeichnen, hieß es im Regierungskreisen.

Kohl möchte die Grundsatzentscheidungen im Bundessicherheitsrat treffen, ehe er zu seinen noch in diesem Jahr vorgesehenen Reisen nach Israel und Saudi-Arabien aufbricht. Bundesaußenminister Genscher wird eine eher ablehnende Haltung nachgesagt, während die CSU-Führung die Panzerlieferungen begrüßen würde. In der CDU gibt es unterschiedliche Meinungen.

Der ehemalige Kanzler Helmut Schmidt hatte den Saudis einst die Zusage gegeben, sie aber nicht einhalten können.

Seite 2: Behutsam im Wüstensand

Frau Thatcher verändert ihr Kabinett

Neuer Außenminister Howe / Oppositionsführer Foot kündigt Rückzug an

FRITZ WIRTH, London

Nur 24 Stunden nach ihrem Wahlsieg hat die britische Premierministerin Margaret Thatcher am Wochenende die bisher weitestreichende Regierungsumbildung ihrer Amtszeit vollzogen. Prominentestes Opfer wurde der bisherige Außenminister Francis Pym, dem kein neues Amt angeboten wurde. Er wird auf den Hinterbänken des Unterhauses verschwinden. Zu seinem Nachfolger wurde der bisherige Schatzkanzler Sir Geoffrey Howe ernannt.

Zugleich wurde Innenminister William Whitelaw aus der vordersten Kabinettslinie abgezogen. Er wurde von Frau Thatcher zum Viscount ernannt und erhielt damit den ersten vererbbaren Lordtitel in England seit 1965. Whitelaw wird künftiger Führer des britischen Oberhauses sein und in dieser Eigenschaft Kabinettsmitglied und stellvertretender Premierminister bleiben. Whitelaws Nachfolger als Innenminister wird der bisher weitgehend unbekannte Leon Brittan.

Die Regierungsumbildung war allgemein erwartet worden, ihr Ausmaß jedoch hat überrascht. Sowohl Pym als auch Whitelaw zählten bisher zum liberal-konservativen Flügel im Kabinett. Beide hatten im Jahre 1975 gegen Frau Thatcher um die konservative Parteiführung gekämpft. Pym verlor im ersten, Whitelaw im zweiten Wahlgang.

SEITE 2:
Sir Geoffrey Howe

Während Whitelaw sich um strenge Loyalität zu Frau Thatcher bemühte, wurde Pym zu einem ihrer schärfsten parteiinternen Kritiker. Er wurde von Frau Thatcher vor zwei Jahren wegen Meinungsverschiedenheiten über Kürzungen im Verteidigungsetat als Verteidigungsminister entlassen und zum Führer des Unterhauses ernannt. Als Lord Carrington zu Beginn des Falklandkonflikts seinen Stuhl als Außenminister räumte, wurde Pym sein Nachfolger. Sein Verhältnis zu Frau Thatcher blieb gespannt.

Die Entscheidung über die Abberufung Pyms fiel am späten Freitagabend. Pym wurde nahegelegt, für das Amt des Unterhaussprechers zu kandidieren, der am Mittwoch gewählt wird. Er lehnte ab. Sein Abschiedsbrief an Frau Thatcher besteht aus zwei knappen, formellen Sätzen. Es ist der kürzeste und kühlste Abschiedsbrief, den ein konservativer Minister nach dem Kriege geschrieben hat.

Die Abberufung von Whitelaw,

■ Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Schnelles Handeln

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Nach einem erbarmungslosen Wahlkampf und ihrem so eindrucksvollen Sieg am 9. Juni hätte Frau Thatcher allen Grund gehabt, am Wochenende ein beschauliches politisches Erntedankfest zu veranstalten und sich im Glanz ihres historischen Triumphes zu sonnen. Sie tat es nicht. Statt dessen bereitete sie ein mittelprächtiges personalpolitisches „Schlachtfest" unter ihren Ministern vor und bildete ihr Kabinett um.

Das ist kein Zufall, das ist der Stil dieser Frau und liefert eine Erklärung dafür, warum sie auch bei den Briten so hoch im Kurs steht: Es ist ihre Lust an der politischen Aktion, am „instant government", am schnellen Handeln. Diese Frau hält wenig von schöpferischen Pausen, aber sehr viel vom explosiven Ausbruch schöpferischer Energien. Am 9. Juni war die britische Opposition zum Opfer dieses resoluten Stils geworden, einen Tag später wurde es ein halbes Dutzend ihrer Kabinettsmitglieder.

Das Schlüsselereignis ihrer Kabinettsumbildung ist die Absetzung von Außenminister Pym, der jahrelang ihr größter Widersacher im Kampf um die Parteiführung war. Die Absetzung dieses Mannes war zum Teil parteiinterne Strafaktion, zum Teil kühles außenpolitisches Kalkül. Strafaktion, weil dieser Mann mitten im Wahlkampf öffentliches Unbehagen an einem „konservativen Erdrutsch" äußerte und damit buchstäblich der sozial-liberalen Allianz den Wahlslogan lieferte: Stoppt den Alleingang dieser Frau. Für Pym war es ein unverzeihlicher Schnitzer, für Frau Thatcher zuviel des Defätismus. Sie war böse, und sie schlug gestern zurück.

Die Berufung des Finanzfachmanns Sir Geoffrey Howe als Nachfolger jedoch war mehr als nur Belohnung für diesen Mann. Es war ein außenpolitisches Signal besonders an die europäischen Partner der Briten, daß für sie nun ein harter und unnachgiebiger Kampf gegen die finanzpolitischen Strukturen der Europapolitik beginnt.

Es mag sein, daß mit der Niederlage Labours die Diskussionen und Unsicherheiten über die britische EG-Zugehörigkeit endgültig beendet sind. Ein bequemerer Partner aber werden die Briten mit Sicherheit nicht werden. Der bevorstehende Gipfel in Stuttgart wird es bereits zeigen. Die übrigen neun Partner haben Anlaß, die Sicherheitsgurte anzulegen.

Tarif-Konflikt im öffentlichen Dienst beendet

GÜNTHER BADING, Stuttgart

Mit der Zustimmung der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) zu der Schlichtungsempfehlung und dem entsprechenden Angebot der öffentlichen Arbeitgeber wurde der Tarifkonflikt des öffentlichen Dienstes in diesem Jahr beendet. Die Große Tarifkommission der ÖTV hatte das Angebot – durchschnittlich 2,56 Prozent mehr Einkommen, einen Tag mehr Urlaub und Neuregelung der Zusatzversorgung – zunächst abgelehnt und eine Erklärungsfrist erbeten, die am vergangenen Samstag ablief. Die Tarifgemeingschaft der Angestellten unter Führung der Deutschen Angestellten Gewerkschaft (DAG) hatte zwar dieselben Bedenken wie die ÖTV geäußert, dem Schlichterspruch jedoch schon am 1. Juni zugestimmt.

Mit 78 gegen 27 Stimmen billigte die Tarifkommission jetzt bei vier Enthaltungen den Abschluß. Die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies hatte sich von Anfang an für den Abschluß eingesetzt. Sie appellierte an die öffentlichen Arbeitgeber, den „Unmut ihrer Beschäftigten sehr ernst zu nehmen". Für die kontroverse Diskussion in ihrer Gewerkschaft sei wohl auch „die Wut und die Enttäuschung" über unsoziale Sparpolitik, Stellenabbau und steigende Belastungen der Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes ursächlich. Der Tarifabschluß, der eine Laufzeit von 18 statt der bisher üblichen zwölf Monate hat, wird die öffentlichen Kassen mit rund 4,2 Milliarden Mark belasten. Das erklärte der Arbeitgeber-Verhandlungsführer, Bundesinnenminister Zimmermann.

Seite 3: Die ÖTV-Chefin

Resolution des Kirchentags zur Abschreckung

DW. Hannover

Zum Abschluß des 20. Deutschen evangelischen Kirchentages in Hannover haben die Teilnehmer der Veranstaltung „Umkehr der Kirche zum Frieden" eine Erklärung über „neue Sicherheitspolitik in Europa", die von Vertretern der evangelischen Kirche in der „DDR" vorgelegt worden war, mit überwältigender Mehrheit als Kirchentagsresolution angenommen. In dem Dokument, das sowohl von dem ehemaligen Ostberliner Bischof Albrecht Schönherr und dem Ostberliner Generalsuperintendent Günter Krusche als auch vom Kirchentagspräsidenten Erhard Eppler unterschrieben wurde, heißt es unter anderem, „Europa steht am Ende des Abschreckungsfriedens. Neue Waffen, geänderte Militärstrategien und die Zunahme politischer Spannungen signalisieren die Veränderung der Situation."

Insgesamt nahmen 40 Vertreter aus Kirchen der „DDR" an den Veranstaltungen des Kirchentages in Hannover teil, der gestern unter anderem in Anwesenheit von Bundespräsident Carstens, Bundestagspräsident Barzel und Bundeskanzler Kohl mit einem gemeinsamen Abendmahlgottesdienst von 90 000 Gläubigen im Niedersachsen-Stadion zu Ende ging. Kirchentagspräsident Eppler hob die „heitere Entschiedenheit" hervor, die diesen Kirchentag unvergeßlich mache. Mit ihren insgesamt mehr als 140 000 Teilnehmern sei die Veranstaltung allerdings auch an „gewisse Grenzen" gestoßen. Ein solcher Kirchentag sei durch die Vielfalt der Veranstaltungen kaum noch überschaubar.

Seite 2: Überall ist Ninive
Seite 4: Weitere Beiträge

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Behutsam im Wüstensand

Von Matthias Walden

Als seine Kanzlerschaft sich schon abwärts und endwärts neigte, war Helmut Schmidt nach Riad gereist und hatte den Saudis Verständnis für deren Wunsch nach unserem heißbegehrten „Leo 2“ signalisiert. Unmittelbar danach kam es zum Eklat zwischen Begin und Schmidt, weil der deutsche Regierungschef am Tage seiner Heimkehr für einen Palästinenserstaat plädiert hatte – und sei es unter einem PLO-Regime.

Nun kocht die Waffenfrage wieder hoch. Saudi-Arabien hat die Hoffnung noch nicht aufgegeben, des deutschen Spitzenpanzers habhaft zu werden. Die Neuauflage dieses Themas kommt zu einem ungünstigen Zeitpunkt: Von einem „heißen Herbst“ ist die Rede, und die Raketennachrüstung der NATO löst, noch bevor die flackernden Lichter in Genf erloschen sind, siedende Emotionen aus.

Deutsche Waffenlieferungen, an wen auch immer, sind ohnehin ein heißes Eisen. Totale Abstinenz wird es nicht geben können, ein Übermaß wäre von Übel. Die Bundesregierung braucht Ruhe für eine Gratwanderung der Besonnenheit.

Leoparden für die Saudis? Wenn überhaupt, dann nur in Übereinstimmung mit Jerusalem und Washington. Israels Einverständnis ist ohne entsprechende Kompensationen zu seinen Gunsten nicht vorstellbar. Und die Bundesrepublik Deutschland sollte – Öl hin, Öl her – spröde gegenüber Riad bleiben, solange dort der Slogan vom „heiligen Krieg“ gegen Israel nicht ausgelöscht und der Beschluß nicht gefaßt ist, im nahöstlichen Friedenskonzept der Dritte im Bunde zu werden.

Ein solcher Weg läßt sich aber nicht in Nagelstiefeln gehen, sondern nur auf Zehenspitzen.

Angst vor der Religion

Von Carl Gustaf Ströhm

Die Schaffung von „Atheismus-Räten“ hat der Propagandachef von Kasachstan in der Moskauer Zeitung „Sowjetskaja Kultura“ (die deutsche Übersetzung heißt ironischerweise „Sowjetische Kultur“) gefordert. Damit bestätigt sich die seit Andropows Machtantritt bereits mehrfach beobachtete Verschärfung der antireligiösen Kampagne in der Sowjetunion. Neuerdings wird sogar wieder vom „militanten Atheismus“ gesprochen. Das ist eine Redewendung, die seit Stalins Tagen nicht mehr üblich war.

Die Gründe für diese Aktion werden von dem Sowjetregime recht offen genannt: Der Glaube an Gott ist auch im siebten Jahrzehnt sowjetischer und damit atheistischer Herrschaft nicht ausgerottet worden. Nicht im eigentlichen Rußland, erst recht nicht in den Randgebieten. Der Propagandachef von Kasachstan weiß gewiß einiges über die Renaissance des Islam im sowjetischen Zentralasien.

Erst vor wenigen Tagen gab es eine Massenpetition litauischer Katholiken, die von Andropow Religionsfreiheit forderten. Der bevorstehende Papst-Besuch in Polen wird, sosehr man ihn auch diesmal abschirmen mag, über die polnische Grenze hinaus wirken. Schließlich regen sich auch in der russisch-orthodoxen Kirche die Kräfte in dem Maß, in dem die Anziehungskraft der kommunistischen Ideologie verblaßt – interessanterweise besonders in den gebildeten Schichten, also bei jenen Menschen, die nachdenken.

Das sowjetische System hat sich nie davor gescheut, religiöse Gefühle und Institutionen für eigene Zielsetzungen zu gebrauchen. Im Krieg holte Stalin die russisch-orthodoxe Kirche nach jahrzehntelanger blutiger Verfolgung buchstäblich aus der Versenkung hervor. Wenn es um Abrüstungskampagnen geht, lobt und unterstützt Moskau katholische Bischöfe in Amerika und deutsche Protestanten. Im eigenen Lande aber wird „militanter Atheismus“ praktiziert und werden Christen verfolgt.

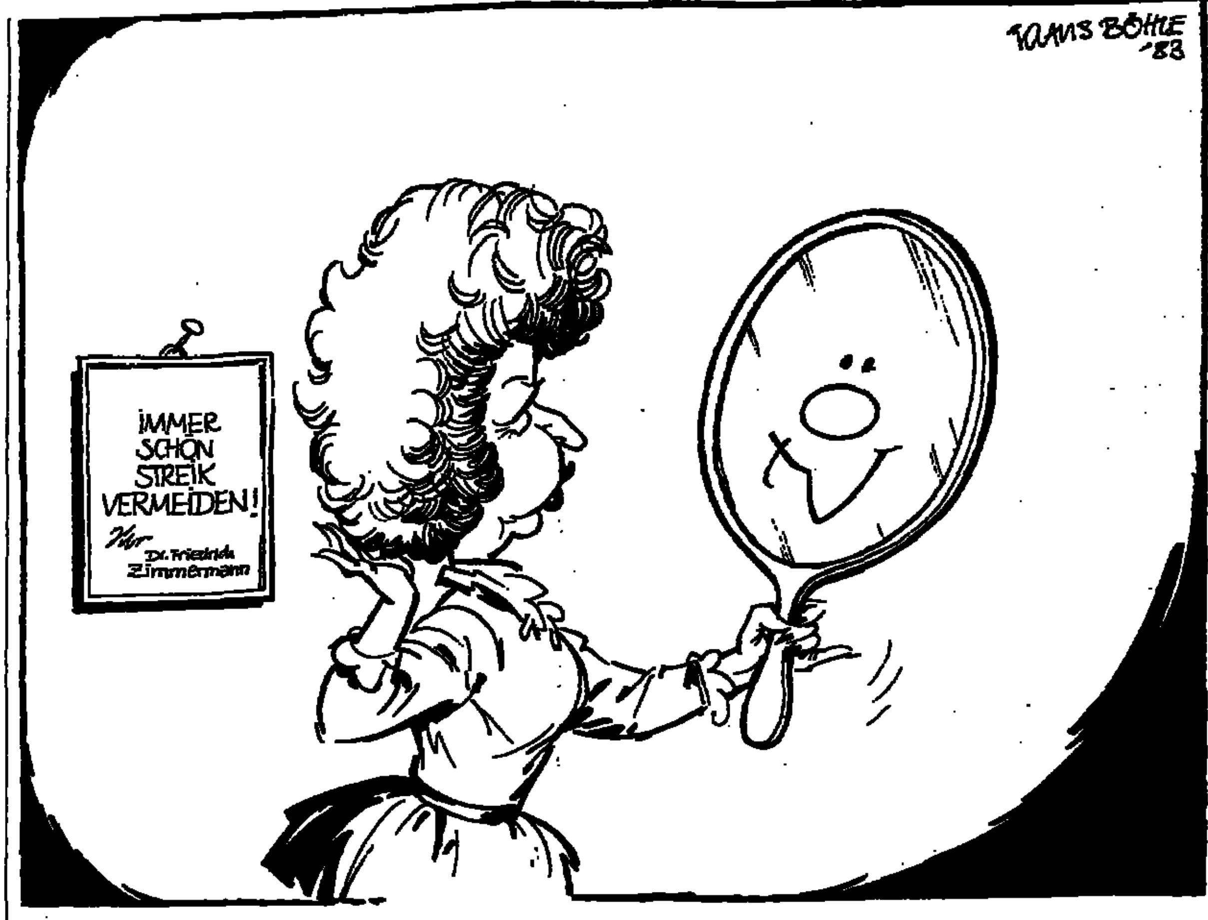
Sozialisten klauen nicht

Von Peter Dittmar

Der Sozialismus ist „objektiv antikriminogen“. Das ist in der jüngsten Ausgabe der „Neuen Justiz“, der Ostberliner „Zeitschrift für sozialistisches Recht und Gerechtigkeit“, zu lesen. Marx, so erfährt man dort, habe nämlich nachgewiesen, daß die Kriminalität keine dem Menschen angeborene Eigenschaft sei. Allerdings muß die Zeitschrift eingestehen, daß es in der „DDR“ – wie übrigens in allen anderen „sozialistischen Ländern“ auch – noch immer eine recht erhebliche Kriminalität gibt.

Ein gewiefter Dialektiker läßt sich jedoch von solchen Tatsachen nicht beeindrucken. Er greift sich ein paar Zitate aus Marx, Engels oder Lenin heraus, und schon kann er auf das Einfachste beweisen, daß die Kriminalität, wie sie in der „DDR“ registriert werden muß, „ihrem sozialen Charakter nach ein Wurmfortsatz der Vergangenheit ist“. Das böse Privateigentum an den Produktionsmitteln habe nämlich „über Jahrtausende ... die sozialen Verhältnisse und Verhaltensweisen, die Denkweisen, Verhaltensstereotype, Denkmuster“ der Menschen geprägt. Das Böse ist also nicht angeboren – aber vererbt.

Da taucht die Frage auf, wieso die Sowjetunion oder die „DDR“ diese Erbschaft nicht ausschlugen. Aber auch da gibt es eine Entschuldigung. Es ist der „heutige internationale Stand der Kommunikationstechnik“, der „mehr oder weniger auf das ganze Sein und Bewußtsein der Welt“ einwirkt. Die Anschlußfrage freilich, weshalb sich dann nicht die progressivere Ideologie des Marxismus im Wettbewerb beim Gebrauch dieser Medien durchsetzt – hat doch der Sowjetstaat dafür gesorgt, daß in seinem Einzugsgebiet die Kommunikationstechnik des Wurmfortsatzes auf ein Minimum reduziert ist, und dennoch wird in den Fabriken auf Teufel komm raus geklaut –, ist selber kriminell und wird daher nicht gestellt.



Nun lächelt sie wieder

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Überall ist Ninive

Von Enno v. Loewenstern

Es geschah aber das Wort des Herrn zu Jona, dem Sohn Amitthais, und sprach: Mache dich auf und gehe in die große Stadt Ninive und predige wider sie! Denn ihre Bosheit ist heraufgekommen vor mich ... Und da Jona anfing, hineinzugehen eine Tagereise in die Stadt, predigte er und sprach: Es sind noch vierzig Tage, so wird Ninive untergehen. Da glaubten die Leute zu Ninive an Gott und ließen predigen, man sollte fasten, und zogen Säcke an, beide, groß und klein ... Da aber Gott sah ihre Werke, daß sie sich bekehrten von ihrem bösen Wege, reute ihn des Übels, das er geredet hatte ihnen zu tun, und tat's nicht.

Das ist die Geschichte des unwilligen Propheten, der vor Gottes Auftrag floh, im Bauche eines großen Fisches landete und schließlich doch das Gebot erfüllte. Sie wurde in den Mittelpunkt des Kirchentags von Hannover gestellt. Wer ist Jona heute? Zur Zeit dieses Propheten, Mitte des achten Jahrhunderts vor Christus, erlebte Assyrien gerade nach einer Periode innerer Schwäche einen militärischen Aufschwung unter einem alten General, der als Tukulti-apal-Escharra III. (biblisch: Tiglath-Pileser III.) nicht nur Assyriens Kräfte und Expansion neu belebte, sondern vor allem jene Ausrottungs- und Umsiedlungspolitik in großem Stil einführte, die Assyriens Name verhaßt gemacht hat.

Dergleichen kennt man heute auch, aber auf dem Kirchentag waren am aktivsten jene Gruppen, die, wie ein Beobachter meinte, vor Feindbildern warnten und selber ein klares Feindbild hatten – nur eben nicht die Sowjetunion. Vertreter von „Amnesty International“ beteuerten, die Mehrheit der weltweit registrierten politischen Gefangenen seien Amerika zur Last zu legen. Jona aber wurde damals nicht zur Beschwichtigung aufgefordert und schon gar nicht dazu, die Völker im Wege von Tiglath-Pilesers hochmodern ausgerüsteten Armeen (er war einer der besten militärischen Ingenieure des Altertums und entwikkelte vor allem zukunftsweisende Belagerungsmaschinen) zur Selbstentwaffnung zu treiben. Jona sollte die Einwohner der assyrischen Hauptstadt zur Umkehr von ihren Sünden aufrufen.

Suchen wir also Ninive nicht nur an der Moskwa. Suchen wir es getrost überall. Als eine Gruppe einen Gottesdienst gegen die Abtreibung hielt, erklärten „Frauengruppen“ die Kirche für „besetzt“ und hängten eine unvorstellbar schmutzige Aussage über Maria aus. Ähnliche Dinge wurden über Christus vorgewiesen: ein widerwärtiges Kreuzigungsbild und der Film „Das Gespenst“. War das der Sinn des Kirchentags – die organisierte Verspottung der Religion als Pendant zur organisierten Unterwerfung unter den gottlosen Erobererstaat?

Keineswegs. Die violetten Tücher wurden geschwenkt, aber die teilweise haßerfüllte Atmosphäre der Hamburger Veranstaltung kehrte nicht wieder. Auffällig war bei den allemal umworbenen jungen Besuchern die Suche nach Information, auch nach christlicher. Die Arbeitskreise waren überfüllt, man beschäftigte sich mit der Bibel wirklich, nicht nur als militärwissenschaftlichem Alibi. Man hörte allenthalben zu.



Was macht man, wenn die Besinnung kommt? Eppler
FOTO: DIETER KLAR/DPA

Es war der Franzose Grosser, der die Parole „Umkehr zum Leben“ geraderückte: Das Leben (das irdische Leben) sei der Güter höchstes nicht; Christus habe gerade nicht sein Leben als vordringlichstes Objekt seines Wirkens dargestellt.

Zum triumphalen Über-Hamburg, zur Generalprobe für den heißen Herbst ist der Kirchentag nicht geraten. Diesmal standen nicht verlorene Stimmen der Vernunft zwischen einer schwachen Regierung und einer schwachen Regie. Die Vertreter der neuen Regierung argumentierten ruhig und fest, weil sie einen festen Standort hatten, und sie fanden Gehör.

In die militante „Friedens“-Bewegung ist ohnehin der Wurm des Zweifels eingedrungen. Das begann schon mit den Protesten vieler „Grünen“-Vertreter gegen die DKP-Regie vor der Demonstration des 10. Juni 1982. Das setzte sich fort mit dem Auftritt der Kelly, Bastian und anderen in Ost-Berlin; sie selber spüren also, daß die schlaue Parole der Eppler und Bahr „wir sind für unsere Seite zuständig“ nicht mehr zieht. Und nun ein friedlicher, wirklich diskutierender Kirchentag – da bleibt in Ninive wenig Hoffnung auf die Wegbereiter. General Bastian beteuerte zwar, wenn die Raketen aufgestellt würden, gehe der Kampf weiter, denn sie müßten wieder weg. Aber viele seiner Bewunderer spüren heute schon, daß sie sich in einem Jahr, wenn die Nachrüstung eingeleitet und der hysterisch beschworene Krieg nicht gekommen ist, ziemlich dumm vorkommen werden.

Was dann – ein heißer Herbst gegen den fälschungssicheren Personalausweis? Wohl eher ist anzunehmen, daß der Trend zur Besinnung weitergeht. Das gilt auch für die Kirchen, über politische Fragen hinaus. Sakro-Pop geht zu Ende, man fragt wieder nach dem lebendigen Christus, nicht nach seinen Karikaturen. Jona wird noch viel zu tun bekommen.

IM GESPRÄCH Sir Geoffrey Howe

Der Stille im Außenamt

Von Fritz Wirth

In diesen Tagen, da das außenpolitische Geschäft nicht mehr so sehr diplomatische Brillanz denn die Fähigkeit zu schaustellerischer und trommelnder Darstellung nationaler Interessen verlangt, ist die Ernennung von Sir Geoffrey Howe zum neuen britischen Außenminister eine außergewöhnliche Berufung. Denn dieser 56jährige Rechtsanwalt ist einer der großen Stillen im Lande, ein Trappist im lärmenden Zirkus von Whitehall. „Der Gedanke an Sir Geoffrey ersetzt jede Schlaftablette“, sagte einst Denis Healey, sein Labour-Vorgänger im Amt des Schatzkanzlers.



Finanzfachmann in der europäischen Runde: Howe
FOTO: POLY-PRESS

Diese guten Manieren, dieser Verzicht auf politische Preisboxer-Attitüden und sein unbeugsamer Glaube an die Durchschlagskraft des ruhigen, logischen Arguments haben Fehlurteile über diesen Mann geschaffen. Denis Healey sagte einst: „Wenn dieser Mann mich im Parlament angreift, kommt mir das oft vor, als würde ich von einem toten Lamm zerfetzt.“ In Wahrheit steckt hinter diesem freundlichen, kühlen und ungeheuer aufgeräumten Gentleman einer der härtesten und unbeugsamsten Politiker in Whitehall. Dieser Mann hat sieben Jahre lang den Wirtschaftskurs Frau Thatchers vertreten. Er hielt rebellische Minister-Kollegen in Schach, die ihn in den letzten vier Jahren anflehten, die Finanzbremsen zu lockern; er wies die Attakken britischer Industrieller zurück, die den großen Reflations-Chor anstimmten, und er hielt sich den nörgelnden Gouverneur der Bank von England auf Distanz.

Er ist kein Mann für die großen Marktplätze der Politik, sondern ein Mann der stillen Stube, in der er gern mit klassischer Background-Musik arbeitet. Doch wer immer ihn in der stillen Stube besuchte, um mit ihm Tacheles zu reden, wußte am Ende nicht, ob er mit diesem Mann oder mit der Wand gesprochen hatte. Seine neuen Außenminister-Kollegen in der EG werden den Stil und die guten Manieren dieses Mannes schätzen, seine lautlose, aber bestimmte Härte fürchten lernen. Und da Finanzprobleme in den nächsten Jahren immer mehr zum zentralen Thema europäischer Außenpolitik werden, wird es kaum einen kompetenteren Mann auf der europäischen diplomatischen Szene geben als Sir Geoffrey Howe.

Er steht mehr in der politischen Mitte als Frau Thatcher. Er stammt aus einem liberal-konservativen mittelständischen Hause, besuchte die Public School in Winchester, die einen besseren Ruf genießt als Eton, und studierte in Cambridge, wo er zum Gründungsmitglied der liberalen „Bow Group“ wurde. Er kämpfte für „Women's Lib“, bevor daraus ein Schlagwort wurde, und seine Frau spielt eine führende Rolle im Kampf für die Gleichberechtigung der Frauen und der ethnischen Minderheiten. Er ist gegen die Wiedereinführung der Todesstrafe und für eine Lockerung der Gesetze über Homosexualität.

So sehr, wie er heute als „Thatcher-Mann“ gilt, war er vor zehn Jahren ein „Heath-Mann“. Er formulierte 1971 für Heath die umstrittene Gewerkschaftsreform, die zum größten politischen Mißerfolg beider Laufbahnen wurde.

Sir Geoffrey ist ein durch und durch zivilisierter Mann, dessen größte Tugend seine absolute Loyalität ist. Frau Thatcher, die zu Francis Pyms Zeiten glaubte, das britische Außenministerium an die Kandare nehmen zu müssen, kann getrost wieder die Zügel schleifen lassen. Dieser „Schlaftabletten-Mann“ wird für eine bessere Nachtruhe sorgen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE

Zur NATO-Frühjahrstagung heißt es in der in Paris erscheinenden englischsprachigen Zeitung:

Die jüngsten Erklärungen der gemeinsamen Ziele sind keine hohlen Phrasen. Die NATO ist in der Tat wesentlich stärker und geeinter, als vorübergehende Ereignisse es erscheinen lassen. Die Sowjets nutzen ständig alliierte Meinungsverschiedenheiten aus, wie sie es heute in der Raketenfrage tun, aber diese Strategie ist nie erfolgreich gewesen und stellt sich auch heute nicht als Erfolg heraus. Die NATO-Aufstellung von Pershing 2 und Cruise Missiles wird mit Sicherheit stattfinden, wenn nicht die Sowjetunion bald ernsthafte Konzessionen bei der Aufstellung ihrer eigenen nuklearen Mittelstreckenraketen macht. Das NATO-Bündnis antwortet weiterhin wirksam auf eine reale Bedrohung, die von den Menschen überall in den westeuropäischen Staaten direkt verspürt wird.

BERLINER MORGENPOST

Zur ÖTV-Entscheidung heißt es in dem Blatt:

Die Kluncker-Nachfolgerin Wulf-Mathies hat mit erstaunlichem Geschick die Klippen umschifft, die ihr von gestandeneren Kollegen offenbar in den Weg gelegt worden waren, um ihr – auch unter Gewerkschaftern gibt es Chauvinisten – die Grenzen ihrer Macht aufzuzeigen. Aber Frau Wulf-Mathies wußte, der von ihr mitgetragene Kompromiß war das Maximum des derzeit Erreichbaren. Sekundiert von ihrem Stellvertreter Siegfried Merten, der sich wahrhaft „solidarisch“ zeigte, wehrte sie die Animositäten der Funktionäre ab und setzte durch sachliche Überredungskunst und taktische Finesse diese erfreuliche Lösung durch.

DIE PRESSE

Die österreichische Tageszeitung findet einen frauenrechtlichen Aspekt in Frau Thatchers Wahlsieg:

Man kann den Wahlausgang des 9. Juni nicht vom Falkland-Syndrom der Briten trennen – und man kann ihn nicht von Charakter, Auftreten und Dynamik jener Frau trennen, die nun weitere fünf Jahre Premierminister sein wird. In der Tat: Es ist eine Frau, die es wagte, die Dinge beim Namen zu nennen. Geradeaus zu denken und zu gehen. Unbeirrbar zu sein. Und dabei Stärke zu zeigen. Margaret Thatcher hat mehr für die Frauenbewegung zustande gebracht, als emanzipatorischem Geschrei je gelungen wäre.

ПРАВДА

Die amtliche sowjetische Deutung einer demokratischen Entscheidung sieht so aus:

Die Labour-Leute hatten nicht nur gegen ihre eigenen politischen Gegenkandidaten zu kämpfen, sondern auch gegen die sorgfältig abgestimmte Medienkampagne gegen sie ... Die Tatsache, daß die Konservative Partei die nächsten fünf Jahre in England an der Macht bleibt, bedeutet, daß den britischen Arbeitern, den fortschrittlichen und friedliebenden Kräften im Lande ein unbehaglicher Kampf zur Verteidigung ihrer demokratischen Rechte und sozialen Errungenschaften bevorsteht.

Selbstbestimmung und die Realität am Jordan

Schön wäre es, wenn man die Palästinenser zu Worte kommen ließe / Von Peter M. Ranke

Yassir Arafat und die Meuterei in der PLO oder ihre Richtungskämpfe beherrschten tagelang die Schlagzeilen. Von den Palästinensern spricht niemand – sie werden ja „von der PLO vertreten“.

Wenn die Meuterei eins bewiesen hat, dann das: Diese PLO ist zum Selbstzweck degeneriert. Sie ist weiterhin nicht an einer Selbstregierung in den besetzten Gebieten und damit am Schicksal der Palästinenser dort interessiert, sie lehnt realistische Friedenskompromisse ab, sie will nichts anderes als Krieg.

Typisch arabisch? Nein. Der blutige Selbstbetrug der PLO könnte nicht fortbestehen, wenn er nicht durch leichtfertige politische Betrugsmanöver in Ost und West aus verschiedenen Gründen immer wieder gestützt würde. Mit Durchhalteparolen wie der von der „Selbstbestimmung der Palästinenser“, vom „Freiheitskampf des palästinensischen Volkes“ (so eine deutsche Zeitung) oder von seinen „legitimen Rechten“.

Selbstbestimmung ist ein demokratisches Grundrecht. Aber es heißt nicht, daß existentielle Lebensrechte der Nachbarn beeinträchtigt werden dürfen, wie etwa durch die beabsichtigte Auslöschung von Israel und Jordanien. Und Selbstbestimmung heißt überdies, daß die betroffenen Menschen frei entscheiden dürfen – nicht, daß sie unter Morddrohungen ihrer selbsternannten, UNO-anerkannten „Vertreter“ nach deren Wunsch zu bestimmen haben. Beides vergessen jene EG-Politiker, die das „Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser“ fordern, aber nicht von dem Recht auf Selbstbestimmung aller Deutschen, Polen, Letten, Esten, Litauer oder auch der Armenier und Kurden reden.

Leider hat man im Westen auch die PLO-Sprachregelung für „das palästinensische Volk“ übernommen, die nur muslimische Araber, höchstens noch ein paar orthodoxe Christen erfaßt. Die Wirklichkeit sieht aber doch ganz anders aus: Es waren keine Araber, sondern Juden und spätere Israelis, die bei der 8. Britischen Armee in Italien 1944 stolz die Schulterklappen mit der Aufschrift „Palestine“ trugen. Und wenn die Brigade an die Front geworfen wurde, hieß es: „die Palästinenser kommen“.

Palästina war zunächst eine geographische Bezeichnung; erst die Briten schufen für das Mandat nach 1920 auch den politischen Begriff Palästina. Jeder war Palästinenser, der dort wohnte – Juden und Araber. Selbst der Teilungsbeschluß der UNO von 1947 spricht nicht von einem „palästinensischen Staat“. Es gab auch beim Aufstand 1936 keinen „palästinensischen Nationalismus“, sondern nur einen arabischen.

Das von westlichen Politikern auf arabisches Geheiß geforderte „Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser“ hätte bei Verwirklichung eine ungeheure Sprengwirkung. Denn wer soll dieses Recht ausüben? Wenn die Palästinenser in Jordanien, eine Mehrheit mit jordanischen Pässen, für einen Palästina-Staat nach PLO-Muster stimmen, kann König Hussein sich bei den westlichen Politikern bedanken, daß sie ihn wegen ihrer Begriffsverwirrung vom Thron stürzten.

Die PLO lehnt weiter eine Anerkennung Israels und politische Verhandlungen ab. Andererseits aber verliert sie an Einfluß in den besetzten Gebieten. So wird die Nahostpolitik endlich auf die Meinung der Bevölkerung dort hören müssen. Das sind nicht ein paar Oberschüler, Lehrer oder Dozenten (meist noch Ausländer) oder Bürgermeister, sondern die Mehrheit von siebzig Prozent auf dem Lande, in den Dörfern. Sie hatten wegen des Terrors bisher Angst vor der PLO. Jedesmal, wenn westliche Politiker einem PLO-Terroristen die Hand gaben, schnellten in den besetzten Gebieten die Landverkäufe in die Höhe, und die Abwanderung nahm zu, weil die wirklichen Palästinenser die PLO eben nicht als Herren haben wollen.

„Ein eigener Staat auf dem Westufer ist nicht lebensfähig, warum also keine weitgehende Selbstverwaltung?“, fragen heute viele Palästinenser, wahrscheinlich schon die Mehrheit. Ist Autonomie so schlecht? In Irak gibt es für Kurden autonome Gebiete, in Sudan für die Stämme des Südens. Auch die Sowjetunion kennt autonome Republiken, und schließlich haben die Deutschen in Südtirol von Italien eine Autonomie akzeptiert, die sogar die italienische Zuwanderung kaum beeinträchtigt.

Wenn es eine Lösung für den Nahost-Konflikt geben kann, dann nur eine schrittweise. Dazu müssen auch die arabischen Palästinenser in den besetzten Gebieten ohne die sich politisch verweigernde PLO das Autonomie-Versprechen von Camp David aufgreifen und darin von Israel und dem Westen bestärkt werden. Dann könnten alle Partner mit neuen Verhandlungen beginnen.

São Paulo – eine Schweiz und drei Biafras



Von WERNER THOMAS

Der Aufstand der Armen liegt noch wie ein Alptraum über der Stadt. Tausende wütende Menschen waren im April durch die Straßen gezogen, hatten Geschäfte geplündert, Autos in Brand gesetzt und mit Steinen und Flaschen geworfen. Die heulenden Sirenen der Ambulanz- und Polizeiwagen bildeten eine unheimliche Geräuschkulisse. Tränengaswolken mischten sich in die Smog-Glocke, manche Gebiete verschwanden hinter einem dunklen, düsteren Schleier. Die Unruhen, unter anderem durch die wachsende Arbeitslosigkeit ausgelöst, forderten ein Todesopfer und 136 Verletzte. Der Sachschaden betrug umgerechnet 25 Millionen Mark.

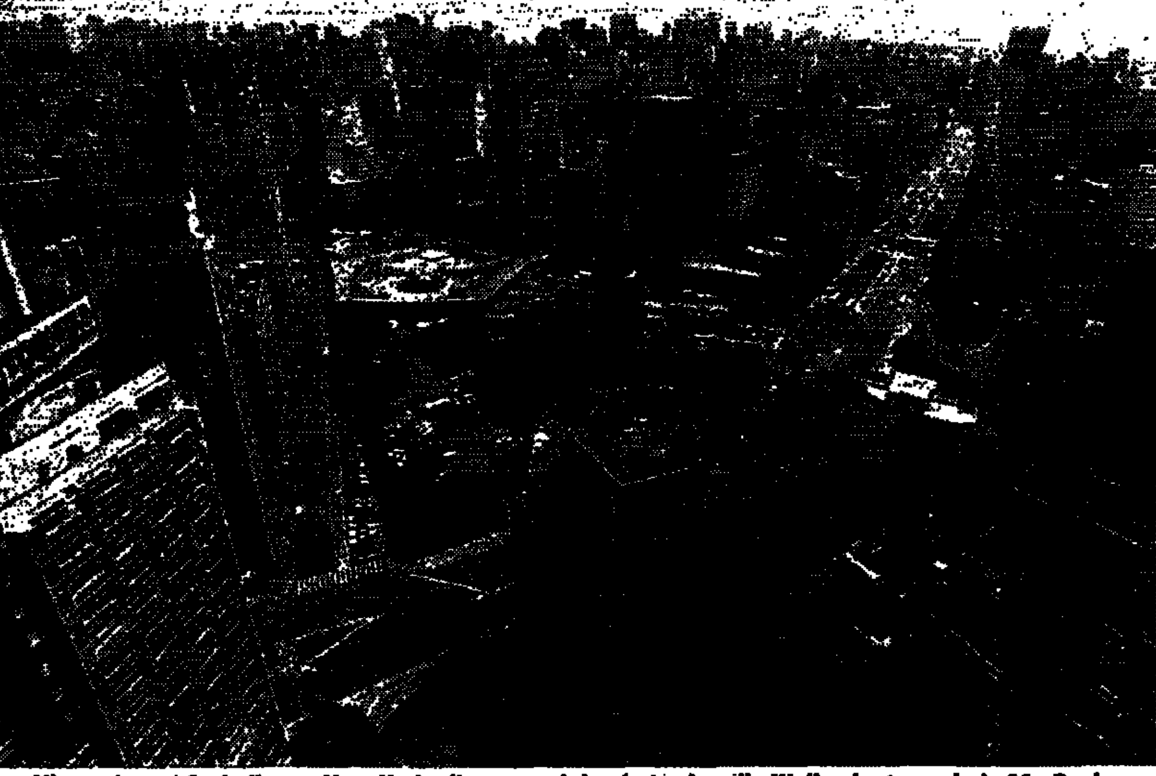
Die Ereignisse brachten das vor mehr als zwei Jahren erschienene Buch „The Money Lenders" (Die Geldverleiher) des britischen Autors Anthony Sampson in Erinnerung. Darin ist ein Londoner Bankier mit der Warnung zitiert worden: „Wenn das Bankensystem der Welt einmal einer echten Bedrohung ausgesetzt wird, kann diese in den Slums von São Paulo beginnen."

Seit wenigen Wochen klingen diese Worte nicht mehr so utopisch. „Dies war ein Alarmsignal", meint der neue Gouverneur Franco Montoro und forderte: „Wir müssen schnell reagieren." Montoro, ein sozialdemokratischer Politiker, kennt die Probleme: „Es gibt keine andere Stadt der westlichen Welt mit einer tieferen Kluft zwischen Reichtum und Armut." Der Kardinal Paulo Evaristo Arns, für drastische Formulierungen bekannt, umschrieb São Paulo so: „Eine Schweiz, von drei Biafras umgeben."

São Paulo ist eine gewaltige und überwältigende Mammutmetropole. Nach letzten Schätzungen leben 17 Millionen Menschen auf 8000 Quadratkilometer Fläche, ein Gebiet, in das Paris dreimal passen würde. Und täglich kommen neue Bewohner, vor allem Landflüchtige aus den nordöstlichen Armutszonen des Landes. Wenn die gegenwärtige Wachstumsrate nicht gebremst werden kann, drängen sich um die Jahrhundertwende 27 Millionen in dieser bereits am dichtesten besiedelten Stadt des amerikanischen Kontinents. Bürgermeister Reynaldo da Barros denkt mit Grauen an das Jahr 2000: „Wenn ich dann noch lebe, möchte ich weit von hier entfernt sein."

Rio de Janeiro mag mit seiner magischen Bilderbuch-Schönheit dem Ausländer geläufiger sein als São Paulo. Für den Brasilianer gibt es jedoch keine Diskussion über die wichtigste Stadt des Landes. São Paulo natürlich. Die „Paulistas" bezeichnen ihre Metropole als „die brasilianische Lokomotive". São Paulo zieht die gesamte Nation weiter. Keine andere Stadt der Dritten Welt erreichte ein ähnliches wirtschaftliches Potential. São Paulo und Umgebung verschaffen der Bundesregierung die Hälfte ihres Steuereinkommens. Die fast 35 000 Unternehmen produzieren 40 Prozent aller Industrie-Güter. Volkswagen do Brasil, die größte Automobilfabrik Lateinamerikas, befindet sich in dem Vorortbezirk São Bernardo do Campo an der Schnellstraße nach Santos. Aufgrund des Bruttosozialproduktes (110 Milliarden Dollar im vergangenen Jahr) würde der Staat São Paulo unter den Ländern der Welt an 17. Stelle rangieren.

São Paulo bietet aber weit mehr als nur Wirtschaft. Es ist die kulturelle Hauptstadt Brasiliens oder – wie manche Beobachter meinen – Lateinamerikas. Im „Teatro Municipal" traten so berühmte Künstler wie Rudolf Nurejew auf. Kleinere Theater experimentieren mit Shakespeare und Max Frisch. Das Museum für Moderne Kunst gilt in der lateinamerikanischen Region als konkurrenzlos. In São Paulo werden 80 Prozent aller brasilianischen Bücher gedruckt. Der „O Estado de São Paulo", sonntags einige Pfund schwer, zählt zu den angesehensten Zeitungen der Welt. „Veja", ebenfalls in Sao Paulo verlegt, genießt den Ruf, das führende Nachrichtenmagazin Lateinamerikas zu sein.



Nirgendwo außerhalb von New York gibt es so viele eindrucksvolle Wolkenkratzer wie in São Paulo

Nirgendwo außerhalb von New York stehen so viele eindrucksvolle Wolkenkratzer. Viele sind architektonisch einfallsreicher als die Stahl- und Glaskästen Manhattans. Im Zentrum locken schicke Boutiquen mit der letzten Mode aus Mailand und Paris kaufkräftige Kunden. Das riesige Einkaufszentrum „El Dorado" (140 Geschäfte), das einen futuristischen Eindruck hinterläßt, wird täglich von mindestens 50 000 Menschen besucht. Die Restaurants bieten die beste Küche Brasiliens. Italienische und japanische Lokale dominieren. Überall gibt es jedoch auch deftige deutsche Kost wie „Choucroute" (Sauerkraut) und „Salsichas" (Würstchen).

São Paulo wirkt auf Menschen aller Gesellschaftsschichten wie ein Magnet, besonders auf die Armen. Seit mehr als zwanzig Jahren strömen Brasilianer aus den unterentwickelten Gebieten des Landes nach São Paulo, um eine bessere Zukunft zu suchen. Ausgemergelte Menschen, meist Mulatten oder Neger, die ihre karge Habe in zerschlissenen Plastiktaschen tragen. Alle landen in den Slumsiedlungen, die diese Stadt wie Bienenwaben umgeben.

Es sind primitive Bretter- und Blechbudensiedlungen. Nackte Kleinkinder mit aufgeblähten Bäuchen spielen auf staubigen Straßen, durch die Hunde, Hühner und Schweine streunen. In den Müllhalden wühlen Ratten. Manchmal schlafen mehr als fünf Personen in einem Zimmer. Nach Schätzungen kirchlicher Kreise haben zwei Drittel der Bevölkerung keinen Anschluß zu einer Kanalisation, und ein Drittel muß von dem gesetzlichen monatlichen Mindestlohn leben, weniger als 190 Mark. Viele beziehen heute nicht einmal dieses Einkommen. Die Epidemie der Arbeitslosigkeit grassiert, denn die Nation ist in eine schwere Wirtschaftskrise geraten. Viele Firmen haben in den letzten zwei Jahren Personal entlassen. Das Heer der Erwerbslosen in der Stadt wuchs auf fast 800 000 Personen, und Brasilien kennt keine Arbeitslosenversicherung.

„Felicidade" (Glück) heißt ironischerweise eins der größten „Favelas" (Armenbezirke) São Paulos. Manoel Francisco da Silva (65), der mit einer Frau und acht Kindern in einer Hütte mit zwei Zimmern lebt, berichtet: „Fast alle Leute in Felicidade haben ihren Job verloren. Wir gehen täglich in die Stadt, um eine Beschäftigung zu suchen. Zur Zeit ist einfach nichts zu machen." Der Priester Edmundo da Mata registriert „eine schreckliche Frustration dieser Menschen". Er hat beobachtet, wie während der Unruhen Lebensmittelgeschäfte geplündert wurden. Da Mata: „Die Situation ist kritisch."

Guilherme Afif Domingos, der Präsident des Unternehmerverbandes in São Paulo, kann sich die Frustration dieser Menschen leicht erklären: „Diese Leute sind vom Land in die Stadt gekommen und haben ihre Wurzeln verloren. Diese Stadt hat eine atemberaubende Industrialisierungsphase von 15 Jahren hinter sich, die nun abrupt stoppte. Das schafft soziales Explosionspotential."

Die Verbindungen zu Anthony Sampsons Londoner Bankier werden durch die hohe Verschuldung hergestellt. Brasilien ist die am höchsten verschuldete Nation der Welt. Die Verpflichtungen gegenüber ausländischen Kreditgebern betragen mehr als 85 Milliarden Dollar. Um umschulden zu können und neue Gelder zu erhalten, soll die Regierung Austerity-Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF) erfüllen, die besonders schwer die ärmsten Bevölkerungsschichten treffen.

Unternehmer-Präsident Afif Domingos warnt: „Der Gürtel läßt sich kaum noch enger schnallen. Wer das dennoch versucht, riskiert schlimme Folgen. Das kann auch nicht im Interesse des IWF sein."

Stadt- und Staatsregierung beschlossen ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, von dem 75 000 erwerbslose Personen profitieren werden. Sie sollen 66 Kliniken, 10 000 Häuser und ein neues Kanalisationsnetz von 700 Kilometer bauen. Gouverneur Montoro hofft, „daß das Programm viele Härtefälle lindert."

Politiker warten jedoch ungeduldig auf eine andere Entwicklung, die eine schnellere und bessere Entschärfung der Misere dieser Millionen-Metropole bewirken würde: das Ende der Wirtschaftskrise. Dann könnte die schwer schnaubende Lokomotive wieder unter Dampf gesetzt werden. (SAD)



Nirgendwo sind „Favelas", die Armenbezirke, so groß wie in São Paulo FOTOS: CAMERA PRESS

Die ÖTV-Chefin setzte auf die Bezirksleiter und gewann

Von GÜNTHER BADING

Zu Beginn der entscheidenden Aussprache in der Großen Tarifkommission über Zustimmung oder Ablehnung zum zuvor abgelehnten Tarifangebot, über „Ja" oder „Nein" zu Urabstimmung und Streik, bekam die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathes erst einmal etwas geschenkt. Einer jener Delegierten der Kommission, die ihr am 1. Juni mit 57 gegen 47 Stimmen eine Abstimmungsniederlage beigebracht hatten, überreichte der immer noch als „neu" empfundenen, seit vergangenen Oktober amtierenden Vorsitzenden eine Wasserwaage – damit sie „die Organisation wieder ins Lot bringen kann".

Und das schaffte sie denn auch, wenn auch mit Mühe. Nur eine Woche hatte sie Zeit, um „Seelenmassage" zu betreiben und jene Mitglieder der Tarifkommission zu überzeugen, die in der anstrengenden, kontroversen, teilweise auch unsachlichen Debatte vom 1. Juni das Ergebnis der Schlichtung für den öffentlichen Dienst rundweg abgelehnt hat. Offiziell spricht man beim ÖTV-Hauptvorstand nicht von Seelenmassage, schon gar nicht von Versuchen, Delegierte „umzudrehen". „Wir haben Aufklärungsarbeit geleistet", sagte ÖTV-Sprecher Peter F. Ruttmann zum überraschend hohen Ja der Tarifkommission in der zweiten Sitzung am vergangenen Samstag. 78 der Kommissionsmitglieder haben sich diesmal für die Annahme des zum formellen Angebot der öffentlichen Arbeitgeber erhobenen Schlichterspruchs ausgesprochen. Nur 27 blieben bei ihrem Nein, vier enthielten sich der Stimme.

Schlecht liest sich das Ergebnis nicht

„Ein phantastischer Vertrauensbeweis für Monika", jubelte ein weibliches ÖTV-Mitglied nach dieser Abstimmung. Andere Gewerkschaftskollegen beurteilten das Ergebnis nüchterner und wohl auch realistischer: Es sei der erkennbare Riß zwischen dem radikalen Flügel, der mit seinem Nein gegenüber Arbeitgebersprecher Friedrich Zimmermann ein politisches Nein zur neuen Regierung verbinden wollte, und jenen gemäßigten Kräften gekittet worden, die das letzte Angebot als das Maximum des angesichts leerer öffentlicher Kassen Erreichbaren eingeschätzt hatten.

Und so schlecht liest sich das Ergebnis auch nicht. Durchschnittlich 2,56 Prozent mehr Lohn und Gehalt sind für die 2,7 Millionen Arbeiter und Angestellten vereinbart worden. Sie werden in einem Stufenplan gezahlt, an dessen Anfang die von den öffentlichen Arbeitgebern gewünschte Zwei und an dessen Ende die von den Gewerkschaften erhoffte Drei steht. Ninzu kommt ein Tag mehr Jahresurlaub für alle Beschäftigten, die bisher noch keine 30 Erholungstage haben. Die Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes, anfänglich einer der Hauptstreitpunkte in der ÖTV, ist durch Übergangsregelungen, die den Abbau von Besitzständen teilweise bis in die Zeit nach der Jahrhundertwende verlegen, für die Gewerkschaft akzeptabel formuliert worden. Und für die Anfänger im öffentlichen Dienst ist die von den öffentlichen Arbeitgebern gewünschte Begrenzung auf 90 Prozent des letzten Nettoverdienstes festgeschrieben worden.

Ein in der öffentlichen Diskussion nicht so stark beachteter, für die Gewerkschaften aber um so wichtiger Punkt ist die Zusicherung, daß noch in diesem Jahr ein Tarifvertrag über Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung ausgehandelt werden soll. Tarifexperten der ÖTV aber warnen hier vor Eile. Ein solcher Sicherungsvertrag müsse „wasserfest" gemacht werden, weil auch in den Personalräten großenteils finanziellen Abfindungen der Vorrang vor Freizeitausgleich gegeben werde, wenn die Arbeit neu organisiert werde.

An den Sitzungstagen der Großen Tarifkommission, ob am 1. Juni oder jetzt am vergangenen Samstag, sammelten sich Scharen von Journalisten, ein halbes Dutzend Kamerateams des Fernsehens und ebenso viele Fotografen in oder vor dem Erholungsheim der Stuttgarter Straßenbahner. Hier, im Waldgebiet unter dem Fernsehturm in Stuttgart-Degerloch – in eigentlich recht erholsamer Umgebung also –, stritten die ÖTV-Funktionäre miteinander. Hier war die Öffentlichkeit präsent, wenn die Vorsitzende unter den Apfelbäumen auf der grünen Wiese vor dem Straßenbahnerheim mit den Funktionären und Mitgliedern selbst in den kurzen Sitzungspausen noch diskutierte; hier summten die Kameras, wenn sie an der Spitze der Verhandlungskommission die wenigen hundert Meter zum Waldhotel ging, um hinter verschlossenen Türen mit Bundesinnenminister Zimmermann, mit den Vertretern der Länder und Gemeinden um Zehntelprozente zu ringen.

Die Weichenstellungen, die aus der Niederlage vom 1. Junitag letztlich doch einen Sieg der Vorsitzenden in der eigenen Organisation machten, wurden allerdings unter Ausschluß der Öffentlichkeit vorgenommen.

Monika Wulf-Mathies, die immer gern von der innergewerkschaftlichen Demokratie spricht und diese wohl auch wirklich ernst meint, löste sich aus ihrer Isolierung während der Verhandlungen, bezog vor allem die zwölf Bezirksleiter in die Diskussion mit ein. Anders als zum Beispiel bei der Industriegewerkschaft Metall sind die Bezirksleiter der ÖTV keine Angestellten des Hauptvorstands. Sie werden gewählt, arbeiten ehrenamtlich – und sie verlangen als echte Repräsentanten der Basis ein Anhörungs- und Mitspracherecht. Dem trug die neue Vorsitzende jetzt Rechnung. Außerdem sprach sie mit zahlreichen der Kommissionsmitglieder persönlich.

Taktisch sehr geschickt war es, in der entscheidenden Sitzung am Samstag zunächst einmal das Wort einem halben Dutzend Delegierten zu erteilen, die beim letzten Mal gegen das Ergebnis gestimmt hatten, diesmal aber ja sagen wollten. Mit diesen „Bekenntnissen" wurde die Diskussion – diesmal nur drei anstelle von sieben Stunden – von vornherein in die richtigen Bahnen geleitet. „Die Bezirksleiter standen diesmal", berichtete ein Teilnehmer. Ausschlaggebend war wohl auch das eindeutige Votum des stellvertretenden Vorsitzenden Siegfried Merten und der ÖTV-Mitglieder in der Schlichtungskommission, allen voran der nordrhein-westfälische Bezirksleiter Mosch. Die Aussprache verlief denn auch wesentlich sachlicher als eine Woche zuvor.

Ein gutes Argument für längere Laufzeit

Damals hatte die Vorsitzende die Kommission kühl und ohne Rücksicht auf die Verletzlichkeit der mittleren Funktionärsschicht, der Betriebs- und Personalräte, auf die Risiken einer Ablehnung des Schlichterspruchs aufmerksam gemacht. Niemand könne garantieren, daß sich in einer Urabstimmung wirklich die erforderlichen 75 Prozent für einen Arbeitskampf aussprechen würden, hatte sie vor einem Gremium zu sagen gewagt, in dem sich die Funktionäre zuvor gegenseitig die Kampfbereitschaft ihrer jeweiligen regionalen oder betrieblichen Gruppen zugesichert hatten. In der erneuten Aussprache – zu deren Beginn noch jedes Abstimmungsergebnis möglich schien – hatte die Gewerkschaftsführung dann auch ein besseres Argument gegen die Kritik an der verlängerten Laufzeit parat.

Die Tariffreiheit wurde wiedergewonnen

Der stellvertretende Vorsitzende Merten, im Hauptvorstand zuständig für die Tarifpolitik, machte deutlich, daß nur auf diesem Weg die Tariffreiheit wiedergewonnen werden konnte. Die Vorgabe der Bundesregierung in ihrem Haushaltsansatz für 1984, im nächsten Jahr weder die Beamtenbesoldung noch die Löhne und Gehälter von Arbeitern und Angestellten zu erhöhen, sei durchbrochen worden. Durch diese Vorab-Bindung wäre man theoretisch ja nicht einmal in der Lage gewesen, von sich aus, autonom, eine Verlängerung des laufenden Tarifvertrags (also auch eine Nullrunde) etwa als Gegenleistung für Arbeitszeitverkürzungen zu vereinbaren. Die Vorsitzende Wulf-Mathies dazu: „Das Ergebnis macht ganz deutlich, daß die Gewerkschaft ÖTV Lohndiktate, Lohnleitlinien und Lohnpausen nicht akzeptiert."

Die Irrungen und Wirrungen in der ÖTV haben noch einmal aufgezeigt, wie sehr der Gewerkschaft der aus Gesundheitsgründen ausgeschiedene schwergewichtige Boss Heinz Kluncker immer noch fehlt. Als er vor einem Jahr schwerkrank zurücktrat, war schon klar gewesen, daß es sein Nachfolger, wer immer das sein würde, schwer haben würde. Jahrelang hatte er die ÖTV autoritär geführt, ja fast beherrscht. Daß er auf Gewerkschaftstagen Kritik für die Tarifabschlüsse einstecken mußte, kümmerte „Klotz" Kluncker nur am Rande. Er paukte letztlich jedes Ergebnis durch die Tarifkommission – und wenn er mit seinem sofortigen Rücktritt drohen mußte.

Solche Drohgebärden mochte – und konnte – Frau Wulf-Mathies nicht nachahmen. Sie mußte den schwierigeren Weg der besseren Argumentation gehen. Was immer auch zur Zeit über angebliche Zerwürfnisse zwischen ihr und dem Gegenkandidaten bei der Wahl des Kluncker-Nachfolgers, ihrem Stellvertreter Siegfried Merten kolportiert werde – Tatsache sei, daß „Siegi" Merten sich absolut loyal verhalten habe, wird im Vorstand versichert.

Beider Verhältnis war hinsichtlich der Tarifpolitik sicherlich belastet gewesen, seit die neue Vorsitzende in ihrer ersten Pressekonferenz nach der Wahl im Oktober erklärt hatte, daß selbstverständlich sie und nicht der Tarifexperte Merten die Tarifverhandlungen führen werde. Um Merten rankten sich derzeit auch Rücktrittsgerüchte; es heißt, er wolle Chef des gewerkschaftseigenen Automobilclubs ACE werden. Daß seine Entscheidung über Verbleib oder Ausscheiden aus der ÖTV-Spitze auch vom Verlauf der Tarifrunde abhängig sei, darüber hatte er keinen Zweifel aufkommen lassen. Seine Entscheidung wird für die Gewerkschafts-Beiratssitzung am 27. Juni erwartet.

In ihrer Abschlußrede im großen Saal des Straßenbahnerheims versuchte Monika Wulf-Mathies die Wogen zu glätten. Die Zustimmung der Tarifkommission sei ein Vertrauensbeweis für den Vorstand. Und der werde niemand willentlich enttäuschen: „Wir werden euch nicht allein lassen."

Damaskus bleibt bei seinem „Nein“

DW. Damaskus

Zum dritten Mal binnen einer Woche hat Syrien gestern seine Ablehnung des israelisch-libanesischen Truppenabzugsabkommens bekräftigt. Die syrische Haltung sei „endgültig und kein Verhandlungsgegenstand“, schrieb die offizielle Nachrichtenagentur SANA.

Israel will Syrien höchstens noch drei Wochen Zeit einräumen, um seine Absichten in der Libanon-Frage offen darzustellen. Das berichtete gestern die israelische Zeitung „Jerusalem Post“.

Die fünf vor einem Monat in der libanesischen Bekaa-Ebene erschossen aufgefundenen Palästinenser sind von der PLO hingerichtet worden. Der Chef der PLO, Arafat, sagte gegenüber der kuwaitischen Zeitung „Al-Qabas“, es habe sich dabei um Anhänger des von der PLO zum Tode verurteilten Abu Nidal gehandelt. Diese hätten einen Mordanschlag auf führende Fatah-Mitglieder geplant.

Der libysche Staatschef Khadhafi, der die Rebellion in der PLO gegen Arafat unterstützt, hat seine Reise durch mehrere arabische Hauptstädte beendet. Dabei war Khadhafi auch mit dem syrischen Staatschef Assad zusammengetroffen, der ebenfalls den Aufstand gegen PLO-Chef Arafat gutheißt.

Kreml: Ausweg ist möglich

AP, Moskau

Die Sowjetunion hat am Wochenende eine Einigung bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen zur Verringerung der strategischen Rüstung (START) in Genf nicht völlig ausgeschlossen. In einem Kommentar der amtlichen Nachrichtenagentur Tass schrieb das ZK-Mitglied Leonid Ponomarjow zwar, die jüngsten amerikanischen START-Vorschläge seien lediglich Propagandamanöver. In Wirklichkeit sei Washington nach wie vor nicht willens, Rüstungskontroll-Vereinbarungen mit Moskau „auf der Basis von Gleichheit und Gerechtigkeit“ zu schließen. Ponomarjow fährt jedoch fort, noch sei „die Lage nicht endgültig in die Sackgasse geraten“, ein Ausweg könne und müsse noch gefunden werden.

Marokko zum Kompromiß bereit

AFP, Addis Abeba

Die nächste Tagung der Organisation Afrikanischer Einheit (OAU) wird Ende Mai 1984 in der Hauptstadt Guineas, Conakry, stattfinden. Nach langem Tauziehen einigten sich die Staats- und Regierungschefs der OAU am Wochenende auf einen Interims-Generalsekretär bis zur nächsten Konferenz. Diese Funktion wird der Nigerianer Peter Onu bekleiden.

Als Erfolg des OAU-Treffens werten Beobachter, daß der marokkanische Außenminister Busetta die grundsätzliche Bereitschaft seines Landes erklärte, der von der OAU verabschiedeten Entschließung zum Westsahara-Konflikt zu folgen. Die Organisation hatte Marokko und die Untergrundorganisation Polisario zu einem Waffenstillstand, der unverzüglichen Aufnahme direkter Verhandlungen sowie der Abhaltung eines Referendums aufgefordert.

Gespräche über Afghanistan

DW./AP, Islamabad/Moskau

Bei den Gesprächen des pakistanischen Außenministers Yaqub Khan in Moskau hat die Sowjetunion zwar den Wunsch zu erkennen gegeben, das Afghanistan-Problem zu lösen, doch ist eine Regelung in absehbarer Zeit nicht in Sicht.

Nach einer Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass hat Außenminister Gromyko bei den Gesprächen die Bemühungen der Vereinten Nationen um eine politische Lösung des Konflikts unterstützt, zugleich aber die sowjetische Forderung nach einer Beendigung der „bewaffneten Intervention von außen“ in Afghanistan gefordert. Moskau versteht darunter finanzielle Unterstützung und Waffenlieferungen an die Organisationen der afghanischen Widerstandskämpfer.

Neuer Parteichef der Konservativen

dpa/UPI, Ottawa

Zum neuen Parteichef der konservativen Partei Kanadas ist am Wochenende in Ottawa Brian Mulroney gewählt worden. Der aus dem französischsprachigen Quebec stammende Mulroney bezwang in einer Kampfabstimmung den ehemaligen Ministerpräsidenten und Parteichef Joe Clark, für den nur 1325 Delegierte votierten. Politische Beobachter glauben, daß Mulroney große Chancen hat, als Sieger aus den bis 1985 fälligen Parlamentswahlen hervorzugehen.

Verdächtiger setzt sich ab

DW./AP, Rom

Der von den italienischen Justizbehörden wegen Waffen- und Drogenschmuggels und des Verdachts der Beihilfe beim Mordanschlag auf Papst Johannes Paul II. gesuchte Türke Bekir Celenk ist nach einer Meldung der römischen Nachrichtenagentur Ansa vom Wochenende aus Bulgarien verschwunden. Celenk habe Bulgarien mit einem Auto vermutlich mit Ziel Griechenland verlassen, berichtete die Agentur. Italien hatte Bulgarien um Auslieferung Celenks ersucht.

Frieden und Arbeitslosigkeit Schwerpunkte des 20. Evangelischen Kirchentages

Die Meinung des andern wurde diesmal respektiert, nicht niedergebrüllt

Von HENK OHNESORGE

Auch wer sonst andere Ansichten vertritt als Erhard Eppler, der konnte dem Kirchentagspräsidenten auf der Schlußkundgebung in seiner Beurteilung zustimmen: Dies war ein Kirchentag der Friedfertigkeit, des unverkrampften Engagements, ein Kirchentag der fröhlich war, der sang und tanzte. Und es war ein Kirchentag, auf dem erkannt wurde, daß Gläubige und ihre täglich erfahrene Lebenswelt nicht säuberlich voneinander getrennt werden können, daß bei der Behandlung politischer und wirtschaftlicher Fragen das Geistliche mitbedacht wurde.

Dies war keine Neuauflage, geschweige denn eine Steigerung des 19. Deutschen Evangelischen Kirchentags vor zwei Jahren in Hamburg. Hier mußten keine Polizisten mit Plastikschilden Politiker auf dem Podium vor Wurfgeschossen abschirmen. Hier gab es auch keinen organisierten akustischen Terror, um unliebsame Referenten am Reden zu hindern – und wo er im Ansatz auftrat, wurde er von der Mehrheit – mit und ohne violette Tücher – erstickt.

„Widerstand leisten heißt, zu Opfern bereit sein“

Die Menschen haben gelernt, sich zu artikulieren. Sie haben ihre Furcht vor den „Mächtigen“, den Ministern und Politikern auf dem Ostrum, abgebaut und wissen klare Fragen zu stellen. Sie sind sich der Probleme bewußt und deshalb haben auch Studenten und Schüler Interesse beispielsweise an dem Problem Arbeitslosigkeit und den Möglichkeiten seiner Bekämpfung. Ihnen ist klar, daß dies schon morgen auch ihr Problem sein kann. Was die Leiter des Forums „Arbeit miteinander teilen“ – neben dem Frieden war Arbeitslosigkeit der zweite thematische Schwerpunkt in Hannover – empfanden, wurde von Leitern und Teilnehmern anderer Foren bestätigt. Die Aufmerksamkeit für diese Probleme ist stärker, die Betroffenheit größer geworden.

Sicher liegt dies auch daran, daß manche Probleme inzwischen bekannter geworden sind. Aber es ist – folgt man den Experten, die tagelang in ihren Foren den Zuhörern und Fragen gegenübersaßen – auch ein stärkeres Maß der Anteilnahme an den Problemen der Mitmenschen zu beobachten.

Zweifellos war dies ein politischer Kirchentag, aber auch hier muß man differenzieren. Weil niemand in der Lage war, alle Veranstaltungen auch nur andeutungsweise zu übersehen, geschweige denn zu besuchen, lag der Akzent auf bekannten Namen. Dementsprechend waren auch der Besuch und die Berichterstattung. Vieles ging verloren, was des regen Besuchs und der Berichterstattung wert gewesen wäre.

Zwei von vielen Beispielen zeigen, daß hier keineswegs nur in einer Richtung gesprochen wurde, daß auch prononcierte ungewöhnliche Meinungen zu Wort kamen.

So sagte am Samstag mittag der französische Politologe Alfred Grosser in der Reihe „Frieden stiften“ zum Thema „Die Friedensfähigkeit der Deutschen – von außen betrachtet“ unter anderem: „Widerstand leisten heißt, bereit sein, Opfer zu bringen für die Freiheit, für die Würde anderer. Als höchstes Opfer das eigene Leben. Im Widerstand kämpfen, mit und ohne Waffen, das heißt (in der Zeit des Dritten Reiches – die Red.) den inneren Frieden bedrohen. Ach, wie so friedlich waren doch die Mitläufer. Wie unfriedlich Hans und Sophie Scholl. Wie heißt es doch in der Denkschrift des Bensberger Kreises von 1981: ‚Ohne Überleben gibt es kein Besserleben.‘ Wenn die Geschwister Scholl so gedacht hätten, hätten sie das Nachkriegswirtschaftswunder miterlebt und in der Tat besser gelebt. Friedfertigkeit der Amerikaner um jeden Preis hätte 1948 zwei Millionen West-Berlinern die Freiheit gekostet.“

Nach seinem differenzierten Vortrag erklärte Alfred Grosser einigen Zuhörern seine These, daß Nuklearrüstung der Supermächte den Frieden nicht unsicherer, sondern sicherer mache. Die Predigt eines Eröffnungsgottesdienstes, in welchem der Berliner Pfarrer Heinrich Albertz unter Berufung auf seine Ordination zum kirchlichen Amtsträger der einseitigen atomaren Abrüstung das Wort geredet habe, sei für ihn ein Skandal. „Das ist für mich purer Klerikalismus“, sagte der streitbare Franzose, immerhin Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels.

Zu der oft nicht registrierten Pluralität der Meinungen gehörte auch die einführende Stellungnahme zum Thema „Libanon-Sommer 1982“ des Berliner Professors Friedrich W. Marquardt: „Der Vergleich Israels mit den Nazis sei völlig irreal und gegenstandslos, er ist die Ausgeburt unbewältigter Vergangenheit in uns und macht uns widerstandslos dagegen, wenn etwa Bruno Kreisky Begins Politik ‚semifaschistisch‘ nennt oder wenn Palästinenser uns ihr Leiden an Israel unter der Chiffre des ‚Faschistischen‘ ins Gewissen schieben wollen.“

Dankbar, zufrieden und erschöpft

Es gab durchaus Meinungsvielfalt auf diesem Kirchentag, und es gab vor allem auch die Bereitschaft, aufeinander zu hören, miteinander zu reden, voneinander zu lernen und einander nicht zu beschimpfen. Wo über gelegentliche Mißfallenskundgebungen hinaus persönliche Angriffe organisiert waren – etwa bei Geißler und Albrecht durch mitgebrachte Schilder mit der Aufschrift „Lügner“ –, reagierte die überwältigende Mehrheit mißmutig. Polemik war nicht gefragt.

Auch die Kirchentagsleitung erkennt, daß die größte Veranstaltung des deutschen Protestantismus in mehrfacher Hinsicht an ihre Grenzen stößt. Das Angebot wird immer breiter, die physischen Anforderungen bei den weiten Wegen an den einzelnen Teilnehmer immer größer, die Zahl der Städte, welche die Räumlichkeiten zur Verfügung stellen können, immer geringer. Ein Numerus clausus für Kirchentagsbesucher aber ist unmöglich, eine Regionalisierung und Aufsplitterung würde geradezu dem Gedanken des Treffens widersprechen.

Aber daran denkt derzeit, nach dem gelungenen Kirchentag – gelungen bis hin zum beherzten Eintreten der etwa vierzig Besucher aus der „DDR“ für den Frieden in beiden deutschen Staaten und ihre damit friedenstiftende Funktion auf dem Kirchentag –, im Augenblick niemand mehr. Man ist, und das gilt für die Besucher wie für die Leitung, für die vielen Helfer wie für die Gäste aus der Ökumene, dankbar, zufrieden und erschöpft.

Offiziere stellten sich den kritischen Fragern

Von WERNER KAHL

Schmeichelhafte Aufnahmen der Fernsehkameras konnten General a. D. Gerd Bastian nicht über die Gefechtslage täuschen. Zwar sah sich der Bundestagsabgeordnete der Grünen von violetten Abrüstungstüchern eingehüllt, als er am Samstag zum großen Auftritt der „Friedensbewegung“ aufrief, doch die als Versammlungsplatz gewählte Promenade am Maschsee war nur zu einem Drittel besetzt. Das „Nein, nein“ Altbischof Kurt Scharfs und seine Aufforderung an die Jugend, „sich mit gesenktem Schwert, aber wehrhaft zu zeigen“, hallten über leere Kiesflächen. Über diese Enttäuschung half auch nicht die abendliche Schlußkundgebung mit etwa 60 000 der 140 000 Kirchentagsbesucher auf dem Messegelände hinweg.

Das beim Schlußgottesdienst am Sonntagvormittag violett gefärbte, aber nicht einheitlich uniformierte Oval des Niedersachsen-Stadions verdeutlichte die uneinheitliche Stimmung innerhalb der evangelischen Kirchengemeinden und der Gruppierungen der Friedensbewegung. Pluralistisch wie dieser Kirchentag war auch die Haltung zur Friedenssicherung.

In der Vorbereitung auf Hannover hatten militante Verfechter einseitiger Abrüstung das Operationsfeld gewechselt. Von massiertem Niederbrüllen Andersdenkender, vor allem der damals angereisten Politiker auf dem Hamburger Kirchentag, schwenkten Agitprop-Funktionäre zu systematischer Kleinarbeit ohne Krawalle um. Die Zurückhaltung der DKP auf diesem Kirchentag war dafür symptomatisch. Selbst beim Auftakt der Kundgebung der mehr als 100 „Friedensgruppen“ war nirgends ein Stand der DKP zu sichten.

Versuche einiger Gruppen, ihre Konzeption dem Kirchentag wenigstens bei größeren Veranstaltungen aufzudrücken, mißlangen. Der friedliche und harmonische, dabei durchaus kritische Charakter der Massenbegegnung mit Politikern blieb bis zur Schlußkundgebung gewahrt. Nur im Eilenriedestadion starteten einige eine Aktion mit dem Ziel, den niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht stellvertretend für die CDU in Bonn zu attackieren. Zwei Heißluftballons stiegen mit Transparenten in Anspielung auf das 8. Gebot auf. „Ernst, Du darfst nicht lügen.“ Gleichzeitig wurde ein überdimensionaler Sarg in das Stadion transportiert und von Johlen und Trillerpfeifen begleitet.

Nach einer ersten Einschätzung durch politische Beobachter hat der Kirchentag jedoch keine Klärung gebracht, wie sich die evangelische Kirche insgesamt zur Sicherheitspolitik der Union und zu dem breiten Spektrum der Friedensbewegung verhält. Dazu gehört auch die innerkirchliche Auseinandersetzung mit den Flügeln, bei denen der Berliner Altbischof Kurt Scharf auf Linksaußen Polistion bezogen hat.

Die Union selbst kann vom Kirchentag mit einem lachenden und einem weinenden Auge zurückkehren. Zuerst die gute Nachricht: Noch nie auf einem Kirchentag des vergangenen Jahrzehnts, ob Hamburg, Frankfurt, Berlin oder anderswo, hat die Union eine so starke Entlastung erfahren. Diese Entlastung, so der baden-württembergische Innenminister Professor Herzog vor dem evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU in Hannover, sei durch die Bundeswehr gekommen. Verteidigungsminister Wörner hatte sich zu Wort gemeldet und Gehör gefunden mit seinem Appell zum Realismus, ferner stellten sich Offiziere und Soldaten den Besuchern.

Obwohl die Unionsvertreter in den Foren hoffnungslos in der Minderheit waren, konnten ihre prominenten Vertreter, darunter die Staatsminister aus dem Bundeskanzleramt, Friedrich Vogel und Alois Mertes, und die Minister Blüm und Geißler, um nur einige der Redner zu nennen, die Position der Bundesregierung darstellen. Die schlechte Nachricht: Sie kann offenbar großen Teilen der Jugend nicht klarmachen, was es heißt, in einer Diktatur zu leben.

Die Ruhe, in die sich die Gegner einer Raketenstationierung auf dem Kirchentag fügten, wich unmittelbar nach der Schlußkundgebung bei einigen Gruppen hektischer Betriebsamkeit. Ihre Anhänger reisten unverzüglich zur „Friedenswoche“ nach Osterholz-Scharmbeck, einer amerikanischen Garnison vor Bremen, um dort bis zum kommenden Sonntag über Aktionen zu beraten und zu demonstrieren. Nach Informationen aus Sicherheitskreisen wollen Gruppen auch durch das Housing Area der Garnison marschieren, um den US-Soldaten und ihren Familienangehörigen zu demonstrieren, sie seien unerwünscht.

„Wir fordern gleichmäßige Abrüstung beider Seiten“

DW. Hannover

Der Ostberliner Konsistorial-Präsident Manfred Stolpe drückte auf dem Kirchentag seine Sorge aus, „daß weitere Rüstung die Politik des Gesprächs, die in Verträgen zwischen Ost und West festgehalten wurde, zerstören könnte“. Er betonte: „Den Menschen unseres Landes hat diese Politik geholfen. Wir fürchten, daß solche Möglichkeiten nicht besser, sondern schlechter werden. Deshalb bleiben unsere Kirchen auch bei der Forderung nach gleichmäßiger Abrüstung, die auch die Ängste der jeweils anderen Seite berücksichtigt.“ Kirchentagspräsident Erhard Eppler sagte zur Friedensfrage, in der sich die Kirchentagsteilnehmer nicht hätten einigen können: Die Kirchen in den USA und in der „DDR“ zeigten, daß „mehr gemeinsame Eindeutigkeit“ möglich sei.

Im Namen des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken sagte dessen Präsident Hans Maier: Der Anblick riesiger Menschenmassen bei Kirchentagen dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Kirchen heute wieder im Zustand der Vereinzelung und der Mission seien, wie in den Anfängen der Christenheit. Gemessen an den gewaltigen Problemen der Kriege des 20. Jahrhunderts wirken die geschichtlichen Lasten der Konfessionen im Ursprungsland der Reformation heute schon fast wie leichtes Gepäck.

Helmut Simon, Mitglied des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts, der auch dem Kirchentagspräsidium angehört, sprach davon, daß die Politiker sich fragen lassen müßten, ob das einfache Mehrheitsprinzip für Entscheidungen wie die Nachrüstung, die tödliche Folgen für jedermann haben könnte, reiche. Im Saarländischen Rundfunk ergänzte er dies später mit der These, daß für die Nachrüstung das demokratische Mehrheitsprinzip in Frage zu stellen sei: „Hier ist einer der wenigen Bereiche, in dem sich Recht und Ethik nicht mehr decken.“ Er sprach davon, daß in frühern beispielsweise die Sklaverei derart geächtet worden sei, daß sie auch von einer Mehrheit nicht mehr hätte eingeführt werden können.

Mahnende Worte an die Führung der SED

HANS-R. KARUTZ, Rostock

In Gedanken waren sie oft mit dem Festival der Gläubigen in Hannover verbunden – aber in der alten Hansestadt Rostock feierten „nur“ rund 3300 Dauergäste samt 25 000 Christen aus allen Teilen der „DDR“ während des Schluß-Abendmahls unter freiem Himmel. Dieses bescheidene, konzentrierte Fest lebte aus der Freude am Miteinander einer Minderheit.

Beim zweiten der sieben Kirchentage im Luther-Jahr herrschten nicht Tücher, sondern häufig Themen, die in Mitteldeutschland mit Tabus belegt sind. Nicht die Lautstärke macht es, sondern die leisen Töne der Lieder der Liebe und die Kerzenlichter in den nächtlichen Gebeten.

„Ja, Hannover, im Luther-Jahr erkennen wir, daß wir getrennt sind“, rief Otto Schröder, Präsident der „DDR“-Kirchentage, unter dem Applaus der 3000 bei der Eröffnung in der überfüllten Marienkirche. „Aber wenn wir hier im Norden weit über die Ostsee hinausschauen, dann werden wir in die Zukunft sehen und die Frage, was eigentlich kommt, daß wir irgendwie zusammenkommen, das überlassen wir Gott selbst ...“

In seiner Abschlußpredigt vor 30 000 Gläubigen im Beisein der Bischöfe Ulrich Wilkens (Nordelbien), Johannes Hanselmann (Bayern) sowie des Bonner Vertreters in Ost-Berlin, Hans Otto Bräutigam, versicherte der mecklenburgische Landesbischof Heinrich Rathke den Gläubigen, sie seien „nicht allein, wenn sie nach dem Kirchentag sicher in den Alltag hinausgehen“. Das Kirchentagswort „Vertrauen wagen“ stellte Superintendent Christoph Magirius aus Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) in einer ungeschönten Innenbeschreibung verschiedener „DDR“-Verhältnisse auf die Probe. Vor 2500 stark applaudierenden Teilnehmern einer Großveranstaltung appellierte er „an die Mächtigen, uns, den Regierten, mehr zu vertrauen ... Ich möchte sie bitten, die Macht auf das notwendige Mindestmaß einzugrenzen, zumal die Machtfrage ja entschieden ist“.

Er leide darunter, sagte Magirius, „daß ich in vielen Fällen einer Ablehnung des Antrages keine Gründe erfahre“. Dies werde mit „Sicherheitsgründen“ motiviert, die dazu führten, daß die Macht „so oft und schnell“ zum Einsatz komme. Wörtlich fuhr Magirius fort: „Aus Sicherheitsgründen wird die Bevölkerung an bestimmten Informationen nicht beteiligt. Die Mächtigen trauen es den Einwohnern dieses Landes nicht zu, „sich selbst ein Urteil zu bilden“.

Wie sehr die staatchen Behörden die Kirche noch immer als Gegenmacht betrachten, illustrierten zwei Vorgänge am Rande des Kirchentags. Landesbischof Rathke durfte erst mitten in einer ordentlich angemeldeten Live-Sendung des Deutschlandfunks das Tor des Rostocker Funkhauses passieren, um sich an einem grenzüberschreitenden Gespräch mit Kirchentags-Prominenten in Hannover beteiligen zu können. Studio-Chef Günter Lincke aus West-Berlin hatte seine Absicht vorschriftsmäßig beim Ostberliner Außenministerium angemeldet, das den Vorgang für eine „reine Kirchenangelegenheit“ hielt. Bei der Rostocker 5ED schrillten jedoch offenbar die Alarmglocken: Erst einer der Stellvertreter von Außenminister Fischer gab mitten in der laufenden Sendung, in der Lincke schon über die der „DDR“ peinlichen Panne berichtet hatte, seine Zustimmung, so daß Rathke noch rechtzeitig vor das Mikrofon gelangte.

Blüm erwartet fristgerechte Rentenanpassung

dpa, Bonn

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) ist überzeugt, daß bei den bevorstehenden Rentenberatungen eine Lösung gefunden wird, die eine Verschiebung der Rentenanpassung im kommenden Jahr verhindert. In einem Rundfunkinterview äußerte er sich gestern gleichzeitig zuversichtlich, daß die für 1984 drohenden Zahlungsengpässe in der Rentenversicherung überwunden werden. Die Rentner brauchten um ihre Rente nicht zu fürchten.

Nach Informationen der „Bild am Sonntag“ soll sich Blüm mit Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) bereits darauf verständigt haben, daß die Renten planmäßig zum 1. Juli nächsten Jahres um 1,4 Prozent erhöht werden. Ein Sprecher des Arbeitsministeriums erklärte dazu, Stoltenberg, Blüm und Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) träfen sich erst in dieser Woche zu ihren endgültigen Gesprächen. Der Betrag könne daher noch nicht beschlossen sein. Es sei jedoch nicht auszuschließen, daß sich die Minister dann auf diese Regelung einigten. Bereits im Jahreswirtschaftsbericht war eine Erhöhung um 1,5 Prozent vorgeschlagen worden.

Gegen Finanzierung von Abtreibungen

dpa, Leimen

Die baden-württembergische CDU will sich dafür einsetzen, daß Abtreibungen auf Grund der sozialen Indikation künftig nicht mehr von den gesetzlichen Krankenversicherungen finanziert werden sollen. Ein entsprechender Antrag wurde am Wochenende ohne Aussprache auf dem Landesparteitag dor Südwest-CDU in Leimen (Rhein-Neckar-Kreis) verabschiedet. Bundes- und Landesregierung wurden außerdem aufgefordert, Initiativen zur Beseitigung des Mißbrauchs der sozialen Indikation zu ergreifen.

CDU-Landeschef Lothar Späth kündigte an, die Partei werde entschlossen dafür kämpfen, daß sie auch nach der Landtagswahl in neun Monaten über die absolute Mehrheit im Parlament verfügt.

Kritik an Haltung der USA in Genf

rtr/dpa, Bonn

Der SPD-Sicherheitsexperte Egon Bahr hat den Vereinigten Staaten vorgeworfen, bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen das Gewicht einseitig auf die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa verlagert zu haben. Im Hessischen Rundfunk sagte Bahr gestern, damit sei der ursprüngliche Sinn des NATO-Doppelbeschlusses in sein Gegenteil verkehrt worden. Bahr führte in diesem Zusammenhang Aussagen von US-Verteidigungsminister Weinberger und Außenminister Shultz an, es müsse erst stationiert werden, ehe man mit der Sowjetunion ernsthaft verhandeln könne.

„Über Europa zur deutschen Einheit“

dpa, Fulda

Der Termin für die nächste Wahl zum Europa-Parlament am 17. Juni 1984, dem Tag der Deutschen Einheit, hat für den Präsidenten der Internationalen Pan-Europa-Union, Otto von Habsburg, symbolische Bedeutung. „Wir wollen über Europa die deutsche Einheit wieder erreichen“, sagte er auf einer Kundgebung in Fulda.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

„17. Juni als Feiertag“

Carstens über Wiedervereinigung und Friedensbewegung

DW. Bonn

Gegen die Abschaffung des gesetzlichen Feiertags am 17. Juni hat sich Bundespräsident Karl Carstens ausgesprochen. Man könne „ja nicht so einfach einen zusätzlichen gesetzlichen Feiertag schaffen“, erklärte Carstens in einem Interview der WELT am SONNTAG. Er wandte sich damit gegen den zuletzt von dem ehemaligen Regierungssprecher Bölling wieder vorgebrachten Vorschlag, den 17. Juni als gesetzlichen Feiertag zugunsten eines Verfassungstages am 23. Mai abzuschaffen. Zugleich begrüßte Carstens aber, wenn dieses „sehr wichtige Datum“ bei Feiern gebührend gewürdigt würde.

Zur Frage der Wiedervereinigung betonte der Bundespräsident die tiefe Verankerung des Zusammengehörigkeitsgefühls der Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland und in der „DDR“. „Überall wünscht man sich, daß diese unnatürliche Trennung bald überwunden wird.“ Carstens sprach sich für innerdeutsche Beziehungen aus, in denen sich neben den Gegensätzen auch die Gemeinsamkeiten zwischen beiden deutschen Staaten widerspiegeln: „Vor allen Dingen ist es die Gemeinsamkeit, daß die Menschen in beiden Staaten Teil eines Volkes sind. Es wäre gut, wenn auch in den offiziellen Beziehungen diesem fundamentalen Gedanken Rechnung getragen würde.“

Positiv äußerte sich der Bundespräsident auch über den Willen der jungen Generation zur Einheit der Nation. Carstens verwies darauf, daß er in seinen Gesprächen mit Jugendlichen „das Bewußtsein, Teil eines deutschen Volkes zu sein, ganz leicht“ habe wecken können, obwohl dieses Bewußtsein „vielleicht bei manchen jungen Menschen nicht sehr stark entwickelt ist“. Alles Streben nach Überwindung der Teilung dürfe nur auf friedlichem Wege geschehen.

Eine einseitige Abrüstung sei nicht der richtige Weg zur Bewahrung des Friedens, kommentierte Carstens eine aus der Friedensbewegung gestellte Forderung. Im Ziel sei er sich mit dieser politischen Gruppierung einig. Er „billige nicht nur, sondern unterstütze darüber hinaus auch das Ziel, den Frieden zu erhalten und zu bewahren“.

Dabei sei nach seiner festen Überzeugung das „militärische Gleichgewicht eine wirksame Garantie gegen den Ausbruch eines Krieges“. Gerade in der Diskussion mit jungen Leuten könne auf Beispiele der letzten Jahre hingewiesen werden wie auf Afghanistan, die Falkland-Inseln oder auch den Krieg am Persischen Golf. „Diese Konflikte wären nicht ausgebrochen, wenn ein militärisches Gleichgewicht bestanden hätte und jede der beiden Seiten davon überzeugt gewesen wäre, daß die andere Seite sich verteidigen würde, wenn sie angegriffen wird.“

Ideologen schaden der Sache nur

Forum der „Schleyer-Stiftung“ zum Thema Mitbestimmung in den Medien und der Kunst

AXEL SCHÜTZSACK, Berlin

Die Aufgeregtheit der Mitbestimmungsdebatten in den vergangenen Jahren ist vielfach einer nüchternen Betrachtung der Vor- und Nachteile, der Chancen und Gefahren der Mitwirkung an Entscheidungsprozessen am eigenen Arbeitsplatz gewichen. In einer Zeit, in der viele Menschen um ihren Arbeitsplatz bangen, stehen Ideologen der Mitbestimmung, die in den siebziger Jahren weitgehend das Feld der Debatte beherrschten, nicht sonderlich hoch im Kurs.

Das große Wort von Willy Brandt in seiner Regierungserklärung im Jahre 1969, daß mehr Demokratie gewagt werden müsse, trug mit dazu bei, daß den Ideologen auf dem Felde der Mitbestimmung Tür und Tor geöffnet wurden und damit zum Nachteil der Mitwirkung von Mitarbeitern an Entscheidungsfindungsprozessen ihres Betriebes, die Mitbestimmung zu einem Wert an sich hochstilisiert wurde.

Es ist deshalb verdienstvoll, daß die „Hanns Martin Schleyer-Stiftung“ sich an das immer noch sensible Thema der Mitbestimmung heranwagte, nachdem der Glanz der großen Worte schon längst verklungen ist. In einer Forums-Veranstaltung in der Berliner Staatsbibliothek wurde versucht, einen Teil dessen aufzuarbeiten und nachzuholen, was in den vergangenen Jahren in der Mitbestimmungsdebatte versäumt worden ist. Zur Diskussion gestellt wurde ein besonders sensibler Bereich der Mitbestimmung, jener der Wissenschaft, der Medien und der Kunst.

Statut nicht erforderlich

Während bisher zumeist in der Mitbestimmungsdebatte über Formen der Mitbestimmung gestritten wurde, stand bei der Diskussion in der Berliner Staatsbibliothek die Frage nach ihren Inhalten, das Problem von Kreativität und Verantwortung im Vordergrund. In der Diskussionsrunde, die vom Berliner Wissenschaftssenator Wilhelm Kewenig, den Universitätsprofessoren Bernd Rüthers, Fritz Ossenbühl, Friedrich Kübler sowie dem Chefredakteur der WELT, Herbert Kremp, bestritten und vom Berliner Senator für Bundesangelegenheiten, Rupert Scholz, moderiert wurde, gab es keine grundsätzlichen Einwände gegen die Mitwirkung von Mitarbeitern an Entscheidungsfindungsprozessen. Gewarnt wurde jedoch mit Nachdruck vor einer Mitbestimmung, die lediglich der Institutionalisierung der Macht der Funktionäre diene. Herbert Kremp vertrat die Auffassung, daß auch ohne Redaktionsstatut die Redakteure in den Zeitungszentralen durch Redaktionskonferenzen, in denen um die Gewichtung von politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Vorgängen gerungen werde, sowie unmittelbar am Redaktionstisch über Inhalte mitbestimmen. Da die Zeitung ein Produkt ist, das in wenigen Stunden fertiggestellt werden müsse, sei die institutionalisierte Form des Redaktionsstatuts mit langen Diskussionen, die nicht immer von den qualifiziertesten Kräften geführt würden, eher ein Hindernis.

Wilhelm Kewenig, der erklärte, daß er als Kultur-Wissenschaftssenator keine Schwierigkeiten mit der Mitbestimmung an sich gehabt habe, sondern lediglich mit ihren „Absolutismen“, erhob vor allem im Bereich der Medien Einwände gegen die dort praktizierte Form der Mitbestimmung. Er habe noch nirgendwo anders so viele „graue Mäuse“ kennengelernt wie bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten. Dort trete mit Hilfe der Mitbestimmung die „Arroganz der Macht“ auf der unteren Ebene besonders deutlich in Erscheinung. Eine Folge davon sei, daß hier ein „klein-geistiger Pluralismus“ praktiziert werde. Hier müsse dringend Abhilfe geschaffen werden.

Nach den Worten von Kewenig wie auch anderer Diskussionsteilnehmer muß eine sinnvoll angewandte Mitbestimmung vor allem darauf ausgerichtet sein, die Mitarbeiter an ihrem Arbeitsplatz zu motivieren. Unverzichtbar sei jedoch, so erklärte Kübler, die Einheit von Sachverstand, Entscheidung und Verantwortung bei der Mitbestimmung. Bernd Rüthers ergänzte diesen Anspruch mit dem Hinweis, daß es nicht darum gehe, Mitbestimmung zu verhindern, sondern sie sinnvoll zu machen.

Daß die Mitbestimmung vor allem in den Gruppenuniversitäten in der Reformeuphorie und der Emanzipationsromantik der 70er Jahre bis zur Absurdität durchexerziert wurde, exemplifizierte die Diskussionrunde an zahlreichen Beispielen unmittelbarer Erfahrung. Beispiele, die an ein absurdes Theater erinnerten und deshalb Heiterkeit im Auditorium auslösten.

Ordnung der Gedanken

Kewenig war es wiederum, der hier gewissermaßen das „erlösende Wort“ sprach. Er habe keine große Sorge um die Mitbestimmung an den Hochschulen. Sie sei von Mitbestimmungsideologen mit so vielen Absurditäten befrachtet worden, daß sich schon von daher vieles von selbst erledige. Es wäre sicher reizvoll gewesen, wenn in der Diskussionsrunde in Berlin jemand teilgenommen hätte, der die Auswirkungen solcher Absurditäten mitzuverantworten hat. Das Fazit der Diskussion, das Rupert Scholz in dem Satz zusammenfaßte, vernünftige Mitbestimmung zwinge zur Ordnung der Gedanken, hätte zumindest einen ideologisch nicht vollkommen verbohrten Streiter der Mitbestimmung nachdenklich stimmen müssen.

CDU und FDP plädieren für Koalition in Hessen

Parteitage geben Wallmann und Gerhardt Rückendeckung

D. GURATZSCH, Frankfurt

CDU und FDP gehen in demonstrativer Geschlossenheit in den hessischen Wahlkampf. Während der geschäftsführende hessische Ministerpräsident Holger Börner (SPD) am späten Freitagabend in seinem eigenen Wahlkreis Kassel-Ost demütigende Diskussionen über seine Wiederaufstellung als Landtagskandidat erleben mußte, gaben Union und Freie Demokraten auf Parteitagen am Wochenende ihren Spitzenkandidaten für die Landtagswahl volle Rückendeckung. Beide Parteien bekräftigten ihre Absicht, bei einem Wiedereinzug der FDP in den Landtag in Koalitionsverhandlungen einzutreten.

Börners Position in seinem Wahlkreis war dadurch erschüttert worden, daß bei der Aufstellung der Wahlkreiskandidaten erstmals seit 1978 mit dem Berufsschullehrer Hubert Hackenschmidt (34) ein Gegenkandidat gegen ihn angetreten war. Die Kritik dieses Mannes an der hessischen Landesregierung und damit an Börner, sie hätten „Berührungsängste" mit der Umweltschutzbewegung bewiesen und seien damit handlungsunfähig geworden, brachte ihm immerhin 67 von 199 Stimmen ein. Börner, der aus dem Hintergrund massiv von der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen unterstützt worden war, konnte 128 Stimmen für sich verbuchen und sich damit letztlich durchsetzen.

Demgegenüber geriet der CDU-Parteitag in Bad Soden streckenweise zur Kundgebung für den Landesvorsitzenden der Hessenunion und Oberbürgermeister von Frankfurt, Walter Wallmann. Bei seiner Aufstellung zum Spitzenkandidaten seiner Partei für die Landtagswahl am 25. September erlangte Wallmann, dem die Delegierten stehend applaudierten, 434 von 454 Stimmen. Auf die Plätze zwei bis vier der ohne Aussprache beschlossenen Landesliste wurden der Fraktionsvorsitzende Gottfried Milde, Generalsekretär Manfred Kanther und Parlamentspräsident Jochen Lengemann mit ebenfalls fast hundertprozentigem Votum des Parteitages gesetzt.

Auch die Freien Demokraten schickten ihren Spitzenkandidaten Wolfgang Gerhard mit einem „Stalinergebnis" (so ein Delegierter) von 94,1 Prozent (256 von 271 Stimmen) in die Landtagswahl. Auf den folgenden Plätzen wurden der frühere Fraktionsvorsitzender Otto Wilke, der Unternehmer Dieter Fertsch-Röver, der Bezirksvorsitzende Nordhessen, Alfred Schmidt, und die frühere bildungspolitische Sprecherin Ruth Wagner plaziert. Mit einem Fiasko endete der FDP-Parteitag in Offenbach für die frühere Frankfurter Kreisvorsitzende Edith Strumpf, die dem linken Parteiflügel zugerechnet wird. Sie scheiterte dreimal mit dem Versuch, durch eine Gegenkandidatur einen der vorderen Listenplätze zu erringen.

Die Reden der Spitzenkandidaten auf den beiden Parteitagen zeigten den weitgehenden Interessengleichklang zwischen CDU und FDP in der bevorstehenden Wahl. Sowohl Wallmann als auch Gerhard richteten heftige Angriffe gegen die SPD. Die Sozialdemokraten haben Hessen Schaden zugefügt und die „schwerste Krise der Bundesrepublik seit ihrem Bestehen" verschuldet, erklärte Wallmann. Sie trete mit dem „Politikverständnis einer Klassenkampfpartei" im Wahlkampf an und setze auf die „Neidgefühle der Menschen". Probleme der 80er Jahre dieses Jahrhunderts wolle sie mit den „Rezepten der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts lösen".

Vor allem rügte Wallmann den Stil des sich abzeichnenden SPD-Wahlkampfs gegen die CDU. Ministerpräsident Börner sei offenbar der „Sinn für politische Fairneß" abhanden gekommen, sein Sozialminister Armin Clauss denunziere die CDU als „Feind der Gesellschaft". Wallmann: „Ein solches Denken zerstört den demokratischen Konsens. Wir wollen das nicht. Wir werden uns so nicht verhalten." Wallmann kündigte an, daß seine Partei einen argumentativen, sachlichen Wahlkampf führen werde. „Mehr den Menschen verpflichtet als jeder Ideologie", sei es die oberste Aufgabe der Politiker zu dienen.

FDP-Chef Gerhardt sagte, die hessische Landesregierung sei „am Ende angelangt". Wäre die FDP noch im Landtag, so würden die hessischen Arbeitnehmer davon mehr gehabt haben als von SPD und Grünen. Gerhard: „Wir lassen uns von einer Partei, die unser Land so miserabel regiert, weder kleinkriegen noch beiseiteschieben." Da die Geschichte bewiesen habe, daß es die CDU in Hessen allein nicht schaffen könne, sei die Wahl der FDP die sicherste Gewähr dafür, „daß Hessen nicht wieder SPD und Grünen anheimfällt".

Mehrheit gegen 35-Stunden-Arbeitswoche

GÜNTHER BADING, Bonn

Die von der IG Metall für die Tarifrunde 1984 angestrebte Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche scheint bei den Arbeitnehmern auf weniger Resonanz zu stoßen, als zunächst vermutet wurde. Das jedenfalls ist das Ergebnis einer Infratest-Umfrage unter Arbeitnehmern der Metallindustrie um die Jahreswende, deren Auswertung jetzt vorliegt. Für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf weniger als 40 Stunden sprachen sich nur 39 Prozent der repräsentativ ausgewählten 1462 Befragten aus. 54 Prozent wollten, daß die 40-Stunden-Woche einstweilen beibehalten wird.

Während die Aufschlüsselung zeigt, daß die Arbeiter im Trend liegen – 37 Prozent für weniger als 40 Wochenstunden und 53 Prozent für Beibehaltung der 40-Stunden-Woche –, zeigten sich die Angestellten der Metallindustrie als eifrige Verfechter des Gewerkschaftsziels. 46 Prozent der „einfachen" und 48 Prozent der qualifizierten Angestellten wollten weniger Stunden pro Woche arbeiten, 48 und 51 Prozent wollten einstweilen alles beim alten lassen. Nicht überraschen konnte, daß die außertariflich bezahlten Angestellten sich zu 72 Prozent für die Beibehaltung der bisherigen Regelung und nur zu 27 Prozent für Wochenarbeitszeitverkürzung aussprachen.

Bei den Frauen ergab sich ein Bild von 44 Prozent für und 49 Prozent gegen die Wochenarbeitszeitverkürzung. Allerdings wurde die Umfrage auf Arbeitnehmer der Metallindustrie beschränkt, in der verhältnismäßig wenig Frauen tätig sind, so daß das Gesamtergebnis durch die Aussage der Männer geprägt wird. Höher liegt der Prozentsatz der befragten Gewerkschaftsmitglieder, die sich für die Verkürzung aussprechen: 42 dafür, 52 gegen die verkürzte Wochenarbeitszeit. Bei den Funktionären kehrt sich das Bild: 71 Prozent der IG-Metall-Funktionäre wollen weniger als 40 Stunden arbeiten, 23 sind immerhin für die einstweilige Beibehaltung der 40-Stunden-Woche.

Weniger als 40 Stunden in der Woche – bei entsprechend weniger Verdienst – wollen nur 35 Prozent der Metall-Beschäftigten arbeiten, 65 Prozent sind dagegen. Für eine Frühverrentung mit 60 Jahren, bei entsprechender Rentenkürzung, sprachen sich 84 Prozent aus, die Gewerkschafter zu 86 Prozent. In Anspruch nehmen würden diese Möglichkeit 75 Prozent der Arbeitnehmer.

EG berät Schritte gegen Terror

Europäische Sicherheits-Minister trafen sich in Bonn / Gefahr besteht fort

MANFRED SCHELL, Bonn

Besorgnisse über die Unterstützung terroristischer Gruppen durch Länder wie Syrien und Libyen sind bei der unter strenger Abschirmung am Wochenende in Bonn tagenden Konferenz der Minister deutlich geworden, die in den zehn EG-Staaten Verantwortung für Angelegenheiten der inneren Sicherheit tragen. Bei dieser Begegnung, die von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann geleitet wurde, war auch davon die Rede, daß Syrien und Libyen den Terrorismus nicht nur unterstützen, sondern „auch gezielt einsetzen". In anderem Zusammenhang wurde deshalb im Hinblick auf Libyen auch schon vom „Staatsterrorismus" gesprochen.

Die Runde war übereinstimmend der Meinung, daß die terroristische Gefahr für die Länder der EG fortbestehe. Dabei wurden auch terroristische Aktivitäten, die von Libanon ausgehen, vor allem Anschläge von armenischen Terroristen, angesprochen.

Bundesinnenminister Zimmermann hatte in seinem Erfahrungsbericht aber auch die Erfolge im Kampf gegen den Terrorismus herausgestellt und dabei vor allem auf die Verhaftungen im Bereich der Roten Brigaden in Italien und der RAF in der Bundesrepublik Deutschland abgehoben und zugleich die Zerschlagung von rechtsradikalen Gruppen erwähnt. Die Absichten der Terroristen von links und rechts, sich in ausländische „Ruheräume" zurückzuziehen, seien durch die gute Zusammenarbeit auch mit Frankreich und Großbritannien durchkreuzt worden. Es sei erkennbar, so betonte Zimmermann, daß sich inzwischen der Rechts- und der Linksterrorismus in der „amerikafeindlichen und der sowjetfreundlichen Haltung" die „Hand reichen". Er verwies auch darauf, daß es in einzelnen Ländern, zum Beispiel in Spanien und in Großbritannien, noch nicht endgültig gelungen sei, „nationale Formen" des Terrorismus zu zerschlagen. Der spanische Innenminister hatte als Gast an der Konferenz teilgenommen.

Gegen den Antrag der Türkei, in die Konferenz aufgenommen zu werden, wurden Bedenken geltend gemacht, vor allem durch Griechenland. Übereinstimmend wurde der Zeitpunkt für einen Aufnahmeantrag angesichts der noch bestehenden Militärdiktatur in der Türkei als „nicht glücklich" empfunden. Ein Beschluß wurde deshalb nicht gefaßt. Aber unabhängig davon plädierten Zimmermann und die italienischen Minister für eine intensive Zusammenarbeit mit der Türkei auf der jeweils bilateralen Ebene. Zimmermann betonte, Bonn könne darauf nicht verzichten. Schon aus der Tatsache, daß bei uns rund 1,7 Millionen Türken lebten, würden sich Sicherheitsprobleme ergeben. Die italienische Seite verwies auf die gute Kooperation mit den türkischen Dienststellen bei der Aufklärung des Papst-Attentates.

Die Ministerkonferenz befaßte sich auch mit den Themen „Landeerlaubnis für entführte Flugzeuge" und des illegalen Waffenhandels. Es wurde beschlossen, Luftsicherheitsexperten zu beauftragen, auszuloten, welche Flughäfen von Luftpiraten „bevorzugt" werden und welche Konsequenzen daraus für polizeiliche Gegenoperationen abgeleitet werden können. Eine zweite Arbeitsgruppe wird sich mit der Problematik des unerlaubten Waffenhandels befassen, wobei die Tendenz auf eine stärkere Kontrolle von Einzelpersonen abzielt.

Managua stellt Forderungen an USA

Dialog soll fortgesetzt werden / US-Sonderbotschafter Stone in Guatemala-Stadt

DW. Managua

Die Gespräche des US-Sonderbeauftragten für Mittelamerika, Richard Stone, in Managua haben offenbar keinen Durchbruch zur Beilegung der schweren Spannungen zwischen beiden Ländern gebracht. Junta-Chef Daniel Ortega teilte mit, seine Regierung habe auf einem „weiteren Dialog" beharrt. Stone selbst bezeichnete die Gespräche als „sehr wichtig" und „ernsthaft".

„Ich kann sagen, ich habe viel gelernt", erklärte Stone. Als Ziel seiner Mission nannte er die Absicht der USA, „unseren zentralamerikanischen Nachbarn zu helfen, Frieden und Demokratie zu verwirklichen".

Die Regierung in Managua beschuldigt die USA, hinter der Invasion von Anhängern des früheren Diktators Anastasio Somoza aus dem Nachbarland Honduras zu stecken. Eine Einladung der sandinistischen Machthaber, ins Grenzgebiet zu Honduras zu reisen, „um mit eigenen Augen die Aggression zu beobachten", hatte Stone abgelehnt.

Junta-Chef Ortega sagte, die Gespräche mit dem „US-Diplomaten seien von einer seriösen, verantwortungsbewußten und würdigen Position" aus geführt worden. Für Nicaragua sei die Lösung der mittelamerikanischen Probleme nach wie vor auf politischem und nicht auf militärischem Wege zu suchen. Nicaragua sei „selbst unter den schlechtesten Umständen für den Dialog. Doch der Dialog wird mit dem Herrn des Hundes und nicht mit dem Hund geführt", erklärte er unter Anspielung auf die von seinem Land angestrebten direkten Gespräche mit den USA und Honduras.

Die Beziehungen zwischen Nicaragua und den USA hatten in der vergangenen Woche einen neuen Tiefpunkt erreicht, als die Junta drei US-Diplomaten unter dem Vorwurf der Mordverschwörung gegen Außenminister d'Escoto auswies und Washington mit der Schließung mehrerer nicaraguanischer Konsulate und der Ausweisung von 21 Diplomaten des Landes konterte.

Erst am Wochenende hatte Managua eine Protestnote nach Washington gesandt, in der es hieß, FBI-Agenten hätten Diplomaten des Landes am Betreten des Konsulats in Houston gehindert, aus dem sie nach Zustellung der Ausweisungsverfügung noch Unterlagen sicherstellen wollten. Außerdem beklagten sie, daß in New Orleans zwei Taschen Diplomatengepäck vom Zoll beschlagnahmt worden seien.

Auf Drängen des US-Außenministeriums hatte die Zivilluftfahrtbehörde der Fluggesellschaft Nicaraguas, Aeronica, am Wochenende zusätzliche Flüge in die USA untersagt. In einem Brief an die Luftfahrtbehörde schrieb das Außenministerium, diese Flüge seien den außenpolitischen Interessen der USA abträglich.

Stone hielt sich gestern in Guatemala-Stadt auf, wo er mit Präsident General Efrain Rios Montt, Außenminister Eduardo Castillo und Verteidigungsminister Oscar Mejia zusammentraf. Einzelheiten des Gesprächs wurden nicht genannt. Von Guatemala wollte Stone nach Belize und anschließend nach Mexiko – der letzten Etappe seiner Rundreise – fliegen.

Vollzieht Tokio eine Wende in Nahost?

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Die gegenwärtige weltweite „Ölschwemme" zusammen mit dem Niedergang der PLO haben offenbar eine Vertiefung der Beziehungen zwischen Japan und Israel bewirkt.

So jedenfalls deuten israelische Diplomaten den Besuch des stellvertretenden japanischen Außenministers Toshijiro Nakajima, der bis gestern zu einem dreitägigen Besuch in Israel weilte. Ein solcher Besuch würde im allgemeinen als Routine gelten. Davon hebt ihn jedoch die Tatsache ab, daß jetzt zum ersten Mal seit 30 Jahren ein amtlicher japanischer Vertreter nach Israel kommt, der über dem Botschafterrang steht.

Wenn es sich um nationale Interessen handelt, kennen die Japaner keine Umschweife und nennen das Kind beim Namen, in Fällen, wo europäische Staaten diplomatische Euphemismen benützen würden. So erklärte die japanische Regierung gleich nach dem Ausbruch der Ölkrise 1973, als sie noch vier Fünftel ihres Öls aus den Golfstaaten importierte, sie werde von nun an „eine proarabische Politik einschlagen".

Dies änderte sich in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres, als der zunehmende Ölüberschuß in der Welt mit dem Amtsantritt des neuen japanischen Premierministers Nakasone zeitlich zusammenfiel. Nakasone legt mehr Wert als seine Vorgänger auf militärische Zusammenarbeit mit dem Westen. Er wies seine Diplomaten an, den Dialog mit den Nahoststaaten zu vertiefen. Israel nimmt dabei als strategisches Element einen wichtigen Platz ein.

Auch in diesem Fall handeln die Japaner direkt. Während amerikanische oder bundesdeutsche Diplomaten die besetzten Gebiete nicht – oder zumindest nicht „offiziell" – betreten, machten die Japaner keine Einwände, als das israelische Außenministerium sowohl die Westbank wie auch den Golan in das offizielle Besichtigungsprogramm miteinbezog.

Auch auf anderen Gebieten zeigt sich eine Lockerung der bisherigen japanischen Haltung. Bisher teilten sich japanische Autofabriken die Ausfuhrmärkte auf: Nissan und Toyota beugten sich dem arabischen Boykott und verkauften nicht an Israel. Subaru dagegen verzichtete auf den arabischen Markt und exportierte nach Israel. Vor kurzem jedoch gaben Toyota und Nissan bekannt, es sei an der Zeit, den arabischen Boykott abzuschütteln. (SAD)

Neue sechsteilige Fernsehserie aus Frankreich: „Die Rosen von Dublin"

Ein Reporter sitzt in der Klemme

Chris Berdol, Pariser Photo-Reporter, beobachtet vom Rande des Spielfeldes das Rugby-Spiel Frankreich gegen Irland. Plötzlich stürzen zwei robuste Iren auf ihn zu und schlagen ihn zusammen. Chris sieht nur noch Sterne vor den Augen. Im Krankenhaus erinnert er sich an die letzten Worte der irischen Haudegen: „In Erinnerung an unsere Schwester, hier noch ein paar schöne Rosen, Rosen aus Dublin."

Bei dem Reporter dämmert es. Er war nur einmal in Dublin. Das war vor zehn Jahren. Damals photographierte er auf einer Modenschau das schöne Mannequin Spring Kavanaugh. Es folgt eine ganz banale Geschichte: Der Franzose verliebt sich in die schöne Irin, verbringt eine Liebesnacht mit ihr. Sie wird schwanger. Doch der „rasende Reporter" vergißt das Liebesabenteuer.

Die Prügel der Brüder Kavanaugh wecken bei dem Franzosen das Gewissen. Ledige Väter sind inzwischen sehr in Mode. Man bekennt sich zu einer Vaterschaft. Also reist der Reporter nach Irland und macht sich auf die Suche nach seinem vergessenen Sohn. Natürlich will er auch die schöne Mutter wiederfinden. In Irland herrschen jedoch andere Sitten. Bis zum endgültigen Happy-End muß der Reporter einige Hürden nehmen.

Das Drehbuch zu dieser rührseligen Geschichte, die vielleicht einige Herzen höher schlagen läßt, schrieb der Bestseller-Autor Pierre Rey. Sein größter Erfolg war der Roman „Zorba, der Grieche". Gedreht wurde die französische Fernseh-Serie „Die Rosen von Dublin" vor drei Jahren in Irland in englischer Sprache. Fernsehregisseur Lazare Iglesis, in Frankreich für seine präzise, gewissenhafte Arbeit geschätzt, wollte mit dieser sechsteiligen Serie eine „romantische und unterhaltsame Komödie" liefern. Das französische Fernsehpublikum kam jedoch kaum auf seine Kosten. Es konnte über den „vorgegaukelten irischen Humor" nicht lachen. Die Kavanaugh-Brüder, kräftige Bilderbuch-Iren und leidenschaftliche Rugby-Spieler, wirkten nach Meinung französischer Kritiker auf dem Bildschirm „einfach nur banal".

Die Rosen von Dublin (1) – ARD, 20.15 Uhr

Auch die Dialoge waren in der französichen Fassung nur ungewollt komisch. Das lag allerdings an der Synchronisation. „Diese Serie besticht weder durch ihre Originalität noch durch das Spiel der Darsteller. Keine Folge ist wirklich überzeugend. Am besten, man vergißt die ‚Rosen von Dublin' schnell", schrieb der Kritiker der Pariser Fernsehzeitschrift „Télérama".

Für das deutsche Fernsehpublikum bietet sich Gelegenheit, mit Jean-Claude Bouillon Wiedersehen zu feiern. Einst triumphierte er mit Schnauze, Charme und Melone als Inspektor Valentin in der Krimi-Serie „Mit Rose und Revolver". Jetzt kommt der sympathische Franzose, der nach dem Willen seines Vaters eigentlich Metzger werden sollte, als der Reporter Chris Berdol wieder. Dem Fernsehschauspieler, der seine erste große Rolle in „Alexander zwo" dem deutschen Regisseur Franz-Peter Wirth verdankt, brachte auch diese TV-Arbeit Glück. Als er im Sommer 1980 in Irland drehte, besuchte ihn seine Freundin Michèle. Neun Monate später wurde die Tochter Berenice geboren. Heute leben Jean-Claude Bouillon und Michèle als glückliches Ehepaar in einem kleinen Häuschen mit Garten vor den Toren von Paris. „Nach dem beeindruckenden Landschaftserlebnis in Irland zog es mich ins Grüne", sagt Bouillon.

Die berufliche Karriere des 41 Jahre alten Schauspielers ist in Frankreich nicht auf Rosen gebettet. Wegen der Fernsehserien haftet dort der Makel des Fernsehschauspielers an ihm. Außer Pornorollen erhielt er keine vernünftigen Filmangebote. „Hier glauben die Filmproduzenten, daß die Leute nicht ins Kino gehen, wenn sie einen Schauspieler wochenlang gratis zu Hause auf dem Bildschirm sehen", sagt Bouillon. So tingelt er zwischen zwei Fernsehserien auf Provinz-Theaterbühnen. Theater hat er schon immer gerne gespielt. Schließlich begann Bouillon mit der Schauspielerei bei dem großen Theaterregisseur Jean Vilar.

CONSTANCE KNITTER





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau
10.05 Fanny
US-Spielfilm, 1960
12.15 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

16.10 Tagesschau
16.15 Ich wollt ich wär . . .
Was sich Zeitgenossen wünschen
Mit Susanne Offenbach
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Rosen von Dublin (1)
Fernsehserie in 6 Teilen
Mit Jean-Claude Bouillon, Berenice Toolan u. a.
Regie: Lazare Iglesis
21.15 Kontraste
Moskau in schwerer Bedrängnis – der afghanische Widerstand gegen die sowjetischen Truppen wächst / Der „Regierende Botschafter" tritt ab – das Ende der Ära Abrassimow in Ost-Berlin / Polen vor dem Papstbesuch – Beobachtungen in der Arbeiterstadt Nowa Huta / Ceausescus deutsches Theater – Reportage über die Lage der Deutschen in Rumänien.
22.00 Hetz mich nicht!
Lieder und Worte von Mensch zu Mensch mit Astrid Jacob
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nachtstudio
Das Messer im Wasser
Poln. Spielfilm, 1961
Regie: Roman Polanski
00.30 Tagesschau

16.00 heute
16.04 Einführung in das Strafverfahrensrecht
9. Pingpong: Strafantrag – Privatklage
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Lassie
Die Eulenfamilie
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Ingrid Caven, Gloria Gaynor
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Letzte Folge: Mein Freund Charlie
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.25 Ein Colt für alle Fälle
Mein Freund Charlie (2)
19.00 heute
19.30 Vorsicht – Musik!
Vorgestellt von Frank Zander
20.15 Wie würden Sie entscheiden?
Rechtsfälle im Urteil des Bürgers
Anspruch ist Anspruch
21.00 heute-journal
21.20 Regentropfen
Film von Michael Hoffmann und Harry Raymon
Mit Jack Gerula, Elfriede Irrall, Walter Renneisen u. a.
22.50 Umkehr zum Leben
20. Deutscher Evangelischer Kirchentag, Hannover. Ein Rückblick
23.20 heute

III.

WEST
18.00 Telekolleg
Deutsch (36)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsshow
Treffpunkt Straßburg
Europa – deine Bauern
Überproduktion und Vernichtung von Lebensmitteln
21.45 Hinter den Schlagzeilen
Mauern für die Wende
Auf der Suche nach der Konjunktur
22.15 Was Flügel hat, fliegt
Fernsehfilm von Heinz Vegh
Regie: Susanne Zanke
23.25 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Ausländer – Inländer (10)
Ein Dach über dem Kopf
19.00 Antiquitäten in Serie (11)
Jugedstil-Lampen
19.15 Prisma
Rückkehr vom Polarwinter
20.00 Tagesschau
20.15 Autor-Scooter
Eine Fragestunde – live
Heute mit Wolf Wondratschek
21.15 Hollywod in Bologna (3)
Italien. Filmkomödie in fünf Teilen
22.10 Theatertreffen Berlin '83
23.10 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Montagsspaß
19.00 Ausländer – Inländer (8)
Hilf Dir selbst, sonst . . .
19.30 Elternstammtisch
Legasthenie
20.00 Tagesschau
20.15 Standpunkte
21.00 Drei aktuell
21.15 Die Schnüffler
Der Fall des reuigen Gauners
22.00 Bücher-Report
22.50 Thema offen

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Deutsch (36)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gesamt Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Bonanza
Little Joes Sieg
20.20 Menschen unter uns
Zwei ausländische Familien in der Bundesrepublik
21.15 Opas Weltraum-Utopien
Flash Gordon auf dem Planeten Mongo
„Vernichtendes Schicksal"
Amerik. Filmserial aus dem Jahre 1936
21.35 Jazz am Montagabend
Mit Howard Johnson u. a.

BAYERN
18.15 Zoogeschichten
18.35 Die Abenteuer der Maus auf dem Mars
18.45 Rundschau
19.00 Sonntag in New York
Amerik. Spielfilm, 1963
Mit Jane Fonda u. a.
Regie: Peter Tewkesburg
20.45 Rundschau
21.00 Blickpunkt Sport
22.00 Z. E. N.
22.05 Supermaschine Mensch
Wie unser Körper funktioniert
22.35 Rundschau

Personalien

EHRUNGEN

Einer der originellsten Architekten Deutschlands, Professor **Gottfried Böhm**, wird am 21. Juni in Paris mit der Goldmedaille des französischen Architektur-Instituts ausgezeichnet. Verbunden mit dem französischen Architekturpreis ist im „Institut Français d'Architecture" eine Ausstellung bisher unveröffentlichter Entwürfe von Professor Böhm. Dazu gehören eine Mercedes-Fabrik, das Foyer der Stuttgarter Oper und eine überdachte Straße in Kassel. Gottfried Böhm, 1920 in Offenbach geboren, Sohn des Architekten Professor **Dominikus Böhm**, ist vor allem als Erbauer von Kirchen und Rathäusern bekannt geworden. Das mehr als eigenwillige Rathaus von Bensberg machte ihn ebenso berühmt wie die Wallfahrtskirche in Neviges. Die Handschrift Gottfried Böhms trägt auch die nach dem Krieg wiederhergestellte Godesburg und das Godesberger Altstadtcenter. Gottfried Böhm hatte auch die Planung und Oberleitung bei der Wiederherstellung des Hohen Domes zu Trier.

*

WELT-Wirtschaftsredakteur **Claus Dertinger** gehört zu den DWS-Preisträgern für die Wirtschaftspresse. Die DWS Deutsche Gesellschaft für Wertpapiersparen wird ihren 1981 gestifteten Preis zum ersten Mal am 4. Juli überreichen, und zwar durch den Aufsichtsratsvorsitzenden und Sprecher der Deutschen Bank, Dr. **F. Wilhelm Christians**. Weitere Preisträger sind die beiden Handelsblatt-Redakteure Dr. **Bernhard Blohm** und **Peter Martin**.

*

Dr. **Walter Schlesinger**, inzwischen emeritierter Professor für Mittelalterliche Geschichte an der Universität Marburg, ist mit dem Brüder-Grimm-Preis der Philipps-Universität ausgezeichnet worden. Der Preis wird alle zehn Jahre für besondere Verdienste um die deutsche Sprache vergeben und ist mit 10 000 DM dotiert. Zu den wegweisenden Arbeiten Schlesingers gehören seine Verfassungsgeschichte des Mittelalters und seine Kirchengeschichte Sachsens im Mittelalter.

VERANSTALTUNG

Jacques Morizet, Frankreichs neuer Botschafter in Bonn, versammelte in seiner Residenz auf Schloß Ernich zum ersten Mal die Bonner Presse um sich. Für Botschafter Morizet und seine Frau **Aline** war der Journalistentreff ein Wiedersehen mit guten alten Bekannten. Morizet, mehrfach in Bonn auf Posten gewesen, von 1972 bis 1979 schließlich im Rang eines Gesandten. Das heute dem französischen Staat gehörende Schloß Ernich hatte noch nicht alle Spuren des Vorgängers **Henri Froment-Meurice** verwischen können: Die privaten Bilder des überraschend von der französischen Regierung abgelösten Diplomaten hatten an den Wänden weiße Flecken zurückgelassen, die Botschafter Morizet allerdings in Kürze künstlerisch „verdekken" wird. Mit den Morizets nach Bonn kam ein bisher unbekannter Hausgenosse: Der große Setter Phöbus, der zuletzt mit seinem Herrn in Marokko „auf Posten" war. Im kühleren Rheinland hatte Phöbus, dem hier allerdings, wie sein Herr vermerkt, der Swimmingpool fehle, von den Waldhöhen um Ernich schnell Besitz ergriffen. Zur Begrüßung der Gäste hatten sich auch Frankreichs Gesandter **Jacques Berniere** eingestellt, der heute auf den Höhen von Ernich ein reizendes Domizil in einer ehemaligen Kegelbahn des Schlosses besitzt, und Presserat **Bernard Nuss**.

ERNENNUNG

Dr. **Hedda Meseke**, bisher Vizepräsidentin der Bezirksregierung Weser-Ems, verläßt Osnabrück und geht als Staatssekretärin in das niedersächsische Landwirtschaftsministerium nach Hannover. Frau Dr. Meseke wird am 1. Juli ihr neues Amt antreten. Die Juristin, 1942 in Quedlinburg geboren, war 1971 in den öffentlichen Dienst eingetreten. Sie war beim Regierungspräsidenten in Hildesheim und in der Verwaltungsschule des Landes Niedersachsen tätig gewesen. Zeitweise war Hedda Meseke auch in Bonn im Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen und im niedersächsischen Innenministerium mit Aufgaben betreut sowie im Wirtschaftsministerium in Hannover. 1981 wurde sie in der Bezirksregierung zur Vizepräsidentin berufen. Frau Dr. Meseke wird die erste Frau sein, die im niedersächsischen Landwirtschaftsministerium den Posten eines Staatssekretärs übernimmt. Sie arbeitete zwar nie im Agrarbereich, gilt aber als besonders enerisch und daher für dieses schwierige Ressort auch als ganz besonders geeignet. Ihr Vorgänger Staatssekretär Dr. **Dietrich Hoppenstedt** wird neuer Präsident des niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes.

GESTORBEN

Ilse Gropius, Witwe des Bauhaus-Architekten **Walter Gropius**, starb im Alter von 85 Jahren in den USA in der Nähe von Boston. Frau Gropius hatte in Deutschland und auch in der Emigration in England und in den Vereinigten Staaten an zahlreichen Publikationen ihres Mannes mitgewirkt. Ihr schriftlicher Nachlaß wird vom Bauhaus-Archiv herausgegeben. Walter Gropius war 1969 gestorben. In zahlreichen Veranstaltungen gedachte man in diesem Jahr seines hundertsten Geburtstages.

KRITIK

Karriere eines Schränkers

Terence Young hatte bereits seine beiden ersten James-Bond-Filme – „Dr. No" und „Liebesgrüße aus Moskau" – hinter sich, als er 1966 den **Spion zwischen zwei Welten** (ARD) machte, ebenfalls mit einem Agenten als Held. Doch obwohl dieser Eddie Chapman (gespielt von Christopher Plummer) eine historisch authentische Gestalt ist, ein Schränker, der aus dem Zweiten Weltkrieg das für ihn Beste machte, nämlich zwischen den Fronten zu lavieren, fiel er schon ein wenig aus wie der James Bond in späteren Terence-Young-Filmen: als Märchenfigur, die unbeschadet aus Situationen herauskommt, die ein Normalmensch wohl nicht überstanden hätte. Und auch der Zweite Weltkrieg macht hier den Eindruck einer mehr amüsanten Abenteuerwelt, in der es nicht ganz so ernst zugeht.

In der Tat, das Ganze ist doch wohl mehr ein Spiel mit sattsam bekannten Versatzstücken, die man, unbeschadet der britisch-französischen Herkunft des Films, vor allem aus dem Hollywood-Kino kennt. Abzulesen insbesondere an der Zeichnung der deutschen Soldaten. Gert Fröbe als Oberst Steinhäger: der Urtyp des plumpen Boche, Yul Brynner als General von Grünen: das Musterexemplar eines Nazi-Generals, in dem die alte Kriegspropaganda trotz aller neuen Bündnisse fröhlich weiterlebt.

Daß da Young die eigene Seite die besseren Karten haben läßt, versteht sich natürlich von selbst. Aber wie gesagt, man sollte den Ernst solchen Genre-Kinos nicht überbewerten, das nun einmal seine Buhmänner braucht: Heute ist es meist der CIA, der in Rollen schlüpft, die früher die Chinesen, Russen oder eben die Deutschen zu spielen hatten.

SVEN HANSEN

STUDIO

Großbritanniens erstes „Zentrum für Fernseh- und Filmstudien" öffnet im Oktober seine Tore. Zum Direktor des neugegründeten Forschungszentrums, das der Universität Glasgow angegliedert ist, wurde Professor Colin McCabe berufen. Das Institut will die wissenschaftliche Erforschung aller Aspekte von Film und Fernsehen betreiben. Die ersten zehn Studenten, die freilich ein abgeschlossenes Hochschulstudium nachweisen müssen, werden mit ihren Doktorarbeiten im Oktober in Glasgow beginnen.

*

Der mit 15 000 Mark dotierte **Hörspielpreis des Südwestfunks**, benannt nach dem Rundfunkkomponisten Karl Sczuka, wird 1983 erneut öffentlich ausgeschrieben. 1954 als Preis für Hörspielmusik gestiftet, hat sich der Karl-Sczuka-Preis seit 1970 zu einem Preis für Hörspiel als Radiokunst entwikkelt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin
Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp
Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm
Berater der Chefredaktion: Heinz Barth
Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos
Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg
Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheffer (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt
Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch
Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck
Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners
Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad
Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf
Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel
Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander
Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert
Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Gunter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714
1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611
2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777
4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29
3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756
6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.
Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt
Herstellung: Werner Koziak
Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen
Vertrieb: Gerd Dieter Leilich
Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler
Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Wenig Kenntnis vom Altern

„Immer mehr greifen Rentner zur Pille für die Seele"; WELT vom 27. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

in o. g. Artikel beklagt Albert Müller, daß die Rentner die Krankenkassen über Gebühr beanspruchen im Verhältnis zu den noch Arbeitenden, also Zahlenden. Es dürfte aber wohl jedem Laien klar sein – um wieviel mehr einem Menschen, der sich befugt fühlt, darüber zu schreiben –, daß ältere Menschen mehr krank sind als junge. Ich z. B. bin mit 50 Jahren zum ersten Mal krank gewesen (Scharlach), hatte aber bis dahin schon 24 Jahre in meine Krankenkasse eingezahlt – keine niedrigen Beiträge –, ohne die Kasse in Anspruch nehmen zu müssen. Die wegen teurer Medizin besonders hervorgehobenen Krankheiten hoher Blutdruck und Diabetes sind eben ausgesprochene Alterskrankheiten.

Ich weiß nicht, ob Herr Müller, wenn er sich bei subjektivem Wohlbefinden den Achtzig näherte, nicht mit mir und meiner 86jährigen Cousine sagen würde: „Wenn es so bliebe, würde ich gern noch ein paar Jahre leben."

Mit freundlichen Grüßen
Marie Ehlert,
Malente

*

„Immer mehr greifen Rentner zur Pille für die Seele"; WELT vom 27. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Interesse habe ich Ihren Artikel über den hohen Medikamentenbedarf und die häufigen Arztbesuche der Rentner gelesen. Oberflächlich betrachtet versetzt einen dies erst einmal in Erstaunen. Bevor man aber daraus falsche Schlüsse zieht oder die Ergebnisse gar als Legitimation für die neuen Krankenversicherungsbeiträge der Rentner nimmt, darf man diese Ergebnisse nicht unkommentiert lassen. Zwar wende ich mich nicht als Mediziner oder Pharmakologe zu Wort, aber habe vielleicht gerade deshalb andere Erklärungsmöglichkeiten.

Im Rahmen der sozialen Gerontologie beschäftige ich mich mit dem Thema Alter und Altern. Ich sehe folgende Gründe:

● Nur ein verschwindender Prozentsatz der bundesdeutschen Mediziner hat Erfahrung auf dem Fachgebiet der Geriatrie. Dies liegt sicher auch zum Großteil daran, daß es das Lehrfach Geriatrie an Universitäten in der Bundesrepublik bis vor kurzem nicht gab. Jetzt gibt es einen Lehrstuhl dafür. Die mangelnde Fachkenntnis führt oft dazu, daß Ärzte hilflos auf geriatrische Krankheitsbilder reagieren, eine Besserung oder gar eine Heilung aufgrund des Alters ausschließen, aber ein Medikament (das Stärkste?) verschreiben, um der typischen Arzt-Patienten-Erwartung genüge zu tun.

● Die häufigeren Arztbesuche sind auch relativ einfach zu erklären, nämlich damit, daß sich viele ältere Menschen schlicht Kommunikation via Krankenschein erkaufen.

● Zuletzt möchte ich auch noch auf die Werbung aufmerksam machen. Für keine andere Altersgruppe wird von der pharmazeutischen Industrie soviel auf Werbung gemacht wie für die älteren Menschen. Meist liegt der Werbung das in unserer Gesellschaft noch typische Altersbild, Alter gleichgesetzt mit verbraucht, abgebaut usw., zugrunde. Nun vermittelt die Pharma-Industrie das Bild von der „ewigen Jugend" mittels Medikamentenkonsum. Ärzte und auch ältere Menschen fallen regelmäßig darauf herein.

Mit freundlichen Grüßen
Helmut Braun,
Dipl.-Soz., Pädagoge,
Mitglied der Deutschen
Gesellschaft für Gerontologie,
München 40

Erfolg „glasklar"

„Wissenschaftlicher Erfolg im Trüben"; WELT vom 6. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

was die österreichischen Biologen in einem einjährigen Experiment in Erfahrung gebracht haben, kann ich bestätigen – und das schon seit mehreren Jahren.

Ich habe zwischen Ratingen und Heiligenhaus in der freien Landschaft vor sechs Jahren einen künstlichen Tümpel angelegt, der denen in Österreich entspricht. Mittlerweile haben sich auch hier Frosch-, Libellen-, Insekten- und Vogelarten angesiedelt, die es vorher nicht gab.

Leider bin ich kein Biologe und somit fehlt meiner Arbeit jegliche wissenschaftliche Grundlage – oder?

Doch vielleicht wäre eine kleine Ermutigung und Unterstützung an die „privaten" Umweltforscher und -schützer auch in unserem Lande nachahmenswert und sinnvoll und nicht die Bekämpfung von seiten der Behörden wie z. B. ich sie erfahre.

Mit freundlichen Grüßen
Edwin Blum,
Essen 1

Das Königs-Drama

„Belgien: Staatsbegräbnis nach 33 Jahren Einsiedler-Dasein"; WELT vom 7. Juni

Zu den interessanten Ausführungen zwei Bemerkungen: „Leopold durfte das Schloß in Laeken beziehen, mußte aber die Regentschaft seinem Sohne übertragen und sich verpflichten, bei dessen Großjährigkeit abzudanken." Die Dinge haben sich etwas dramatischer abgespielt.

Am 19. Juni 1947 bezeichnet eine Juristenkommission das Verhalten des Königs bei der Kapitulation 1940 als untadelig und spricht Leopold von der Verantwortung für die Wegführung belgischer Arbeitskräfte nach Deutschland frei. Im August 1949 wird eine Volksbefragung über die Rückkehr Leopolds angekündigt. Der König macht zur Bedingung seiner Rückkehr, daß er mehr als 55 Prozent der Stimmen erhalte. Am 8. Februar 1950 wird das Gesetz über die Volksabstimmung angenommen. Am 12. März 1950 kommt es zur Abstimmung. Der König erhält 57,68 Prozent der Stimmen. Am 16. April spricht sich der König gegen die Übertragung der Regentschaft auf seinen Sohn aus. Am 4. Juni ruft die christlich-soziale Mehrheitsregierung den König zurück ins Land. Bis hierher ist alles völlig verfassungsmäßig zugegangen. Nun greift Genosse Paul Henry Spaak ein, der stets als Muster eines Liberalen, eines Europäers und vor allem eines Demokraten von hohen Graden gepriesen wird. Dem Genossen Spaak paßt der Ausgang der Volksabstimmung nicht. Runde 58 Prozent hin oder her, wenn die Mehrheit nicht sozialistisch wählt, ist sie eben die falsche Mehrheit! Spaak ruft zu sozialistischen Demonstrationen auf. Es wird im Königreich der Belgier von dem „Beginn einer Revolution" gesprochen! Die Sozialisten sind zu allem bereit, sie wollen ihren Willen um jeden Preis durchsetzen.

Nikolaus v. Preradovich,
Hannover 72

Wort des Tages

„Regierungskunst ist die Fähigkeit, die größere Hälfte der Nation zufriedenzustellen, ohne die kleinere Hälfte zu vergrämen."

Edgar Faure, franz. Politiker (geb. 1908)

Mitterrand und Korsen zeigen Härte

Vor dem Besuch des Staatspräsidenten in Korsika: Klima der Spannung auf der Mittelmeer-Insel

A. GRAF KAGENECK, Paris

Von seinem Innen-, Wohnungsbau- und Sicherheitsminister sowie 2500 Polizisten begleitet, trifft der französische Präsident François Mitterrand heute zu einem zweitägigen Besuch auf der Insel Korsika ein. Die Visite kommt fast einem Staatsbesuch in einer weitgehend autonomen „Sonderregion" gleich. Der Präsident will auf sieben Etappen alle großen Städte der Insel, einige Landwirtschaftskommunen und neue Fabriken besuchen. Das Klima auf der Insel ist gespannt, seit am Samstagmorgen in einem von Pariser Polizisten besetzten Hotel in Bastia eine Bombe entdeckt wurde.

Korsika war die erste von Frankreichs 25 Regionen (Zusammenfassung mehrerer Departements zu einer größeren Wirtschafts- und Verwaltungseinheit), die von der neuen Dezentralisierungspolitik der Sozialisten profitieren und im August 1982 ihr eigenes Lokalparlament direkt wählen konnten. Die Gründe dieser vorzeitigen Entlassung in größere Selbständigkeit waren politische: Nie in der 200jährigen Geschichte der Zugehörigkeit Korsikas zu Frankreich hat sich die Insel dem Eroberer ganz unterworfen, und der korsische Irredentismus war nie so virulent wie in den letzten 20 Jahren. Verzweifelt versucht daher Frankreich den Loslösungsbestrebungen einer Minorität der 230 000 Inselbewohner durch größere Autonomie entgegenzuwirken.

Der extreme Flügel der Dissidenz, die „Korsische Nationale Befreiungsfront" (FNLC), hat sich die Loslösung der Insel von Frankreich mit allen Mitteln einschließlich des bewaffneten Kampfes zum Ziel gesetzt. Sie sieht in den französischen Polizisten und Soldaten, die permanent auf der Insel stationiert sind, „fremde Besatzungstruppen". Immer wieder kommt es zu Attentaten, die sich zwar bisher auf Bombenanschläge beschränken und den gezielten Mordanschlag meiden, aber großen Schaden anrichten und zur ständigen Mobilisierung großer Polizeikräfte zwingen.

Um den Freischärlern der Befreiungsfront – niemand kennt ihre Zahl, ihre Chefs, ihren Aufenthaltsort – das Handwerk zu legen, beorderte Paris im Herbst 1982 einen seiner fähigsten Polizisten, den Sonderkommissar Broussard, nach Korsika, ernannte ihn zum Polizeipräfekten der Insel und beauftragte ihn, jeden weiteren Widerstand gegen die Republik zu brechen. Außer einem guten Dutzend Verhaftungen, von denen nicht gesagt werden kann, ob sie Mitglieder der „Front" betrafen, ist dem Präfekten und seinen 4000 Sonderbeamten indes der entscheidende Schlag gegen den Gegner noch nicht gelungen. Als jüngsten Beweis ihrer ungebrochenen Kraft ließ die FNLC in der Pfingstnacht 25 Bomben auf der Insel hochgehen. Gleichzeitig drohte sie dem Präfekten und seinen Mitarbeitern eine „direkte physische Aktion" an, falls sie ihre Tätigkeit nicht einstellen würden. Auf zwei heimlichen Pressekonferenzen ließ die „Front" am 1. und 9. Juni wissen, daß sie dem Präsidenten nichts antun und während seines Besuchs auch „keine militärischen Aktionen", also Bombenattentate, unternehmen werde. Wie die beiden Presseempfänge, wird auch der Bombenfund in einem Hotel in Bastia von der Polizei als eine reine Demonstration der „Front" ausgelegt, trotz schärfster Überwachung in völliger Freiheit auftreten zu können.

Von da zu der Annahme, die Freischärler bewegten sich „wie Fische im Wasser" in der korsischen Bevölkerung, ist jedoch ein weiter Schritt, den weder Paris noch die Inselhauptstadt Ajaccio tun wollen. Die überwiegende Mehrheit der Inselbevölkerung will bei Frankreich bleiben, wenn sie auch wünscht, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen zu dürfen. Auch wendet sie sich gegen die Überfremdung durch einen allzu forcierten Tourismus und die Einpflanzung französischer Banken und Industrien.

Gerade diese Politik aber will Präsident Mitterrand verstärkt betreiben, um die chronische Arbeitslosigkeit auf der Insel zu beseitigen. Im April 1981, noch als Kandidat, hatte Mitterrand den Inselbewohnern zugerufen: „Ihr müßt euch eure Besonderheiten und eure Sonderrechte wiederholen, aber das muß im Rahmen der französischen Gemeinschaft geschehen." Eine andere Sprache wird der Staatschef diesmal nicht im Munde führen.

„Das Regime Machels steht kurz vor dem Sturz"

Gespräch mit dem Chef der prowestlichen Widerstandsbewegung in Moçambique, Alfonso Dhlakama

Von GIANCARLO COCCIA

Der Vorsitzende und Oberbefehlshaber der „Nationalen Widerstandsbewegung von Moçambique" (MNR), Alfonso Dhlakama, hat jetzt in einem Exklusiv-Interview erklärt, seine Bewegung sei zur Zeit im Begriff, sich „in eine landesweite Oppositionspartei zu wandeln und eine provisorische Regierung zu bilden". Dieser Schritt sei jetzt „notwendig", denn er sei überzeugt, daß das „Regime des moçambiquanischen Diktators Machel kurz vor dem Sturz steht".

Es ist das erste Mal, daß der Chef der pro-westlichen Widerstandsbewegung, der 1980 nach dem Tod seines Vorgängers André an die Spitze des MNR trat, einem Pressevertreter gegenüber sich zu einem Gespräch bereit erklärte. Die WELT veröffentlicht es exklusiv für den deutschsprachigen Raum.

Dhlakama räumt ein, daß der Mord am Generalsekretär der Bewegung, Orlando Cristina vor einigen Wochen in Südafrika ein „Rückschlag" für die Bewegung war. Nachfolger Cristinas ist der Sprecher der Bewegung in Europa, Evo Fernandez, der in Portugal tätig ist, gegenwärtig aber in Moçambique bei der Umstrukturierung des MNR eine gewichtige Rolle spielt. Sollte das Regime Machel tatsächlich gestürzt werden, „was bei der massiven Unterstützung durch mehrere kommunistische Länder Europas nicht so einfach ist", so wäre der Einfluß Lissabons auf die Ereignisse in der ehemaligen portugiesischen Kolonie wieder von möglicherweise entscheidender Bedeutung. Fernandez, der bei dem Gespräch zugegen war, wird demnächst wieder nach Europa zurückkehren und sich um die Unterstützung des westlichen Auslands bemühen. Dhlakama bleibt in Moçambique. „Außenminister" der provisorischen Regierung ist der ebenfalls in Portugal nicht unbekannte Arturo Villanculos.

Die Einheiten der Widerstandsbewegung stehen, so Dhlakama, bereits wenige Kilometer vor Maputo. Das wird auch von Diplomaten in der moçambiquanischen Hauptstadt bestätigt. Ihnen und dem Botschaftspersonal werde „dringend empfohlen", sich nicht weiter als fünfzig Kilometer von der Hauptstadt zu entfernen.

Es ist nach den Worten Dhlakamas schwer zu bestimmen, welche Regionen vollständig unter der Kontrolle seiner Bewegung stehen. Dhlakama: „Die Regierungstruppen, die von Soldaten aus Tansania und Zimbabwe unterstützt werden, überlassen unseren Einheiten ähnlich wie in Angola das freie Feld und ziehen sich in die Städte zurück. Dort versuchen sie, die Bevölkerung von der Widerstandsbewegung fernzuhalten, indem sie sie in militärisch verteidigten Lagern zusammenballen. Das gilt vor allem für die wirtschaftlich wichtige Hafenregion von Beira."

Die derzeitige Trockenheit im südlichen Afrika verschlimmere zwar dramatisch die wirtschaftlich ohnehin prekäre Lage des Landes, gebe aber dem marxistischen Regime noch eine letzte Frist, da sie die Widerstandsbewegung davon abhalte, die Hauptstadt anzugreifen und einzunehmen. Diese wolle vielmehr warten, bis der Regen im Spätherbst das üppige Grün wieder hervorschießen läßt, in dessen Schutz die Guerrilla operiere.

Dhlakama ist dreißig Jahre alt, verheiratet, Vater von zwei Kindern. Nach seinem Militärdienst in der moçambiquanischen Armee wandte er sich 1978 von „dem verbrecherischen Regime" ab und ging in den sich damals gerade erst organisierenden Widerstand. Die Einheiten seiner Bewegung, über deren Mannschaftsstärke er in der Öffentlichkeit keine Zahlenangaben machen will, rückten weiterhin gegen Maputo vor, um im Spätherbst zum entscheidenden Schlag auszuholen. Dhlakama: „Das Regime überlebt heute nur noch, weil die Polizei von Experten aus der DDR geschult und angeleitet wird, weil rund zweitausend Kubaner aus Angola die Verwaltung des Landes vor dem Chaos bewahren und weil die Wirtschaft von den westlichen Ländern wie Schweden, Italien und Bundesrepublik Deutschland ausgehalten wird." Ohne diese „unheilige Allianz" des Auslands wäre der Kampf seiner Widerstandsbewegung längst von Erfolg gekrönt worden und der nun schon seit Jahren dauernde Krieg wäre „längst aus dem Schatten der anderen Ereignisse in dieser Weltregion herausgetreten".

(Agence Cigogne)





In Belgrad mehrt sich die Kritik am Tito-Kult

Empörung nach „Geburtstagsfeier“ für den Verstorbenen

C. GUSTAF STRÖHM, Wien

Eine Abschaffung des übertriebenen Tito-Kultes haben führende Politiker und Funktionäre der jugoslawischen KP in Belgrad gefordert. Damit ist erstmals innerhalb des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens offiziell die Frage nach einer gewissen „Ent-Titoisierung“ zur Diskussion gestellt worden.

Anlaß dazu bildeten die „Geburtstagsfeiern“ für den verstorbenen legendären Partei- und Staatschef. Höhepunkt dieser Feiern war auch diesmal der „Tag der Jugend“ am 25. Mai im Belgrader Stadion. Dabei hatten die Organisatoren dieses Massenspektakels eine pseudo-religiöse Show in Szene gesetzt: Tito wurde in einer Multimedia-Show auf Wolkenthronen dargestellt. Anschließend stieg der „mediale“ Tito von seinem Himmelsthron auf die Erde herab, um damit gewissermaßen zu dokumentieren, daß er auch jetzt noch unter den Lebenden weile.

Auf einer Sitzung des „Komitees zur Bewahrung des Namens und der Werke von Josip Broz Tito“ bezeichneten prominente KP-Politiker diese Art der Darstellung Titos schlichtweg als „Kitsch“. Die Abgeordnete des Belgrader Bundesparlaments, Stana Tomasevic-Arnesen, erklärte, mit solchen Veranstaltungen werde sowohl die Würde Titos als auch die Würde Jugoslawiens angegriffen. Die „Kitsch-Kulisse“ – so auch die Bezeichnung der slowenischen KP-Zeitung „Delo“ – habe viele Zuschauer „konsterniert“, ja geradezu „schockiert“, stellte die kommunistische Abgeordnete fest.

Zvijetin Mijatovic, Mitglied des kollektiven Staatspräsidiums und des ZK, erklärte, bei der Tito-Gedenkstunde sei ihm zumute gewesen, „als hätte mich jemand auf den Kopf geschlagen. Ich konnte einfach nicht hinsehen, denn diese ganze Dekoration erinnerte mich an die Praxis in gewissen Ländern, deren Auffassungen von Persönlichkeitskult uns (Jugoslawen) fremd sind“.

Mijatovic übte auch Kritik an gewissen historischen Darstellungen, in denen der Eindruck erweckt würde, die Geschichte der KP Jugoslawiens habe erst mit dem Jahre 1937 begonnen – als Tito an die Spitze der Partei getreten sei. „Manchmal sieht es so aus, als sei Tito von irgendwoher gekommen und habe die kommunistische Bewegung geschaffen.“ Aber nicht Tito habe die Bewegung, sondern die Bewegung habe Tito geschaffen.

Kiro Hadzivasilev, Mitglied des Präsidiums der jugoslawischen Partei, erinnerte daran, daß Tito selber eine Formulierung besonders gefallen habe, wonach „die Revolution keine Idole schaffe, sondern sie zerstört“.

Hilfe für Biedenkopf

Späth: Brillanter Mann / Von Kreisparteitagen nominiert

dpa, Düsseldorf

Im Kampf um die Führungsposition in der CDU Westfalen-Lippe hat Kurt Biedenkopf am Wochenende viel Unterstützung erhalten. Mit dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden und baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth sprach sich der erste prominente Spitzenpolitiker der Union für Biedenkopf aus.

Späth bezeichnete Biedenkopf als „einen brillanten Mann, der der Partei gut tut“. Zugleich äußerte er Bedenken über die Formen der Auseinandersetzungen in der westfälischen CDU.

Ohne Gegenstimme forderte der 18. Mittelstandstag der westfälischen CDU in Herne einen Vorstand für die Landespartei, der „in Geschlossenheit und Einmütigkeit unter Führung von Kurt H. Biedenkopf zum Wohle unseres Landes mitarbeitet“. Auch auf den CDU-Kreisparteitagen in Dortmund, Unna, Gütersloh und Ennepe-Ruhr gab es überwältigende Mehrheiten für die Wiederwahl Biedenkopfs.

Kurt Biedenkopf selbst kündigte an, daß er um sein Amt kämpfen und nicht freiwillig verzichten werde. In einem Interview der „Bild am Sonntag“ sagte er, er lasse sich auch nicht als „Störfaktor“ aus der Landtagsfraktion drängen. Im ZDF fügte er hinzu, die Schwierigkeiten in dem Landesverband könnten intern gelöst werden, er hielte ein „Machtwort“ des CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl nicht für gut.

„Frieden und Freiheit sind unteilbar“

● Fortsetzung von Seite 1

kunft gerecht werdenden Wirtschaftsordnung.“

Als besonders wichtig bezeichnete es der Minister, daß die Jugend auf beiden Seiten des Atlantiks viel mehr als bisher in Kontakt zueinander komme. „Denn keine noch so gute Argumentation kann das Erlebnis der Zusammengehörigkeit ersetzen. Nur durch die Bemühungen vieler und durch das Beispiel einzelner lassen sich die Grundlagen der deutsch-amerikanischen Partnerschaft langfristig erhalten und weiter stärken.“ Das Problem bestehe darin, daß in Deutschland inzwischen eine Generation herangewachsen sei, die das verbindende Erlebnis der „Neubelebung der deutsch-amerikanischen Freundschaft nach dem Zweiten Weltkrieg“ nicht mehr selber erfahren habe, die vom Marshall-Plan und von der Berliner Luftbrücke allein aus Geschichtsbüchern wisse. „Deshalb bleibt es die Aufgabe der Älteren, dafür zu sorgen, daß der Geist solcher Erfahrungen auch bei der nachfolgenden Generation lebendig bleibt.“

Genscher rühmte die Rolle der amerikanischen Soldaten in Deutschland, die ebenso wie die Angehörigen der Bundeswehr „Friedensdienst im wahrsten Sinne des Wortes“ leisteten. Diese Soldaten seien „lebendiger Ausdruck unserer Schicksalsgemeinschaft der Freiheit“. Jeder einzelne von ihnen müsse wissen, daß er in der Bundesrepublik herzlich willkommen sei.

Der Bundesaußenminister bezeichnete die Festigkeit und Handlungsfähigkeit der NATO als Voraussetzung für Sicherheit und Abrüstung, Zusammenarbeit und Entspannung.

Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel begrüßte es, daß mit der Wormser Veranstaltung endlich eine Bürgerinitiative für deutsch-amerikanische Verbundenheit in größerem Rahmen an die Öffentlichkeit trete.

Grundsätzlich stellte Vogel fest: „Wir wollen verhandeln, abrüsten, wollen weniger Waffen. Aber damit wir verhandeln können, dürfen wir nicht wehrlos sein. Unsere Bereitschaft, notfalls nachzurüsten, unterstreicht nur die Ernsthaftigkeit unseres Verhandlungswillens.“

Der Ministerpräsident fuhr fort: „Es geht nicht darum, einzelne Flecken zu atomwaffenfreien Zonen zu machen, sondern Bedrohung unserer Sicherheit zu beseitigen.“

Polizei soll flexibel bleiben

Zimmermanns Entwurf für Demonstrationsstrafrecht als Grundlage für Beratungen

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) hat seine Überlegungen für eine Präzisierung des Demonstrationsstrafrechts abgeschlossen und in einer Vorlage zusammengefaßt. Sie soll zunächst auf höherer Beamtenebene mit dem Bundesjustizministerium erörtert werden.

Nach Informationen der WELT wendet sich Zimmermann in seiner Vorlage gegen die Absicht, im Gesetzestext künftig Demonstrationen nach friedlichen und gewalttätigen „Teilmengen“ zu unterscheiden. Dieser Vorschlag war von Bundesjustizminister Engelhard (FDP) in die Diskussion gebracht worden. Zimmermann vertritt den Standpunkt, der Polizei solle hierbei der Handlungsspielraum erhalten bleiben. In der Praxis verfahre die Polizei ohnehin bereits bisher nach dem Prinzip, daß sie nicht das Olympiastadion wegen 500 Störer räumen lasse. Dieses flexible Vorgehen sollte der Polizei auch künftig erhalten bleiben. Eine „Festschreibung“ im Sinne Engelhards in dem Gesetzestext berge die Gefahr in sich, daß gewalttätige Gruppen sich in ihrer Taktik darauf einrichteten, sie also zu einem Instrument ihres Vorgehens machen könnten. Zu diesem Ergebnis ist Zimmermann nach Beratungen mit Polizeiexperten, darunter auch mit seinem neuen Ministerialdirektor Manfred Schreiber, gekommen, der früher Polizeipräsident von München war.

Generell soll es nach Vorstellungen des Bundesinnenministers auch dabei bleiben, daß die Polizei angesichts von Gewalttätigkeiten Demonstranten auffordern kann, die Veranstaltung zu verlassen. Wer sich dieser Aufforderung widersetze, mache sich strafbar, wie es im Zuge der Neufassung des Strafbestands des Landfriedensbruchs vorgesehen ist. Nur in besonderen Fällen sollen Personen, die sich erkennbar darum bemüht haben, Gewalttätigkeiten zu verhindern („Abwiegler“), davon ausgenommen werden können. Die Entscheidung darüber, so lautet die Überlegung Zimmermanns, soll dem jeweiligen Richter überlassen werden.

Fraglich bleibt allerdings, ob auf dieser Basis eine Übereinkunft zwischen Zimmermann und Engelhard gefunden werden kann. Beide Minister wollen sich nach den vorbereitenden Gesprächen ihrer Beamten zusammensetzen. Davon hängt es ab, ob die Gesetzesvorlage noch vor der Sommerpause im Bundeskabinett behandelt und verabschiedet werden kann.

In den zurückliegenden Wochen hatte die Neufassung des Demonstrationsstrafrechts, die Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung angekündigt hatte, als Konfliktherd zwischen der Union und der FDP an Schärfe gewonnen. Dabei waren auch unterschiedliche Auffassungen zwischen den Rechts- und den Innenpolitikern der CDU/CSU deutlich geworden.

Fünf Rechtspolitiker der Union hatten bei einem Gespräch mit Bundesjustizminister Engelhard offensichtlich Zustimmung zu dessen Vorstellungen signalisiert. Zimmermann hatte sich aber dagegengestellt und dabei ausdrückliche Unterstützung vom Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger und der innenpolitischen Arbeitsgruppe der CDU/CSU erhalten. Zusätzlichen Konfliktstoff hat die Stellungnahme des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Benno Erhard zu einem kritischen Bericht im CSU-Organ „Bayernkurier“ gebracht. Erhard hatte nicht Minister Engelhard, sondern andere – gemeint war Zimmermann – für eine Verzögerung beim Demonstrationsstrafrecht verantwortlich gemacht.

Frau Thatcher verändert ihr Kabinett

■ Fortsetzung von Seite 1

der als Innenminister wenig Erfolg hatte, und Pym bedeutet, daß künftig alle Schlüsselfiguren im Kabinett von loyalen Thatcher-Anhängern besetzt sind. Interne Kabinetts-Querelen, wie sie vor 18 Monaten die Regierung Thatcher erschütterten und zur Entlassung sogenannter „Wets“ führten, die einen weniger harten Wirtschaftskurs verfolgen wollten, sind nicht mehr zu erwarten.

Zum neuen britischen Schatzkanzler, der nach dem Premierminister einflußreichsten Figur in der britischen Politik, wurde der bisherige Energieminister Nigel Lawson ernannt. Es ist für diesen Mann der Höhepunkt seiner überaus steilen Karriere. Lawson war einst Chefredakteur der konservativen Wochenzeitschrift „Spectator“ und vor drei Jahren noch ein schlichter Hinterbänkler im Unterhaus.

Lawsons Nachfolger als Energieminister wird der bisherige Landwirtschaftsminister Peter Walter, der in diesem Amt durch den bisherigen Fraktionsgeschäftsführer Jopling ersetzt wird. Cecil Parkinson, der Manager des erfolgreichen Tory-Wahlkampfs, wird für seine Arbeit mit einem Superministerium belohnt, dem Handels- und Industrieministerium, das aus einer Fusion zweier bisher getrennter Ministerien entsteht.

Während Frau Thatcher auf diese Art ihr Haus für die nächsten Regierungsjahre neu richtete, bot die Labour Party nach dem Schock der Niederlage zunächst ein Bild des Chaos, in das schließlich Parteichef Michael Foot gestern nachmittag eine leichte Beruhigung mit seiner Ankündigung brachte, daß er sein Amt auf dem nächsten Labourparteitag im Herbst dieses Jahres zur Verfügung stellen werde.

Nicht allen Foot-Kritikern ist diese Verzögerung recht. Einige einflußreiche britische Gewerkschaftschefs wollten unverzüglich „Klar Schiff“ machen und Foot innerhalb der nächsten zwei Wochen von Bord werfen.

Nach der Rücktritts-Ankündigung Foots haben innerhalb weniger Minuten bereits zwei Männer ihre Kandidatur für seine Nachfolge offiziell angemeldet. Es sind Neil Kinnock und Peter Shorn. Man erwartet in den nächsten Tagen auch noch die Kandidatur von Roy Hatterslay. Dagegen hat der gegenwärtige stellvertretende Parteichef Denis Healey um die Parteiführung gekämpft und ist jeweils an Wilson, Gallaghan und Foot gescheitert.

Als Favorit für die Nachfolge Foots muß Neil Kinnock gelten. Er genießt von allen drei Kandidaten die stärkste Unterstützung der Gewerkschaften, die bei der Wahl des Parteichefs über 40 Prozent der Stimmen verfügen.

Ob die politischen Probleme Labours mit seiner Wahl gelöst werden, muß jedoch bezweifelt werden. Kinnock ist ein enger politischer Vertrauter von Michael Foot und vertritt praktisch das gleiche politische Glaubensbekenntnis, mit den Foot und Labour bei dieser Wahl gescheitert sind: Rückzug aus der EG, massive Verstaatlichung, Importkontrollen und einseitige britische Nuklear-Abrüstung. Der politische Regenerierungsprozeß Labours verspricht lang, hart und verlustreich zu werden.

Perez besucht Berlin

dpa/rtr/AP, Berlin/München

UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar ist gestern nach seinen Gesprächen in Bonn und München in Berlin eingetroffen, wo er vom Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäcker begrüßt wurde. Am Abend hat sich der Generalsekretär im Schloß Charlottenburg ins Goldene Buch der Stadt eingetragen.

In Bayern war Perez auch mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß zusammengetroffen. Den CSU-Vorsitzenden bezeichnete der UNO-Generalsekretär als einen derjenigen Staatsmänner, „deren große Erfahrung und Kenntnisse zu den Bemühungen um die Stärkung der Grundlagen internationaler Sicherheit beitragen können“. Beim Empfang durch den Ministerpräsidenten im Münchner Prinz-Carl-Palais hatte Perez hervorgehoben, daß die Bundesrepublik Deutschland in den zehn Jahren ihrer UNO-Mitgliedschaft „unschätzbare Beiträge“ zu den Aktivitäten der Vereinten Nationen geleistet habe.

Strauß betonte im Blick auf die in Belgrad tagende Welthandelskonferenz (Unctad), daß die westlichen Länder den Mut haben müßten, den hilfsbedürftigen Völkern der Dritten Welt auch unbequeme Wahrheiten zu sagen. Er wandte sich entschieden gegen „falsche Heilslehren von der Notwendigkeit der ständigen Umverteilung“ zwischen reichen und armen Ländern. Es müsse klargestellt werden, „daß der angebliche Reichtum der Industriestaaten entgegen manchen sozialistischen Parolen nicht die Ursache für die wirtschaftliche Schwäche und Armut der anderen ist“. Nur wenn die Entwicklungsländer den Weg der Konfrontation verließen, seien die weltwirtschaftlichen Probleme zu lösen. Notwendig sei dazu ein stetiges Wirtschaftswachstum sowie ein entschlossener Kampf gegen Inflation und Protektionismus. müsse ein Klima des Vertrauens geschaffen werden, bei dem „wirkliche Entspannung die Illusionen der zurückliegenden Jahre“ ablöse.

„Echter Friede muß daher für uns mehr sein als Nicht-Krieg, mehr als Nicht-Schießen“, sagte Strauß. Auch in Polen gebe es keinen Krieg, dennoch lebe das polnische Volk nicht in Frieden. Frieden ohne Freiheit bedeute „Kirchhofsruhe unter dem Leichentuch politischor Unterdrückung“, Freiheit ohne Frieden dagegen „angstvollen Wartezustand vor der Apokalypse“.

Nutzlose Parolen

Ha (Brüssel) – Weit weg von hanseatischen Traditionen entfernen sich manche EG-Abgeordnete, wenn sie das Rathaus der Elbmetropole mit dem Straßburger Palais de l'Europe vertauschen. Dem Hamburger SPD-Politiker Hans-Joachim Seeler jedenfalls scheint inzwischen der Sinn für die Notwendigkeit des freien Außenhandels abhanden gekommen zu sein.

Als sei es hilfreich, einen unglücklichen Slogan durch einen anderen zu ersetzen, plädiert Seeler im Pressedienst seiner Partei für eine gemeinschaftsweite Aktion „Buy european". Gemeint ist eine Kampagne gegen die Initiativen nach der Art „Buy british" oder „guaranteed Irish". In Wirklichkeit transponiert er jedoch lediglich einen Appell an nationalistische Gefühle auf eine andere, vermeintlich höhere internationale Ebene.

Der Abgeordnete glaubt, mit seinem Ratschlag den Bestrebungen entgegentreten zu können, „nationalen Patriotismus als Mittel zur Belebung der Industrieproduktion ohne Rücksicht auf die Interessen anderer Mitgliedsstaaten und auf die Weiterentwicklung des europäischen Binnenmarktes einzusetzen". Er hofft so, der Degenerierung der EG zu einem „finanziellen Selbstbedienungsladen" entgegenwirken zu können.

Daß diese Methode Erfolg hat, werden ihm wohl gerade seine Hamburger Wähler nicht abnehmen. Die Hanseaten haben nämlich schon immer am liebsten dort gekauft, wo sie am meisten für ihr Geld bekamen. Man sollte gewiß keinen Versuch unterlassen, den europäischen Binnenmarkt zu stärken. Über öffentliche Kaufparolen geht dies jedoch nicht. Es gibt nur einen einzigen Weg, der allerdings brisant ist: die schrittweise Beseitigung der bestehenden Handelshemmnisse im Inneren der EG.

Alles beim alten

dos – Von dem, was das Land Niedersachsen in Sachen Vermögensbildung an neuen Vorschlägen vor knapp einem Jahr in den Bundesrat eingebracht hatte, ist wenig übriggeblieben. Wenn der Entwurf der Bundesressorts am 29. Juni vom Kabinett verabschiedet wird, und kaum jemand zweifelt daran, darf die Initiative des Landes, die von der Vermögensbildungskommission der CDU/CSU mitgetragen wurde, als gescheitert betrachtet werden. Nahezu alle Neuerungen sind dem Rotstift zum Opfer gefallen. Das gilt für die Einbeziehung der innerbetrieblichen Mitarbeiterbeteiligung an Personengesellschaften, für die Ausklammerung der staatlichen Förderung von Sparverträgen, vor allem aber für die Ausweitung überbetrieblicher Anlagemöglichkeiten. Niedersachsens Wirtschaftsministerin Birgit Breuel muß sich deshalb zunächst damit bescheiden, die Diskussion angeregt zu haben. Dem Ziel, breite Bevölkerungsschichten an die Beteiligung am Produktivkapital heranzuführen, ist sie nicht nähergekommen.

DEUTSCHE BUNDESBAHN / Erste Schritte zu einer Konsolidierung

Gespräche zwischen Vorstand und Ministerium über ein neues Konzept

HANS-JÜRGEN MAHNKE, **Frankfurt**

Die Deutsche Bundesbahn muß ihren Personalbestand bis 1990 um weitere mehr als 80 000 Beschäftigte abbauen, wenn sie bezahlbar bleiben soll. Überkapazitäten im Wagenpark, bei den Werkstätten müssen beseitigt, das Schienennetz reduziert werden. Auf dieser Grundlage, die vom Bahnvorstand erarbeitet wurde, finden gegenwärtig die Gespräche mit dem Bundesverkehrsministerium für ein neues Bahn-Konzept statt. Im Herbst will die Bundesregierung entscheiden. Noch ist die Finanzierung nicht gesichert.

Ende März hatte der Bahn-Vorstand Bundesverkehrsminister Werner Dollinger eine Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Situation der Bahn zusammen mit zwei Szenarien über die mögliche Entwicklung bis 1990 übermittelt. Kürzlich wurde eine Konkretisierung einer der beiden Varianten nachgereicht, über die Bahn und Ministerium in einen Dialog eintreten wollen.

Der Vorstand hat sich zwei Ziele vorgenommen. Um das Verhältnis von Aufwand zu Leistung zu verbessern, müssen die Kosten vor allem die für das Personal, drastisch reduziert werden. Bis 1990 soll die Arbeitsproduktivität um rund 40 Prozent gesteigert werden und die Personalkosten um 30 Prozent, die Gesamtkosten um 25 Prozent in Preisen von 1982 gesenkt werden. Geplant ist eine Leistungssteigerung um drei Prozent. Ein weiterer Verlust an Marktanteilen soll gestoppt werden.

Um dieses zu erreichen, soll zum Beispiel der Intercity so ausgebaut werden, daß er in den neunziger Jahren in der Geschwindigkeit zwischen Pkw und Flugzeug liegen wird. Für den künftigen schnellen Fernverkehr soll dann ein Netz von rund 3000 Kilometern bereitstehen, wovon 1300 Kilometer Neu- und Ausbaustrecken sind. Von 1985 an soll die künftige Fahrzeuggeneration getestet werden. Auch im Güterverkehr wird die Schnelligkeit gesteigert.

Ferner sehen die Pläne vor, den Personalbestand von jetzt rund 315 000 bis 1987 jährlich um 12 000 Personen auf 258 000 und bis 1990 auf 232 000 Personen abzubauen. 1987 hätte die Bahn mit 59 000 erstmals mehr Versorgungsempfänger als Beschäftigte. Um die Produktivität zu erhöhen, sollen die sich abzeichnenden Überkapazitäten bei den Fahrzeugen, bei den Anlagen und im Vorhaltungsbereich reduziert werden.

Auch das Schienennetz wird angepaßt. Allerdings soll jeder Einzelfall genau geprüft werden. Ins Auge gefaßt hat der Vorstand eine Verringerung des Netzes für den Güterverkehr von 27 600 auf 22 000 Kilometer 1990. Im Personenverkehr ist ein Abbau von 22 500 auf 15 500 Kilometer vorgesehen.

Rund die Hälfte der Investitionen bis 1990, die im Durchschnitt um sechs Prozent jährlich steigen sollen, ist für Neubaustrecken vorgesehen. Da die Investitionsmittel knapp bleiben, wird neben dem Abbau von Kapazitäten ein Substanzverlust bei den verbleibenden Anlagen in Kauf genommen.

Ohne verkehrspolitische Entscheidungen und Gesetzesänderungen kommt die Bahn allerdings nicht über die Runden. Der Vorstand plädiert für eine klare Abgrenzung der politischen Aufgaben des Bundes und der unternehmerischen Aufgaben der Bahn. Der Bund kommt wie bei der Straße für das Schienennetz auf, die Bahn zahlt dafür ein nutzungsabhängiges Entgelt. Für die gemeinwirtschaftlichen Leistungen wird die Bahn entschädigt. Überdies sollte der Bund die Bahn schrittweise von den überhöhten Versorgungslasten und von den Schulden freistellen. Der Handlungsspielraum des Vorstandes müßte dem eines Privatunternehmens angepaßt werden.

Bis die Gesetze durch sind, sollte der Bund wie bisher weiter zahlen, wobei der Vorstand bis 1990 von einer jährlichen Steigerung von 1,7 Prozent auf dann 15,5 Milliarden Mark ausgeht. Durch einen solchen Kurs könnte der Fehlbetrag von in diesem Jahr rund 4,2 Milliarden bis 1987 auf 3,0 und bis 1990 auf 2,6 Milliarden Mark verringert werden. Sonst würde die Bahn 1990 einen Fehlbetrag von zehn Milliarden einfahren. Die Verschuldung wäre dann bereits auf 92 Milliarden Mark geklettert, das Eigenkapital schon Jahre zuvor aufgezehrt. Der Bahn-Vorstand glaubt, durch seinen Kurs die Verschuldung bis 1990 auf 53 Milliarden Mark begrenzen zu können. Für die Konsolidierung der Bahn ist dies alles nur ein erster Schritt.

WOHNUNGSMARKT

Reglementierungen bei der Miete immer überflüssiger

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Hart ins Gericht mit den Reglementierungen am Wohnungsmarkt geht Franz Bassler, Vorstandsmitglied der Deutschen Bau- und Bodenbank AG, Berlin/Frankfurt. Der immer unüberschaubarere Wust an Gesetzen und Verordnungen, der das Marktgeschehen überlagere, ist nach Ansicht von Bassler „geradezu gefährlich", da er zu volkswirtschaftlichen Fehlleitungen immenser Kapitalbeträge führen könne.

Bassler hält angesichts der guten wohnlichen Versorgung in der Bundesrepublik – geschätzter Wohnungsbestand 24 Millionen – gerade bei der Miete diese Reglementierungen für immer überflüssiger, „da sich alle Mieten immer mehr der Marktmiete nähern oder sie schon erreicht haben, und die Marktmiete eben die klare Kappungsgrenze darstellt". Damit werde „mehr Markt sozial unproblematischer".

Daraus sollten Konsequenzen gezogen werden, meint Bassler, denn allein ein freier Markt könne erkennbar machen, wo Wohnungsbedarf besteht oder wo Neubau als Fehlinvestition charakterisiert werden müsse. Als solche haben sich nach Einschätzung der Bau-Boden offensichtlich einige Bauherrenmodelle erwiesen, nach denen im vergangenen Jahr rund 32 000 (i. V. 30 000) Wohnungen erstellt wurden: Die erwarteten Spitzenmieten können nicht realisiert werden, ebensowenig bei der Veräußerung erhoffte Wertsteigerungen, „teilweise nicht einmal die beim Bauherrenmodell höheren Einstandskosten". Die anstehenden steuerlichen Änderungen werden nach Einschätzung Basslers die Attraktivität des Bauherrenmodells weiter abnehmen lassen.

Weitere Schwächetendenzen für den Wohnungsbau resultieren nach der Einschätzung Basslers aus der Stagnation der Realeinkommen: „Der Mut, auf spätere Einkommenszuwächse zu bauen, ist spürbar geringer geworden." Vor diesem Hintergrund rechnet Bassler nicht damit, daß die Zahl der Haushalte so steigen wird, wie von Prognostikern angenommen, eher werde man enger zusammenrücken. Ohnehin seien zumindest Teile der jungen Generation nicht mehr bereit, sich in dem Maße wie ihre Eltern für Immobilienbesitz „krummzulegen". Das von vielen noch immer als Wohnform gewünschte Einfamilienhaus ist oft zum unerfüllbaren Traum geworden.

Vor diesem Hintergrund schätzt Bassler mittelfristig die Zahl der Wohnungsfertigstellungen auf allenfalls 300 000 im Jahr, damit werde auch der Markt für klassische Wohnungsbaufinanzierer enger.

Im ersten Quartal dieses Jahres wurden etwa 86 000 Wohnungen genehmigt, das sind 12 Prozent mehr als im Vorjahr. Für das gesamte Jahr wird eine Steigerung der Wohnungsbauinvestitionen um 5 Prozent real erwartet, nachdem sie in den beiden Vorjahren um 5 (1982) und 4 Prozent (1981) gesunken waren. Dagegen sehen die Erwartungen für den öffentlichen Tief- und Hochbau nach wie vor recht trübe aus.

Autos auf Bergfahrt

Von HARALD POSNY

Die deutschen Autohersteller haben schon gewußt, warum sie zu Anfang dieses Jahres die Erwartungen für 1983 mit den üblichen Floskeln wie „vorsichtigem Optimismus" garnierten. Sie waren und sind sich auch knapp fünf Monate später ihrer Sache nicht so ganz sicher. Vor allem in den deutschen Management-Etagen zwischen Wolfsburg und München hat man sich – nicht zuletzt nach der politischen „Wende" – auch einen Umschwung im Käuferverhalten ausgerechnet.

Zumindest was den Pkw-Inlandsmarkt angeht, ist man mit dem im ersten Tertial dieses Jahres erreichten Zulassungsplus von 6 Prozent auf 900 000 Pkw (bei einer Produktion von 1,33 Millionen Stück) nicht so recht zufrieden. Auf der anderen Seite hat man befürchtet, daß der Export, der 1982 in einem Boom ohnegleichen wegen des schlechten Inlandsabsatzes die eigentliche Stütze der deutschen Produktion war, stärker als bis jetzt erkennbar absinkt. Mit 727 000 Stück oder 6,5 Prozent weniger als im Vorjahr haben die Ausfuhren noch immer ein außerordentlich respektables Ergebnis. Offensichtlich ist der Konjunkturatem der privaten Käufer im EG-Ausland – hier liegen noch immer die einträglichsten deutschen Auslandsmärkte – doch länger, sind die Käufer insgesamt doch optimistischer gestimmt als in der Bundesrepublik.

Hier haben zwar auch die Ratenkreditzinsen, wenn auch zum Teil erheblich später als bei den Werksfinanzierern der Autobauer, einen lang ersehnten Tiefpunkt erreicht, doch so rechte Freude mochte auch hier nicht aufkommen. Wer will sich auch bei realen Einkommenssteigerungen in Größenordnungen mit einer „Null vor dem Komma" über 36 bis 48 Monate (neu-)verschulden? Viele Interessenten werden zudem ein schweres „Zinspaket" aus der gerade verlassenen Hochzinsphase zu schleppen haben.

Man sollte nicht vergessen, daß der Deutsche, abgesehen von seinem Gebrauchtwagen, den er in Zahlung zu geben gewohnt ist, einen erheblichen Teil des Kaufpreises über Kreditinstitute finanziert. Acht von zehn Neuwagenkäufern geben ihren alten Wagen in Zahlung, jedes dritte Auto wird, zumindest teilweise, „auf Pump" gekauft. Viele, die zur Zeit eigentlich ein neues Auto kaufen müßten, weil das jetzt gefahrene „in die Jahre gekommen ist", pokern aber auf einen noch interessanteren Preis für das gebrauchte. Was im 1. Tertial 1983 an Gebrauchtwagen den Käufer wechselte, lag mit fast 1,9 Millionen Stück (plus 2,6 Prozent) fast auf der Rekordhöhe des Vorjahres. Hier sollte jedoch der Kaufentschluß nicht zu lange zurückgestellt werden. Die Nachfrage nach Kompaktautos der Zulassungsjahre 1977 bis 1980 wird durch das relativ hohe Preisniveau bereits gedämpft.

Die Entscheidung – Neu- oder Gebrauchtwagen – fällt, sieht man von den Anfängern einmal ab, wieder häufiger zugunsten des Neuwagens aus, zumal sich die Autohersteller mit Blick auf die Einkommenserwartungen der Kunden bei ihren Preiserhöhungen zurückgehalten haben. Ein stärkeres Hinlangen hätte allzu schnell das zarte „Absatzpflänzchen" verdorren lassen. Die Metall-Tarifabschlüsse haben die Preiszurückhaltung im nachhinein gestützt.

Bei dem unter diesen Aspekten ordentlichen Inlands-Absatzplus muß jedoch berücksichtigt werden, daß viele Hersteller, deutsche wie ausländische, nicht nur mit erstaunlichen Kreditangeboten warben, sondern auch Erfolge mit dem Angebot von Sondermodellen hatten. Ein besonders deutliches Beispiel dafür zeigt VW, dessen „Golf"-Sondermodelle einen durchschlagenden Erfolg hatten. Da der „Golf" im Herbst durch ein Nachfolgemodell ersetzt wird, bedurfte er auch starker Absatzhilfen, um die Fertigung zu stützen.

Der vor der Zeit, also vor der Frankfurter Internationalen Automobilausstellung (IAA) im September herausgekommene „Sierra" führte dazu, daß Ford im April mit 38 Prozent am stärksten unter den Anbietern auf dem deutschen Markt zulegte. Für sie alle kann die IAA mit der gewohnten Anzahl von Neueinführungen oder auch nur kosmetischen Veränderungen noch einen warmen Regen bringen. Bis dahin werden auch die Auswirkungen der Konjunkturwende für den möglichen Autokäufer erkennbar sein. Bei 3,8 Millionen produzierten Pkw dürften 2,3 (2,16) Millionen Inlandsverkäufe und 2,1 (2,2) Millionen exportierte Fahrzeuge kein Problem sein. Der Absatz von Importfahrzeugen wird 1983 kaum die Vorjahresmarke von 24 Prozent erreichen. Während sich die Japaner wieder bei fast 10 Prozent gefangen haben, verloren vor allem die Franzosen (7,5 Prozent) Terrain.

AUF EIN WORT



„Fünfzig Prozent der Werbekosten sind erfahrungsgemäß verschwendet. Man weiß nur leider nicht, welche Hälfte es ist."

Prof. Dr. Horst Albach, Bonn
FOTO: PETER MITCHELL

Zinssenkungen sind möglich

AP, **Hamburg**

Der Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes, Helmut Geiger, rechnet nicht mit weiter steigenden Zinsen. In einem Interview mit der WELT am SONNTAG sagte Geiger, angesichts der Fortschritte bei der Preisstabilisierung und der noch immer guten außenwirtschaftlichen Situation „sollten die Zinsen um das jetzige Niveau herum schwanken". Es seien zudem „durchaus auch wieder leichte temporäre Zinssenkungen" möglich. Unsicherheiten über die Entwicklung der hohen amerikanischen Zinsen sowie der hohe Wechselkurs des US-Dollars und die seit Jahresanfang über das Ziel hinausschießende Geldmengenentwicklung hätten in den letzten Wochen zu den Zinssteigerungen geführt, wobei es teilweise zu überzogenen Reaktionen gekommen sei.

STAHL

EG-Vizepräsident Davignon kündigt neue Bußgelder an

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Mit Unverständnis ist in der Stahlindustrie die Bemerkung von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff aufgenommen worden, es gebe ein zweites deutsches Unternehmen, daß die EG-Quoten vorsätzlich überziehe. Zwar wird dieser Umstand von der Hoesch AG bestätigt. In der Branche wird jedoch darauf verwiesen, daß sich in den letzten Monaten auch andere Unternehmen dazu hätten „gezwungen gesehen". Genannt werden Salzgitter, Wuppermann, Otto Wolff, aber auch British Steel.

Diese Fälle seien jedoch nicht mit Klöckner vergleichbar. Während dieses Unternehmen ständig gegen die von der EG-Kommission festgesetzten Quoten verstoße, weil es nur so die Existenz des Unternehmens zu sichern glaube, handele es sich in den anderen Fällen um einmalige Überschreitungen. Die Unternehmen seien bereit, die entsprechenden Bußgelder zu bezahlen. Angesichts des starren Quotensystems hätten sie zu der Maßnahme gegriffen, um keine Aufträge zu verlieren.

Der für Stahl zuständige Vizepräsident der EG-Kommission Etienne Davignon sprach jetzt in Bonn von einem „im ganzen disziplinierten Verhalten in bezug auf die Produktionsquoten". Allerdings habe die Kommission in 34 Fällen Strafen wegen Überschreiten der Quoten ausgesprochen. Die deutsche Kritik, die Beihilfen in anderen Ländern seien zu hoch, wies er mit dem Hinweis zurück, daß dort auch die Kapazitäten stärker reduziert worden seien. Er forderte strenge Maßnahmen, wenn Unternehmen Beihilfen zur Preisunterbietung mißbrauchen. Dies sei zwar schwer nachzuweisen. Die Kommission werde aber „in Kürze die ersten Strafen dieser Art entscheiden".

US-BÖRSEN

Wall Street bereitet sich auf den Sommerspurt vor

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Es ist kein Geheimnis, daß die US-Aktienmärkte emotionaler reagieren als andere Börsen in den westlichen Industriestaaten. Das ist auch der Grund für die übertriebenen Kursausschläge, die in den letzten Wochen das Klima bestimmten. Der größte Unsicherheitsfaktor sind die sorgfältig registrierten wöchentlichen Geldmengenveränderungen. Nach dem heftigen Auf und Ab scheint nun etwas mehr Ruhe eingekehrt zu sein; erstmals sinken die kurzfristigen Zinsen wieder. Die fehlende Nachfrage nach Geschäftskrediten und eine nun gedrückte Geldversorgung tragen dazu bei.

Kein Wunder also, daß sich an der Wall Street wieder der Optimismus breitmacht; der traditionelle Sommerspurt kann beginnen. Ernst zu nehmende Broker sagen ein Anziehen des Dow-Jones-Industrie-Index auf 1300 Punkte bis zum Herbst voraus. Das wären weitere neun Prozent, so daß die Zunahme dieses Barometers seit Beginn der Hausse am 12. August 70 Prozent betragen würde. Favoriten sind nach wie vor Technologie- und Transportwerte. Obwohl diese Prognosen letztlich vom wirklichen Zinstrend abhängen, könnte sich als mächtiger Motor die Amtsverlängerung des Vorsitzenden des Federal Reserve Board, Volcker, erweisen. Die Signale zu seinen Gunsten mehren sich.

Positiv auf das Börsenklima wirken sich zudem das wachsende Vertrauen der US-Verbraucher, die scharfe Zunahme der Endverkäufe im Mai um 2,1 Prozent und die gelungene Eindämmung der Inflation aus. Im Wochenverlauf verlor der „Dow" noch einmal 16,93 Punkte, stieg aber am Freitag um 7,11 auf 1196,11 Punkte. Der breitergestreute Nyse-Index fiel nur um 0,66 (Freitag: plus 0,60) auf 94,45 Punkte.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Ertragreichste Steuerarten

Zuwachs des Steueraufkommens 1982 gegenüber 1970 (in %)

Steuerart	Zuwachs
Vermögensteuer	+ 73 %
Kfz-Steuer	+ 75 %
Tabaksteuer	+ 87 %
Veranlagte Einkommensteuer	+ 91 %
Branntweinabgaben	+ 92 %
Mineralölsteuer	+ 98 %
Mehrwertsteuer	+ 101 %
Grundsteuern	+ 135 %
Gewerbesteuer	+ 143 %
Durchschnitt aller Steuern ▶	+ 146 %
Körperschaftsteuer	+ 146 %
Lohnsteuer	+ 252 %
Einfuhrumsatzsteuer	+ 288 %

Gesamtaufkommen 1982
378,7 Mrd DM
davon in %

Steuerart	Anteil
Lohnsteuer	32,6
Mehrwertsteuer	14,2
Einfuhrumsatzsteuer	11,6
Veranlagte Einkommensteuer	8,1
Gewerbest.	6,9
Mineralölst.	6,0
Körperschaftsteuer	5,7
Tabaksteuer	3,2
Übrige	10,4

ZAHLENBILDER

Auf rund 379 Milliarden Mark beliefen sich die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden (einschließlich der EG-Anteile an den Zöllen und der Umsatzsteuer) im Jahre 1982. Von den etwa 50 verschiedenen Steuerarten hatten die acht ertragsreichsten einen Anteil von fast 90 Prozent am gesamten Steueraufkommen. Die bei weitem wichtigste Einzelsteuer ist die Lohnsteuer, die dem Fiskus mit 123 Milliarden Mark rund ein Drittel seiner Gesamteinnahmen eintrug. QUELLE: ZAHLENBILDER

Höhere Werften-Hilfe

Bonn (dpa/VWD) – Die Bundesminister für Finanzen und Wirtschaft Gerhard Stoltenberg (CDU) und Otto Graf Lambsdorff (FDP) wollen sich im Bundeskabinett für eine Aufstockung der Bundeshilfe für die krisengeschüttelte Werftindustrie einsetzen. Dies verlautete in Bonn nach einem Gespräch der beiden Minister mit den Länderchefs Klaus von Dohnanyi, Hamburg, Hans Koschnick, Bremen, und Ernst Albrecht, Niedersachsen, sowie mit dem schleswig-holsteinischen Minister für Bundesangelegenheiten, Henning Schwarz. Wie es hieß, sollen die Mittel aus den 1,5 Milliarden Mark bereitgestellt werden, die im Bundeshaushalt 1984 bei der Umschichtung zugunsten von Investitionen frei werden. In diesem Jahr gibt der Bund für die Schiffahrt und den Schiffbau Finanzhilfen im Umfang von 530 Millionen Mark und Steuervergünstigungen von 540 Millionen Mark.

Weg der Kurse

	10. 6. 83	3. 6. 83
Boeing	43,75	43,75
Chrysler	26,625	27
Citicorp	40,25	42
Coca-Cola	50,50	55
Exxon	33,25	33,875
Ford Motors	52,875	51,375
IBM	113,75	114
PanAm	6,25	6,125
US Steel	24,125	25,25
Woolworth	33,75	32

Schwarzarbeit verbieten

Hof/Saale (dpa) – Ein rigoroses Verbot von Nebentätigkeiten Beamter und Angestellter des öffentlichen Dienstes hat der Bundesvorsitzende der Wirtschaftsjunioren Deutschlands, Karl Müller, gefordert. Durch die zunehmende Schwarzarbeit würden privaten Unternehmen ebenso wie Arbeitnehmern Einkommensmöglichkeiten beschnitten, meinte Müller am Samstag vor den bayerischen Wirtschaftsjunioren in Hof/Saale.

Winterbau nicht verteuern

Bonn (Mk.) – Mehr Arbeitslose durch Verteuerung des Winterbaus befürchtet der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB). Er kritisiert die Absicht der Bundesregierung, die Baubetriebe mit den Kosten des Schlechtwettergeldes für den jeweils ersten Tag in jedem Monat des Schlechtwettergeldbezuges zu belasten. Die Betriebe würden, so befürchtet der Verband, künftig zu Beginn einer Schlechtwetterperiode stärker als bisher zur Entlassung von Bauarbeitern gezwungen sein. Diese Maßnahme verteuere das Bauen im Winter um mehr als ein Prozent.

Wirtschaftsoffensive geplant

Hamburg (dpa/VWD) – Eine Wirtschaftsoffensive Israels in der Bundesrepublik hat der Leiter des Israel Trade Center, David Thor, in Hamburg angekündigt. Ministerpräsident Menachem Begin werde im nächsten Jahr über 30 Vertreter deutscher Firmen nach Israel einladen, um mit ihnen über Zusammenarbeit und Beteiligungen zu sprechen, erklärte er.

Obligationen des Bundes

Frankfurt (dpa/VWD) – Das Bundesfinanzministerium begibt im Wege der Ausschreibung (Tender) neue Kassenobligationen. Wie die Deutsche Bundesbank weiter mitteilte, werden zwei Emissionen aufgelegt: drei Jahre Laufzeit mit einem Nominalzins von 7,75 Prozent und vier Jahre Laufzeit mit einem Nominalzins von acht Prozent. Die Bietungsfrist läuft bis 13. Juni.

Deutsch-arabischer Handel

Bonn (dpa) – Der deutsch-arabische Warenaustausch war im ersten Quartal dieses Jahres deutlich rückläufig. Wie ein hoher Beamter des Bundeswirtschaftsministeriums, Hans Schüssler, am Freitagabend vor der Deutsch-Arabischen Gesellschaft in Bonn mitteilte, sanken die deutschen Importe aus der arabischen Welt im Vergleich zum ersten Vierteljahr 1982 um rund 28 Prozent auf 4,9 Milliarden Mark. Die deutschen Ausfuhren gingen um 14 Prozent auf 7,5 Milliarden Mark zurück.

Werben um Sotheby's

London (VWD) – Knoll International Holdings Inc. will ein weiteres Angebot auf Übernahme des Londoner Auktionshauses Sotheby's Parke Bernet PLC machen. Der Verwaltungsrat von Knoll kündigte dies am Freitag mit der Einschränkung an, daß die neue Offerte abhängig vom Placet der britischen Monopolkommission gemacht werde. Am Vortag hatte Knoll bereits erklärt, man kooperiere im Rahmen ihrer Übernahmeabsicht mit der britischen Monopolkommission, die derzeit mit der Prüfung des Knoll-Angebots für Sotheby's befaßt ist. Ebenfalls am Freitag war bekannt geworden, daß Sotheby's von einem weiteren US-Interessenten ein Übernahmeangebot erhalten hatte. Dieser Interessent ist Alfred Taubman, Inhaber der im Landerschließungsgeschäft engagierten Taubman Co.

VERMÖGENSBILDUNG

Niedersachsen klagt über Änderung des Gesetzantrags

DOMINIK SCHMIDT, **Hannover**

Der Vorentwurf des Bundesarbeitsministeriums, vor allem aber der nachfolgende Entwurf der Bundesressorts weicht in wesentlichen Punkten von dem vor Jahresfrist vom Land Niedersachsen eingebrachten Gesetzantrag zur Erweiterung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand ab.

Niedersachsens Wirtschaftsministerin Birgit Breuel beklagt in diesem Zusammenhang insbesondere die Herausnahme der Personengesellschaften (GmbH- und KG-Anteile) aus der innerbetrieblichen Mitarbeiterbeteiligung. Es ergebe sich die Frage, ob der neuformulierte Gesetzentwurf, der am 29. Juni vom Kabinett verabschiedet werden soll, sich „dem Anspruch zu einer Investition in vermehrte Risikoorientierung stellen kann".

Nach Frau Breuels Ansicht gibt es keine erkennbaren Gründe für die Nichtberücksichtigung der GmbH-Anteile. Dies gelte auch mit Blick auf haftungs- und steuerrechtliche Gesichtspunkte. Eindeutiges Ziel müsse es sein, den Arbeitnehmern zur Vermögensbildung einen alle Unternehmens-Rechtsformen einbezogenen Katalog förderungswürdiger Anlagen anzubieten, um so unter gleichen Bedingungen den Zugang zum Produktivvermögen zu eröffnen.

Schwieriger sei demgegenüber der Ausbau der innerbetrieblichen Vermögensbildung in Kommanditgesellschaften, wenn diese in Eigenkapitalbeteiligungen bestehen. Der betroffene Mitarbeiter würde nach dem geltenden Recht die Stellung eines Mitunternehmers erlangen und wäre dann mit allen seinen Einkünften gewerbesteuerpflichtig. Die Ministerin plädiert deshalb für eine Ausnahmeregelung, die im Einkommensteuergesetz verankert werden müßte. Aber auch andere Lösungen seien denkbar.

MENSCH UND ARBEIT / Biedenkopf: Eine Krise der Verteilungsstruktur

Flexibler Arbeitsmarkt erforderlich

LEO SCHÜTZE, **München**

„Wir haben keine Krise des Wirtschafts-, sondern des Verteilungssystems", erklärte Professor Kurt H. Biedenkopf vor der Tagung „Mensch und Arbeit" der Katholischen Akademie in Bayern in München. Biedenkopf sprach neben Historikern, Sozialethikern und dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Wolfgang Roth, am Wochenende zum Thema der Behebung der Arbeitslosigkeit als einer Herausforderung für eine freiheitliche Gesellschaft.

Alle Parteien in der Bundesrepublik Deutschland sind nach Biedenkopf noch ratlos in bezug auf eine schlüssige Antwort, wie die strukturelle Arbeitslosigkeit von heute überwunden werden kann. Es gäbe weder ausreichende Analysen noch dauerhafte Therapien. Die wesentlichen Lösungen lägen außerhalb des überholten Konfliktes von Kapital und Arbeit. Biedenkopf wies auch die These zurück, die wesentliche Ursache läge bei den Rohstoffverteuerungen, sondern die Gesamtbedingungen hätten sich seit Anfang der siebziger Jahre geändert.

Auch die alten Therapien von Keynes, des Monetarismus oder der Forcierung des Exports hätten oder würden ebenfalls versagen. Die Folgelasten wären auf Dauer schlimmer als kurzfristige Erfolge. Es gelte die eigentlichen Bedingungen zu erkennen, die sich radikal geändert hätten. So zum Beispiel sei die These nicht mehr gültig: Wächst das Bruttosozialprodukt, dann wächst auch der Rohstoffverbrauch. Heute erfolge Wertschöpfung unter gleichzeitiger Rohstoffeinsparung.

Neben der Rohstoffeinsparung finde auch eine wesentliche Verringerung der Nachfrage nach Arbeit statt. Dies sei weder durch Wachstum zu lösen noch durch irgendwelche öffentlichen Förderungsprogramme. Auch jeder Vergleich mit den dreißiger Jahren sei falsch. Heute würde sich das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik Deutschland bei gleichzeitiger Zunahme der Arbeitslosigkeit halten. Es gäbe also keine Krise der Produktion, sondern eine Krise der Verteilungsstruktur. Wer also die Produktion mit öffentlichen Mitteln stärken wolle, der müsse erfahren, daß dies nichts bringe. Auch beim Wohnungsmarkt, der zur Zeit staatlich gefördert würde, zeige sich dies bald.

Lösungen zu finden, sei noch sehr schwierig. Die Arbeit sei zu teuer geworden, weil sie mit zuviel Gemeinkosten befrachtet sei. Der Arbeitsmarkt müsse flexibel gemacht worden. Dies bedeute eine Verstärkung der Marktelemente im Bereich des Arbeitsmarktes, was gleichzeitig eine Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft bedeute. Es gelte, den Arbeiter von heute mündiger zu sehen, dezentralisierte Lösungen zu finden und nicht den Staat und die Arbeitgeber als Inkasso-Beauftragten des Arbeitnehmers zu betrachten.

ITALIEN / Neue Schatzamtspapiere zu alten Konditionen

Zinsrückgang unterbrochen

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die italienischen Währungs- und Kreditbehörden haben beschlossen, bei der für Mitte Juni vorgesehenen Emission von Schatzamtspapieren denselben Zinssatz der Vormonatsemission beizubehalten. Der in den letzten Monaten nach unten gerichtete Zinstrend wird damit erstmals unterbrochen.

In Zentralbankkreisen wird das Einfrieren der Schatzamtszinsen mit der neuesten Aufwertung des US-Dollars auf den internationalen Devisenmärkten sowie mit der für Ende Juni vorgesehenen Abschaffung der im Jahre 1973 eingeführten Kreditplafondierung erklärt.

Die jüngste Entwicklung des US-Dollars wird, wenn sie in den nächsten Wochen anhält, nach Berechnungen der Banca d'Italia die italienische Inflationsrate in diesem Jahr um zusätzlich mindestens ein Prozent steigen lassen. Das heißt Beobachtern zufolge, daß weder das amtliche Inflationslimit von 13 Prozent noch die inzwischen von den Wirtschaftsforschungsinstituten als wahrscheinlicher angenommene Inflationsrate von 14,5 bis 15,5 Prozent eingehalten werden dürfte.

Gegenwärtig liegt der Effektivzinssatz für 12-Monats-Papiere des Schatzamtes bei 17,9 Prozent gegenüber 18,3 Prozent am Jahresanfang, der für Drei-Monats-Papiere bei 16,3 (18,2) Prozent, so daß in diesem letzteren Fall die Differenz gegenüber der derzeitigen Inflationsrate nur noch 0,2 Prozent beträgt. Eine weitere Herabschleusung der Zinssätze wird aus diesem Grunde von den Währungs- und Kreditbehörden vorerst nicht mehr als opportun angesehen.

Wieweit Schatzamt und Zentralbank auch in den kommenden Monaten an Realzinsen festhalten, hängt nicht nur von der internationalen Wirtschafts- und Währungsentwicklung ab, sondern auch von den innenpolitischen Kräfteverhältnissen, die sich aus den Wahlen vom 26. Juni ergeben werden. Während die Christlichen Demokraten in der Person von Schatzminister Giovanni Goria sowie Zentralbankgouverneur Carlo Azeglio Ciampi in den letzten Wochen mehrmals die Notwendigkeit betont haben, den Markt auch weiterhin mit positiven realen Zinssätzen zu versorgen, drängen die Sozialisten auf eine Rückkehr zu den Kapitalmarktkonditionen vor Mitte 1981, das heißt zu realen Null- oder sogar Minuszinssätzen. Ausgangspunkt dieser sozialistischen Forderungen ist dabei vor allem der hohe Anteil der Zinsen (zwei Drittel) am Wachstum des Staatsdefizits der letzten zwei Jahre.

Die vor zehn Jahren als Mittel der Inflationsbekämpfung eingeführte Kreditplafondierung macht am 1. Juli der Rückkehr zu fast liberalen Verhältnissen am italienischen Kreditmarkt Platz. „Fast", weil sich die Zentralbank vorbehalten hat, die Liberalisierung mit den notwendigen Sicherheitsmaßnahmen zu begleiten. Fast auch deshalb, weil die Banken auch weiterhin über die Mindestreserve hinaus verpflichtet bleiben werden, einen Teil ihres Einlagezuwachses in festverzinslichen Wertpapieren des Staates und sonstiger öffentlicher Emittenten anzulegen.

Der Wegfall der Plafondierung wird nach Auffassung von Zentralbankkreisen eine verstärkte Konkurrenz der Banken untereinander nach sich ziehen. Unter anderem könnte dies, so vermuten Experten, eine weitere Abnahme der Darlehenszinsen zur Folge haben, die von der Wirtschaft hartnäckig gefordert wird.

FINANZKRISE / Später neue Umschuldungs-Gespräche mit Brasilien?

Wirtschaftsziele nur schwer erreichbar

H.-A. SIEBERT, Washington

Brasilien müsse „später in diesem Jahr" in neue Umschuldungsverhandlungen eintreten, erklärten führende Mitarbeiter der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) in Washington in einem Gespräch mit Journalisten.

Sie bezeichneten die wirtschaftlichen Ziele des südamerikanischen Landes als „sehr ehrgeizig", das heißt, schwer erreichbar. Brasilien ringt zur Zeit mit US- und europäischen Privatbanken um die versprochene Bereitstellung von 1,5 Milliarden Dollar.

Nach den Kalkulationen der IDB-Experten wird der Überschuß in der brasilianischen Handelsbilanz 1983 nicht, wie erhofft, sechs, sondern nur vier Milliarden Dollar betragen. Das Leistungsbilanzdefizit wird auf acht Milliarden Dollar veranschlagt. Brasiliens Bruttoinlandsprodukt sinkt real vermutlich um zwei bis drei Prozent, während die Inflationsrate über 100 Prozent liegen wird.

Es besteht jedoch einige Hoffnung, daß Brasilien seine Auslandsschulden, die inzwischen an 90 Milliarden Dollar heranreichen, vom kommenden Jahr an ohne größere Probleme bedienen kann. So rechnet die IDB für 1984 und 1985 mit einem moderaten Wirtschaftswachstum und einem kräftigen „Comeback" in der zweiten Hälfte dieser Dekade. Dann zahle sich aus, daß Brasilien in Lateinamerika über die stärkste industrielle Basis mit gutem Management verfüge, wurde betont.

Während Mexiko auf dem richtigen Kurs liegt – stark verbessert hat sich die Handelsbilanz, zu gelingen scheint der Abbau der Defizite der öffentlichen Hand –, muß Venezuela nach Ansicht der IDB-Fachleute schärfere Anpassungsmaßnahmen ergreifen. Als falsch werden in der US-Hauptstadt Berichte bezeichnet, wonach Caracas die wirtschaftspolitischen Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF) nicht akzeptieren will. Dem Land, so heißt es, bleibe gar nichts anderes übrig.

Der venezolanische Finanzminister Arturo Sosa verhandelte vergangenen Freitag mit dem IWF, anschließend sprach er in Los Angeles und Houston sowie in Europa und Japan mit Bankenvertretern. Venezuelas öffentliche Auslandsschulden macht 27 Milliarden Dollar aus. Davon entfallen 25 Milliarden Dollar auf mehr als 400 Privatbanken. US-Institute sind mit 46 Prozent daran beteiligt. Es folgen Großbritannien, Japan, Deutschland, die Schweiz, Frankreich und Kanada.

Umschulden möchte die Regierung in Caracas 15,8 Milliarden Dollar, die in diesem Jahr und 1984 fällig werden. Außerdem soll der IWF 2,8 Milliarden Dollar bereitstellen, und zwar die Hälfte aus der kompensatorischen Kreditfazilität, an die keine Bedingungen geknüpft sind. Sie kann in Anspruch genommen werden, wenn die Exporterlöse eines Landes überdurchschnittlich fallen.

Falls Venezuela doch nicht bereit sein sollte, die Preis- und Devisenkontrollen sowie den Importschutz für bestimmte Industrien aufzuheben, müßte es sich 1,4 Milliarden Dollar anderswo besorgen.

BAURECHT / Bonn will für Vereinfachung sorgen

Klagen über Perfektionismus

HANNA GIESKES, Bonn

„Überzogene bürokratische Reglementierungen im Baubereich müssen ausgemerzt werden." Friedrich-Adolf Jahn, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesbauministerium, ist überzeugt davon, daß damit ein wesentlicher Beitrag zur Belebung der Konjunktur geleistet werden kann. Bund und Länder seien gemeinsam aufgerufen, das Recht zu vereinfachen und Überreglementierungen zu beseitigen, forderte Jahn während einer Tagung der „Gesellschaft zur Förderung der Entbürokratisierung" in Bonn.

Der Staatssekretär versprach, daß die Bundesregierung im Rahmen der Gesetzgebungsbefugnisse des Bundes ihren Beitrag dazu leisten werde. Ziel sei eine Vereinheitlichung des in Bundesbaugesetz und Städtebauförderungsgesetz zersplitterten Baurechts. Bis zum Ende dieser Legislaturperiode sollen die Vorarbeiten dafür abgeschlossen sein. Im Bereich des Bauordnungsrechts müsse die Tendenz zur Auseinanderentwicklung zwischen den Bundesländern umgekehrt werden: „Gerade hier sind die Klagen über Perfektionismus besonders groß."

„Langwierige Genehmigungsverfahren infolge unzeitgemäßer Landesbauordnungen haben entscheidenden Einfluß auf die Baukosten", beklagte der Vorsitzende der Gesellschaft zur Förderung der Entbürokratisierung, der CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Helmrich, und darum seien die Mindestkosten beim Bau eines Hauses hierzulande deutlich höher als im benachbarten Ausland. Helmrich appellierte an die Länder und Gemeinden, das Bauordnungsrecht „zu entrümpeln und zu vereinfachen".

„Übertriebenen Perfektionismus" bemängelten auch Vertreter der Bauwirtschaft. Nicht das technisch Notwendige werde durch das Bauordnungsrecht gefordert, sondern das technisch Mögliche. Dabei verliere nicht nur der Bauwillige die Übersicht, hieß es, sondern am Ende auch die Bauaufsichtsbehörde selbst, denn die Normen seien viel zu komplex: „Fehler sind an der Tagesordnung, und die Widerspruchsverfahren und Klagen mehren sich."

Die lange Dauer der Baugenehmigungsverfahren bewirke zudem eine wachsende Rechtsunsicherheit bei Bauwilligen und Bauunternehmen, „und all das führt letztendlich dazu, daß weniger gebaut wird".

Japan beabsichtigt Einfuhrsteigerung

dpa/VWD, Tokio

Japans neuer Handels- und Industrieminister Sosuke Uno (60) will durch schrittweise Steigerung der Einfuhren zur handelspolitischen Entspannung zwischen Tokio und seinen Wirtschaftspartnern beitragen. In seinem ersten Interview nach seiner Ernennung am Freitag unterstützte der enge Vertraute von Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone auch die beim Wirtschaftsgipfel in Williamsburg erklärte Absicht der Regierung, über Maßnahmen zur Belebung der Binnenkonjunktur, zum Beispiel durch Steuersenkungen, zur weltwirtschaftlichen Erholung beizutragen.

Uno ist Nachfolger von Sadanori Yamanaka (62), der am Freitag aus gesundheitlichen Gründen nach sechsmonatiger Führung des wirtschaftspolitischen Schlüsselressorts überraschend seinen Rücktritt erklärt hatte. Nach japanischen Presse-Informationen soll diese Entscheidung auch durch Reibungen zwischen Yamanaka und hohen Ministerialbeamten beschleunigt worden sein.

„Die großen Stolpersteine sind aus dem Weg geräumt", beschrieb Uno im Gespräch mit der Nachrichtenagentur Kyodo die gegenwärtige Situation im Handelskonflikt zwischen Japan, den USA und der EG.

EG-VERKEHRSPOLITIK / Verhandlungen härter

Bescheidene Fortschritte

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Verkehrspolitiker in der EG sehen nur selten über den nationalen Tellerrand. Auch der zuständige Fachministerrat hat wieder nur bescheidene Fortschritte bei der Formulierung einer gemeinsamen europäischen Verkehrspolitik gemacht.

Minikompromisse in zweitrangigen Bereichen können kaum darüber hinwegtäuschen, daß die Liberalisierung des Verkehrsmarktes in den letzten zwei Jahrzehnten kaum vorangekommen ist. Dabei ist die Verkehrspolitik neben der Agrar- und Außenhandelspolitik der einzige Bereich, für den die Väter der Römischen Verträge ausdrücklich eine gemeinsame Politik vorgeschrieben haben.

Auch die Untätigkeitsklage, die das Europaparlament zu Beginn des Jahres beim EG-Gerichtshof gegen den Ministerrat eingereicht hat, konnte die Regierungen bisher nicht zu größerer Kompromißbereitschaft beflügeln. Jetzt wollen die Holländer die Staats- und Regierungschefs bemühen und darauf dringen, daß der Stuttgarter EG-Gipfel den Expertendiskussionen politisch mehr Dampf macht.

In einem an den Außenministerrat gerichteten Memorandum vertritt Den Haag die Auffassung, daß die Vorteile des gemeinsamen Marktes nur dann für Wirtschaft und Verbraucher voll durchschlügen, wenn es zu einer gemeinschaftlichen Verkehrspolitik ko me, die vom Grundsatz des einh lichen Binnenmarktes ausge Der Anteil des Verkehrs am Soz produkt der EG sei mit sechs P zent größer als der der Landw schaft (fünf Prozent).

Die niederländische Regieru beziffert die der Wirtschaft du die rigiden nationalen Regelung entstehenden Nachteile auf meh ren Milliarden Ecu im Jahr (1 Ec 2,27 DM). Die Kontingente u sonstigen Behinderungen vert erten unnötig die Verbraucherp se und machten die Erzeugni der EG weniger wettbewerbsfäh

Das Memorandum wirft die F ge auf, ob der im Römischen V trag verankerte Grundsatz Dienstleistungsfreiheit seit d Ende der Übergangszeit im Ja 1968 nicht ohnehin automatis auch für die Verkehrsleistung gelte. Falls dies verneint wi schlägt Den Haag die vollständ Liberalisierung des Straßenv kehrs innerhalb von fünf Jah vor. Hinter dieser Forderung s hen massive Interessen des nied ländischen Straßengüterverkeh Während in der Bundesrepublik und in Frankreich 32 Prozent Güterverkehrs über die Schie laufen, sind es in Holland nur f Prozent. Die harte Form in andere EG-Staaten ihre Belange Brüssel vertreten, scheint in auch in Den Haag jetzt Nach mung zu finden.

RENTENMARKT / Erste Stabilisierungsanzeichen

Renditen leicht gesunken

Nach dem kräftigen Zinsanstieg um ⅝ Prozentpunkte von Mitte Mai bis Anfang Juni zeigt der Rentenmarkt jetzt erste Anzeichen einer Stabilisierung. Die Renditen bildeten sich geringfügig zurück. Der 8¼prozentige Kupon der Bundesanleihe lockte Käufer an, und zusätzliche Impulse kamen zul vom freundlichen US-Rent markt, dessen weitere Entwi lung allerdings nur schwer ein schätzen ist. Am deutschen Ma muß man schon zufrieden s wenn die Angst vor einem weite Zinsanstieg weicht. (

Emissionen	10.6. 83	3.6. 83	30.12. 82	30.12. 81	30.1 80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,64	7,63	7,45	10,05	9,3
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,47	7,40	7,04	10,55	9,8
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,93	7,92	7,61	10,26	9,4
Schuldverschreibungen der Industrie	7,68	7,62	8,24	11,52	8,3
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,91	7,80	7,65	10,12	9,3
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,58	7,55	7,43	10,50	9,7
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,37	8,37	7,94	9,75	9,0
Inländische Emittenten insgesamt	7,89	7,85	7,63	10,19	9,4
DM-Auslandsanleihen	8,08	8,01	8,45	10,32	8,3

OECD / Etwas weniger optimistisch als Bonn

Aufschwung wird bestätigt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Das OECD-Sekretariat hat seine Wachstumsprognose für die Bundesrepublik etwas nach unten revidiert. Für dieses Jahr rechnet es mit einer Zunahme des deutschen Bruttosozialprodukts von nur noch einem halben Prozent. Dies verlautet im Anschluß an das im Rahmen der OECD-Länderprüfungen Ende letzter Woche in Paris durchgeführte Deutschland-Examen.

Noch vor gut einem Monat hatte das Sekretariat vor dem wirtschaftspolitischen Ausschuß der OECD der Bundesrepublik 1983 ein Wirtschaftswachstum von mindestens ein Prozent in Aussicht gestellt. Die jetzt erfolgte Revision *stützt sich auf die nachteiligen* Auswirkungen der zwischenzeitlich eingetretenen Dollar-Hausse für die deutsche Konjunktur. Das hindert die Bundesbank an weiteren Zinssenkungen.

Dagegen hofft die Bundesregierung nach wie vor auf mehr als ein halbes Prozent Wachstum zu kommen. Für das nächste Jahr erwartet sie sogar eine Expansion von etwa drei Prozent, während das Sekretariat knapp zwei Prozent voraussagt. Es schätzt dabei insbesondere die deutschen Exportaussichten – möglicherweise wegen einer bald wieder fällig werdenden D-Mark-Aufwertung im Europäischen Währungssystem (EWS) – weniger günstig ein als Bonn.

Noch Ende letzten Jahres allerdings hatte das OECD-Sekretariat in seinem „Outlook" für 1983 der Bundesrepublik eine Rezession von ¼ Prozent in Aussicht gestellt. Bei dem jetzt durchgeführten Examen wurde aber weder vom Sekretariat noch von dem Prüfungsausschuß bezweifelt, daß sich in der Bundesrepublik ein (mäßiger) *Wirtschaftsaufschwung angebahnt* hat.

Das Examen soll, wie verlautete insgesamt „positiv" gewesen sein. Zwar sei gewisse Kritik an der deutschen Fiskal- und Geldpolitik geübt worden. Jedoch habe niemand Bonn angetragen durch besondere Maßnahmen die Konjunktur anderer OECD-Staaten zu stützen (Lokomotiven-Theorie).

KERAMAG / Vor der zweiten Werksschließung

Rasante Schrumpfungskur

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

„Wenn sie überhaupt greifen", dann werde man die baufördernden Bonner Maßnahmen erst in einem Jahr im eigenen, derzeit noch flauen Geschäft spüren. Mehr als diesen dünnen Hoffnungsschimmer bietet der Vorstand der Keramag Keramische Werke AG, Ratingen, seinen Aktionären zur Hauptversammlung am 24. August mit dem auch für 1982 dividendenlosen Abschluß noch nicht. Das zu den führenden deutschen Sanitärkeramik-Herstellern zählende Unternehmen (Mehrheit von 18 Mill. DM Aktienkapital bei Frankreichs Lafarge-Konzern) zeigt für 1982 einen nur mit Mobilisierung stiller Reserven auf 1,3 (2) Mill. DM verminderten Neuverlust, der den Verlustvortrag auf 3,3 Mill. DM erhöht. Der Rückweg zu dem zuletzt für 1980 gebotenen Dividendenglanz (8 DM plus 2,50 DM Bonus), zusammen 21 Prozent vom Kapital) ist lang geworden.

Keramag versucht diesen Rückweg mit rasanter Schrumpfungskur der Kapazität an den schwachen Markt. Der brachte dem Unternehmen 1982 einen Umsatzrückgang um weitere 10 (8) Prozent auf 90 Mill. DM mit 11 (12) Prozent Exportanteil, während die Importkonkurrenz ihren Anteil am Heimatmarkt binnen zwei Jahren um reichlich ein Zehntel auf nun gut ein Drittel steigerte.

Die Keramag-Belegschaft wurde bei dieser Schrumpfungskur im Zeitraum 1978/82 um 43 Prozent auf 755 Leute abgebaut. Das ist noch nicht das Ende. Nach der 1982 vollzogenen Totalschließung des Werkes Flörsheim wird nun für 1983 der Verzicht auf die schon reduzierten Kapazitäten im Werk Ratingen als „wahrscheinlich" angekündigt, wonach die Produktion auf das letzte und „hochmodern ausgebaute" Werk Wesel konzentriert sein wird.

Immobilienverkäufe (vorwiegend Umwandlung von Werks- in Eigentumswohnungen) und der endlich gelungene Verkauf der französischen Armaturen-Tochter Queroy S.A. brachten 1982 bei 5 (1,4) Mill. DM Anlagenabgang einen Buchgewinnsaldo von 10,4 (0,8) Mill. DM. Die Hälfte davon wurde für Reinvestitionen im Werk Wesel gerettet.

HYPOTHEKEN / Eine überregionale Übersicht

Die günstigsten Konditionen

Der Hypothekenmarkt in der Bundesrepublik kommt nicht zur Ruhe. Wie sich aus einer Umfrage bei mehr als 120 überregionalen Banken, Sparkassen und Versicherungen ergibt, gehen die Hypothekenzinsen zur Zeit kräftig nach oben. Selbst die Versicherungen, die normalerweise bessere Konditionen anzubieten haben, können diesen Trend nicht aufhalten, sie erhöhten ebenfalls. Derzeit günstigste Anbieter bei den Versicherungsgesellschaften sind Universa und Basler. Hier wird in den nächsten Tagen mit einem Anstieg gerechnet. Agrippina und Braunschweigische verteuerten ihre Zinsen gegenüber dem Vormonat bereits um über ein Prozent. (DW.)

	5 Jahre Zinsfestschreibung		
	Normalzins (in %)	Auszahlung (in %)	Effektivzins (in %)
Banken			
LKB Baden-Württemberg	6,25	90,25	8,87
Hessische LB	6,75	90,75	9,29
Westdeutsche LB	6,75	90,50	9,36
Landesbank Saar	8,10	95,40	9,41
Bayr. Handelsbank	6,75	90,25	9,43
Versicherungsgesellschaften			
UNIVERSA	6,00	95,00	7,32
BASLER	6,00	94,50	7,42
ARAG	5,50	92,00	7,58
Stuttgarter	6,25	94,00	7,85
Deutscher Ring	6,25	94,00	7,85
Hypothekenbanken			
Staatl. Kreditanstalt	8,50	90,10	9,19
DSL	6,75	91,00	9,22
Dt. Pfandbriefanstalt	6,50	90,00	9,22
Münchner Hypo	7,00	91,75	9,28
Braunschw.-Hannover. Hypo	7,00	91,50	9,35

Stand: 7. 6. 1983 – Auswahl aus insgesamt 120 überregionalen Anbietern.
Zusammenstellung: HCA Hypotheken Computer Analyse GmbH, Frankfurt

VICTORIA VERSICHERUNGEN / Prämien auf 3,5 Milliarden Mark gestiegen

Schadenverlauf bleibt angespannt

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Gesellschaften der Victoria Versicherungs-Gruppe. Düsseldorf/Berlin, präsentieren sich 1982 in zweierlei Hinsicht neu als „Milliardäre". Die Victoria Leben steigerte die Beitragseinnahmen, allerdings einschließlich derer aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung, auf 1,03 Mrd. DM, bei der Muttergesellschaft, Victoria Feuerversicherungs-AG, erreichten die Prämien im direkten Geschäft erstmals 1,02 Mrd. DM.

In der Gruppe, zu der bis Ende 1982 noch die von Victoria Leben übernommene Vorsorge Leben und die D.A.S. als Rechtsschutzversicherer gehörten, ergaben sich ohne konzerninterne Rückversicherung 3,54 (3,32) Mrd. DM Prämien. Der Lebensversicherungsbestand nahm auf 34 (32) Mrd. DM, die Kapitalanlagen der Gruppe auf 12 Mrd. DM zu.

Bei Victoria Feuer haben sich 1982 zwar in fast allen Sachversicherungszweigen zweistellige Zuwachsraten bei den Prämien ergeben, doch blieb der Schadenverlauf unverändert angespannt. Dabei waren die gemeldeten Stückzahlen kaum verändert, dafür hat sich aber der Aufwand erhöht. Nur bei Kraftfahrt, Transport und Unfall fuhr die Victoria Gewinne ein, so daß insgesamt der technische Gewinn *nur* auf magere 2,5 (2,1) Mill. DM wuchs.

Bei Kapitalanlagen und -erträgen ergaben sich Besonderheiten: Anders als in früheren Jahren, als sich Mittelanlagen aus der Kapitalerhöhung 1981 und Verkäufe von Victoria-Leben-Anteilen auswirkten, gab es 1982 nur geringe Zugänge. Bei den Erträgen magerten Sonderabschreibungen auf Grundbesitz das Ergebnis ab. Aus dem Jahresüberschuß von 24,5 (20,3) Mill. DM fließen 15,4 (13) Mill. DM in die Rücklagen. Die Aktionäre erhalten zur Dividende von 16 Prozent noch einen Bonus von 2 Prozent.

Bei der Victoria Leben hat sich 1982 das Neugeschäft schlechter entwickelt als in der Branche. Schwerpunkt des Neugeschäfts war mit 90 (Bestand: 89) Prozent die Kapitallebensversicherung, fast ein Drittel des Neuzugangs waren Gruppenverträge. Vom Bruttoüberschuß, der um *10,6* Prozent auf 308 Mill. DM wuchs, werden 95,5 (97,2) Prozent den Rückstellungen für Beitragsrückerstattung zugeführt. Aus dem Jahresüberschuß von fast unverändert 7,8 Mill. DM werden mit 3,5 Mill. DM die Rücklagen, aus dem Rest die Aktionäre mit 16 Prozent Dividende bedient. (Hauptversammlung: 20. Juli).

Victoria Leben	1982	± %
Versicherungsbestand (Mill. DM)	23725	+ 6,7
Eingel. Neugeschäfte	3139	– 9,5
Beitragseinnahmen	869	+ 5,4
Aufw. f. Vers.-Fälle	280	+12,1
Kapitalanlagen [1])	6241	+10,6
Kapitalerträge [2])	460	+11,1
Aufw. f. Beitr.-Rückerst.	300	+11,0
Rückst. f. Beitr.-Rückerst.	767	+11,7

	1982	1981	1980
Stornoquote [3])	5,4	4,9	4,6
Verw. Kostenquote [4])	7,8	7,5	7,7
Abschl. Kostenquote [5])	38,6	35,9	36,6
Überschußquote	35,5	33,8	29,7

[1]) ohne Depotford.; [2]) Durchschnittsrendite: 7,7 (7,7) Prozent; [3]) Rückk. Umwandlg. in beitr.-freie Versich. u. sonst. Vorz. Abgang in % d. Anfangsbestands; [4]) sonst. Aufw. d. Vers.-Beiträge in % d. Beiträge; [5]) in Promille d. eingel. Neugesch.; [6]) Bruttoüberschuß in % d. Beiträge.

Victoria Feuer	1982	± %
Bruttoprämie (Mill. DM)	1092	+ 6,5
Nettoprämie [1])	618	+ 7,6
Aufw. f. Vers.-Fälle	414	+ 8,9
Vers. techn. Ergebnis [2])	2,5	(2,1)
Kapitalanlagen [3])	982	+ 4,8
Kapitalerträge [4])	29	–28,7

In % d. verd. Beiträge	1982	1981	1980
Selbstbeh.-Quote (%)	56,6	56,0	55,0
Schadenquote	68,1	67,2	67,5
Verw.-Kostenquote	30,2	30,4	31,4
Rückstellg.-Quote [5])	121,4	115,0	116,3
Eigenkapitalquote	40,4	40,7	37,7

[1]) Brutto- minus Rückversicherungsbeitr.; [2]) nach Zuführung von 2,8 (4,6) zur Schwankungsrückstellung; [3]) oh. Deportford.; [4]) netto; Durchschnittsrendite: keine Angabe (6,7) Prozent; [5]) vers. techn. Rückstellg.

TRIUMPH-ADLER / Produktivität gesteigert – Hoffnung auf US-Geschäft

Sanierung verbessert Ertragssituation

JOACHIM WEBER, Nürnberg

„Unser Ziel in diesem Jahr sind rosa Zahlen", erklärt Peter Niedner, Vorstandsvorsitzender der Triumph-Adler AG für Büro- und Informationstechnik, Nürnberg. Daß die Null-Linie bereits ganz erreicht werden könnte, hält er für wenig wahrscheinlich. Schließlich gilt es immer noch, einen Verlustberg von 134 Mill. DM abzubauen, und das bei einem Umsatz in der Größenordnung von 2 Mrd. DM.

Immerhin ist es der Gruppe 1982 gelungen, „nur" noch auf ein Drittel des Vorjahresverlusts von 392 Mill. DM zu kommen. „Das mußten wir hinnehmen, weil einige der bereits *eingeleiteten* Sanierungsmaßnahmen nicht kurzfristig, sondern erst im Laufe dieses Geschäftsjahres ergebniswirksam werden", erläutert Niedner. Rote Zahlen gibt es aber nur noch bei 30 Prozent der Produktion, 70 Prozent bringen schon Gewinne.

Die Quellen der Ertragsverbesserung rechnet Niedner am Zahlenwerk der AG vor, die ihren Fehlbetrag sogar von 447 auf 109 Mill. DM reduzieren konnte:

- Der Abschreibungs- und Sanierungs-Aufwand für Tochtergesellschaften ging um 161 Mill. DM zurück. Lediglich auf das US-Geschäft unter der neuen Holding Triumph-Adler North America Inc. wurden noch einmal 30 Mill. DM abgeschrieben.
- „Eindrucksvolle Fortschritte" bei der Rationalisierung drückten den Personalaufwand um 70 Mill. DM, in der Gruppe sogar um 136 Mill. DM. Der Personalstand der Gruppe wurde um ein Fünftel auf 11 246 (14 143) Mitarbeiter reduziert.
- Der Zinsaufwand ging um 38 Mill. DM zurück.
- Neue Produkte brachten bessere Margen und Materialeinsparungen.

Bei einem fast unveränderten Umsatz von 1,96 (1,95) Mrd. DM in der Gruppe brachten die Einsparungen beachtliche Produktivitätssteigerungen. Der Umsatz je Mitarbeiter stieg um 27 Prozent auf 175 000 DM. Das Ziel für 1983 sind runde 200 000 DM. Wesentliche Ursache der höheren Produktivität ist die Umstellung des Sortiments auf elektronische Produkte mit geringerer Arbeitsintensität. Ihr Anteil an der Produktion erreichte im vergangenen Jahr die 86-Prozent-Marke. „Mehr als die Hälfte unseres Umsatzes machen wir heute mit Produkten, die nicht älter als ein bis zwei Jahre sind", stellt Niedner stolz fest. Die kaum veränderten Aufwendungen für Forschung und Entwicklung liegen mit 86 Mill. DM bei 8 Prozent der eigenen Produktion. Niedner sieht den Erfolg: „Unsere Produktion ist durch die tiefgreifende Umstrukturierung so leistungsfähig geworden, daß wir den Wettbewerb auf dem Weltmarkt bestehen können." Das ist gerade bei der VW-Tochter bedeutsam. Nur 18 Prozent ihres Gruppenumsatzes stammen aus der Bundesrepublik, 46 Prozent werden *allein* in Nordamerika erzielt.

Und nach vielen Sorgen – sprich: Verlusten von bald 200 Mill. DM nur in 1981 – im US-Geschäft sieht T/A sich jetzt in der Lage, die Chancen dieses Marktes auch zu nutzen. Immerhin hält das Unternehmen einen Anteil von 14 Prozent am amerikanischen Markt für elektronische Schreibmaschinen. So entfielen auch bei den Investitionen 1982 von insgesamt 162 (146) Mill. DM 100 Mill. DM allein auf die Kapitalerhöhung der US-Holding.

DKV-Niederlassung in Paris eröffnet

J. Sch. Paris

Die Deutsche Kranken-Versicherungs AG, Köln, hat in Paris eine Niederlassung eröffnet, die mit Betriebsmitteln und Reserven von zunächst 5 Mill. Franc noch in diesem Jahr 2 Mill. Franc, 1984 etwa 6 Mill. Franc und 1985 zwischen 10 und 15 Mill. Franc umsetzen soll. Dies ist das erste Mal, daß ein privater ausländischer Krankenversicherer in Frankreich Fuß faßt. Als wichtigsten Grund dafür nannte Vorstandsvorsitzender Hans Georg Timmer die zunehmende Auslandskonkurrenz auf dem deutschen Versicherungsmarkt. Allein 147 französische Versicherer arbeiten inzwischen in der Bundesrepublik gegenüber 67 deutschen (alle Sparten zusammengenommen) in Frankreich. In zehn Jahren hofft Timmer hier auf einen Marktanteil zu kommen, „den man in Prozenten ausdrücken kann". Weitere Niederlassungen sind in Holland und in Großbritannien geplant.

NAMEN

Günter Schmoll, Direktor der Gebr. Knauf Westdeutsche Gipswerke, Iphofen, vollendet am 14. Juni das 60. Lebensjahr.

Andreas Kersten (43), bisher Alleinvorstand der Jacques Borel Deutschland AG, Düsseldorf, hat als Nachfolger von **Günter Steinberg** den Vorsitz in der Geschäftsleitung der Wienerwald Holding AG, übernommen.

Die Vorstandsmitglieder **Wilhelm Ewert** (Vertrieb) und **Hans Dieter Ritterbex** (Finanzen) sind zu Sprechern der Deutscher Herold Lebensversicherungs-AG, Bonn, ernannt worden, nachdem der Vorstandsvorsitzende **Dr. Bernd Michaels** „in gegenseitigem Einvernehmen" ausgeschieden ist.

Dr. Dieter Kunkel, bisher bei der Telefunken Fernseh- und Rundfunk GmbH für das Exportgeschäft zuständig, scheidet aus dieser Position aus und wird eine andere Aufgabe im Thomson-Brandt-Verbund übernehmen. Über seine Nachfolge ist noch nicht beschlossen worden.

Karl Heinz Eickenberg, Mitglied der Geschäftsleitung der Wilh. Bleyle KG, Stuttgart, und Geschäftsführer der Contex Betriebsberatungs-GmbH, München, wird zum Jahresende 1983 die Bleyle-Gruppe verlassen. Er wird in den dreiköpfigen Vorstand der Dierig Holding AG, Augsburg, eintreten.

Heinrich Renaud Gruber, Geschäftsführer der Pirmasenser Messe GmbH, wird am 13. Juni 60 Jahre alt.

BAUBODEN / „Konkurrenz ist stärker geworden"

Von Bautätigkeit profitiert

INGE ADHAM, Frankfurt

Im Zuge der wieder gestiegenen Bautätigkeit hat sich das Jahr 1983 für die Deutsche Bau- und Bodenbank AG, Berlin/Frankfurt, gut angelassen: In den ersten fünf Monaten dieses Jahres wurden 857,5 Mill. DM Kredite neu zugesagt, 6,4 Prozent mehr als in den ersten fünf Monaten 1982. Die Kreditzusagen erhöhten sich damit auf 4,68 Mrd. DM, *5,7 Prozent mehr* als Ende Mai des Vorjahres. Das Volumen der treuhänderisch verwalteten Hypothekendarlehen wuchs um rund 26 Prozent auf 2,17 Mrd. DM.

Vorstandsmitglied Franz Bassler scheut sich jedoch, diese auch im Ergebnis erfreuliche Entwicklung auf das ganze Jahr hochzurechnen, denn die Konkurrenz auf dem „immer noch reduzierten Markt ist deutlich stärker geworden". Unsicherheiten bestehen auch hinsichtlich der Zinsentwicklung. Seit März zeigen die Hypothekenzinsen wieder steigende Tendenz.

Mit dem vergangenen Jahr ist der Vorstand des Wohnungsbaufinanzierungsinstituts zufrieden. Nach einem ausgeglichenen Ergebnis im Jahr zuvor zeigt die Bank für 1982 einen Jahresüberschuß von 39 Mill. DM, der nach Dividendenverzicht durch den Hauptaktionär Deutsche Pfandbriefanstalt voll in die Rücklagen geht. Darüber hinaus habe man einiges zur Reservebildung nach Paragraph 26a KWG getan, denn die Bauboden war dicht an die vom Eigenkapital gezogene Ausleihgrenze gerückt. Mit 245,3 (206) Mill. DM machen die haftenden Mittel wieder 4 Prozent der auf 6,17 (4,95) Mrd. DM gestiegenen Bilanzsumme aus. Das Geschäftsvolumen betrug am Jahresende 7,7 (6,5) Mrd. DM. Neu zugesagt wurden im vergangenen Jahr 1,9 Mrd. DM Kredite, davon 62 Prozent an Einzelkunden.

PAPIERWERKE SCHICKEDANZ / Ergebnis positiv

Weiße Ware bereitet Sorgen

DANKWARD SEITZ, Nürnberg

Es wird immer wieder betont und wiederholt: Der Markenartikel hat eine Zukunft und die Vereinigten Papierwerke Schickedanz & Co., Nürnberg, bleiben dem Markenartikel treu. Und doch befaßt man sich offensichtlich mit dem Gedanken, „weiße Ware" zu produzieren, auch wenn Vorstandsvorsitzender Wolfgang Doberauer dies nicht zugibt. Er spricht vielmehr von einer notwendigen stärkeren Differenzierung in der Produktqualität und von Marken, die nicht „automatisch das oberste Spitzen- und Preissegment abdecken".

Unumwunden gesteht Doberauer auch ein, daß sich die Entwicklung der „weißen Ware" in einer Geschwindigkeit in den letzten Jahren vollzogen hat, die die Markenartikel-Industrie vollkommen unvorbereitet traf. Die „no names" gewinnen zunehmend an Boden, was bei den Markenartikel-Herstellern zu erheblichen Unterauslastungen der Kapazitäten führt und zusätzlich noch auf die Preise drückt.

Wie stark diese Marktentwicklung das Geschäft bei den Vereinigten Papierwerken 1982/83 (30. 1.) belastete, kommt in dem geringen Zuwachs des Außenumsatzes von 0,74 (12,8) Prozent auf 1,117 (1,109) Mrd. DM zum Ausdruck. Das Ausland hatte daran einen Anteil von 26 (25) Prozent.

Tragende Säule des Inlandsgeschäfts blieb, wie Doberauer mitteilte, der Hygienebereich, obwohl hier ein Minus von 3,4 Prozent auf 732,9 Mill. DM hingenommen werden mußte. Aufgrund der Billigkonkurrenz wurden Marktanteile im Frauenhygienesektor („Camelia") und bei Küchentüchern sowie Toilettenpapier verloren. Bei Taschentüchern („Tempo") konnte der Marktanteil von knapp 50 Prozent nur durch „deutliche" Preissenkungen gehalten werden. Die Papierhygiene GmbH, die Produkte im mittleren Preissegment vertreibt, konnte ihren Umsatz um 23 Prozent auf 50,2 Mill. DM ausweiten.

Die hauptsächlich im Klinikgeschäft tätige Tochter Chemische Union GmbH hatte ein Umsatzplus von 8,5 (12) Prozent auf 75,6 Mill. DM bedingt durch neue Produkte. Nicht verbessern ließ sich das Wellpappen-Geschäft. Hier fiel der Umsatz erneut um 3,7 (1,2) Prozent auf 87,5 Mill. DM.

Unbefriedigend war das Ergebnis im Auslandsgeschäft. Das Wachstum von 6,7 Prozent (kursbereinigt zwölf Prozent) auf 297 Mill. DM lag nur geringfügig über den Inflationsraten. Der „spürbar höhere Verlust" – eigentlich hatte man sich Anfang 1982 einen deutlichen Abbau vorgenommen – sei voll verkraftet worden.

Daß die Vereinigten Papierwerke trotz allem nach dem drastischen Einbruch von 1981/82 – damals mußte erstmals ein Verlust von 6,5 Mill. DM nach einem Gewinn von 15,0 Mill. DM hingenommen werden – wieder ein mit 0,4 Mill. DM leicht positives, aber „völlig unzureichendes" Ergebnis erzielten, begründete Doberauer mit drastischen Kosteneinsparungen auf allen Gebieten. Die Mitarbeiterzahl sank um 3,8 Prozent auf 6099. Der stabile Dollar-Kurs und gesunkene Rohstoffpreise halfen ebenso. Steigende Tendenz zeigt der Cashflow mit 43,3 Mill. nach 37,3 (43,6) Mill. DM. Investiert wurden 56,5 (43,6) Mill. DM bei Abschreibungen von 37,2 (33,6) Mill. DM.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Amberg: Karl Weiß GmbH & Co. KG, Bauunternehmen, Burglengenfeld; **Bad Neuenahr-Ahrweiler:** Bau- u. Hobbycenter Lutz GmbH & Co. KG, Bad Breisig; **Bad Oldesloe:** Jahnke, Beuck und Freitag GmbH, Feldhorst; **Biberach/Riß:** ABC-Sanitäre Anlagen GmbH, Rot a. d. Rot; **Hamburg:** Siegfried Hofer, Schiffseigner; **Hameln:** Nachl. d. Karl-Heinz Georg Otto Finger; **Hannover:** Elisabeth Eisele, Kauffrau; Nachl. d. Horst Schwitalla; **Heidenheim/Brenz:** Karl Michael Sinn, Zimmermeister, Herbrechtingen-Bolheim; **Minden:** Friko Glasbau GmbH, Hille 2; **Moers:** Wilhelmine Hugo, Kauffrau, Verkauf von Bauelementen, Issum; **Recklinghausen:** Gründungsorganisation Renstein Abbruch + Transporte GmbH. i. Gründung, Herten; **Rüsselsheim:** dispac Zustelldienst GmbH, Raunheim; **Siegburg:** Solec GmbH, Solartechnik u. Elektronik, Troisdorf; **Wiesbaden:** Baukontrakt Wohn- u. Gewerbeprojekt GmbH.

Vergleich beantragt: Mönchengladbach: Ww. Maria Maus, Inh. Hans Maus; **Reutlingen:** SK-Modelle Kümmerle GmbH, Metzingen.

FUSSBALL / 1. FC Köln gewann das Pokalfinale mit 1:0 und war doch der große Verlierer

Der 1. FC Köln gewann das 40. deutsche Pokalfinale, er feierte den vierten Sieg nach 1968, 1977 und 1978 in diesem Wettbewerb. Durch seinen Erfolg nimmt auch der 1. FC Kaiserslautern neben Bremen, Stuttgart und München am UEFA-Pokal teil.

Die Mannschaften: 1. FC Köln: Schumacher – Strack – Prestin, Steiner, Zimmermann, Konopka (81. Willmer), Neumann, Engels, Littbarski, Fischer, Allofs (90. Hartmann). – Fortuna Köln: Helmschrot – Kuntze – Hinterberger, Finkler, Baier – Werres (71. Hanschitz), Gede, Linssen, Grabosch – Schatzschneider, Lemke. – Schiedsrichter: Engel (Reimsbach). – Tor: 1:0 Littbarski (60.).

Das Stadion war ausverkauft, vorher wurden Karten in Kölner Zeitungen für Preise bis zu 500 Mark angeboten. Doch dann blieben einige Plätze leer – der Handel mit den Eintrittskarten klappte nicht für die, die vor dem Stadion noch ein Geschäft machen wollten. Ein Lokalderby als Pokalendspiel zieht wohl nur in der Stadt der beiden Klubs. Ein Fluggast einer Lufthansa-Maschine aus Palma de Mallorca bat um Auskunft, wie das Spiel denn stehe. Er erhielt dieses Fernschreiben: „Köln gewinnt heute bestimmt. Die kleine Fortuna gegen den großen 1. FC Köln noch 0:1." Alle hatten mit einem klaren Sieg der Bundesligastars gerechnet – am Ende pfiffen sie, diese Stars aus.

Der 1. FC Köln hat das Pokalfinale gewonnen, doch die Sympathie der Prominenz lag eindeutig beim Verlierer Fortuna Köln. Für Willi Weyer, den Präsidenten des Deutschen Sportbundes, heißt „deshalb auch der moralische Sieger Fortuna Köln". Fritz Walter, Ehrenspielführer der deutschen Nationalmannschaft, sah eine Fortuna, die eindeutig das Spiel bestimmte, aber unglücklich verlor. Erst in der zweiten Halbzeit, so Bundestags-Vizepräsident Richard Stücklen, habe sich die Cleverneß des 1. FC Köln durchgesetzt. „Alle Achtung vor Fortuna Köln, die Mannschaft hat großartig gespielt und ist ein großer Verlierer." Der nordrhein-westfälische Kultusminister Jürgen Girgensohn war erstaunt über die Fortuna, die das Spiel nicht nur offen gestaltete, sondern sogar spielbestimmend war. Wolfgang Overath, Ex-Nationalspieler des 1. FC Köln, konnte sogar keinen Unterschied zwischen dem Erst- und Zweitligaklub feststellen.

Die Spieler des 1. FC Köln sollen 10 000 Mark Siegprämie erhalten, hinter der vorgehaltenen Hand wird sogar von 15 000 Mark gesprochen. Summen, die kein Zuschauer nach diesem Pokalfinale verstehen kann. Gestern morgen hatte Kölns Oberbürgermeister Norbert Burger einen Empfang vor dem Rathaus angesetzt. Es kamen nur etwa 1000 Menschen. Auch am Abend nach dem Spiel waren die geplanten Bier-Festlichkeiten bei beiden Vereinen stimmungslos. Denn: Selbst der wackere Verlierer aus der zweiten Liga übte sich eher in Selbstzerfleischung als in Freude über seine gute Leistung. Der Ärger der Spieler von Fortuna Köln: Ihr Präsident Löring zahlt keine Prämie.

Harald Schumacher stand das Pokalfinale nur unter Schmerzen durch. Der Nationaltorwart wird morgen in Köln am Knie operiert. Schon seit fünf Jahren leidet Schumacher unter dem „Wackelknie" – einem Meniskus- und Bänderschaden. Der behandelnde Arzt Paul-Gerhard Schneider hatte dringend zu einer Operation geraten, nachdem Schumachers Beschwerden immer stärker geworden waren, der Eingriff war schon vor dem Pokalfinale abgesprochen. Schumacher, der jetzt nicht in Urlaub fahren kann, sagt: „Zum Bundesliga-Start am 13. August bin ich wieder fit." Der Arzt hält eine Pause von zwei Monaten für realistisch, wenn es keine Komplikationen gibt.



Die Zuschauer pfiffen, Spieler rief ihnen zu: „Jubelt, ihr Schweine"

MARTIN HÄGELE, **Köln**

Am Samstagmorgen, so erzählt es Hannes Löhr, der Manager des 1. FC Köln, sei Toni Schumacher zu ihm gekommen. Der Nationaltorwart sei kreidebleich gewesen. „Ich habe Angst", hatte Schumacher gesagt, „wenn wir gegen Fortuna verlieren, sind wir die Deppen der Nation. Alle lachen sich halbtot über uns. Wir können nicht mehr in die Stadt."

Tags zuvor war der gleiche Toni Schumacher noch vom Kölner Boulevardblatt „Express" so zitiert worden: „Wenn wir gegen die Fortuna verlieren, wandere ich aus nach Kanada."

Ein paar Stunden vor Anpfiff des Endspiels hatten all die dummen und großkotzigen Sprüche aus der Woche zuvor Schumacher eingeholt. Vielleicht hat er sich damit nur Mut machen wollen. Vielleicht hat er aber auch einmal begriffen, daß, wer vorher so groß auf den Putz haut, fürchterlich in die Pfanne geschlagen wird, wenn's dann schiefgeht.

Die Blamage ist gerade noch einmal an ihnen vorübergegangen. Das Glück war in diesem 40. deutschen Pokalendspiel ein Geißbock, das Wappentier des FC. So haben fast alle gefühlt im Müngersdorfer Stadion und vor den Fernsehschirmen. DFB-Präsident Hermann Neuberger, sonst ein Meister der Kompromisse, hat diese persönlichen Empfindungen, sein Mitleid und die Sympathien für den Verlierer, frei von der Leber weg formuliert: „Es ist sehr schade, daß die bessere Mannschaft nicht gewonnen hat."

Fortuna, die Elf aus der Zweiten Liga, hatte den Klassenunterschied verwischt. Die Fortunen waren den Bundesligastars mit dem Kopf und mit den Beinen überlegen, taktisch und konditionell. Trainer Luppen hatte sich etwas einfallen lassen und seinen sonstigen Spielmacher Florian Hinterberger zum rechten Verteidiger umfunktioniert. Als Bewacher von Klaus Allofs konnte sich Hinterberger nach Belieben in die Offensive einschalten. Allofs störte Hinterberger nicht. Und FC-Trainer Rinus Michels unternahm nichts, um dem Fortuna-Übergewicht im Mittelfeld entgegenzuwirken.

Ein Mißverständnis zwischen Fortuna-Torwart Bernd Helmschrot und Kapitän Dieter Finkler beendete die Illusion vom Sieg der Davids. Daß es ausgerechnet Pierre Littbarski war, dem beim Tor des Tages der Ball wie ein Geschenk vor die Füße fiel, war die einzige Gerechtigkeit an diesem Treffer. Denn außer dem kleinen Nationalspieler hatte beim großen FC kaum einer den Sieg verdient. Mit Abstrichen noch Herbert Zimmermann und Gerd Strack.

Und dann bekamen sie also den Pott in die Hände und wollten im Beifall baden und die Angst, die sie so lange mit sich herumgetragen hatten, vergessen. Aber als Bundestagsvizepräsident Richard Stücklen seinen Toast auf den Sieger ausbrach, kam nach dem „Hipp Hipp" kein dreifach kräftiges „Hurra" auf den Sieger, sondern ein donnerndes „Fortuna" aus dem Stadionrund zurück.

Das Volk feierte den Verlierer, pfiff die gestelzten Champions aus. Das war zuviel für einen Typen wie Toni. Zuviel nach all der Angst, die er gehabt hatte.

„Die FC-Fans kannste alle verbrennen, Verlaß ist nur noch auf die aus der Südkurve", mosert er auf dem Siegespodest. Und mit einer obszönen Geste zeigt er der Haupttribüne, was er von denen hält, die ins Lager des Lokalrivalen umgeschwenkt waren.

„Nun jubelt mal, ihr Schweine", schrie Harald Konopka. Publikumsbeschimpfungen, während er den Cup in die Höhe hielt. Die Äußerungen zeigen, wes Geistes Kind einige dieser Herren sind. Bornierte Schausteller in Sachen Fußball, aufgebauscht zu Halbgöttern, sind sie nicht fähig, Selbstkritik zu üben. Hätten die Zuschauer sie küssen sollen, diese tollen Hechte? Pardon, das müssen sie vergessen haben.

Ähnlich war das auch in Spanien, als die Fans partout nicht auf das Wohl des Vizeweltmeisters trinken wollten. Der 1. FC Köln besitzt die gleichen Probleme. Wenn in dem Kölner Nobelklub immer wieder darüber lamentiert wird, warum der Möchtegernmeister seit Jahren unter ferner liefen ins Ziel kommt – die WM-Studie des Deutschen Fußball-Bundes könnte Präsident Weiand einige Auskunft geben. Ein anderer Grund heißt Rinus Michels.

Vier aktuelle Nationalspieler (Schumacher, Strack, Engels, Littbarski) fünf ehemalige Nationalspieler (Zimmermann, Konopka, Neumann, Allofs, Fischer) der Olympia-Amateur Willmer, der B-Nationalspieler Steiner, der jugoslawische Internationale Sljivo. Fortuna-Trainer Luppen hat die Asse der Konkurrenz alle aufgezählt und dann ein vernichtendes Urteil über den berühmten Kollegen gefällt. „Wenn ich drei Jahre lang ähnlich gearbeitet hätte wie Michels, dann hätte man mich schon lange auf den Mond geschossen. Und zwar vollkommen zu recht."

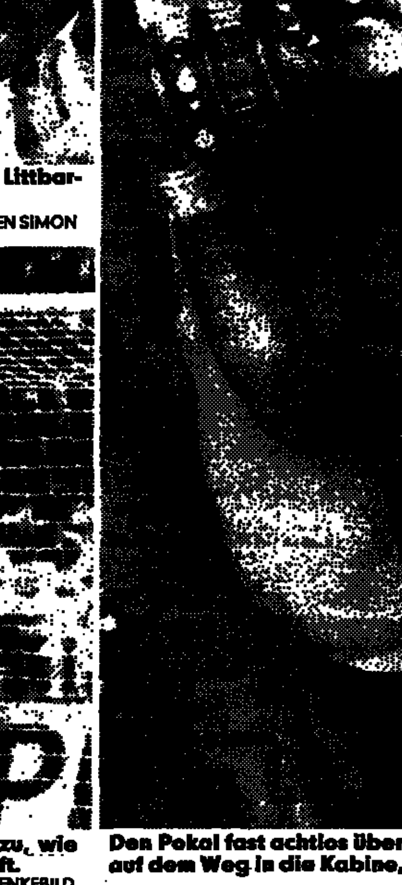
Die Sprechchöre „Michels raus" – sie gingen diesem sichtbar unter die Haut – schallten Samstag nacht immer wieder auf dem Platz vor dem Geißbockheim, wo die Fans und Spieler des FC den Pokalgewinn begossen. Die Fans mit Kölsch draußen, die Mannschaft mit Funktionären, Prominenz und Schampus drinnen im Restaurant. Die Freude wirkte wie desinfiziert. Wachmänner mit scharfen Hunden bewachten die Helden. Als sie sich dem Volk zeigten, hatten einige noch die Servietten in der Hand. Eine lästige Pflicht zwischen zwei Gängen ans kalte Buffet.

Einige, zum Beispiel Littbarski und Strack, machten sich Gedanken um die Zukunft ihrer Mannschaft. Eigentlich bräuchte man dringend zwei Mittelfeldspieler, so Strack, doch man dürfe jetzt keinesfalls Panikkäufe tätigen. Diese Fehler habe man in der Vergangenheit zu oft begangen. Und Littbarski schlug vor, der Verein möge doch den Kontrakt mit Herbert Neumann verlängern. Littbarski: „Bevor wir mit Bruno Pezzey verhandeln, lieber Herbert Neumann behalten. Ich glaube schon, daß er unser Spielmacher sein könnte."

Sein Wort in Gottes Ohr. Der von seinem Stammklub enttäuschte Neumann verhandelt heute mit Eintracht Frankfurt. Die Meinungen über den blonden Mittelfeldspieler sind geteilt. Waldhof-Trainer Klaus Schlappner: „Den kannst du ausstellen. Als Dressman im Playboy."



Jubel nach dem einzigen Tor: Strack, Allofs und Konopka feiern Littbarski. Die Zuschauer konnten die Freude kaum nachempfinden. FOTO: SVEN SIMON



Der 1. FC Köln unter Druck. Zimmermann und Fischer schauen zu, wie Vorstopper Steiner Schatzschneider beim Fallrückzieher bekämpft. FOTO: MOENKEBILD

Den Pokal fast achtlos über die Schulter genommen: Harald Schumacher auf dem Weg in die Kabine, auf dem ihn Pfiffe begleiteten. FOTO: BONGARTS

Abschied mit einer bitterbösen Abrechnung

ULRICH DOST, **Köln**

Sicherlich, eine ganze Sympathiewelle war über Fortuna Köln geschwappt. Die Mannschaft, die das Pokalfinale verlor, durfte sich im Glanz sonnen, fand allerorten Anerkennung und tiefes Mitgefühl, weil es trotz der großartigen Leistung nicht zum Sieg gereicht hatte. Hans Löring, der Präsident und Mäzen, ließ auch reichlich Kölsch-Bier und Champagner fließen. Doch der Ärger, der sich in den letzten Wochen und Monaten in und um diese Mannschaft aufgestaut hatte, konnte dadurch nicht weggespült werden. Unwirsch ging Löring einen Gratulanten an: „Sie hätten mir gratulieren können, wenn wir gewonnen hätten, aber so nicht." Egal, wie das Finale ausgehen würde, so hatte Löring vorher gesagt, die Fortuna würde den stolzesten Tag in der Vereinsgeschichte gebührend feiern.

Doch daraus wurde nichts – später, zu vorgerückter Stunde, hatte der Alkohol bei so manchem die Zunge gelöst. Und was dabei herauskam, war eine Abrechnung. „In diesem Verein stimmt es vorne und hinten nicht, hier herrschen atmosphärische Störungen an allen Ecken", sagte Fortuna-Trainer Martin Luppen, „für mich ist es fast ein Wunder, daß nach diesen Aufregungen die Mannschaft ein so tolles Spiel gezeigt hat. Ich war mir eigentlich ziemlich sicher, daß wir eine dicke Packung bekommen würden."

Nach dreijähriger Tätigkeit wird Luppen den Kölner Klub verlassen, er geht zu Hertha BSC nach Berlin. Doch ganz so ohne den großen Paukenschlag wollte er Köln nicht verlassen. Zu oft hatte sich Intelligenz-Mensch Luppen – er war früher Leiter eines Bezirksseminars für die Ausbildung von Lehrern – zuletzt mit Löring, dem egozentrischen Präsidenten, und dem Torjäger Dieter Schatzschneider, intern anlegen müssen – ohne ein Wort sagen zu können. Vieles hatte er heruntergeschluckt, nun kam alles wieder hoch, und Luppen ließ an beiden, Präsident und Torjäger, kein gutes Haar. Löring stieß er vom Sockel des selbsternannten Fußballexperten, und Dieter Schatzschneider gehört für ihn dahin, wo er hergekommen: „Er ist als Mensch für mich indiskutabel."

Daß Löring und Luppen sich nicht mehr besonders mögen, ist kein Geheimnis. Länger als eine Stunde könne man es mit Luppen nicht aushalten, soll Löring gesagt haben. Der aber wehrt sich jetzt: „Löring ist der Mann, der am meisten überschätzt wird. Sein Fehler ist es, daß er sich und seine Mannschaft selbst überschätzt. Ein Fußballexperte ist er nun wirklich nicht."

Luppen hat auch gleich ein aktuelles Beispiel parat. Nach 15 Minuten Pokalfinale habe der neben ihm sitzende Löring gefragt, ob alles in Ordnung sei, „hat jeder seinen Gegenspieler" (Löring). Luppen: „Dabei sah doch jeder der 60 000 Zuschauer, daß wir hauptsächlich Raumdeckung gespielt haben." Der neue Trainer, Horst Heese, so Luppen, der tue ihm jetzt schon leid. Nicht wegen der Mannschaft, sondern allein wegen des Umfeldes. Heese hat seinen Dienst noch nicht einmal begonnen, da hat ihm Löring schon schriftlich gegeben, wie er zu arbeiten habe.

Luppen: „Heese bekam eine Liste von Löring mit der neuen Mannschaft, auf der auch gleich der Nachfolger von Dieter Schatzschneider genannt war. Zur großen Überraschung stand da der Name Bernd Grabosch. Doch der ist ein Mittelfeldspieler und kann alles spielen, nur nicht Mittelstürmer."

Mit Torjäger Dieter Schatzschneider, der zur Rückrunde der 2. Bundesliga von Hannover nach Köln kam, lebte Martin Luppen von der ersten Minute an in Dauerfehde. Nach drei Wochen wurde er beim Präsidenten vorstellig, doch Löring gab ihm den Rat: „Trainer, Schatzschneider soll uns in die Bundesliga schießen, da müssen Sie leider vieles schlucken und die Faust in der Tasche ballen." Andere hätten auch gerne die Faust gegen den Torjäger erhoben.

Schatzschneider sei unbeliebt in der Mannschaft, nur Linksaußen Dieter Lemke würde noch zu ihm stehen, ansonsten sei er völlig isoliert. Luppen: „Der Schatzschneider macht doch, was er will, den kann keiner bremsen." Und dann erzählt er, wie der Torjäger, der selbst kaum trainieren würde, im Training den Ersatztorwart Robert Hemmerlein dermaßen zusammenstauchen würde, daß dem die Hände zitterten. Sei mal ein Mädchen zum Training gekommen, habe Schatzschneider nichts Besseres zu tun gehabt, als hinzugehen und sie anzusprechen, sie sei doch bestimmt wegen ihm gekommen. Mit seinen amourösen Abenteuern prahlte der Torjäger auch in der Umkleidekabine. Doch am späten Samstagabend gab er zu: „Alles nur Sprüche, ich bin doch nicht so blöd und leg' mich mit dem Löring an."

Auch Schatzschneider hat Abschied von Köln genommen, auch er sagte noch einmal kräftig seine Meinung über den Trainer. Schatzschneider: „Er spricht einfach nicht die Fußballersprache. Das versteht doch niemand, was der erklärt. Deshalb verlieren wir auch gegen Wattenscheid. Unser Spielmacher Hannes Linssen, der versteht das, der hat ja auch Jura studiert."

Die Sympathiewelle war über sie geschwappt, doch die Wirklichkeit hatte sie schnell wieder eingeholt. Nun trennen sich ihre Wege. Für den Präsidenten bleibt dieser Tag der erfolgreichste der Vereinsgeschichte. Die Spieler aber schmollen, sie erhalten keinen Pfennig Prämie.



TENNIS / Belgien war noch kein Prüfstein für die junge deutsche Davispokal-Mannschaft – Schon nach dem Doppel war alles entschieden

Michael Westphal konnte unbeschwert aufspielen – Verzicht auf Wimbledon



Tips vom Altmeister: Damir Keretic im Gespräch mit Wilhelm Bungert, dem neuen Teamchef der deutschen Davispokal-Mannschaft. FOTO: SIMON

dpa/sid, **Eupen**

„Besser kann ein junger Mann wie Michael Westphal nicht an den Davispokal herangeführt werden", sagte Günter Sanders, der hauptamtliche Sportdirektor des Deutschen Tennis-Bundes (DTB), gutgelaunt, nachdem in Eupen die Entscheidung im Davispokalspiel gegen die allenfalls drittklassigen, da ersatzgeschwächten Belgier bereits im Doppel zugunsten des deutschen Teams gefallen war. „Beim Abstiegsspiel vergangenes Jahr in Buenos Aires kam Westphal erst zum Einsatz, als alles bereits gelaufen war, hier in Eupen wurde er vor keine allzu schwere Aufgabe gestellt und konnte relativ unbeschwert aufspielen; erst in Israel bekommt er erstmals den Druck und die spezielle Atmosphäre zu spüren, die im Davispokal zusätzlich auf den Spielern lastet", meint der Sportwart. Was Sanders über Westphal bemerkte, trifft in ähnlicher Form auch auf Damir Keretic zu, der in Eupen sein Debüt gab.

Friedlich war das Doppel verlaufen. Dem anfangs nervösen Andreas Maurer und seinem konstant spielenden Neusser Vereinskameraden Wolfgang Popp reichte gegen die erstmals zusammenspielenden Belgier Jacques Grandjean und Jan Vanlangendonck eine nur durchschnittliche Leistung zum 6:4, 6:4, 6:1 in nur 86 Minuten zur entscheidenden 3:0-Führung. Die Vier-Satz-Niederlagen des 23jährigen Vanlangendonck gegen den fünf Jahre jüngeren athletischen Hamburger Michael Westphal (3:6, 4:6, 6:4, 1:6) und des 29 Jahre alten Grandjean, Diplomsportlehrer mit einer Zehnkämpfer-Figur, gegen Keretic (6:4, 1:6, 3:6, 1:6) hatten bereits am Freitag einen endgültigen Strich durch die Kostenrechnung der Veranstalter gemacht. Die Eupener hatten mit einem Gebot von umgerechnet 13 000 Mark nationale Mitbewerber ausgestochen.

Vor der ungleich schwierigeren Aufgabe in Tel Aviv gegen Israel (8. bis 10. Juli) können die Karten wieder neu gemischt werden, denn am Konzept der DTB-Sportführung hat sich nach dem Erfolg über Belgien nichts geändert. „Wir haben weiterhin einen Kader von acht Spielern, von denen jeder die Möglichkeit hat, sich durch gute Leistungen für das Daviscup-Team zu empfehlen", stellt Sanders klar. Neben dem Quartett Damir Keretic, Michael Westphal, Wolfgang Popp und Andreas Maurer, das in Eupen berücksichtigt wurde, können sich auch Peter Elter, Christoph Zipf, Hans-Dieter Beutel und Hansjörg Schwaier bei entsprechender Form Hoffnungen machen, wobei Sanders ausdrücklich betont, daß von Fall zu Fall ausschließlich nach dem Leistungsprinzip verfahren wird.

Insofern sind auch Christoph Zipf und Hans-Dieter Beutel als Doppel keineswegs abgeschrieben, wenn sie endlich wieder zueinanderfinden und beweisen, daß mit ihnen wieder zu rechnen ist. Viel Zeit bleibt denen, die in Eupen nicht dabei waren, freilich nicht, sich für die Halbfinalrunde in Tel Aviv aufzudrängen. Dazwischen liegen nämlich nur das Wimbledon-Turnier sowie eine ATP-Veranstaltung in Travemünde.

Michael Westphal entschloß sich in Eupen endgültig zum Verzicht auf die Wimbledon-Qualifikation, zu der er bereits am Montag ohne Vorbereitung auf dem ungewohnten Rasenplatz hätte antreten müssen. Seine große Turnierserie beginnt nach dem Davispokal in Tel Aviv, wenn er einige Wochen – unterbrochen nur durch die Teilnahme an den Deutschen Meisterschaften in Hamburg – in den USA auf Punktejagd für die Weltrangliste geht und den Versuch unternimmt, einen Platz unter den ersten Hundert zu ergattern. Dann endgültig wäre er von der Last befreit, bei manchen Turnieren erst über die Qualifikationsrunden ins Hauptfeld zu gelangen.

Der wie stets wortkarge Coach Nikola Pilic, vom DTB für 2500 Mark Wochengage verpflichtet, kommentierte die Daviscup-Begegnung: „Die intensive Vorbereitung scheint sich auszuzahlen, aber bis zum Aufstieg ist es noch ein langer Weg mit viel Arbeit."

NACHRICHTEN

McNamara macht Schluß

New York (sid) – Peter McNamara (Australien), zweimaliger Wimbledon-Sieger im Doppel, gab in New York seinen Abschied vom Profitennis bekannt. Als Grund nannte McNamara eine Bänderverletzung am Knie.

AS Rom beim Papst

Rom (sid) – Papst Johannes Paul II., der in seiner Jugend in Krakau selbst Fußball gespielt hatte, empfing den italienischen Fußballmeister AS Rom im Vatikan zu einer Privataudienz.

Haug turnte am besten

Norderstedt (dpa) – Als beste von neun Teilnehmerinnen verteidigte Yvonne Haug (Berlin) mit 76,90 Punkten bei den norddeutschen Kunstturnmeisterschaften in Norderstedt ihren Titel im Achtkampf vor Brigitte Lehmann (Berlin/75,90) und Anja Wilhelm (Wolfsburg/75,35).

Niemitz verläßt Lohhof

Lohhof (sid) – Volleyball-Nationalspielerin Danuta Niemitz verläßt den Deutschen Meister SV Lohhof und spielt in der nächsten Saison beim Bundesliga-Aufsteiger TG Viktoria Augsburg.

Ehrung für Watson

Montreal (sid) – Formel-1-Fahrer John Watson (Irland) wurde von Königin Elizabeth II. mit dem Orden „Member of British Empire" ausgezeichnet. Er ist damit nach Stirling Moss, John Surtees, Graham Hill, Jackie Stewart und Jack Brabham der sechste Rennfahrer, dem diese Ehrung zuteil wurde.

Groß mit Bestzeiten

Karlsruhe (sid) – Doppel-Weltmeister Michael Groß (Offenbach) erzielte bei den Süddeutschen Schwimmeisterschaften in Karlsruhe zwei Jahresbestzeiten für den Bereich des Deutschen Schwimm-Verbandes (DSV). Über 200 Meter Schmetterling benötigte Groß 2:02,18 Minuten. Mit seiner Zeit von 1:51,22 Minuten als Startschwimmer der 4 x 200-Meter-Freistil-Staffel steht er sogar auf Platz zwei der Weltjahresbestenliste.

Weisweiler Meister

Zürich (dpa) – Die von Hennes Weisweiler trainierten Grasshoppers Zürich sicherten sich durch einen 6:1-Erfolg über den Tabellenletzten Winterthur am letzten Spieltag die Schweizer Fußballmeisterschaft. Servette Genf, mit einem Punkt Rückstand Zweiter, kann am Dienstag im Pokalfinale das Double der Grasshoppers verhindern.

Gebrüder Hunger Zweite

Weymouth (dpa) – Die Gebrüder Wolfgang und Joachim Hunger (Berlin/Kiel) gewannen bei der Segel-Weltmeisterschaft der 470er-Klasse in Weymouth (England) die Silbermedaille hinter den erfolgreichen Titelverteidigern Barnes/Wilcox (Neuseeland).

Bayern München verlor

Singapur (dpa) – Bei einem Gastspiel in Singapur unterlag Fußball-Bundesligaklub Bayern München gegen die mit zwei malaysischen Spielern verstärkte Nationalelf Singapurs mit 1:2.

Noah führt Rangliste an

Dallas (dpa) – Nach seinem Sieg bei den Internationalen Tennismeisterschaften von Frankreich nimmt Yannick Noah (Frankreich) in der Computer-Weltrangliste von WCT (World Championchip of Tennis) vor John McEnroe (USA) und Ivan Lendl (CSSR) den ersten Platz ein.

Hinault gab auf

Luxemburg (sid) – Der fünfmalige Tour-de-France-Gewinner Bernard Hinault (Frankreich) hat wegen Schmerzen im rechten Knie bei der Luxemburg-Radrundfahrt aufgegeben. Er lag in der Gesamtwertung auf Platz 51.

Fußball: Spielerwechsel

Bonn (sid/dpa) – Eine Woche nach der Meisterschaftsentscheidung in der Fußball-Bundesliga dreht sich bereits das Spielerkarussell. Bei Eintracht Frankfurt unterschrieb Bodo Matern (bisher Darmstadt 98) einen Zweijahresvertrag. Werder Bremen meldet Matthias Ruländer vom Oberligaklub VfL Wolfsburg als ersten Neuzugang. Von Borussia Dortmund wechseln Hans-Joachim Wagner und Horst Freund zum Zweitligaklub Rot-Weiß Essen.

Duisburg verlor zu Hause

Duisburg (dpa) – Titelverteidiger SSG 09 Bergisch-Gladbach hat nach dem 2:1-Auswärtssieg im Halbfinal-Hinspiel beim Pokalsieger KBC Duisburg gute Chancen das Endspiel um die Deutsche Meisterschaft im Damen-Fußball zu erreichen. Im zweiten Halbfinalspiel gewann der SC Bad Neuenahr bei Tennis Borussia Berlin mit 1:0.

Steinherr ausgepfiffen

München (dpa) – Trotz seines Punktsieges über den afrikanischen Meister Celestine Kanynda (Zaire) wurde der deutsche Mittelgewichtsmeister Georg Steinherr (München) bei einer Berufsboxveranstaltung in München von den 1000 Zuschauern ausgepfiffen. Als Konsequenz will Veranstalter Ernst Loh („Das hat Steinherr nicht verdient") in München keinen Kampf mehr veranstalten.

MOTORSPORT / Halbzeit bei der Formel 1 – Vorherrschaft der Turbos

Winkelhock: „Ich habe gezeigt, daß ich zu den Top-Fahrern gehöre“

dpa/sid, **Montreal**

Halbzeit bei der Formel 1 vor dem Grand Prix von Kanada in Montreal (das Ergebnis lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor). Die Turbos dominieren in dieser Saison, auch auf engen Straßenkursen. Das zeigte schon das Training im Kurvenlabyrinth von Montreal. Der Franzose René Arnoux auf dem Ferrari-Turbo war am schnellsten, dessen Landsmann Alain Prost (Renault-Turbo) Zweitschnellster. Überschattet wurde das Training von zwei Zwischenfällen: Die Wagen des Italieners Andrea de Cesaris (Alfa Romeo-Turbo) und des Engländers Derek Warwick (Toleman-Hart-Turbo) gerieten wegen einer defekten Ölleitung in Brand. In beiden Fällen blieben die Fahrer jedoch unverletzt.

Manfred Winkelhock aus Waiblingen, dessen ATS mit einem BMW-Turbo bestückt ist, hatte im ersten Qualifikationstraining die achtbeste Zeit erzielt. Im Abschlußtraining verbesserte er sich auf den siebenten Rang.

Erkennen, nicht bekennen heißt die Devise, Analyse ist gefragt, kein weinerliches Selbstmitleid. Obwohl Gründe vorhanden wären: Nach vielen Vorschußlorbeeren hatte der Waiblinger Manfred Winkelhock in der ersten Hälfte dieser Formel-1-Saison noch keinen Erfolg. Doch der Schwabe zeigt sich selbstkritisch: „Uns fehlt noch die Regelmäßigkeit. Das Team hat noch einiges zu lernen.“ Und selbstbewußt: „Ich habe gezeigt, daß ich zu den Top-Fahrern gehöre.“ Und optimistisch: „Ich glaube, daß ATS mitten im Spielfeld steht. Aus dem Abseits sind wir heraus.“

Wenn er schon selbst vom Fußball spricht, sei der Vergleich gestattet: Karl-Heinz Rummenigge steht völlig frei fünf Meter vor dem Tor des Gegners, bereit zum Einschuß. Und dann verstolpert er den Ball, weil ihm die Schnürsenkel aufgegangen sind. So ungefähr liefen für Winkelhock vier der bisher sieben Saisonrennen. Schon zweimal Siebter im Qualifikationstraining, einmal Schnellster im freien Training, Pfingsten im belgischen Spa Sechster im Rennen – und immer wieder folgten Ausfälle, die wirklich nichts weiter waren als Verstolperer: defekte Benzinzufuhr, leere Batterie, kleine Kollisionen.

„Dieses Auto gehört jetzt zu den schnellsten und ist daher wesentlich sensibler als ein robustes Vehikel. Daher haben wir auch viel mehr Probleme“, sagt Winkelhock, der in diesem Jahr eigentlich zehn WM-Punkte holen wollte. So lebt der 31jährige wieder einmal von der Hoffnung, wie 1980, als er mit großen Erwartungen in der Formel 2 startete.

Daß es 1983 nicht noch weniger wird, dafür sollen der ATS und der BMW-Turbomotor garantieren, obwohl ihn dieser Wagen jetzt schon so oft im Stich gelassen hat. Das Fahrzeug wurde nach modernsten Gesichtspunkten gebaut. Der Monocoque, der tragende Kern des Fahrzeugs, an dem die Radaufhängungen, der Motor und die Karosserie befestigt werden, ist in einem Stück aus dem Raumfahrt-Kunststoff Kevlar gefertigt. Eigentlich das Rezept für einen Favoriten.

„Aber wir hatten einfach zu wenig Zeit, Fehler und Kinderkrankheiten auszusortieren. Die Rennen kamen Schlag auf Schlag, und wir hatten keine Zeit für Testfahrten. Erst nach Montreal haben wir fünf Wochen Pause, dann gehen wir zum Testen nach Silverstone, Hokkenheim, Zeltweg und Zandvoort, dort, wo auch die nächsten Rennen stattfinden“, erläutert Winkelhock.

In wenigen Wochen beginnt sich das Transfer-Karussell zu drehen, für Fahrer, die keine Erfolge und keine dicken Sponsor-Geldbeutel vorzuweisen haben, oftmals eine Zitterpartie. Doch die rein deutsche Kombination aus Fahrer, Auto, Motor wird wohl erhalten bleiben. „Wenn die Vorwärtsentwicklung bei ATS so weitergeht wie bisher, gibt es für mich keinen Grund, das Team zu wechseln.“ Und wenn es doch nötig wäre, hat er sich schon anderen Teamchefs empfohlen.

SPRINGREITEN / Deutsche Meisterschaften in Berlin – Norbert Koof vor erstem Titel

Geschlossene Gesellschaft – wie viele auch nach welchem Modus starten, die Cracks sind vorne



Auf dem Weg zum nationalen Titel: Norbert Koof und Fire
FOTO: H & M-PRESS

sid, **Berlin**

Weltmeister Norbert Koof (Willich) reitet in Berlin seinem ersten deutschen Titel entgegen. Der 27 Jahre alte Landwirt vom Niederrhein, der bereits zum Auftakt im Zeitspringen auf dem Westfalen Fire erfolgreich war, siegte auch in der zweiten Konkurrenz zusammen mit Michael Rüping (Itzehoe) auf Caletto, Derby-Sieger Achaz von Buchwaldt auf Wendy, Ex-Weltmeister Gerd Wiltfang (Thedinghausen) auf Goldika, Peter Schmitz (Aachen) auf Lotus und Europameister Paul Schockemöhle (Mühlen) auf Deister, die alle ebenfalls in zwei Umläufen ohne Abwurf geblieben waren.

Norbert Koof behauptete damit vor der letzten Prüfung (bei Redaktionsschluß noch nicht beendet) mit der idealen Punktzahl Null vor Wiltfang (2,10), Rüping (2,55), Schmitz (3,40), von Buchwaldt (3,60) und Schockemöhle (4,40).

Bereits nach zwei Wertungsprüfungen um den Deutschen Titel zeichnete sich die Europameisterschafts-Crew deutlich ab: Koof, Schockemöhle, Rüping und Wiltfang.

In der Dressur steht 14 Tage vor der Europameisterschaft beim CHIO in Aachen die Vierermannschaft ziemlich fest: Uwe Schulten-Baumer (Mettingen), Reiner Klimke (Münster) und Uwe Sauer (Hamburg), für den letzten Platz kommen Herbert Krug (Hochheim), Klaus Husenbeth (Bremen) und Gabriele Tempelmann-Disterer (Essen) und Gabriela Grillo (Mülheim) in Frage. In der getrennt ausgeschriebenen Konkurrenz des Grand Prix setzte sich bei den Herren Schulten-Baumer auf Slibovitz mit 1756 Punkten durch und belegte außerdem auf Madras (1724) den zweiten Rang. Dritter wurde Weltmeister Reiner Klimke auf Ahlerich (1698), dessen Stärke jedoch seit drei Jahren im Spezial liegt, jener Prüfung, in der die Medaillen vergeben werden. Bei den Damen mußte sich die Mannschafts-Olympiasiegerin Gabriela Grillo auf Galapagos erstmals nach vier Jahren einer Konkurrentin im eigenen Land bei einer Meisterschaft geschlagen geben. Sie unterlag mit 1609 Punkten Gabriele Tempelmann-Disterer auf Paquito um einen einzigen Fehler.

*

Deutschlands Springreiter-Elite ist eine geschlossene Gesellschaft. Zwar wurden Reglement und Modus der deutschen Meisterschaften im Laufe der Jahre verändert, und die ständig wachsenden Starterfelder haben schon fast beängstigende Dimensionen angenommen. Doch ob 60, 70 oder mehr Reiter starten, ist letztlich genauso egal wie der Modus: Am Ende sind die Cracks doch wieder vorn.

Die Koof, Schockemöhle, Wiltfang und Co. sind nicht nur die besseren Reiter, sie haben auch die besseren Pferde. Außenseitersiege gibt es bei deutschen Meisterschaften schon seit Jahren nicht mehr.

Nicht mehr als Außenseiter darf der 32 Jahre alte Arzt Michael Rüping angesehen werden. Schon als Junior gehörte er zur Extraklasse. Und seitdem dieser exzellente Reiter dank der Förderung durch den Holsteiner Züchterverband auch über erstklassige Pferde verfügt, zählt er zum Establishment. Rüping ist gewissermaßen die einzige Veränderung in der ersten Reihe in den letzten Jahren, wo er allmählich den Platz von Fritz Ligges einnimmt. Außergewöhnliches eigenes Können, hervorragende Pferde und potente Sponsoren – nur mit diesem Rezept kann man im deutschen Turniersport eine Rolle spielen. Wer keine guten Pferde hat, hat keine Chancen. Doch wer keinen großen Namen hat, bekommt selten gute Pferde. Dafür bürgen Züchterverbände und Sponsoren. Das macht jungen Reitern den Weg an die Spitze fast unmöglich. Für sie gilt: Außenseiter dürfen nur als Staffage mitmachen. Das große Geld bleibt den Etablierten.

KARL MORGENSTERN

MOTORSPORT

Nürburgring: Training für Ungeübte

sid, **Nürburgring**

Perfekte Beispiele animieren zur Nachahmung. Dies gilt generell im Sport, im Motorsport ganz besonders. Doch was Weltmeister wie Anton Mang auf der Rennstrecke mit Bravour vorexerzieren, geht auf der Landstraße – zumal bei Ungeübten – schnell ins Auge. Steigende Unfallzahlen sind auf ungenügende Fahrtechnik zurückzuführen. Bei zwei Millionen zugelassener Motorräder in Deutschland verunglücken jährlich etwa 2000 Fahrer tödlich. Ein weit höherer Anteil als bei Autofahrern.

Beim Acht-Stunden-Rennen am Sonntag auf dem Nürburgring initiierten der Veranstalter ADAC Nordrhein und der Reifenproduzent Dunlop eine neue Form praktischer Aufklärungsarbeit. Während sich die Polizei auf den Zufahrtsstraßen um den Nürburgring auf ihre Radarfallen konzentrierte, wurde *motorradfahrenden* Zuschauern unter Anleitung bekannter Fahrer ein organisiertes Sicherheits- und Perfektionstraining auf der Rennstrecke angeboten. Instruktoren waren zum Beispiel der Schweizer Weltmeister Jacques Cornu und der deutsche Europameister Herbert Hauf aus Fürth.

150 Zuschauer meldeten sich spontan, 90 wurden in einem Geschicklichkeitsturnier mit Slalomfahren und einer Langsam-Fahrspur für die Ringrunden unter Anleitung ausgesiebt. Sicher nicht viel bei einem Publikumsaufmarsch von 30 000 Zuschauern. Doch das Sicherheitstraining soll bei den nächsten größeren Motorradveranstaltungen in Deutschland wiederholt werden.

Die Disziplin der Teilnehmer gab den Veranstaltern recht: Bei den Ringrunden wurde das strenge Überholverbot strikt eingehalten. Die Disziplin war groß, langsame Fahrer wurden nicht unter Druck gesetzt. Die Instrukteure fuhren immer mit einem Auge im Rückspiegel, um den Kontakt nicht zu verlieren. Dennoch war eine Ermahnung von Weltmeister Cornu zum Schluß angebracht. „Denkt daran, die Landstraße ist nicht der Nürburgring.“

MOTORRAD

Weltmeister Lazzarini gestürzt

sid/dpa, **Rijeka**

Zwei dritte Plätze gab es zum Auftakt der Weltmeisterschafts-Läufe für Motorräder beim Großen Preis von Jugoslawien in Rijeka für die deutschen Teilnehmer. In der Klasse bis 50 ccm fuhr Reiner Kunz (Mühlacker) auf FKN hinter dem Schweizer Stefan Dörflinger und dem Holländer Hans Spaan seine beste Placierung in dieser Saison heraus. Bei den 250ern eroberte sich Salzburgring-Sieger Manfred Herweh (Lampertheim) auf seiner Real SR zehn weitere Weltmeisterschafts-Punkte hinter dem Venezolaner Carjlos Lavado und dem Franzosen Christian Sarron (beide Yamaha).

Für Reiner Kunz, dem Sohn des früheren Geschwindigkeits-Weltrekordlers Rudi Kunz, war es die bisher beste Plazierung in einem Grand Prix. 1982 hatte er den Europameisterschaftslauf im belgischen Mettet gewonnen. Der Sieger des Rennens, der Kreidler-Werksfahrer Stefan Dörflinger, hatte mit seinem überlegenen Sieg auch die Führung in der Weltmeisterschafts-Wertung übernommen.

Der dreimalige Motorrad-Weltmeister Eugenio Lazzarini war bereits beim Training zum siebten Lauf zur Weltmeisterschaft 1983 schwer gestürzt. Der 38 Jahre alte Italiener zog sich dabei einen Rippenbruch, eine Gehirnerschütterung und Hautabschürfungen zu. Die Möglichkeit, erneut Weltmeister zu werden, hat Garelli-Werksfahrer Lazzarini damit wohl verspielt, denn vorerst muß er einige Zeit pausieren.

Für den Schweizer Dörflinger, der in Nagold im Schwarzwald geboren wurde, aber in Basel lebt, scheint nun der Weg frei, erneut Weltmeister in der kleinsten Motorradklasse zu werden.

Wenn Dörflinger vorn in der Weltspitze mitfährt, streiten sich die Fans darum, für welches Land er startet: für die Schweiz oder für Deutschland. Wenn es freilich eine Sturzserie Schweizer Fahrer gibt und Dörflinger deswegen gefragt wird, antwortet er stets: „Dazu kann ich nichts sagen, ich bin Deutscher.“

RUDERN / Kolbe wieder die Nummer eins

„Ich bin froh, daß ich das durchgestanden habe . . .

sid, **Bled**

Peter-Michael Kolbe hat die Frage nach dem schnellsten Skuller des Landes bei der internationalen Ruderregatta im jugoslawischen Bled eindeutig zu seinen Gunsten beantwortet. Spätestens 200 m vor dem Ziel war der verbissene Widerstand des Germersheimers Georg Agrikola der ernüchternden Einsicht gewichen, „daß Kolbe in dieser Weltklasseform zur Zeit von mir nicht zu schlagen ist“.

Nach 20monatiger Abwesenheit hat der aus seiner Wahlheimat Norwegen ins Regattageschäft zurückgekehrte dreimalige Einer-Weltmeister mit dem vierten Sieg im vierten Saisonrennen die erste Etappe zum eigentlichen Ziel seines Comebacks, dem Olympiasieg 1984 in Los Angeles, erfolgreich beendet: Kolbe ist wieder die Nummer eins des Deutschen Ruder-Verbandes (DRV). „Ich bin froh, daß ich das durchgestanden habe. Denn vor dem Rennen wußte ich nicht, wie derzeit mein Leistungsvermögen ist“, erklärte Kolbe, „erst bei 1200 m war ich mir sicher, daß ich das Tempo auch halten konnte.“

In bekannter Kolbe-Manier ließ der 29jährige seine Leistungsgrenzen unangetastet. Die letzten 200 m spulte er als Pflichtprogramm herunter, siegte am Ende mit einer knappen Länge vor seinem fünf Jahre jüngeren Kontrahenten (7:00,00 Minuten) und verfehlte in 6:58,48 Minuten auf der vielleicht schönsten Regattastrecke der Welt den Bahnrekord des finnischen Olympiasiegers Pertti Karppinen nur um 0,21 Sekunden.

Dem Duell, das eine Vorentscheidung über den WM-Starter in Duisburg Ende August bringen mußte, war ein heftiges Ringen um den psychologischen Vorsprung vorausgegangen. Nach einem unverbindlichen „Wie geht's?“ zur Begrüßung gingen beide achtlos aneinander vorbei und reduzierten den Kontakt auf Kraftproben der Augen. „Er schaute immer zuerst weg“, verbuchte Kolbe einen Punktvorsprung. „Wir respektieren uns als Gegner, sind aber keine Freunde“, schildert Agrikola das distanzierte Verhältnis.

Eine Revanche wird es in dieser Saison kaum mehr geben. Bei den deutschen Meisterschaften in zwei Wochen in Köln fehlt Kolbe, statt dessen ist ein Start in Oslo geplant, wo er aller Voraussicht nach auf Karppinen treffen wird, der in Los Angeles das dritte olympische Gold in Serie anstrebt.

HOCHSPRUNG / Sensation in Peking: 2,37 Meter, erster Weltrekord eines Leichtathleten aus China – Etwas Skepsis bleibt

Thränhardt: Richtiges Urteil erst nach echtem internationalem Vergleich

Von CARLO THRÄNHARDT

Geschockt hat mich die Nachricht nicht. Weder die neue Weltrekordhöhe von 2,37 Metern noch die Tatsache, daß diese Marke nun von dem Chinesen Zhu Jianhua gehalten wird. Ob der Hochsprung-Weltrekord nun bei 2,37 m oder bei 2,38 m steht – das macht den Kohl nicht fett. 2,40 Meter, das wäre eine andere Dimension gewesen, schon von der Sprungkraft her..

Ich habe den neuen Weltrekordler einmal gesehen. 1980 in Philadelphia. In Erinnerung ist mir ein langer, dürrer Mensch geblieben, über den ich etwas lächeln mußte, weil er Mühe mit 2,15 Meter hatte. Nun ist der lange Dürre aus Shanghai Weltrekordler. Sicher. Zhu Jianhua hat schon vorher einige Weltklasse-Resultate erreicht, doch richtig beurteilen kann ich ihn erst, wenn er in einem stark besetzten internationalen Wettbewerb 2,30 Meter meistert. Der neue Weltrekord von Peking erinnert mich ein wenig an die 2,30-m- oder 2,33-m-Sprünge der sowjetischen Athleten in Odessa oder Moskau. Wenn sie dann bei einem internationalen Wettbewerb einrücken, bleiben sie bei 2,15 m oder 2,20 m hängen...

Ich habe mir auch deshalb abgewöhnt, beim Wettkampf die Konkurrenz im Auge zu behalten. Ich konzentriere mich nur noch auf mich selbst. Das setzt mir zwar schon zwei Tage vor dem ersten Sprung gehörig zu, doch es zahlte sich stets aus.

Vor acht Tagen bin ich in Turin 2,31 Meter hoch gesprungen, dabei

STAND PUNKT

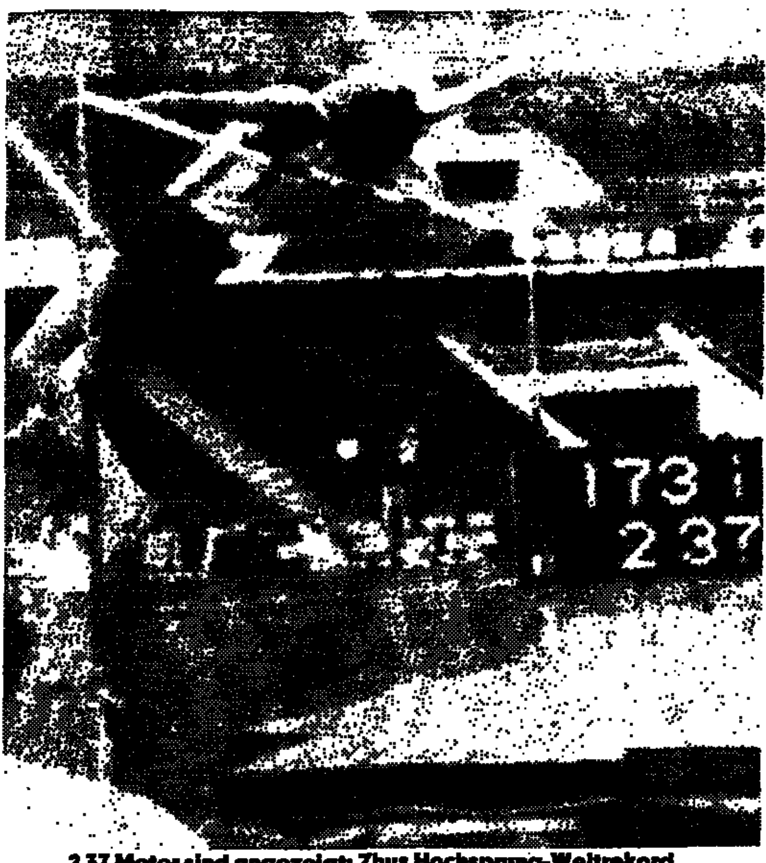
überquerte ich die Latte wie ein nasser Sack. Klar, denn durch das schlechte Wetter zum Anfang der Saison fehlt mir die Freiluft-Praxis. Dennoch: Eine Höhe, wie sie jetzt in Peking gesprungen wurde, bleibt seit dem Winter mein erklärtes Ziel. Auch mein Trainingspartner Dietmar Mögenburg, der Europameister von Athen und frühere Weltrekordler (2,35 m), wird in der späten Saison mit solchen Höhen keine allzu großen Probleme haben.

2,37 Meter hoch ist nun Zhu Jianhua in Peking gesprungen. Damit wäre er erst mal der Top-Favorit für die Weltmeisterschaft im August in Helsinki. Aber ich bin fast sicher, daß er gar nicht nach Finnland kommen wird, um dort gegen die versammelte Weltspitze anzutreten. Und wenn doch? Bei einem solchen Wettkampf geht es nicht um die großen Superhöhen, um den Weltrekord. Es geht um den Sieg und damit um Taktik und Nervenstärke. Wenn man seine Leistung bei 2,30 Meter stabilisieren kann, wird man in Helsinki sehr gut aussehen. Mit 2,34 Meter sollte man Weltmeister werden.

Übrigens: Höhen ab 2,30 m sind nur noch emotional zu springen und deshalb nicht begreifbar. Das wird nun zur Erfahrung für Zhu Jianhua.

*

Carlo Thränhardt (25) ist Hallen-Europameister im Hochsprung. Der Kölner hält in diesem Jahr im Freien bisher die deutsche Bestleistung mit 2,31 m. Seit Jahren gehört Thränhardt zu den besten Hochspringern der Welt und damit auch zum Favoritenkreis für die ersten Leichtathletik-Weltmeisterschaften im August in Helsinki.



2,37 Meter sind angezeigt: Zhus Hochsprung-Weltrekord FOTO:AP

Zhu Jianhua: Kein Trainingsplatz, Eltern wollten ihm keine Schuhe kaufen

sid/K. Bl. **Bonn**

Erstmals seit dem Wiedereintritt in den internationalen Sportverkehr stellt China wieder einen Leichtathletik-Weltrekordler. Der 20 Jahre alte Zhu Jianhua übersprang bei den fünften nationalen China-Spielen in Peking 2,37 m und verbesserte damit die Bestleistung des „DDR"-Athleten Gerd Wessig (Moskau 1980) um einen Zentimeter.

Der Weltrekord, wie ein Blitz aus heiterem Himmel, war dennoch keine Sensation. Schon seit zwei Jahren zählt Zhu zur Weltspitze. 1981 überquerte er in Tokio erstmals 2,30 m. Ein Jahr später steigerte sich der 1,91 m große Athlet über 2,31 m und 2,32 m bei den Asien-Spielen in Neu-Delhi auf 2,33 m. Das war gleichzeitig Weltjahresbestleistung. Nach seinem Höhenflug in Peking meinte Zhu: „Ich kann der erste Mensch sein, der 2,40 m hoch springt." Am Samstag hat der Chinese das erstmals versucht – vergebens.

Entscheidenden Anteil an der Leistung des neuen Weltrekordlers haben der in der UdSSR ausgebildete Sport-Wissenschaftler Huang Yien und Zhus Heimtrainer Hu Hongfei. Huang betreut seit drei Jahrzehnten die Hochspringer Chinas – mit großem Erfolg. Er coachte auch Chinas inoffizielle Weltrekordler Tscheng Feng-jung, die 1957 im Scherensprung bei den Frauen 1,77 m meisterte, und Ni Chi-Chin, der 1970 mit 2,29 m einen Zentimeter höher sprang als der Sowjetrusse Waleri Brumel. Elf Jahre nach Ni Chi-Chin löschte Zhu den chinesischen Hochsprung-Landesrekord aus den Listen.

Der aus Shanghai stammende Sportstudent begann 1974 mit 1,35 m. Seine weitere Entwicklung: 1,55 m (1975), 1,66 (1976), 1,95 m (1978), 2,13 m (1979), 2,25 (1980), 2,30 (1981), 2,33 m (1982), 2,37 m (1983).

Die ersten sportlichen Gehversuche waren für Zhu recht mühsam. Als er mit zehn Jahren mit der Leichtathletik beginnen wollte, widersetzten sich seine Eltern dem Wunsch und kauften ihm keine Sportschuhe. In der Schule gab es für ihn keinen Trainingsplatz. Wenn die Fußballspieler ihr Training begannen, mußte Zhu seinen Platz an der Hochsprunganlage räumen. Erst als sein Talent immer deutlicher wurde, erhielt er bessere Trainingsmöglichkeiten.

Auf 2,37 m steht nun der neue Hochsprung-Weltrekord, das ist ein Zentimeter besser als der Sprung des Olympiasiegers Gerd Wessig aus Schwerin. Doch der Mann, der diese Leistung scheinbar nie untermauern konnte, verblüffte erst am Donnerstag im Potsdamer Stadion Luftschiff-Hafen mit einem Sprung über 2,21 m. Was wohl kaum ein Zuschauer bemerkte, Wessig sprang nicht mit dem Sprungbein ab! Carlo Thränhardt, der Hallen-Europameister aus Köln, sagt dazu: „Das wären, mit dem Sprungbein erzielt, durchaus 2,36 Meter." Zum Vergleich: Dietmar Mögenburg schafft es mit dem „falschen" Bein, gerade so über 2,00 m zu kommen. Ansonsten sind Höhen ab 2,30 m seine Stärke.

Noch etwas: Wessig gehört derzeit in der „DDR" zum Zehnkampf-Kader. Bei den Meisterschaften erreichte er mit 8015 Punkten den sechsten Platz, und beim Olympischen Tag in Ost-Berlin versuchte sich der einst beste Hochspringer der Welt im 100-m-Sprint. Im Vorlauf erreichte er 10,77 Sekunden.

Die Weltrekordentwicklung im Hochsprung wurde in den sechziger Jahren ausschließlich von dem Sibirier Waleri Brumel vorangetrieben, der sich von 2,25 m (1961) auf 2,28 m (1963) steigerte, um dann nach einem schweren Motorradunfall nie wieder in Schwung zu kommen. In den siebziger Jahren waren es die Amerikaner, die ganz oben standen. 1971 bezwang Pat Matzdorf 2,29 m. Sein Landsmann Dwight Stones überquerte am 11. Juli 1971 in München als erster die 2,30-m-Marke und steigerte sich bis 1976 auf 2,32 m. Danach folgten die Jahre des Wladimir Jaschtschenko, des „Täubchens aus Saporoshje". Bei 2,34 m stand sein Weltrekord 1978, bevor er 1980 von dem Polen Jacek Wszola und Dietmar Mögenburg um einen Zentimeter verbessert wurde.

Übrigens Jaschtschenko: Am 12. August 1979 bestritt der Sowjetrusse seinen bisher letzten Wettkampf in Kaunas, wo er mit 2,20 m Fünfter wurde. Dann folgten drei Knieoperationen: 1979, 1980 und 1981. Bis heute hat er nicht vollwertig trainiert.

Im Mai hielt sich der Ex-Weltrekordler gemeinsam mit einer sowjetischen Delegation in Preßburg auf, im Trainingslager. Seine Trainingsleistungen waren auf einmal imponierend: im Weitsprung 3,61 m aus dem Stand, im Dreisprung ohne Anlauf 10,70 m und im Hochsprung aus dem Stand 98 Zentimeter. Jaschtschenko will neu anfangen – wegen der Olympischen Spiele 1984 in Los Angeles!

LEICHTATHLETIK / Russin lief mit 54,02 Bestzeit über 400 m Hürden

„Wer Gold will, muß unter 54 Sekunden laufen"

sid/dpa, **Moskau**

Den zehnten Leichtathletik-Weltrekord der Weltmeisterschafts-Saison erzielte die Sowjetrussin Anna Ambrosiene-Katezkaja mit 54,02 Sekunden über 400 Meter Hürden beim Snamenski-Memorial in Moskau. Den alten Rekord hielt seit 1980 die „DDR"-Läuferin Karin Rosley mit 54,28 Sekunden.

Der Rekord der 28 Jahre alten Anna Ambrosiene-Katezkaja löste wenig Überraschung aus. Sie war in diesem Jahr mit handgestoppten 54,6 Sekunden ohnehin bereits die schnellste Hürdenläuferin der Welt über 400 Meter gewesen. Die mit einem Arzt verheiratete Litauerin aus Wilna wurde vor zehn Jahren als Siegerin eines Cross-Laufes für die Leichtathletik entdeckt. Vor sechs Jahren entschied sie sich für die 400-m-Hürdenstrecke, nachdem sie vorher über 800 Meter und 1500 m nicht in die nationale Spitze vorstoßen konnte. Nach ihrem Moskauer Rekordrennen, bei dem sie ihre Landsmänninnen Jekaterina Fesenko (54,55) und Jelena Filipischina (55,20) schlug, sagte sie: „Um in Helsinki die Goldmedaille zu gewinnen, muß man unter 54 Sekunden laufen können."

Ansonsten blieb das traditionelle Snamenski-Memorial seinem Ruf als großes Leichtathletik-Sportfest vieles schuldig. Lediglich Hammerwerfer Igor Nikulin (82,20 m), Dreispringer Alexander Beskrowny (17,22 m), 800-m-Läuferin Irina Podjalowskaja (1:58,59 Minuten), 3000-m-Läuferin Olga Dwirna (8:46,24 Min.) und die beiden Weitspringerinnen Tatjana Proskurjakowa und Larissa Khaustowa (je 6,80 m) konnten mit international hochklassigen Resultaten aufwarten.

Noch einmal zu einigen Bestmarken, die in diesem Jahr aufgestellt wurden. Der Diskus-Weltrekord, den Juri Dumtschew am 29. Mai in Moskau erzielte, steht bei 71,86 m. Diese Weite gibt die UdSSR-Zeitung „Sowjetskij Sport" bekannt, nachdem ursprünglich von 71,88 m berichtet wurde. Eine weitere Korrektur gab es auch bei der Jahresweltbestzeit von Carl Lewis (USA). Eine Überprüfung des Zielfilms ergab die 100-m-Zeit von 9,97 und nicht 9,96 Sekunden. Damit verfehlte Lewis den offiziellen Weltrekord von Jim Hines um zwei Hundertstelsekunden. Der neue 100-m-Weltrekord der Frauen von Marlies Göhr („DDR") betrug exakt 10,802 Sekunden und wurde auf 10,81 aufgerundet. Es fehlten also nur zwei Tausendstelsekunden zu 10,80.

Entschieden langsamer waren am Wochenende die deutschen Athleten. Christian Haas (Fürth) lief in München über 100 m trotz Gegenwindes von 0,5 Meter pro Sekunde 10,25 Sekunden. Das ist hiesige Jahresbestleistung. In Lahr steigerte Heike Filsinger (MTG Mannheim) die deutsche Jahresbestleistung über 100 Meter Hürden auf 13,14 Sekunden.

HANDBALL / Bayer-Damen verteidigten Titel

Renate Schulzki überragend

dpa, **Lübbecke**

Die Damen von Bayer Leverkusen gewannen bereits zum siebten Mal die Deutsche Handballmeisterschaft. Im ostwestfälischen Lübbecke besiegte der Titelverteidiger im Endspiel den VfL Oldenburg mit 23:19. Damit mußten die Oldenburgerinnen zum zweiten Mal innerhalb von acht Tagen die Überlegenheit der Leverkusenerinnen anerkennen, die sich vor einer Woche im Pokal-Halbfinale in Oldenburg bereits mit 15:13 durchgesetzt hatten.

Nur zu Beginn des Spiels sah es so aus, als könnte der VfL Oldenburg dem Titelverteidiger die Meisterschaft entreißen. Denn bis zur 12. Minute lagen die Oldenburgerinnen mit 3:1 in Führung. Dann aber zog Leverkusen mit einem Zwischenspurt auf 6:3 davon und legte den Grundstein zum Erfolg.

Der frühere Gummersbacher Torwart Klaus Kater, der die Bayer-Mannschaft erst seit einigen Wochen trainiert, sprach nach dem Sieg von einem Stück harter Arbeit: „Dieser neuerliche Sieg ist uns sehr schwer gefallen. Die gute Deckung der Oldenburgerinnen hat einen Teil unserer Spielerinnen sehr verunsichert." Die Oldenburgerinnen wußten aber aus dieser Verunsicherung nicht genügend Kapital zu schlagen. Vor allem warfen sie zu oft aus aussichtslosen Positionen auf das Leverkusener Tor, in dem Renate Schulzki eine hervorragende Leistung bot. Für Oldenburgs Trainer Robert Schumann war sie denn auch die entscheidende Spielerin. „Vor Leverkusens Torfrau hatten meine Spielerinnen richtigen Horror", verteidigt er die Wurfschwäche seiner Mannschaft. Für Damen-Bundestrainer Ekke Hoffmann lag es aber nicht nur an der Torfrau. „Leverkusen war auf fast allen Positionen und auf der Bank besser besetzt", begründet er den verdienten Sieg der Bayer-Damen.

Sport in Zahlen... Sport in Zahlen.

FUSSBALL

Belgisches Pokal-Endspiel: Biberen – Brügge 3:1. – Französisches Pokal-Endspiel: Paris St. Germain – Nantes 3:2. – Junioren-WM in Mexiko, Viertelfinale: Schottland – Polen 0:1. – Internationales Turnier „U 21" in Toulon, 3. Spieltag: Gruppe A: Irland – UdSSR 0:1, Argentinien – Frankreich 1:0. – Gruppe B: Deutschland – Brasilien 2:2, Algerien – China 2:1.

1. Brasilien	3 2 1 0	8:2	5:1
2. Deutschland	3 1 2 0	7:2	4:2
3. Algerien	3 1 1 1	2:2	3:3
4. China	3 0 0 3	1:12	0:6

Freundschaftsspiele: Kulmbach – Hamburger SV 0:6 (0:1), Singapur – Bayern München 2:1, Reykjavik – Stuttgart 2:0 (1:0).

Aufstiegsspiel in die Zweite Bundesliga, 4. Spieltag, Gruppe Süd: Ulm – Bürstadt 2:1 (0:0).

Deutsche Amateur-Meisterschaft, Halbfinal-Rückspiel: Bayern München – Offenburg 6:0 (2:0). (Hinspiel 2:4 – damit München im Finale).

HOCKEY

Bundesliga, Herren, 10. Spieltag: Gruppe Nord: Großflottbek – Mülheim 0:1, RW Köln – Leverkusen 1:0, Hannover – Gladbach 2:4, Kahlenberg – SW Köln 1:1. – Gruppe Süd: Berlin – Stuttgart 3:2, Frankfurt – München 1:6, Frankenthal – Limburg 2:3, Heidelberg – Rüsselsheim 0:0. – Bundesliga, Damen, 8. Spieltag: Gruppe Nord: BW Köln – Düsseldorf 1:0, Raffelberg – Braunschweig 0:2, RW Köln – Leverkusen 0:1. – Gruppe Süd: Brandenburg Berlin – RW Stuttgart 1:1, Frankfurt – Pasing-München 3:1, Hanau – München 3:0, Berliner HC – Stuttgarter Kickers 1:0.

Bundesliga, Damen, Gruppe Süd/Berlin: Frankfurt – München 0:1, Hanau – Pasing 2:1, Brandenburg – Stuttgart 3:0. – Gruppe Nord/West: BW Köln – Raffelberg 2:0, RW Köln – Braunschweig 0:1, Düsseldorf – Leverkusen 0:1.

GOLF

Internationale Deutsche Amateur-Meisterschaft in Hannover, Standard 71/Par 71, Stand nach der dritten von vier Runden: Herren: 1. Huschke (Hamburg-Falkenstein) 72+75+70=217 Schläge, 2. Städler (Wuppertal) 73+72+73=218, 3.–4. Floris (Hilversum) 74+74+71=219 und Kappmeier (Hamburg-Ahrensburg) 70+68 (eingestellter Platzrekord) +81=219, 5.–8. Titelverteidiger Schlig (Hubbelrath) 72+76+72=220.

TENNIS

Davispokal, Europazone A, Viertelfinale: Belgien – Deutschland 0:3. – Vanlangendonck – Westphal 3:6, 4:6, 6:4, 1:6, Grandjean – Keretic 6:4, 1:6, 3:6, 1:6. Grandjean/Vanlagendonck-Maurer/Popp 4:6, 4:6, 1:6. Europagruppe B: Norwegen – Österreich 0:3, Ungarn – Zimbabwe 2:1, Spanien – Jugoslawien 1:2.

Turnier in London: Lendl (CSSR) – Mayotte (USA) 7:6, 7:6, Connors – Denton (beide USA) 6:2, 6:4, McEnroe – Gottfried (beide USA) 6:0, 6:1, Curren (Südafrika) – Cash (Australien) 6:4, 3:6, 6:3. – Damen-Turnier in Birmingham: Moulton – Yeargin (beide USA) 7:5, 6:3, King (USA) – Sayers (Australien) 6:3, 6:4, White (USA) – Vermaak (Südafrika) 7:5, 2:6, 7:5, Garrison – Walsh (beide USA) 6:7, 6:3, 6:4.

SEGELN

Europameisterschaft in der olympischen Finn-Dinghi-Klasse auf dem Neusiedlersee/Österreich: siebente und letzte Wettfahrt: 1. Healey (USA), 2. Hjortnaes (Dänemark), 3. Neeleman (Holland), 4. Ferra (Spanien) 5. Koretski (UdSSR), ... 9. Kaufmann, ... 50. Schmid (beide Deutschland). – Endstand: 1. Schümann („DDR") 61,7 Punkte, 2. Butzmann („DDR") 70,4, 3. Hjortnaes 71,0, 4. Lindhardtsen (Dänemark) 74,4, 5. Neeleman 78,4, 6. Worthington (USA) 97,0, 7. Schmid 100,1.

Weltmeisterschaft der 470er-Klasse vor Weymouth/England, Endstand: 1. Barnes/Wilcox (Neuseeland) 35,7 Punkte, 2. W. u. J. Hunger (Deutschland) 50,4, 3. Brokman/Friedländer (Israel) 61,7, ... 11. H. u. J. Sach 96,0, ... 15. J. u. S. Oetken (alle Deutschland). – Sechste und letzte Wettfahrt: 1. Benjamin (USA), 2. Stavenhuiter (Holland), 3. Wetherell (England), ... 9. Sach, ... 13. Oetken, ... 31. Hunger.

RUDERN

Vierländerkampf, Herren, in Bled/Jugoslawien, Endstand: 1. Deutschland 34 Punkte, 2. CSSR 31,5, 3. Jugoslawien 22,5, 4. Österreich 15,5. – Einzelergebnisse: Einer: 1. Kolbe (Deutschland). – Zweier ohne: 1. Linnemayr/Auerbach (Österreich) 7:34,67, 2. Ondracek/Knapek (CSSR) 7:35,73, 3. Krasovec/Jansa (Jugoslawien) 7:40,19, 4. Nitschke/Wocher (Deutschland) 7:48,43. – Zweier m. Stm.: 1. Skop Dolecek/Oldrich (CSSR) 7:44,85, 2. C lent/Ivancic/Ercegovic (Jugoslawi 7:45,83, 3. Ippach/Berger/Rup (Deutschland) 8:02,17. – Doppelzwei 1. Pancic/Stanulov (Jugoslawi 6:48,39, 2. Reichert/Neumann-Op (Deutschland) 7:03,78. – Vierer m. St 1. Rgm. Berlin/Bonn/Mainz/Hanno 6:48,86. – Vierer ohne Stm.: 1. R Dortmund/Witten 6:22,39. – Doppelv rer: 1. Rgm. Ulm/Ingelheim 6:10,07 Achter: 1. CSSR 5:55,17, 2. Rgm. H nover/Karlsruhe/Essen/Benrath/ Dortmund/Berlin) 5:57,55.

SCHIESSEN

Internationale Wettbewerbe auf Olympiaschießanlage München. Lu gewehr Damen: 1. Helbig („DDR") Ringe, 2. Lang (Deutschland) 389, Reyter (Schweiz) 386. – Luftpistole Boch 380, 2. Stein 379, 3. Gust (a Deutschland) 379. – Schnellfeuerpis le: Herren: 1. Hurt (CSSR) 595/S chen: 146, 2. Weissenberger 595/145 Lederer (beide Deutschland) 595/14 Dreistellungskampf: 1. Rettkow („DDR") 1172, 2. Allen (England) 11 3. Hartstein („DDR") 1168, ... 5. Li 1167, 6. Heine (beide Deutschla 1165. – Luftpistole: 1. Potteck („DD 580 (Plazierung nach letzter Serie) Pavlis (Österreich) 580, 3. Mess schmidt (Deutschland) 579.

WASSERBALL

Bundesliga, 19. Spieltag: Cannsta Spandau 5:15, Eßlingen – Bra schweig 13:9, Hannover – Duisburg 6:6, Hamm – Köln 12:6, Würzbur Düsseldorf 10:9, Neustadt – ASC D burg 4:13.

PFERDESPORT

2. Wertungsprüfung der Deutsch Meisterschaft der Springreiter Springen mit zwei Umläufen): 1. F ping (Itzehoe) mit Caletto, von Bu waldt (Hamburg) mit Wendy, K (Willich) mit Fire, Schmitz (Aach mit Lotus, Wiltfang (Thedinghaus mit Goldika, Schockemöhle (Mühl mit Deister alle 0 Punkte. – Gesar stand nach zwei von drei Wertun prüfungen: 1. Koof 0,00 Punkte, 2. W fang 2,10, 3. Rüping 2,55, 4. Schm 3,40, 5. von Buchwaldt 3,60, 6. Schoc möhle 4,40, 7. Bettinger (Aegidienbe mit Windy 5,55, 8. Gravemeier (Hag mit Sarto 7,10. – DM der Springrei rinnen, zweite Wertungsprüfung Springen): 1. Hauck (Solingen) Portland 0 Fehlerpunkte/44,3 Sek. Gleich (Peiting) mit Lord 0/44,4, Kasselmann (Hagen) Prälat 0/45,0. Baumann (Murrhardt) Franco 0/47,5 Trains (Gifhorn) Skolko 0/48,8, 6. Fe hege (Goslar) Bill 0/51,0. – Stand n zwei von drei Wertungsprüfungen Gleich 34 Punkte, 2. Baumann 30 Trains 28. – Großer Dressurpreis, H ren: 1. Schulten-Baumer (Metting mit Slibovitz 1756 Punkte, 2. Schult Baumer mit Madras 1724, 3. Klin (Münster) mit Ahlerich 1698, 4. K (Hochheim) mit Muscadeur 1681, Husenbeth (Bremen) mit Sando K 1648, 6. Sauer (Hamburg) mit Monte deo 1631.

Dritte Wertungsprüfung (S-Spr gen): 1. Bayer (Troisdorf) mit Pan 0/50,3, 2. Feldhege (Goslar) mit 3/58,8, 3. Knepper (Krefeld) mit Pov 4/44,2, 4. Wöhrmeyer (Hagen) mit Beam 8/45,5 (alle im Stechen). – E klassement nach 3 Wertungsprüf gen: 1. Gleich 62 Punkte, 2. Bayer 5 Feldhege 56.

Endstand Dressurreiter: 1. Klin Ahlerich 1490 Punkte im Grand P Special, 2. Schulten-Baumer 1424 Sauer 1419, 4. Krug 1406, 5. zu Er (Werther) Tristan 1364, 6. Husenb (Bremen) Sando Khan 1346.

GALOPP

Rennen in Neuss: 1. R.: 1. Accor (P. Alafi), 2. Speldorferin, 3. Mok Toto: 64, Pl. 16, 15, 20, ZW: 216, DW: 2. R.: 1. Adversus (K.-D. Richardson Duke, 3. Brixen, Toto: 108, Pl. 22, 15, ZW: 376, DW: 1144; 3. R.: 1. Alexand (M. Melnicki), 2. Rinaldi, 3. Strate Toto: 340, Pl. 110, 14, 42, ZW: 1352, D 16 144, 4. R.: 1. Aviateur (G. Bocskai) Despido, 3. Prince Charmant, Toto: Pl. 11, 13, 14, ZW: 52, DW: 104, 5. R. Sulex (M. Zimmermann), 2. Otides Nairobi, Toto: 100, Pl. 42, 58, 62, Z 1292, DW: 22 260, 6. R.: 1. Love fr Verona (R. Ording), 2. Lazzaro, 3. Sv nee Prince, Toto: 100, Pl. 26, 19, 15, Z 324, DW: 792, 7. R.: 1. Adversarius Ording), 2. Napoli, 3. Moldanus, To 88, Pl. 21, 18, 23, ZW: 500, DW: 264, 8. 1. Alfio (Frl. B. Heuser), 2. Marille Galante, Toto: 14, Pl. 22, 16, 13, ZW: DW: 3412.

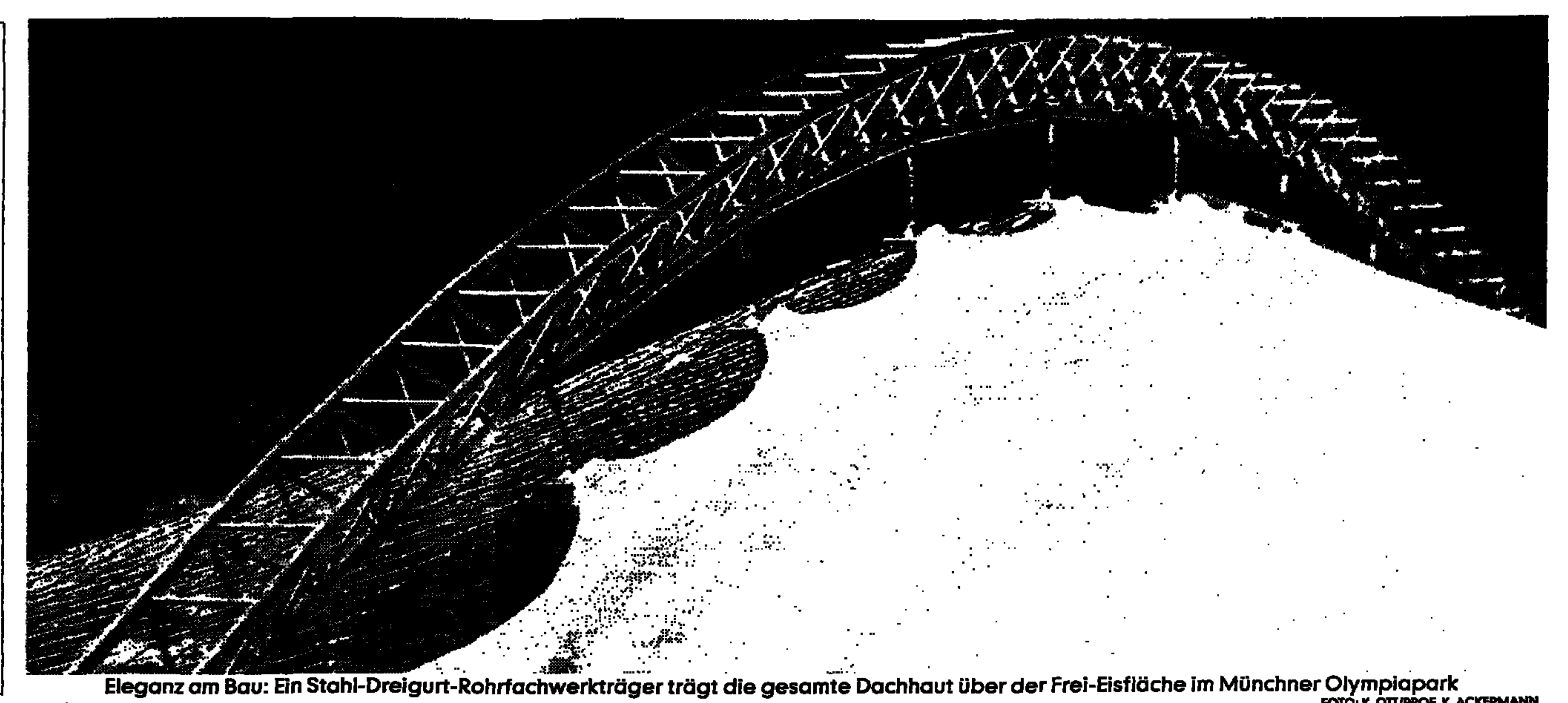
GEWINNZAHLEN

Lotto: 8, 26, 36, 38, 40, 46, Zusatzz 18. – Spiel 77: 3 9 7 5 9 0 5.

(Ohne Gewä

Industrie- und Hallenbau

Alle für die Bauwirtschaft wichtigen Indikatoren bestätigen es: der Bau-Wetterfrosch ist in den letzten Monaten – langsam, aber stetig – nach oben geklettert. So wie er dasitzt, verspricht er zweifellos ein etwas besseres Konjunkturklima. Das aber bedeutet auch Auftrieb für den Industrie- und Hallenbau. Auf diesem Sektor haben sich in den letzten Jahren notwendige Aufträge im Wert vieler Milliarden aufgestaut. Nicht nur Großprojekte (etwa im Bereich des Kraftwerksbaus, der chemischen Industrie und der Umwelttechnik) schlagen zu Buche, sondern auch Tausende von zurückgestellten Bauvorhaben der mittelständischen Wirtschaft.



Eleganz am Bau: Ein Stahl-Dreigurt-Rohrfachwerkträger trägt die gesamte Dachhaut über der Frei-Eisfläche im Münchner Olympiapark FOTO: K. OTT/PROF. K. ACKERMANN

Fünf leuchtende Vorbilder für einfallslose Bauherren und Architekten

Von GOTTLIEB W. BETZNER

Industrieansiedlungen sind häßlich, dreckig, umweltschädlich, menschenfeindlich. Stimmt dieses ebenso weit verbreitete, wie harte Urteil? Für die Masse unserer Industrie- und Hallenbauten nach dem Zweiten Weltkrieg mag dies zutreffen. (Und zwar rund um den Erdball.) Die Frage ist allerdings, ob das so sein muß? Es muß nicht sein.

In den vergangenen Jahren sind nicht wenige Bauwerke entstanden, die auch härtesten ästhetischen sowie umweltfreundlichen Forderungen entsprechen. Und die auch spontan von den Nutzern angenommen worden sind. Bemerkenswerterweise fällt diese deutliche Zunahme beispielhafter Bauten zeitlich zusammen mit einer stärkeren Rückbesinnung unserer Architekten und Ingenieure auf die hohe Kunst des Bauens im vergangenen Jahrhundert. Tatsächlich gab es damals bereits eine Fülle von großartigen Ingenieur-Bauwerken, die den heutigen entscheidenden Baukriterien, nämlich optimale Funktion und ansprechende Gestaltung, voll entsprachen. Nur an zwei Beispiele sei hier kurz erinnert:

Eines der frühesten Zeugnisse dieser Art ist die Mehlhalle in Paris. 1767 in Holz erbaut, wurde sie nach einem Dachstuhlbrand im Jahr 1802 um 1811 in Eisen wieder aufgebaut. Professor Kurt Ackermann, Stuttgart, charakterisierte den Bau 1982 während eines Vortrages in München so: „Die Kuppel ist aus Stahlbögen zusammengesetzt, die im Zenit strahlenförmig in einen Ring münden. Meridian angeordnete Ringreifen gliedern die Kuppel nach einem stabförmigen Kassettenmuster. Beleuchtet wird der Zentralraum durch die Ausfachung der Stahlskelettkuppel mit Glastafeln, der Glashimmel wird zur Laterne. Das Tragsystem ist weitgehend noch an Konstruktionsprinzipien des Holzbaues orientiert. Die dünne und klare Konstruktion besticht in ihrer feingliedrigen, aber strengen geometrischen Ordnung."

Ein eiserner Palast

Weltberühmt wurde vierzig Jahre später (1851) der Kristallpalast in London. Seiner Funktion gemäß war er weniger ein Palast als eine Halle, von damals allerdings unvorstellbaren Dimensionen. Sie war für die Londoner Weltausstellung zur Präsentation von Industriegütern benötigt worden. Da die zur Verfügung stehende Bauzeit jedoch so knapp war, daß Holz, Natur- oder Backstein als (damals vorherrschende) Baustoffe einfach nicht infrage kamen, wurde der „Crystal Palace" aus elementierten gußeisernen Trägern und Stützen montiert.

Die später im Deutschen Reich gebauten – oft hervorragenden – stählernen Bahnhofshallen (Beispiel: Köln), Palmenhäuser (Frankfurt) und Fabrikhallen (Berlin) sind legitime Nachkommen dieser genannten Prototypen. Blieben sie erhalten, stehen sie nicht selten auf den Listen unserer Industrie-Denkmäler und werden nicht zuletzt auch von den jüngeren Generationen geschätzt.

Wie aber steht es mit der eingangs herausgeforderten modernen Industrie- und Hallenarchitektur? Die nachfolgend kurz beschriebenen drei sehr verschiedenartigen Bauwerke geben – wie ich meine – eine nachdrückliche Antwort: Der international wirkende Konzern Hewlett-Packard baute in Waldbronn eine Produktionsanlage für Gas- und Flüssigkeitsanalysegeräte. Für Architekten und Bauherr war die diffizile Aufgabe, nämlich das umfangreiche Bauwerk auf einer Wiese inmitten des Luftkurorts zu realisieren, eine Herausforderung. Sie wurde bestanden. Tatsächlich gleicht der grazile Bau eher einem Kulturzentrum als einer großflächigen Produktionsstätte.

Preis für Architekten

Bauherr, Architekten (Rödl-Kieferle, Böblingen/Stuttgart), Ingenieure (Stumpf + Rieht, Sindelfingen) sowie die ausführenden Firmen (Arge Breitschwerdt GmbH & Co., Stahlbau, Heilbronn/Stahlbau Wendeler GmbH & Co., Donzdorf) erhielten dafür den Europäischen Stahlbaupreis 1981.

In der Begründung der internationalen Jury heißt es dazu: „Das Bauwerk ist eine beispielhafte Antwort auf die drängenden Forderungen nach behutsamer Einbindung von volkswirtschaftlich notwendigen industriellen Bauvorhaben in eine geschützte Landschaft. Die Leichtigkeit und freie Form des großformatigen Baukörpers wurden durch Verwendung einer Stahlkonstruktion ermöglicht."

Für die Richtfunkbrücke Bundesrepublik – Italien benötigte die Bundespost auf der Zugspitze ein neues Betriebsgebäude. Dieser dreigeschossige Bau ist voll durch eine Hüllenkonstruktion überdeckt, die aus Stahlgurtbogen besteht. Die – trotz ihrer imponierenden Ausmaße grazil wirkende – Hülle erfüllt zwei Aufgaben. Sie war Witterungsschutz und Winterbauhülle zugleich und ermöglichte damit den wetterunabhängigen Aufbau des dreigeschossigen Gebäudes einschließlich der technischen Einrichtungen. Das wäre sonst nur während weniger Monate im Jahr möglich gewesen. Damit konnten gleichzeitig aufwendige Maßnahmen für die sonst notwendige Dimensionierung des Gebäudes zur Aufnahme der hohen Schneelasten und für die Isolierungen erspart werden.

Die Hülle ermöglicht der Post, auch künftig wetterunabhängig notwendige Veränderungen am Betriebsgebäude durchzuführen und sich so stets dem wechselnden Bedarf anzupassen. Beim Preis des Deutschen Stahlbaues 1982 kam diese bemerkenswerte Konstruktion in die engste Wahl.

Statt des Halbjahresbetriebes mit Behinderung durch Schlechtwetterperioden sollte die Frei-Eisfläche im Münchner Olympiapark durch einen Wetterschutz ganzjährig für den Eislauf nutzbar gemacht werden. Die vorhandene Frei-Eisfläche wurde deshalb mit einem leichten Flächentragwerk überspannt, das an einem Bogen aufgehängt ist. Dieser Druckbogen wurde als filigraner Stahl-Dreigurt-Rohrfachwerkträger hergestellt. Die Dachlasten werden über ihn zu den Widerlagern abgetragen. Der Bogen wird von einem Netz aus zwei im Gegensinne gekrümmten Seilscharen in seiner Lage gehalten und gegen Knicken in horizontaler Richtung stabilisiert. Auf dem Seilnetz – der Abstand der Netzknoten ist 75 × 75 cm – wird ein Holzrost montiert, der eine Dachhaut aus einer transluzenten Kunststoff-Folie mit Polyester-Trägergewebe und beidseitiger PVC-Beschichtung trägt.

Ein Bad als Palmenhaus

Die Stadt Badenweiler wiederum baute ein neues Bewegungsbad mitten in ihrem herrlichen Kurpark. Zur Ausführung kam eine interessante Stahl-Glas-Konstruktion ganz im Stil alter Palmenhäuser. Dieser Hallenbau paßt sich überzeugend in die anspruchsvolle Umwelt ein. Er ist von den Bewohnern der Stadt ebenso wie von den Benutzern voll angenommen worden. Auch in Fachkreisen hat dieses Bauwerk bereits Aufmerksamkeit hervorgerufen.

Abschließend sei noch Dortmund genannt. Die Stadt hatte in unmittelbarer Nähe von Rathaus, Theater und Stadtwald eine U-Bahn-Station zu bauen. Als adäquate Lösung ergab sich eine oktogonale Stahl-Glas-Konstruktion, die ihre Anlehnung an historische Bahnhofsvorbilder bewußt hervorhebt.

Diese fünf Objekte moderner Industrie- und Hallenarchitektur sind lediglich hervorgehoben aus einer nachweisbaren Fülle beispielhafter Bauten speziell der letzten Jahre. Wer wachen Auges durch unsere heutige Bundesrepublik Deutschland fährt, sieht in zunehmendem Maße – selbst auf dem sogenannten flachen Land – auch kleinere Konstruktionen für Produktion, Präsentation, Sport und Zwecke anderer Art, die durchaus ein ausgewogenes Verhältnis von Funktion, Wirtschaftlichkeit, Umweltfreundlichkeit und Ästhetik gefunden haben.

Der harte Stoff Stahl ist äußerst flexibel

Konstruktionen können fast mühelos verändert werden

Hallenbauten sind funktionale Gebäude und sollen eine optimale Relation zwischen Aufwand und Nutzen erzielen. Stahlhallen unterschiedlichster Art und Größe mit einer bewährten Angebotspalette aus Wand- und Dachbauteilen können diese Forderungen optimal erfüllen.

In einer Zeit, in der Technologien und Produktionsmethoden eine rapide Entwicklung durchlaufen, muß sich auch das Produktionsgebäude den veränderten Verhältnissen anpassen lassen. Die Wahl des Tragskeletts ist für die Funktionsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit des Gesamtbauwerkes von erheblicher Bedeutung. Es sollte stets die Konstruktion gewählt werden, die unter Berücksichtigung der Gesamtwirtschaftlichkeit die geringsten Kosten verursacht. Die daraus resultierenden Kriterien für den Bau von Produktionshallen erfüllt der Baustoff Stahl besonders gut.

Hohe Materialfestigkeit bei relativ geringem Eigengewicht ergeben schlanke Stützen und Binderquerschnitte. Damit können große Spannweiten überbrückt und stützenfreie Hallenflächen von 200 – 400 Quadratmeter gebaut werden. Dem Planer wird damit der Freiraum geboten, jetzige und zu erwartende Nutzungen ökonomisch zu erfüllen.

Ein ganz besonderer Vorteil der Stahlkonstruktion ist jedoch, daß sie modifiziert werden kann. Stahlhallen sind nicht nur zu verlängern, zu verbreitern und anzubauen, sie können auch durch Verstärkung der Profile aufgestockt oder nachträglich mit einer Kranbahn versehen werden. Der Einbau von Zwischengeschossen für Verwaltungszwecke oder die spätere Erhöhung von Deckenlasten ist ebenfalls möglich.

Die Variabilität einer Stahlkonstruktion wird dadurch dokumentiert, daß modern konzipierte Stahlhallen ohne große Beeinträchtigung der Umwelt auf leichte Art – das heißt schnell und geräuschlos – demontiert und an andere Stelle unter Verwendung derselben Bauteile wieder montiert werden können.

Im Wandbereich gilt das ausgeschäumte und endbeschichtete Stahltrapezblech als äußerst wirtschaftlich hinsichtlich Herstellung und Verarbeitung. Bei erhöhten Anforderungen des Schallschutzes (bis 50 Dezibel) oder des Wärmeschutzes ist die mehrschichtige Stahlkassettenwand ökonomisch. Auch die Verwendung schwerer Wandbauteile, wie Gasbeton oder Stahlbeton, die im Hinblick auf den Wärmeschutz jedoch keinerlei Vorteile bieten, ist ohne weiteres möglich.

Im Dachbereich hat sich eindeutig das leichte Stahltrapezdach durchgesetzt. Obwohl häufig pfettenlose Konstruktionen mit einem Binderabstand von 5 bis 6 Meter verwandt werden, sind neuerdings auch Trapezbleche mit einer Spannweite bis zu 12 Meter verbaut worden.

Dabei sollte jedoch zum Schutz der Dachhaut und angrenzender Bauteile die Durchbiegung auf max. 1/300 beschränkt bleiben. Die schallabsorbierende Ausbildung des Trapezblechdaches stellt bei entsprechenden Anforderungen kein Problem dar.

Stahlhallen werden industriell in der Werkstatt gefertigt und bereits endbeschichtet. Das heißt, durch die dem Stahlbau eigenen hohe Maßgenauigkeit und weitestgehende Vorfertigung kann die Montage auf der Baustelle problemlos „vom Lkw herunter" erfolgen. Die Konstruktionen können witterungsunabhängig montiert werden. Schnelle Begehbarkeit und Wetterschutz für Nachfolgearbeiten sind weitere Vorteile, die sich in der Termineinhaltung widerspiegeln.

Entsprechend den individuellen Vorstellungen des Bauherrn oder Planers ist die Industrie heute in der Lage, Bauten unterschiedlichster Art in einem aufeinander abgestimmten System verschiedenster Einzelbauteile, vom Fundament bis zum Rolltor, aus einer Hand anzubieten. Wachsende Erfahrung in der Technik und der Bauablauforganisation erlaubt die Einhaltung vereinbarter Termine und Preise.

Eine wichtige Rolle spielt der Stahlbau bei Exportaufträgen. Hier ist es die Regel, daß der hiesige Auftraggeber beziehungsweise Planer einen inländischen Auftragsnehmer als Gesprächspartner hat, der die gesamte Kontruktion hier fertigt und in Containern exportiert. Eine Vielzahl solcher Gebäude mit durchaus hohem Ausbaustandard sind Zeugen dafür, daß Export in diesen Fällen noch seine ursprüngliche Bedeutung hat und nicht nur ein „Blaupausentransfer" darstellt.

Für den Ingenieur erweist sich die Stahlkonstruktion hinsichtlich der Planungsökonomie meistens als erstaunlich einfach und wirtschaftlich. DIETER GUTMANN

Die Vorteile schlagen zu Buch

Kleine Abmessungen bei geringem Gewicht / Leichte Fundamente / Geringere Kosten

Bei der Planung eines Parkdecks wurden vergleichende Untersuchungen durchgeführt über Kosten und Wirtschaftlichkeit unterschiedlicher Tragkonstruktionen. Das Ergebnis war ein Zahlenverhältnis von 1,4:2,4 zugunsten der Stahlbauweise gegenüber Stahlbeton. Nachstehend die Kriterien, die bei diesem Vergleich herangezogen wurden.

Der Entwurf einer Konstruktion wird von vier Hauptfaktoren bestimmt:

- Tragvermögen der Konstruktion
- Architektonisches Erscheinungsbild
- Funktion und Flexibilität
- Kosten und Wirtschaftlichkeit

Kosten und Wirtschaftlichkeit sind hier die wesentlichen Faktoren bei der Auswahl des Bauverfahrens, des Gebäudeskelettes und des Baumaterials. Geringe Kosten für die gewählte Bauweise und Tragkonstruktion können indes nicht allein maßgebend sein für die Gesamtwirtschaftlichkeit des Bauwerkes.

Beim Geschoßbau machen die Kosten für die Tragkonstruktion nur einen bestimmten Teil aus. Bei Industrie- und Parkbauten sind dies etwa 20 Prozent. Die tragende Konstruktion beeinflußt hingegen andere Bauelemente und Kostenfaktoren. Schon deshalb ist die Wahl des Bauskelettes von erheblicher Bedeutung für die Funktionsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit des Gesamtbauwerkes. Es sollte stets die Tragkonstruktion gewählt werden, die die niedrigsten Gesamtkosten verursacht unter Berücksichtigung der Gesamtwirtschaftlichkeit.

Niedrigere Kosten bei einer Stahlkonstruktion

Die reine Gegenüberstellung der Kosten einer Stahlkonstruktion zur Ortbeton- oder Fertigbetonkonstruktion sagt nichts über die anderen wirtschaftlichen Vorteile, deren Wert oft höher liegt als die reine Kostendifferenz zwischen den einzelnen zur Wahl stehenden Tragkonstruktionen. Technische und wirtschaftliche Vorteile der Stahlbauweise lassen sich in wesentlichen Punkten zusammenfassen.

Kleinere Abmessungen: Geringe Abmessungen der Tragkonstruktion verbunden mit größerer Spannweite führen zu mehr Nutzfläche. Stahlstützen nehmen kaum die Hälfte jener Fläche ein, die Betonstützen benötigen. Beim Stahlbau kann die Bauhöhe der Decken- und Dachkonstruktion herabgesetzt werden. Bei geringerer Höhe der Deckenkonstruktion ist es möglich, innerhalb der Bauhöhenbegrenzung mehr unterzubringen. Größere Spannweiten bei Geschoß- und Hallenbauten mit geringer Anzahl oder fehlenden Innen- oder Mittelstützen beeinträchtigen nicht den Verkehr, die Sicht oder andere Betriebseinrichtungen beziehungsweise entsprechende Tätigkeiten.

Geringes Gewicht und leichte Fundamente: Stahlbau heißt, kleine Abmessungen bei geringem Gewicht. Das Gewicht eines Geschoßbaues in Stahlbauweise macht normalerweise nur rund 60 Prozent des Gewichtes eines Betonbauwerkes aus. In konsequenter Leichtbauweise kann dieses Gewicht noch reduziert werden. Geringes Gewicht bedeutet, leichtere Fundamente bei geringeren Kosten.

Bei schwierigen Gründungsverhältnissen kann dieser Kostenvorteil von erheblicher Bedeutung sein. In speziellen Fällen können die sonst notwendigen Pfahlgründungen vermieden werden. Geringes Gewicht bedeutet aber auch geringere Transportkosten und weniger Aufwand bei der Einrichtung der Baustelle und der Zufahrten.

Vorteile auf der Baustelle: Erfahrungsgemäß lassen sich zusätzliche Kosten für die üblichen Anpassungsarbeiten vermeiden, zum Beispiel für fehlende oder falsch liegende Befestigungsplatten und Öffnungen. Derartige Zusatzarbeiten können beim Betonbau erhebliche Kosten verursachen.

Stahlbaukonstruktionen sind wetterunabhängiger. Schnelle Begehbarkeit und Wetterschutz für Nachfolgearbeiten sind weitere Vorteile. Dadurch können Termine besser eingehalten werden, Schlechtwettergeldzuschläge lassen sich in der Regel vermeiden.

Rationeller Einbau von Entwässerungseinrichtungen: Das offene Stahlskelett bietet unbeschränkte Möglichkeiten zur Unterbringung aller Versorgungseinrichtungen. Installationen können auf einfache und kostensparende Weise in das Stahlskelett integriert werden. Leitungen und Kanäle bedürfen keines zusätzlichen Raumes.

Flexibilität: Offene Stahlskelette zeichnen sich aus durch ein Maximum an Flexibilität und Anpassungsfähigkeit, sowohl während der Planungs- und Bauphase als auch während der späteren Nutzung. Ein Beispiel dafür ist das 78 Jahre alte „Times-Tower"-Gebäude in New York mit 24 Stockwerken. Im Jahre 1904 erbaut, war das Gebäude 60 Jahre später zum Abbruch vorgesehen. Es wurde alles, außer dem Stahlskelett, abgerissen und demontiert. Im Jahre 1964 entstand ein neues, modernes Bürohaus auf dem ursprünglichen Stahltragwerk. Stahlkonstruktionen sind leicht zu demontieren, Tragwerk und Träger können wiederverwendet werden.

Eine Wiederverwendung scheidet aus

Restbuchwert des Materials: Für den Fall, daß eine Wiederverwendung ausscheidet, kann das Material als Schrott verkauft werden. Der Abbruch von Stahlbeton ist dagegen schwierig und mit hohen Kosten verbunden. Die Kosten für den Abbruch und die Beseitigung monolithischer Betonkonstruktionen können bis zu zehn Prozent der Kosten einer Neukonstruktion ausmachen. Allein dadurch ist das neu zu errichtende Gebäude bereits mit einem erheblichen Anteil Kosten belastet. Beim Stahlbau deckt der Restwert des Materials oft die Kosten für die Demontage oder liegt noch darüber.

Aus der Perspektive wirtschaftlicher Berechnungen traditioneller Art mißt man diesen Kriterien noch immer zu wenig Bedeutung bei. Ganz abgesehen davon hat die Wiederverwendung oder Verschrottung alter Stahlkonstruktionen eine wichtige volkswirtschaftliche Bedeutung, nicht zuletzt durch die Einsparungen an Energie. Der Restbuchwert muß schon deshalb einen höheren Stellenwert erhalten.

Methode zur wirtschaftlichen Gesamtbewertung: Der Kostenvergleich zwischen mehreren Tragkonstruktionen, zum Beispiel Stahl und Beton, kann nur dann zu einer aufschlußreichen Beurteilung führen, wenn jede Konstruktion für sich beurteilt wird, und zwar nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Entsprechende Vergleiche mit einer Gesamtbeurteilung lassen sich mit Hilfe einer Tabelle deutlich aufzeigen.

Bei einer derartigen alle Posten umfassenden Gegenüberstellung wird sich die reine Stahlbauweise in vielen Fällen als die wirtschaftlichste herausstellen.

DIETRICH KALMS

Was der Architekt gegen Brandgefahr tun kann

Strenge Sicherheitsvorschriften mindern Schadenhöhe

Um die Forderungen des baulichen Brandschutzes erfüllen zu können, müssen Bauelemente geprüft werden, die aus Glas, Rahmen und dem Anschluß des Rahmens an den anschließenden Baukörper bestehen. Erst die erfolgreiche Prüfung dieser Bauelemente garantiert die gewünschte Sicherheit.

Die Landesbauordnungen, Verordnungen und Richtlinien schreiben an bestimmten, genau bezeichneten Türöffnungen von Bauwerken Feuerschutzabschlüsse vor. An einen Teil dieser Abschlüsse wird aus Gründen der Verkehrssicherheit die Forderung nach einer Durchsicht erhoben. Durch Feuerschutztüren mit Brandschutzglas ist der Architekt in der Lage, die Probleme des vorbeugenden baulichen Brandschutzes und der Verkehrssicherheit zu lösen. Er kann mit diesen Türen außer den ästhetischen und funktionalen Forderungen auch alle Auflagen der Bauaufsichts- und Brandschutzbehörden erfüllen.

Die Stahl-Glastüren T 30 „GS Köln" werden als Rohrrahmentüren mit großflächiger Verglasung hergestellt. Dieses System zeichnet sich durch seine Vielfalt der Einsatzmöglichkeiten aus. Es können dem Architekten Problemlösungen aufgezeigt werden, wie er fast jede Öffnung ohne Kompromisse wegen des Brandschutzes nach den notwendigen baulichen Erfordernissen schließen kann.

Zur Zeit können mit diesem Programm Öffnungen im Größenbereich von 750 mm bis 4000 mm Baurichtmaß-Breite und 1750 mm bis 3000 mm Baurichtmaß-Höhe geschlossen werden. Für diese Öffnungsgrößen liegen vom Institut für Bautechnik bauaufsichtliche Zulassungen vor. Um die Einsatzmöglichkeiten noch zu erweitern, sollen die an die ein- und zweiflügeligen Türen anschließenden verglasten Wandelemente künftig in Endlosausführung zugelassen werden.

Der Türblattrahmen besteht aus einem tragenden Stahlrohr, das mit Wärmedämmplatten verkleidet wird und erhält als äußere Verblendung ein farbig beschichtetes, verzinktes oder Edelstahl-Feinblech. Die Blätter der ein- und zweiflügeligen Türen begrenzen auf der Glasfläche und dem Rahmen die Temperaturerhöhung auf der dem Feuer abgekehrten Seite. Das gesamte Türblatt ist thermisch isoliert.

Durch den Einsatz der Brandschutzgläser der Feuerwiderstandsklassen F und G hat der Architekt neue Gestaltungsmöglichkeiten im Innenausbau erhalten. Durch diese Verglasungen können außer gestalterischen Vorstellungen auch Verbesserungen im Abeits- und Produktionsablauf erreicht werden. Diese Bauelemente ermöglichen es, Räume mit Tageslicht zu versehen und dadurch den Aufenthalt während der Arbeit angenehmerz zu gestalten. Bei der Planung von verglasten Trennwandsystemen sollte der Achitekt die vielfältigen Einsatzbeispiele der Brandschutzgläser nutzen. Es ist möglich, transparente Felder durch nichttransparente aus verschiedenen Materialien zu ersetzen.

Für Brandschutzverglasungen der Feuerwiderstandsklasse F und G ist der Nachweis der Brauchbarkeit durch eine allgemeine bauaufsichtliche Zulassung des Institutes für Bautechnik nötig. Das Institut für Bautechnik hat inzwischen F-30- und F-90-Verglasungen in Metallkonstruktion bauaufsichtlich zugelassen. Die Verkleidungen der Pfosten und Riegel können wahlweise aus Stahl- und Aluminiumprofilen hergestellt werden. Die maximalen Glasabmessungen betragen 1,20 x 2,00 Meter.

Um sicherzustellen, daß die gelieferten Verglasungen den in der Zulassung angegebenen Anforderungen entsprechem, muß jeder Hersteller eine Werksbescheinigung über die sachgerechte Fertigung ausstellen. Die Verglasung ist mit einem Stahlblechschild zu versehen.

Brandschutzelemente – Türen und Verglasungen – bestehen aus Brandschutzglas, Rahmen und dessen Anschluß an den Baukörper und müssen als eine Konstruktionseinheit angesehen werden. Um eine Konstruktion zu erhalten, die bei der Bauabnahme ohne Schwierigkeiten abgenommen wird, muß sich der Architekt mit den vorgegebenen Einbaubedingungen der Elemente genau auseinandersetzen. Es ist notwendig, daß bei der Konzeption von Brandschutzbauelementen weitere Vorschriften, wie zum Beispiel die Unfallverhütungsvorschriften, Krankenhaus- und Arbeitsstättenrichtlinien oder die Geschäftshausverordnung, beachtet werden.

Es ist zu empfehlen, sich in einem frühen Planungsstadium bei den Fachfirmen über die verschiedenen Einbaumöglichkeiten zu informieren. DETLEF KUJASS

Anzeigen: Hans-H. Lange, Hamburg
ISSN 0722-1452

Pankraz, Seveso und die Politik des Als-ob

Ihre Sorgen möchte ich haben", seufzte ein Politiker der Dritten Welt, nachdem ihm sein deutscher Besucher die derzeit aktuellen Probleme im fernen Alemania geschildert hatte: Nachrüstung, Umweltschutz, Rentenanpassung. Pankraz war irritiert. Hatte er sich nicht hinreichend deutlich ausgedrückt? Aber der Brasilianer winkte ab. „Wir haben hier seit einiger Zeit ein neues Wort", erklärte er, „es heißt ‚Harrisburg-Problem'. Was Sie aufgezählt haben, sind lauter Harrisburg-Probleme."

Pankraz erinnerte sich: „Harrisburg", das war jener Unfall in einem Atomkraftwerk der USA, der die Medien und die Politiker wochenlang beschäftigt hatte. Die Zeitungen kamen mit riesigen Schlagzeilen. Ganze Populationen waren damals evakuiert worden. Es gab Parlamentsanfragen und Untersuchungsausschüsse, Schuldzusprüche und Nervenzusammenbrüche am laufenden Band. Es wurden Spiel- und Dokumentarfilme über „Harrisburg" gedreht. Es wurde demonstriert, agitiert, polemisiert. „Harrisburg" ging in die Geschichte ein.

Nur eben: Die „Katastrophe von Harrisburg" war in Wirklichkeit gar keine. Es war nicht einmal eine Beinahe-Katastrophe. Eine „Wolke" war irgendwo ausgetreten und hatte sich wieder verflüchtigt. Keinem einzigen Baby war auch nur ein Härchen gekrümmt worden. Politiker und Medien, Filmemacher und Demonstranten hatten sich keinem wirklichen Problem gewidmet, sondern einem fiktiven „Problem". Die ganze Aufregung verlief gewissermaßen im Konjunktiv. Es „hätte" alles ganz schlimm kommen können. Es „wäre" beinahe etwas unvorstellbar Furchtbares passiert. Und mit diesen „hätte" und „wäre" war Politik gemacht worden.

Und nun stellte sich also ein Politiker der Dritten Welt, der zugegebenermaßen eine Menge wirklicher Probleme um die Ohren hatte, hin und behauptete voller Herablassung, unsere hausgemachten deutschen Probleme seien bloße „Harrisburg-Probleme". Konnte man das durchgehen lassen? War „Seveso" nicht viel wirklicher als „Harrisburg"? Zwei tote Schafe und einen (vorübergehenden) Hautausschlag bei einem kleinen Jungen hatte es immerhin gegeben. Freilich konnte niemand genau sagen, ob der Ausschlag wirklich mit den Dioxin-Fässern zu tun gehabt hatte; und die Hysterie, mit der die Affäre von Politik und Medien begleitet wurde, stand in keinem Verhältnis zu den realen Verlusten. „Bei uns liegen Tausende solcher Fässer im Lande herum", sagte der Brasilianer. „Niemand kümmert sich darum."

Wie steht es dann mit der Nachrüstung? Als Bundeskanzler Helmut Schmidt sie seinerzeit anregte, sah er nicht den geringsten Anlaß zur Aufregung. Die „Pershing 2" gehörte in die Strategie der nuklearen Abschreckung, und diese Strategie war bisher erfolgreich gewesen, hatte die aggressiven Gelüste der Kommunisten in Richtung Westeuropa gezügelt, hatte zumindest hier in Westeuropa den Frieden bewahrt. Warum sollte es plötzlich anders sein?

Doch wer so fragte, rechnete nicht mit der Faszination einer Politik des Konjunktivs. Die „Friedenskämpfer", ob nun von Moskau inspiriert oder nicht, kümmerten sich nicht im geringsten um tatsächliche Sicherheit. Viel interessanter als das, was ist, war für sie das, was sein „könnte". Die sowjetischen SS 20 stehen schon, sie sind Wirklichkeit; die amerikanischen „Pershing 2" stehen noch nicht, sie sind vorerst nur Möglichkeit. Aber gerade dieser Modus der bloßen Möglichkeit ist es, der die Matadore des Als-ob anzieht wie das Licht die Motten. Die „Pershing 2" sind ein „Harrisburg-Problem", das man mit fiktiven Katastrophenmeldungen wohlfeil aufladen kann. Deshalb auch hier die Hysterie, die Demonstrationen, die apokalyptische Geste. „Wenn ihr in Westeuropa eine Hungersnot hättet", sagte der Brasilianer, „würde dein Mensch vom Atomtod sprechen."

Die Kritik war schneidend, doch sie traf wohl zu. Eigentlich müßten sich Politiker ja freuen, wenn sie nur noch mit Problemen konfrontiert werden, die nicht an die Wurzeln der Existenz reichen und in einem Klima der sachlichen Kompetenz geregelt werden können, aber offenbar ist das nicht so. Offenbar braucht man das ständige Spiel mit dem Ernstfall, besonders im Zeitalter der Medien, deren Apparat bekanntlich auf Katastrophe angelegt ist, auf das Verbreiten der „unerhörten Zeitung".

Wenn das totale Ereignis ausbleibt, muß man es sich künstlich heranholen. So kommt es, daß immer wieder an sich unbedeutende Vorgänge in geradezu wahnwitziger Weise aufgebauscht werden oder daß bestimmte Einrichtungen, z. B. Atomkraftwerke, grundsätzlich dämonisiert werden und als düstere Folie für diverse strahlende Siegfriede der Politik herhalten müssen. Im großen und ganzen kann eine Gesellschaft damit leben, nur muß sie darauf achten, daß die Beschäftigung mit „Harrisburg-Problemen" nicht von den wirklichen Problemen ablenkt und daß sie die Menschen nicht verdummt und moralisch verhärtet.

Seit Jahren toben durch und durch reale Kriege in Afghanistan, Kambodscha, Tschad, an der irakisch-iranischen Grenze, blutige Massaker, die jedoch unsere deutschen Friedensfreunde völlig kalt lassen, da sie ja vollauf mit dem fiktiven Atomkrieg in Mitteleuropa beschäftigt sind. Seit Monaten breitet sich im Persischen Golf ein Ölteppich aus, der Tag für Tag durch Hunderttausende von Litern frischen Öls gespeist wird. Für unsere Seveso-Fans sind die Odyssee einiger Giftfässer durch Europa und die „möglichen" Folgen dieser Irrfahrt viel interessanter.

Leicht könnte es sein, daß einmal im Herzen Europas ein wirklich existenzbedrohendes Problem heranreift – und daß niemand es bemerkt, weil alle der „Lösung" von „Harrisburg-Problemen" hingegeben sind. Und schnell könnte es dann wirklich zu spät sein.

Pankraz

Universitäten in der Sowjetunion: Mit Beziehungen und Bestechungen öffnen sich die Türen

„Vergeßt alles, was ihr gelernt habt!"

Die sowjetischen Universitäten und Hochschulen kennen keinen „Numerus clausus". Das liegt nicht an der geringen Verbreitung der lateinischen Sprache, sondern an der ideologischen Scham. Schließlich sollen die Bildungseinrichtungen grundsätzlich allen zugänglich sein – wenn sie dafür geeignet sind. Aber das ist eben der entscheidende Punkt: Strenge Aufnahmeprüfungen trennen die Spreu vom Weizen und bewirken, daß die jeweiligen Aufnahmequoten strikt eingehalten werden.

Die Prüfungsbarriere funktioniert nicht nur wie ein „Numerus clausus", sie ist auch ein Mißtrauensvotum gegen das Leistungsniveau der Schulen. Schließlich haben alle, die an Universitäten und Hochschulen Einlaß begehren, ein Reifezeugnis in der Tasche. Doch die Freude darüber ist gedämpft, denn die Inhaber wissen schon, wie geringschätzig die Hochschullehrer auf das Reife-Papier herabblicken. Ein Student der Moskauer Lomonossow-Universität schrieb der „Literaturnaja Gaseta", gleich in den ersten Vorlesungen sei ihnen gesagt worden: „Vergeßt alles, was ihr in Physik und Chemie gelernt habt. Wir müssen hier neu anfangen."

Der Andrang in den Universitäten ist je nach der gewählten Studienrichtung und dem Ansehen des Instituts unterschiedlich groß. Nicht selten kämpfen sechs, acht oder sogar elf Bewerber um einen Studienplatz. Sie werden in vier Fächern geprüft. Die Ergebnisse werden nach einem Punktesystem mit den Schulzeugnissen kombiniert. Für den Erfolg sind durchweg gute Leistungen erforderlich, schon die Drei kann das Ende aller Hoffnungen bedeuten. Nicht selten müssen von 25 möglichen Punkten 24 erreicht werden. Abiturienten mit dem Zeugnisdurchschnitt „Gut" stehen dann vor der fast unlösbaren Aufgabe, alle Prüfungen mit „Sehr gut" bestehen zu müssen. Wer durchgefallen ist, kann es im nächsten Jahr erneut versuchen, vielleicht an einer anderen Hochschule.

Weniger gefragte Fachrichtungen sind leichter erreichbar. Vor allem technische Berufszweige gehören dazu, an denen der Staat einen hohen Bedarf hat – Berufe etwa, die für die Erschließung der Rohstoff- und Energiereserven und für die Verkehrsentwicklung gebraucht werden. Für Durchgefallene empfiehlt sich auch der Umweg über eine Betriebspraxis: Schon nach einem Jahr kann man, die Empfehlung des Betriebes vorausgesetzt, in eine „Vorbereitungsabteilung" der Hochschulen aufgenommen werden und nach einem weiteren Jahr dann doch noch mit dem Studium beginnen.



Helfen kann nur der Repetitor: Die Lomonossow-Universität auf den Moskauer Lenin-Hügeln FOTO: JÜRGENS

Rund die Hälfte der fast drei Millionen Schulabgänger mit Reifezeugnis strebt in jedem Jahr ohne Umwege ein Studium an – aller Berufs- und Bildungsplanung zum Trotze gerade nicht in den bevorzugt angebotenen naturwissenschaftlich-technischen Fächern. In einer Gesellschaft, die praktisch an allem Mangel leidet, was der Mensch braucht oder haben will, ist der Studienplatz nur ein begehrtes Gut mehr. Um ihn zu ergattern, ist man folglich auf dieselben Methoden angewiesen, die in Betrieben, Kanzleien und am Ladentisch üblich sind – auf Beziehungen und mehr als gute Worte. Eine politisch hohe Stellung der Eltern ist immer gut. Doch auch mit Geld lassen sich so manche Tore öffnen.

Die Spitzenleistungen der Korruption sind, das liegt in der Natur der Sache, nicht eben zahlreich. Sie werden erreicht, wenn es gelingt, Mitglieder der Prüfungskommission zu bestechen oder über sie an die Prüfungsfragen heranzukommen. Im Mittelfeld der Begünstigung rangiert die Teilnahme an Vorbereitungskursen, die von Kommissionsmitgliedern oder von Leuten abgehalten werden, die gute Verbindungen zu ihnen haben. An der Basis des Chancenkegels wird die „normale" Vorbereitung auf die Zugangsprüfungen geboten, allerdings gegen die gute Bezahlung von fünf bis zehn Rubeln pro Stunde. Diese Form ist zwar der Regelfall, stellt aber auch schon eine Bevorzugung dar. Denn groß ist die Zahl derer im Lande, die sich daran nicht beteiligen können. Entweder fehlt das Geld oder die Gelegenheit dazu, denn außerhalb der Groß- und Hochschulstädte sind selbst die „Repetitoren" Mangelware.

In den Städten bieten diese „Einpauker" ihre Dienste mit kleinen Zetteln auf Mauern und Zäunen an. Schon aus den Formulierungen lassen sich die Erfolgsaussichten ablesen. Die Selbstanpreisung als „erfahrener Lehrer" oder „Doktor der Wissenschaften" ist gewissermaßen Standardverfahren. Wird die „Anwendung neuester Unterrichtsmethoden" offeriert, kann man schon eine bessere Orientierung am konkreten Prüfungsverlauf erwarten. Die besten Aussichten versprechen (wenn es sich nicht um einen Reklameschwindel handelt) Ankündigungen wie diese: „Ein Schnellprogramm unter Berücksichtigung der Spezifik der ausgewählten Hochschule." Der Interessent darf sich dann erhoffen, daß ihm anhand hisheriger Prüfungsfragen auf die Sprünge geholfen wird. Dabei lernt er die richtigen Antworten, selbst solche auf Zusatzfragen, einfach auswendig.

Die Schüler besuchen solche Privatkurse meist schon während ihres letzten Schuljahres, zur selben Zeit also, in der sie sich dem Abitur nähern. Wolodja zum Beispiel, der ein Medizinstudium anstrebt, nimmt je eine Stunde wöchentlich in Physik, Chemie und Biologie gemeinsam mit vier weiteren Schülern. Seine Eltern müssen für jede Stunde zehn Rubel aufbringen. Das sind rund 1500 Rubel während dieses Jahres, in dem sein Vater, ein wissenschaftlich arbeitender Akademiker, monatlich zweihundert Rubel nach Hause bringt.

Die Profiteure des Verfahrens sind die Repetitoren. In den immer wieder aufflammenden Diskussionen über das Problem des „unsozialistischen Hochschulzugangs" geben die Parteizeitungen gewiß nicht ohne Absicht so mancher Stimme Raum, die den geschäftstüchtigen Nachhilfelehrern heftigste Vorwürfe macht.

Offenbar damit das Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet werde, erinnerte eine Lehrerin in einem Brief an die „Literaturnaja Gaseta" daran, daß viele ehrenwerte, ja sogar berühmte Vertreter des russischen Geisteslebens früher durch solchen Unterricht ihren Lebensunterhalt bestritten haben. Auch heute sei die materielle Lage der meisten ihrer Berufskollegen „nicht besonders rosig".

FRIED H. NEUMANN

Filme: „1991", „2000"

New York ist nicht Metropolis

Die Nachmacher sind am Werk. Das muß gar nicht von vornherein etwas Negatives sein. Man nehme etwa den Film „New York 1991" von Paul Donovan und Mara O'Connel, Regisseure, die man nicht kennt, gedreht mit Schauspielern, die genauso unbekannt sind. Im New York des Jahres 1991 gibt es einen Polizeistreik, die Unterwelt rüstet zum Angriff, und die Bürger lernen das Zittern. Doch wer nun einen Film à la „Ein Mann sieht rot" erwartet, sieht sich schnell getäuscht, denn, wie sich zeigt, gelegentlich müssen die Bürger auch vor den Bürgern geschützt werden.

In eine Homosexuellen-Bar dringt eine vom „gesunden Volksempfinden" mobilisierte Gruppe ein, um es den Tunten einmal ordentlich zu zeigen. Dabei gibt es einen Toten, mehr aus Versehen, doch nun müssen die lästigen Zeugen beseitigt werden. Einer entkommt, flüchtet sich zu einigen jungen Leuten, es beginnt eine blutige Belagerung, und kein Polizist wird zu Hilfe kommen. Spätestens da wird klar, durch wen Donovan und O'Connel sich haben anregen lassen: durch den frühen Carpenter und vor allem durch seinen Großstadt-Western „Assault".

Wie „Assault" ist „New York 1991" ein düsteres Nachtstück, angesiedelt in der gleichen klaustrophobischen Situation wie bisher alle Carpenter-Filme. Wie bei dem großen Vorbild geht es um pures Genre-Kino, das Handlung will und sich mit Seelendramen nicht groß aufhält. Ein Film, sicher mit wenig Geld gemacht und vielleicht gerade deshalb manchmal besser als die letzten John-Carpenter-Filme.




Epigonen am Werk: Anna Kanakis in „Metropolis 2000" FOTO: VERLEIH

Ein Nachmacherfilm, wie gesagt, aber mit viel eigenen Einfällen. Schlimm wird es bloß, wenn diese fehlen. Wie bei Enzo G. Castellaris „Metropolis 2000", einer Kopie von George Millers „Mad Max II" – und das bis in die Gesichtszüge des Hauptdarstellers hinein. Die Welt nach dem Atomkrieg: Mörderische Punker verfolgen die überlebenden friedlichen Menschen, um sie niederzumachen, wenn da nicht der einsame Rächer wäre. Die gleichen wilden Kostüme wie bei „Mad Max", die gleichen abenteuerlichen Autos, die gleichen Personen, die gleiche Brutalität, die gleiche Form des Films: der Western.

Doch was man Miller wegen seiner kraftvollen Inszenierungskunst nachgesehen hatte, verzeiht man Castellari nicht. Dieser Regisseur hat den Film öde und phantasielos heruntergekurbelt, als eine billige und schlechte Kopie, die nirgendwo auch nur einen Hauch von Originalität zeigt.

SVEN HANSEN

Zürich: H. Hollmann inszeniert Goethes „Stella"

Vieles gut, alles falsch

Hans Hollmann, der immer interessante Regisseur, der noch in der Ära Klingenberg ans Züricher Schauspielhaus geholt wurde und dort viele Erfolge einheimsen konnte, hat sich jetzt Goethes „Stella" vorgenommen. Das Wort „vorgenommen" ist wörtlich gemeint. Nach dem letzten Vorhang sagte eine Besucherin, das Stück sei doch wohl für das nächste Berliner Theatertreffen inszeniert.

In der Tat, die Produktion ist höchst originell. Diese Stella ist nicht mehr von Goethe, sondern eben von Hollmann. Sehr gekonnt das Ganze, aber man ist doch versucht, an Gustaf Gründgens zu denken, der immer sagte, eine Aufführung müsse richtig sein und gut. Aber richtig sei wichtiger als gut.

Bei Hollmann ist vieles gut – und alles falsch, angefangen von der Hollywood-Musik, die das Geschehen begleitet – als sei Goethes Sprache nicht Musik genug – und bis zu der Führung der Darsteller, die bei ihm zu bloßen Marionetten werden.

Die Fabel ist bekannt: Fernando liebt und heiratet Cäcilie, die sich später Madame Sommer nennt, macht ihr ein Kind, verläßt sie, findet Jahre später anderswo die blutjunge Stella, heiratet sie, macht ihr ein Kind, verläßt sie, kommt, wieder Jahre später, zu ihr zurück, um – Tableau! – auf Madame Sommer zu stoßen, deren Tochter – seine Tochter! – bei Stella als Gesellschafterin eintreten soll. Er kann sich für keine der beiden Frauen entscheiden, die ihn dennoch beide, obwohl er sich nicht gerade fein benommen hatte, über alles lieben. Die Lösung: Man wird zu dritt leben.

Goethe hat dies Ende 1775 geschrieben, aber viele Jahre später geändert. In der zweiten, für ihn allein gültigen Fassung bringt sich Fernando um, desgleichen Stella. Doch Hollmann bleibt bei dem ersten Schluß. Um zu unterstreichen, wie skandalträchtig diese Lösung für die damalige Zeit war, zeigt er genußvoll die skandalisierte Mitwelt – während die drei hingebungsvoll Ringelreihen tanzen.

Die Mitwelt: Das ist die Postmeisterin, ihre Tochter, ihr Knecht, der Gutsverwalter. Sie alle spielen bei Goethe wenig mehr als die Rolle von Stichwortgebern. Nun werden sie aufgemotzt. Das heißt, sie müssen unerträglich chargieren. Überflüssig, die Namen der guten Zürcher Schauspieler zu nennen, die hier mißbraucht werden. Man wird sie beim Berliner Theatertreffen wiedersehen – vermutlich.

Goethes „Stella" – die verlassene, noch mädchenhafte Frau ist rührend und leise, als wolle sie durch ihren Schmerz oder über ihre nur vorübergehenden Anfälle von Glück niemanden stören. Bei Hollmann ist nichts leise, alle Darsteller schreien wie am Spieß. Bei Goethe weint man. Bei Hollmann wird viel gelacht. Absicht? Oder ist da doch manches in letzter Minute schiefgegangen?

Sicher liegt vieles an Matthias Habich. Der ist nun mal kein Liebhaber, keiner Zartheit fähig. Er ist ein Schwadroneur. Ein Angeber. Es bleibt unerfindlich, warum zwei Frauen sich in ihn verliebt haben. Wenn er zärtlich sein soll, wird er komisch.

Die junge schöne Marina Wandruszka ist viel zu kräftig für die doch gleichsam gewichtslose Stella. Sie ist überhaupt nicht bemitleidenswert. Madame Sommer ist die außerordentliche Schauspielerin Reinhild Solf. Sie und nur sie bleibt leise, und sie hat ein Gesicht, das erschüttert. Es zeigt die ganze Größe des ihr auferlegten Verzichts. Sie rührt. Wenn sie auftritt, wenn sie spricht, verstummt das Lachen. Aber das Stück heißt schließlich „Stella".

Dem Publikum schien es zu gefallen. Schien – das weiß man in diesen Tagen in Zürich nicht so genau. Buh-Rufe für die Regie gingen unter.

CURT RIESS

Verdis Oper „Aida" im Zürcher Hallenstadion

Gift in der Stimme

Es flogen keine Sitzkissen, der Szenenapplaus klang artig und diszipliniert. Im Zürcher Hallen-Stadion herrschte nicht die Atmosphäre der Arena von Verona, sondern deren gepflegte schweizerische Variante. Der Vergleich mit Verona lag allerdings nahe genug: Die derzeit obdachlose Zürcher Oper hatte im Rahmen der Juni-Festwochen die 6500 Zuhörer fassende Sporthalle leergeräumt, eine überdimensionale Bühne errichtet und Giuseppe Verdis „Aida", die Veroneser Erfolgsoper, inszenieren lassen.

Regisseur Vittorio Rossi, der in Zürich auch sein eigener Bühnen- und Kostümbildner war, hat Erfahrung mit solch ungewöhnlichen Opern-Umgebungen. Er betreute die „Aida" bereits in der Berliner Deutschlandhalle, in der Dortmunder Westfalenhalle, und auch in Verona war er schon mal dabei. Er weiß also, worauf es unter diesen Umständen ankommt: auf großflächige, dekorative, möglichst symmetrische Bilder, weniger auf ein schlüssiges, aufeinander bezogenes Spiel der Hauptakteure – das läßt sich nämlich über Distanzen von weit mehr als 100 Metern ohnehin vom Publikum nicht mehr nachvollziehen.

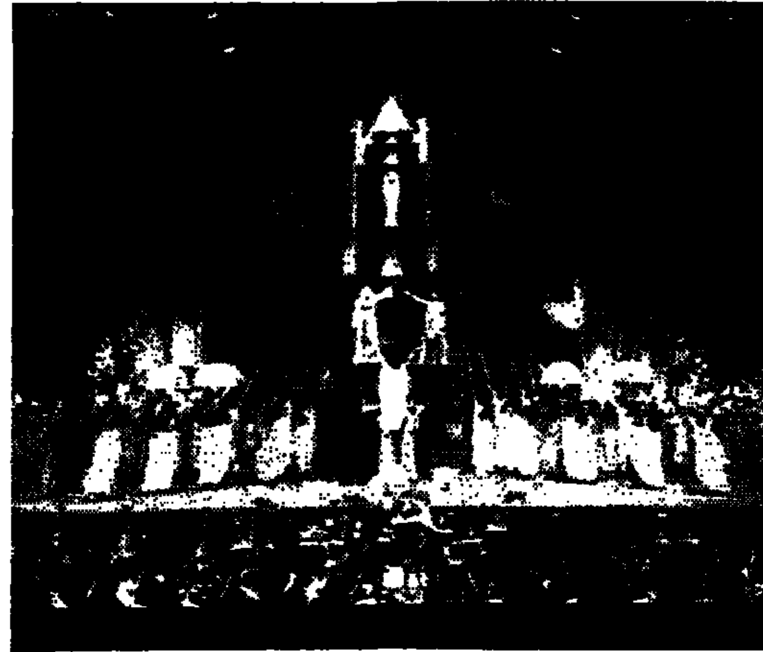
So rückten denn das Zürcher Ballett, die 200 Chorsänger und die 200 Statisten in den Mittelpunkt der Inszenierung. Sie bevölkerten die Bühne, wann immer sich ihr Auftritt mit dem Handlungsablauf vereinbaren ließ – stets in prächtigen pseudo-ägyptischen Gewändern, stets in nicht enden wollender Reihenformation. Manchmal waren sie allerdings auch zur Stelle, wenn sie eigentlich auf der Bühne nichts verloren hatten. Was soll z. B. die Anwesenheit einer ganzen Kompanie von Soldaten im Nil-Bild, wenn sie dem feindlichen Äthiopier-König Amonasro dann doch nur tatenlos zusehen?

Wenn es auch einige Ungereimtheiten gab, wenn auch zu einer Neudeutung des Werkes nichts Wesentliches beigetragen wurde – schöne Bilder gab es jede Menge anzusehen. Bestechend auch die meisten Sänger, auch sie größtenteils veronaerfahren: Nicola Martinucci war ein bewundernswert durchschlagskräftiger Radames, Elena Obraztsova eine Amneris mit Gift in der hochkarätigen Stimme. Ein reiner Genuß auch Maria Chiara als Aida. Sie brachte das Kunststück fertig, trotz der Riesenhalle ihre Partie mit einer fast kammermusikalischen Differenzierung auszustatten.

Sicher kam dabei den Sängern zugute, daß sie von der Sporthallenakustik – auf Verstärkeranlagen hatte man weise verzichtet – nicht so stark beeinträchtigt wurden wie das Orchester. Dirigent Nello Santi konnte so akkurat, so glutvoll musizieren wie er wollte – Durchschlagskraft hatte der Orchesterpart in den hinteren Reihen keine mehr, ein Fortissimo-Ausbruch kam dort allenfalls als moderates Mezzoforte an.

Und ob der Breitenerfolg der Aufführung reichen wird, die für die beiden nächsten Spielzeiten angedrohten Etatkürzungen bei der Zürcher Oper zurückzunehmen, darf bezweifelt werden. Intendant Claus Helmut Drese hat jedenfalls vorsorglich schon einmal mit seiner Kündigung gedroht, da er nicht zusehen will, wie seine Oper durch Sparmaßnahmen „reprovinzialisiert" wird.

STEPHAN HOFFMANN



Verona auf Schweizer Art: Szene aus der „Aida" im Zürcher Hallenstadion FOTO SCHIMERT-RAMME

KULTURNOTIZEN

Das Bach-Collegium München unter der Leitung von Wolfgang Scheidt wird am Internationalen Musikfestival Istanbul (20. 6.–15. 7.) teilnehmen.

„California Landscapes", Fotografien von Andrew Shumaker, zeigt die Bonner Galerie Hoffmann/Schäfer bis zum 31. Juli.

Hortense von Gelmini und Klaus Jentsch erhielten Buchpreise der Arbeitsgemeinschaft für Werbung, Markt- und Meinungsforschung.

Mit der Silbernen Feder von Mexiko wurde der in Hamburg lebende Autor Norman Foster ausgezeichnet.

Wolfgang Trautwein übernimmt 1984 die Leitung des Kölner Theaters „Der Keller".

Der Kunstpreis 1983 der Landesbank Stuttgart für Originalgrafik wurde erneut ausgeschrieben. Er ist mit 10 000, 3000 und 2000 Mark dotiert. Einsendeschluß ist der 21. September.

„7000 Jahre China in Venedig" ist der Titel einer großen Sommerausstellung im Dogen-Palast (bis 31. 12.) der Lagunen-Stadt.

Eine Untersuchung zur Erhaltung von historischen Glasfenstern hat der NATO-Umweltausschuß beim Fraunhofer-Institut in Würzburg in Auftrag gegeben.

JOURNAL

Generalversammlung des ITI in Berlin

dpa, Berlin

Mit einem Friedensappell endete in der Ostberliner Kongreßhalle die einwöchige Generalversammlung des 20. Kongresses des Internationalen Theaterinstituts (ITI). In dem Appell fordern die Theaterschaffenden aus 47 Ländern „die Beendigung des Wettrüstens, die Begrenzung und Reduzierung der Rüstungen und die Vernichtung aller Kernwaffen". Der nächste ITI-Weltkongreß findet vom 2. bis zum 9. Juni 1985 in Kanada (Montreal und Toronto) statt. Zum neuen Generalsekretär wurde der französische Regisseur André Louis Perinetti gewählt. Das ITI-Exekutivkomitee wird auf seiner ersten Sitzung nach dem Kongreß den Präsidenten wählen. Der jetzige ITI-Präsident ist der Pole Janusz Warminski. Die westdeutsche Delegation wurde vom Münchener Generalintendanten August Everding angeführt, der auch westdeutscher ITI-Präsident ist.

Tumulte bei Mormonenchor

I. B. Jerusalem

Orthodoxe Talmudstudenten störten durch Tumulte die Aufführung des amerikanischen Mormon-Tabernacle-Choirs aus Salt Lake City, der in der Jerusalemer Kongreßhalle Händels Oratorium „Der Messias" sang. Erst, nachdem die Polizei eingriff und die wütenden Talmudschüler verhaftete, beruhigte sich das aufgebrachte Publikum, und die Sänger konnten das Oratorium zu Ende singen. Da der genannte Tumult nicht der einzige Vorfall ist, der sich durch Anhänger orthodoxer Kreise in Jerusalem ereignete, seit der Chassidische Rabbiner von Satmar am 7. 6. mit Diplomatenpaß aus den USA einreiste, ist ein Zusammenhang zwischen diesen Tumulten und dem Rabbiner-Besuch nicht auszuschließen.

Münchener Filmfest mit vollem Programm

dpa, München

Nach einer wechselvollen Vorgeschichte wird das erste Filmfest München nun vom 18. bis zum 26. Juni veranstaltet. Das Filmfest will mit rund 80 neuen Filmen, Erstaufführungen, Filmreihen und Sonderprogrammen nicht nur die Cineasten, sondern vor allem das breite Publikum ins Kino locken, erläuterte Eberhard Hauff, seit April des Jahres Leiter des Festes. Als ein „Forum für den deutschen und internationalen Film ohne Wettbewerbsanspruch" sei das Fest in München gedacht. Eröffnet wird das Filmfest mit dem amerikanischen Film „Local Hero" von Bill Forsyth.

Eröffnung eines Kunstgewerbemuseums

dpa, Kassel

Kassel hat jetzt ein neues Ausstellungsgebäude: Im südlichen der beiden klassizistischen Torwächterhäuschen an der Wilhelmshöher Allee sind die Kunstgewerbebestände der Staatlichen Kunstsammlungen vom Historismus bis zur Gegenwart nun der Öffentlichkeit zugänglich. Von den vier Schaukomplexen – Historismus, Jugendstil, zwanziger/dreißiger Jahre und Nachkriegszeit – bildet die Jugendstilsammlung den bedeutendsten Teil. Zu den Kostbarkeiten der Abteilung gehören Gläser von Gallé, Tiffany und Loetz, graziles Eierschalenporzellan aus Rozenburg/Niederlande und Möbel von Henry van de Velde.

Doch ein Direktor fürs Kupferstichkabinett?

AP, Berlin

Der Stiftungsrat der Stiftung Preußischer Kulturbesitz will die durch Einsparungen des Bundes gefährdete Stelle des Direktors des Berliner Kupferstichkabinetts (vergl. WELT v. 8. 4.) erhalten. Der jetzige Leiter des international bekannten Dahlemer Instituts, Fedor Anzelewski, tritt am 31. März 1984 in den Ruhestand. Danach sollte der Posten durch einen Sparbeschluß des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages nicht wieder besetzt werden. In einer Erklärung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz hieß es jetzt, der Stiftungsrat habe auf einer Sitzung noch einmal den internationalen Rang des Kupferstichkabinetts betont und die „Tür zu neuen Überlegungen geöffnet", die das Ziel haben, die Stelle des Institutsdirektors in der jetzigen Form zu erhalten.

Europäische Utopien im Gesamtkunstwerk

Min. Düsseldorf

Ein Glück, daß das Gesamtkunstwerk, das Totaliton, nie realisiert wurde. So blieb und bleibt wenigstens der Wunsch danach, die Vision. Auf diese Formel läßt sich die Ausstellung „Der Hang zum Gesamtkunstwerk" bringen, die die europäischen Utopien seit 1800 zeigt: von Boullées französischer Revolutionsarchitektur über Richard Wagners Idee vom „Kunstwerk der Zukunft", Kurt Schwitters' ironischen Merzbau, Walter Gropius' volltechnisiertes und dennoch entmaterialisiertes Totaltheater bis hin zu Beuysens „erweiterter" Steinskulptur „Das Ende des 20. Jahrhunderts". Von Zürich her kommend (vgl. WELT v. 14. 2.), ist die aufwendige Schau nun in den Räumen der Kunsthalle und des Kunstvereins Düsseldorf zu sehen, der einzigen deutschen Station (bis 10. Juli, Kat. 45 Mark).

Pariser Detektive auf der Spur des AIDS-Virus

Vorsichtiger Optimismus im Louis-Pasteur-Institut

A. GRAF KAGENECK, **Paris**
Wissenschaftler sind vorsichtige Leute: Die Forscher des im Jahre 1888 von Louis Pasteur errichteten bakteriologischen Instituts in der Rue du Dr. Roux in Paris sind es ganz besonders. Sie wissen, was sie ihrem großen Gründervater und dem Ruf ihrer Institution schuldig sind. Also sind sie äußerst zurückhaltend, wenn man sie auf die ihnen zugeschriebene Entdeckung des AIDS-Virus anspricht, jenes verheerenden Erregers, der die Widerstandskraft des menschlichen Organismus gegen fremde Eindringlinge lähmt und den Betroffenen damit dem langsamen, aber sicheren Tod ausliefert.

Die Mannschaft des Virologie-Professors Luc Montagnier am Institut Pasteur hat daher als Folge von Agenturberichten und Pressemeldungen, die gegen Ende Mai erschienen waren, folgende Erklärung herausgegeben: „Zu Presseberichten, wonach eine Mannschaft des Pasteur-Instituts einen Virus isoliert habe, der für AIDS verantwortlich zu machen ist, stellen wir fest: Es ist richtig, daß eine Forschermannschaft unseres Instituts in Zusammenarbeit mit zwei Klinikärzten zweier Pariser Hospitäler Arbeiten über den Ursprung dieser neuen Krankheit ausführt, wie das auch andere Forscherteams in anderen Ländern der Welt tun, und daß sie unlängst einen Virus isoliert haben. Der augenblickliche Stand unserer Arbeiten aber erlaubt es uns nicht anzukündigen, daß dieser Virus der Agent dieser Krankheit ist, deren Mechanismus wahrscheinlich komplex ist."

Die Resultate der Pasteur-Forscher wurden inzwischen in der amerikanischen Revue „Science" veröffentlicht. Professor Montagnier beschreibt in seinem Beitrag, wie man mit detektivischem Spürsinn in den Lymphdrüsen zweier Patienen einen Retro-Virus isoliert habe, der zwar zur Familie der erst kürzlich entdeckten T-Zellen-Leukämie-Viren (HTLV) gehöre, sich aber ganz klar von den bisher entdeckten Viren dieser Familie unterscheide. Charakteristisch an dem Virus sei, daß er sich hauptsächlich in den Lymphdrüsen befinde. Dort könne er eine verheerende Wirkung ausüben, wenn er die Lymphdrüsen nicht mehr arbeiten lasse. Denn hier werden wie in der Milz weiße Blutkörperchen als Anti-Agenten gegen schädliche Eindringlinge erzeugt.

Beide untersuchten Patienten waren homosexuell. Einer, ein 33jähriger Mann, gab an, innerhalb eines Jahres weltweit Kontakt mit 50 Partnern gehabt zu haben. Der Patient hatte sich wegen Beschwerden in der Ohrspeicheldrüse beim Arzt gemeldet.

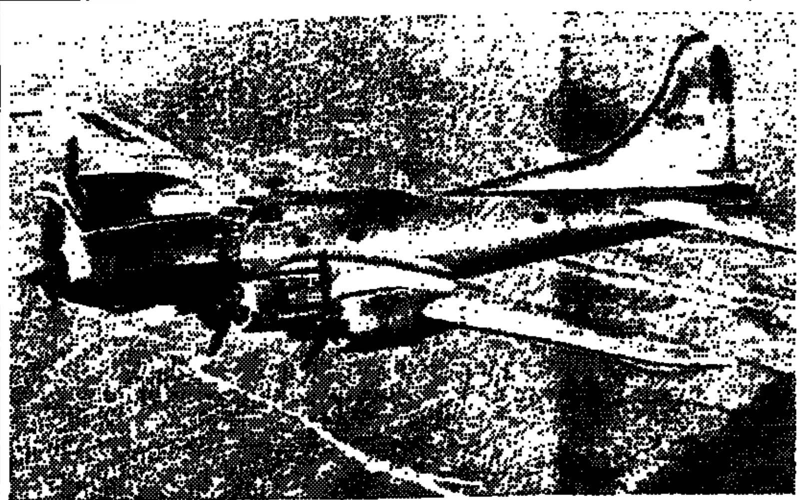
Der zweite Patient hatte Kontakt mit einem Mann unterhalten, der bereits von einem AIDS-Virus infiziert war. Das Institut weist aber ausdrücklich darauf hin, daß die Krankheit, die in bisher 70 Prozent der Fälle tödlich verlaufen, nicht nur unter Homo-, sondern auch unter Heterosexuellen und Blutkranken auftritt. Sie kann auch durch Bluttransfusionen übertragen werden.

Nach allen Beobachtungen, die die Pariser Ärzte in sieben Monaten machten, schlossen sie nicht aus, daß der von ihnen isolierte Virus „einer der Agenten der Krankheit" sein könnte.

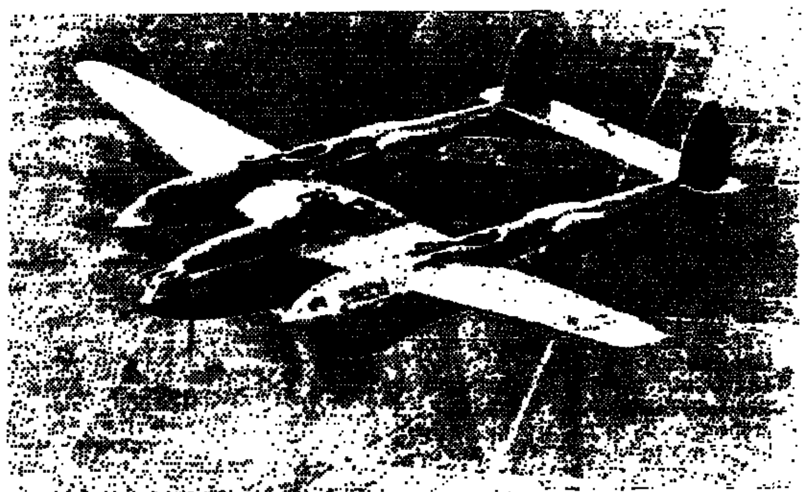
Professor Montagnier bezeichnete den Virus der WELT gegenüber als „außerordentlich gefährlich und nicht ohne weiteres im Tierversuch, etwa bei Affen, manipulierbar". Auch verfüge Frankreich zur Zeit nicht über die nötigen Anlagen, um eine Einpflanzung des Virus in Affen ohne Gefahr für die Wissenschaftler vorzunehmen. Versuche „in vitro" seien dagegen möglich und dauerten auch weniger lange. Nur hätten sie den Nachteil, daß ihre Ergebnisse nicht den gleichen Stellenwert hätten wie Versuche mit eingepflanzten Viren.

Verblüffend sei auch, kommentierte der Wissenschaftler, daß gewisse Bevölkerungsgruppen etwa in Südjapan bereits mit dem Virus lebten, also immunisiert seien, während man ihn in Amerika und Europa total hilflos ausgeliefert sei. Es sei daher nicht auszuschließen, daß der Virus „variabel" sei, sich also auf seinen Wanderungen ändere.

Der französische Wissenschaftler wird am 18. Juni in Frankfurt einem Ärzteseminar über seine Forschungen berichten.



Die fünfmotorige B-17, die „Fliegende Festung". Zwei Maschinen dieses Typs liegen auf Grönland unter Schnee und Eis. FOTOS: DPA



Eine dreimotorige P-38, genannt „Fliegender Tiger"; für amerikanische Flugzeugfans die „romantischste Maschine des Zweiten Weltkrieges".

Auf Grönland steigt Operation „Fliegender Tiger"

dpa, **New York**
Die Geschichte beginnt vor 41 Jahren: Der erste Versuch der USA, im Zweiten Weltkrieg über eine Luftbrücke Nachschub und Flugzeuge nach Großbritannien zu schaffen, endet in einem Fiasko. Deutsche Funker, die möglicherweise von einem U-Boot aus operierten, kannten den Code der Amerikaner und leiteten die Flugzeug-Armada in die Eiswüste Grönlands um. Die sechs Jagd- und Kampfflugzeuge des legendären Typs P 38, genannt „Fliegender Tiger", und die beiden „Fliegenden Festungen" vom Typ B 17, mußten notlanden, weil der Treibstoff zur Neige ging.

Um eben diese Flugzeuge geht es in diesem Sommer, 41 Jahre später. Sie sind unter einer Eisschicht von neun bis zwölf Metern Stärke bestens erhalten – konserviert vom ewigen Eis der Ostküste Grönlands. Eine Gruppe von 15 Amerikanern hat sich jetzt aufgemacht, um vor allem die sechs „Tiger" zu bergen, von denen es nur noch fünf flugfähige Maschinen auf der Welt gibt.

P 38, dieses Typenkürzel ist in den USA verbunden mit Episoden aus dem Zweiten Weltkrieg. Major Richard I. Bong, erfolgreichster Kampfflieger seines Landes, schoß mit einer Maschine diesen Typs 40 japanische Flugzeuge ab, und Major Tommy McGuire brachte es auf 38 Abschüsse. Amerikas Superheld der 20er und 30er Jahre, Charles A. Lindbergh, obwohl Zivilist, flog in dieser Maschine 50 geheime Einsätze. Und mit einer „Tiger" wurde der Mann gejagt und getötet, dessen Kriegsleistung noch heute für jeden amerikanischen Militär ein Alptraum ist: Admiral Isoroku Yamamoto, Kommandeur der gesamten japanischen Flotte und Planungschef für den japanischen Überraschungsangriff auf Pearl Harbor.

Die von den Deutschen erzwungene Notlandung vor 41 Jahren hatten alle 25 Mann an Bord der Flugzeuge überlebt. Nach zehn Tagen qualvollen Wartens wurden sie mit Hundeschlitten geborgen. Der Pilot, der damals mit seinem Flugzeug als erster heil herunterkam, war Brand McManus. Er lebt heute als Grundstücksmakler in Pennsylvanien. In seiner Brieftasche verwahrt er als Andenken nach wie vor ein Foto seiner P 38, die bei der Landung auf dem Eis umkippte.

Für die Jagd nach den sechs P 38 im Gletschereis Grönlands hat sich Russell D. Rajani (40) von seinem Dienst als Flugkapitän einer Verkehrsmaschine beurlauben lassen. „Für mich wird ein Traum Wirklichkeit, das wird das größte Abenteuer meines Lebens", sagt Rajani. „Die P 38 ist die romantischste Maschine, die im Zweiten Weltkrieg geflogen wurde. Zu wissen, daß es sechs davon gibt, die nur ausgegraben werden müssen, ist eine Chance, die ich nicht auslassen kann."

Die Expedition von Russell D. Rajani, die mit allen technischen Hilfsmitteln und schwerem Gerät anrückt, hat nur die Sommermonate bis Anfang September Zeit, um ihren Schatz aus dem meterhohen Eis auszugraben. „Es wird ein kalter Sommer", sagt einer der 15 Amerikaner. Nachdem es vier Jahre gedauert hatte, um die Flugzeuge, die vom Eis eines Gletschers bis auf 27 Kilometer an das Meer herangeschoben worden sind, genau zu orten und die Expedition vorzubereiten, sind die Männer ungeduldig. „Ich kann nicht mehr warten, ich bin bereit. Wir alle sind aufgeregt", sagt Expeditionsleiter Rajani.

H. D. QUIGG

Ein Kampf um den Ausbruch aus der Dunkelheit

13jährige blinde Schülerin wurde in Frankfurt Bundessiegerin im 24. Vorlesewettbewerb des Deutschen Buchhandels

H. H. KANNENBERG, **Heidelberg**
„Die Welt", sagt Anja Geißler (13), knapp 1,60 m groß, blond und schlank, „die Welt ist sicherlich sehr schön. Wenn ich daran denke, wie sie in den Büchern beschrieben wird, müssen manche Dinge überwältigend sein. Zum Beispiel ein Pony auf der Wiese. Oder der Wald. Ganz besonders gut gefällt mir die Farbe Blau. Der blaue Himmel – das klingt wunderschön!" Der Teenager Anja aus dem baden-württembergischen Dossenheim bei Heidelberg hat Sehnsucht nach den Bildern, die sie in ihrer Freizeit aus ihren geliebten Jungmädchenbüchern („Die kleine Wolke Clementine", „Ronja Räubertochter", „Dick und Dalli und die Ponys") in sich hineintastet. Anja ist von Geburt an blind. Letzte Woche qualifizierte sie sich in Frankfurt als Bundessiegerin im 24. Vorlesewettbewerb des Deutschen Buchhandels, Gruppe Haupt- und Sonderschulen.

Die sensiblen Fingerspitzen ersetzen ihr die Augen. Mit sechs Jahren begann sie ihren ganz persönlichen Kampf um den Ausbruch aus der Dunkelheit: Sie lernte lesen nach dem Braillesystem (Blindenschrift), jener genialen Anordnung von sechs erhabenen plastischen Punkten, deren alphabetische Variation 1839 für Millionen Blinde die Welt veränderte. Als sie acht Jahre alt war, wagte sich Anja an ihr erstes Buch. „Von da an", sagt sie, „kam ich von den Büchern nicht mehr los!"

Sie schmökerte zusammen was sie bekommen konnte: „Geschichten vom Kater Musch", „Kalle Blomquist", „Wir pfeifen auf den Gurkenkönig", „Die kleine Hexe". Langsam rückten ihre anderen Hobbys Orgel, Blockflöte und Reiten („Auf einer Pferdekoppel bei uns in der Nähe, meine Mutter brachte mich immer hin!") in den Hintergrund. Als im Herbst 1982 an ihrer Schule, der staatlichen Blindenschule Ilvesheim bei Mannheim, für die sechsten Klassen der Vorlesewettbewerb 1983 ausgeschrieben wurde, war Anja mit dabei. Sie gewann mit der Geschichte „So leicht fängt man keine Katze" von Siegfried Lenz.

Über den Sieg beim Kreis-, Bezirks- und Landesentscheid führte Anjas Weg zum Bundeswettbewerb nach Frankfurt, wo sich die 29 besten Vorleser von 440 000 Schülerinnen und Schülern trafen. „Als ich noch klein war, vielleicht acht oder neun, hatte mir mal jemand ‚Ronja Räubertochter' von Astrid Lindgren vorgelesen. Ich fand das so spannend, daß ich es nicht vergessen hatte. Das liest du in Frankfurt, dachte ich."

Daß Anja die sehende Konkurrenz aus dem Feld schlug und dem Namen ihrer Schule auf dem Wanderpreis einen Ehrenplatz sicherte, hat ihr zum ersten Mal im Leben den Nimbus einer Erfolgskanone beschert. Doch als nach dem Wettbewerb in Frankfurt die Teilnehmer den Zoo oder das Senckenberg-Museum besuchten, ging die 13jährige mit ihrer Lehrerin in den Palmengarten. „Meine Augen sind die Hände", sagt Anja Geißler, „und im Zoo oder im Senckenberg hätte ich ja doch nichts anfassen dürfen. Da habe ich mich über die Blumen im Palmengarten mehr gefreut!"

Sie hat als zu früh geborenes Baby im Brutkasten das Augenlicht verloren und niemals einen Schimmer von der Welt „gesehen". Doch sie stellt sich die Welt wunderschön vor. Diese positive Phantasie klingt durch in ihrer Stimme, und das mag die Juroren in Frankfurt hingerissen haben. Daß ihr Schicksal vergleichsweise hart ist, empfindet Anja eigentlich nur dann, wenn es um Bücher geht: „Es gibt so viele Geschichten, die mich interessieren. Doch viele gibt es nicht für Blinde, sondern nur in Schwarzschrift." (Schwarzschrift = normale Schrift, im Gegensatz zur Blindenschrift.)

Sie will demnächst an die Deutsche Blindenstudienanstalt nach Marburg wechseln und dort ihr Abitur bauen. Als Berufswunsch schwebt ihr Sekretärin vor, denn sie ist Realistin und kennt die Blindenhilfsmittel, die solche Lebensziele erreichbar machen. Gelegentlich, wenn sie sich mit einem Buch aus der Realität eines blinden Mädchens fortstiehlt, gerät sie jedoch ins Träumen: „Dann möchte ich", sinniert sie, „im Rundfunk oder im Fernsehen Kindern Geschichten vorlesen. Dann wäre ich wunschlos glücklich!"

Von der Beziehung zwischen Sternbildern und Weinsorten

Erstes astrologisches Brevier für Alkoholfreunde

dpa, **Stuttgart**
Jetzt sind die Sterne auch zum Thema Wein gedeutet worden. In einer von Rudolf Knoll verfaßten „Heiteren astrologischen Weinkunde" wird untersucht, welche Weine den verschiedenen Sternzeichen zuzuordnen sind. Zur Begründung seiner vom Stuttgarter Seewald-Verlag herausgebrachten Vinologie zitiert Knoll den Schweizer Psychologen Carl Gustav Jung (1875 bis 1961): „Wir sind zu einem gegebenen Augenblick an einem gegebenen Ort geboren worden. Und wir besitzen, gleich wie berühmte Weinsorten, die Qualitäten des Jahres und der Jahreszeit, die uns zur Welt kommen sahen."

- Zum Steinbock (22. Dezember–20. Januar) paßt, so Knoll, der ertragssichere Müller-Thurgau, der kaum jemals enttäuscht;
- zum Wassermann (21. Januar–20. Februar) der Riesling, der viel Originalität entfaltet und von Kennern geschätzt wird;
- zum Fisch (21. Februar–20. März) der Silvaner, der zurückhaltend und keineswegs aufdringlich ist;
- zum Widder (21. März–20. April) der eigenwillige Weißburgunder, der – wie die Sorte Chablis zeigt – die Kraft hat, in den Kopf und die Beine seiner Genießer zu gehen;
- zum Stier (21. April–20. Mai) der Gamay, die Hauptsorte des Beaujolais, der als frisch und unverwüstlich gilt;
- zum Zwilling (21. Mai–21. Juni) der ertragreiche Portugieser, auch als Seelentröster bezeichnet, der in schlechten Zeiten niemand im Stich läßt;
- zum Krebs (22. Juni–22. Juli) der wenig aufdringliche Gutedel, der in seiner ausgewogenen Qualität sehr beständig ist;
- zum Löwe (23. Juli–23. August) der Traminer, der in guten Jahren Spitzenweine edelster Güte hervorbringt und dem „königlichen Sternzeichen" angemessen ist;
- zur Jungfrau (24. August–23. September) der Ruländer aus der großen Burgunderfamilie, der als schwerer und wuchtiger Wein eingestuft wird;
- zur Waage (24. September–23. Oktober) der vollmundige und samtige Spätburgunder, der zu den edelsten Rotweinsorten gehört;
- zum Skorpion (24. Oktober–22. November) der Cabernet Sauvignon, einer der edelsten Rotweine, der nach entsprechender Reife seine Qualität zeigt;
- zum Schützen (23. November–21. Dezember) der Muskateller mit seinem kräftigen, aber feinen Muskatbukett.

Mancher „Weinzahn" wird mit der ihm unter astrologischen Aspekten zugewiesenen Rebsorte vielleicht nicht ganz einverstanden sein. Aber Ausnahmen bestätigen die Regel. Das trifft sicherlich auch auf Knolls Versuch zu, bestimmte Weingewohnheiten nach der Typologie der Sternzeichen auszumachen. Wenig Widerspruch dürfte jedenfalls das am Ende des Buches angeführte Wort des Dichters Viktor von Scheffel finden: „Ein braver Kerl trinkt immerdar, soviele Tag es gibt im Jahr . . ."

(KARL-ERNST JIPP)

Arzt zurück aus afghanischer Haft

SAD, **Paris**
Der französische Arzt Philippe Augoyard (30) ist am Wochenende nach viereinhalbmonatiger Haft in Afghanistan in seine Heimat zurückgekehrt. Der Mitte März in Kabul wegen „illegaler Einreise nach Afghanistan" und „Kollaboration mit konterrevolutionären Kräften" zu acht Jahren Gefängnis verurteilte Arzt war am 3. Juni von den afghanischen Behörden begnadigt und vor zwei Tagen aus der Haft entlassen worden. Müde, blaß, fiebrig und äußerst nervös traf der Arzt am Sonnabend mit einem Linienflug aus Bombay kommend in Paris ein. Ohne eine Erklärung abzugeben, flog Augoyard an Bord eines Privatflugzeuges weiter nach Poitiers zu seinen Eltern. Philippe Augoyard war im Herbst 1982 als Arzt einer internationalen Hilfsorganisation nach Afghanistan eingereist, um dort den afghanischen Widerstandskämpfern ärztliche Hilfe zu leisten.

Sonnenfinsternis und Erdbeben in Indonesien

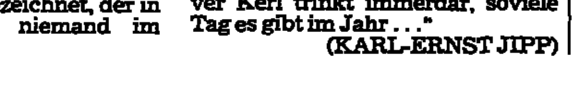
AP, **Jakarta**
Die erste totale Sonnenfinsternis auf der indonesischen Insel Java seit mehr als 350 Jahren und ein etwa gleichzeitiges Erdbeben haben am Samstag Millionen von Bürgern Angst und Schrecken eingejagt. Gebetstrommeln und Kirchenglocken begleiteten den herannahenden Mondschatten, der über den Indischen Ozean strich. Genau um 11.26 Uhr Ortszeit erreichte der Schatten die Millionenstadt Jakarta und tauchte sie fünf Minuten lang ins Dunkel.

Die Menschen ließen alles stehen und liegen, viele beteten. Die javanische Mythologie schreibt die Sonnenfinsternis einem bösen Riesen namens Kalau Rau zu, der die Sonne verschlingt. Um ihn zu verjagen und das Tageslicht zurückzuholen, werden die Trommeln geschlagen. Daß auch im heutigen Indonesien mit überwiegend moslemischer Bevölkerung das Naturschauspiel den Menschen solche Furcht einjagte, daß viele sich nicht aus dem Haus wagten, hatte freilich auch einen anderen Grund: Mit einem massiven Öffentlichkeitsfeldzug hatte die Regierung darauf hingewiesen, daß das Betrachten der Sonnenfinsternis zu Blindheit führen könne. Ein 33jähriger Familienvater ist tatsächlich, wie die Zeitung „Daily Compass" gestern berichtete, erblindet. Er hatte das Spektakel ohne Sonnenbrille verfolgt. Eine knappe Stunde vorher hatte ein Erdbeben von einer Stärke zwischen 3,5 und 5 auf der nach oben offenen Richter-Skala das Land erschüttert. Das Beben wurde auch im amerikanischen Coalinga registriert, das vor fünf Wochen von einem schweren Erdbeben zu 90 Prozent zerstört worden war. Auch diesmal wurden Sachschäden gemeldet. Menschen kamen nicht zu Schaden.

Nach Hochwasser Dürre in Bolivien

AFP, **La Paz**
Die schwerste Dürrekatastrophe in Bolivien seit einem halben Jahrhundert hat Ernteschäden im Wert von 400 Millionen Dollar verursacht. In diesem Jahr werden 1 233 000 Tonnen Nahrungsmittel fehlen, und das Bruttosozialprodukt droht um 30 Prozent zurückzugehen. Die Zahlen veröffentlichte das Finanzministerium in La Paz. Nach den schweren Überschwemmungen im April, die in der Provinz Santa Cruz den Tod von mehr als hundert Personen verursachten und 100 000 Hektar landwirtschaftlicher Nutzflächen verwüsteten, sind nun sechs der neun Provinzen Boliviens von einer schweren Dürre betroffen. Hunderttausende von Stück Vieh sind verendet, Millionen weitere durch mangelnde Nahrung vom Tod bedroht. 70 Prozent der Weiden und 246 000 Hektar Agrarfläche sind durch die Dürre unbenutzbar geworden.

WETTER: Wolkig



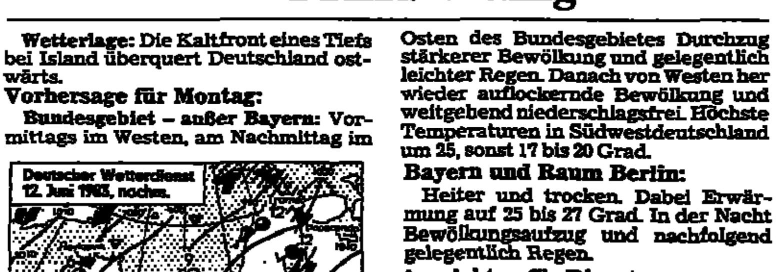
Wetterlage: Die Kaltfront eines Tiefs bei Island überquert Deutschland ostwärts.

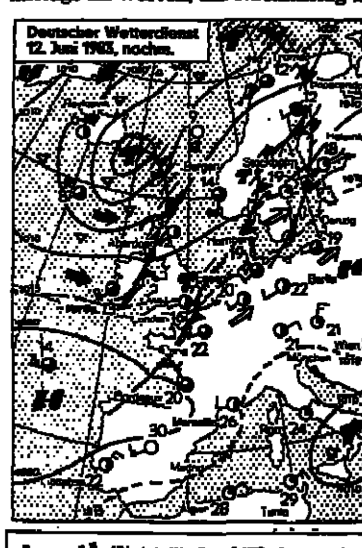
Vorhersage für Montag:

Bundesgebiet – außer Bayern: Vormittags im Westen, am Nachmittag im Osten des Bundesgebietes Durchzug stärkerer Bewölkung und gelegentlich leichter Regen. Danach von Westen her wieder auflockernde Bewölkung und weitgehend niederschlagsfrei. Höchste Temperaturen in Südwestdeutschland um 25, sonst 17 bis 20 Grad.

Bayern und Raum Berlin:
Heiter und trocken. Dabei Erwärmung auf 25 bis 27 Grad. In der Nacht Bewölkungsaufzug und nachfolgend gelegentlich Regen.

Aussichten für Dienstag:
Heiter bis wolkig und trocken, gegen Abend im äußersten Westen Eintrübung und nachfolgend Regen, 20 bis 23 Grad C.





Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	22°	Kairo	29°
Bonn	20°	Kopenh.	16°
Dresden	23°	Las Palmas	21°
Essen	20°	London	16°
Frankfurt	23°	Madrid	30°
Hamburg	19°	Mailand	24°
List/Sylt	16°	Mallorca	32°
München	21°	Moskau	17°
Stuttgart	22°	Nizza	24°
Algier	28°	Oslo	17°
Amsterdam	17°	Paris	22°
Athen	24°	Prag	22°
Barcelona	28°	Rom	24°
Brüssel	20°	Stockholm	19°
Budapest	21°	Tel Aviv	27°
Bukarest	15°	Tunis	29°
Helsinki	18°	Wien	21°
Istanbul	25°	Zürich	22°

*Sonnenaufgang am Dienstag: 5.05 Uhr, Untergang: 21.39 Uhr, Mondaufgang: 8.25 Uhr, Untergang 0.54 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Wenn „Abenteuer Deutschland" zum Alptraum wird

M. WEIDENHILLER, **Bonn**
Flordeliza (19), Studentin aus Manila, lächelt scheu. Es bedarf einiger Aufmunterung, sie zum Sprechen zu bringen. Ihre Geschichte: Über ein Inserat lernt sie einen Mann aus Düsseldorf kennen. Er will sie heiraten, schickt ein Flugticket. Mit Tränen setzt sie sich gegen Vorbehalte ihrer Eltern durch, eilt zu dem um 32 Jahre älteren Mann. Am Flughafen angekommen, zwingt er sie, einen Callgirl-Vertrag zu unterschreiben. Sie wird in der Wohnung des Mannes eingesperrt. Schließlich sollen ihre Eltern erpreßt werden und 7500 Mark für „entstandene Kosten" und die „Freiheit" ihrer Tochter bezahlen. Soweit kommt es indes nicht. Der jungen Frau gelingt die Flucht. Nicht die Liebe zu dem Mann, sondern die „Faszination Deutschland" hätten ihr Handeln bestimmt, sagt sie beschämt.

Juanita Santos (27), (alle Namen wurden in der Redaktion geändert), bewirbt sich auf eine Anzeige. Geboten wird ein Sekretärinnenjob in der Bundesrepublik. Im Manila-Hilton trifft sie „Herrn Meyer", der ihr sagt, daß sie in Deutschland zwar Arbeit bekommen könne, wohl aber kaum eine Aufenthaltsgenehmigung. Am einfachsten wäre es daher, wenn sie einen Deutschen heirate. Auch Juanita schiebt allen Argwohn um des „Abenteuers Deutschland" willen beiseite und hält die Konditionen für annehmbar, zumal sie einen freien Rückflug für den Fall, daß es „nicht klappt", augegehandelt hat.

Sie sieht sich ebenfalls als Gefangene in einer Wohnung, diesmal in Stuttgart. Paß und Rückflugticket werden ihr „zur Aufbewahrung" weggenommen. Auch ihr gelingt es zu entkommen, und sie wagt sogar, vor Gericht zu gehen.

Zwei Filipinas, die glimpflich davonkamen und Mut zur Öffentlichkeit hatten. Zwei Beispiele, wo krasse Ignoranz und Naivität rücksichtslos ausgebeutet werden.

Die Zahl der Filipinas, die über Anzeigen – Ehevermittlungsinstitute sind auf den Philippinen verboten – in die Bundesrepublik kommen, um zu heiraten, nimmt zu. Zu nimmt aber auch die Zahl derer, die gegen ihren Willen zur Heirat oder Prostitution gezwungen werden. Sie fühlen sich hilflos und gedemütigt, und sie haben vor allem ihr Gesicht verloren. Das versperrt ihnen die Rückkehr in die Heimat. Ihr Aufschrei bleibt daher unterdrückt, schlägt sich nur in wenigen Fällen in einem Hilferuf an Dritte, zumeist an kirchliche Organisationen, nieder. „Ich schäme mich zuzugeben, daß mein Stolz für 21 000 Pesos verkauft wurde", schreibt Francisca Toledo, um anderen ihre eigene Erfahrung zu ersparen: „Mir war, als ob ich wie ein Sklave an einen neuen Herrn verkauft wurde."

In der Tat sind die Geschäftemacher in Sachen Liebe nicht zimperlich. Als Reisedienst, als Deutsch-Philippinischer Kontaktklub, als Abenteuer-Reisedienst bieten sie Vermittlungen an, via Partnerkataloge oder anspruchsvoller mit Originalfotos. „Was Treue, Liebe, Zärtlichkeit anbelangt, können die europäischen Frauen dazulernen – denn auf den Philippinen ist der Mann noch König", heißt es in der seltsamen Logik einer Werbeschrift. Als Geheimtip wird die Filipina gehandelt, exotisch, unverbraucht, willig, die Frau als Ware gleichsam, zu beziehen per Katalog: 1500 Fotos für 159 Mark.

„Kunden" sind häufig Männer über 50, geschieden, Männer auch, die den immer selbstbewußteren Frauen hierzulande wenig entgegenzusetzen haben und dieses Manko per Brieftasche bei den Filipinas wettzumachen versuchen. Immerhin müssen sie für sie zwischen 7000 und 15 000 Mark hinblättern.

Daß diese zu Tausenden auf unverfängliche Anzeigen reagieren, daß ihre Familien manchmal sogar stolz auf den „Traummann" in spe sind, hat seinen tieferen Grund vor allem in der Armut des Landes und der Geringschätzung der Frau in Asien.

Die Regierung in Manila hat einige, aber offensichtlich wenig effektive Maßnahmen ergriffen: Ein Paß wird der Filipina nur ausgehändigt, wenn sie ein bezahltes Rückflugticket und eine eidesstattliche Erklärung vorlegen kann, daß ihr Gastgeber (ihr künftiger Ehemann) für ihren Unterhalt aufkommen kann. Informationskampagnen in den Medien sollen sie vor einer unbesonnenen Heirat per Postversand warnen.

Seit Herbst 1981 befaßt sich auch das Bonner Innenministerium mit dem Problem, ist aber bisher außerstande, konkret zu helfen, da sich das skrupellose Vorgehen der Vermittler durchaus legal kaschieren läßt: Ihre unsauberen Methoden lassen sich nur schwer beweisen; Sanktionen sind schwierig.

Amsterdam: Für Süchtige Heroin kostenlos?

dpa, **Den Haag**
Die Stadt Amsterdam will an Rauschgiftsüchtige kostenlos Heroin abgeben. Ein entsprechender „experimenteller" Plan soll dem Haager Gesundheitsministerium unterbreitet werden. In einem am Wochenende bekanntgewordenen Brief an das Ministerium argumentiert der Senat der Stadt unter Hinweis auf die Problematik verbotenen Heroingenusses, daß durch eine Legalisierung der Süchtige körperlich, psychisch und sozial besser mit dem Problem fertig werden könne. Amsterdam gilt als besonders aufgeschlossen bei der Betreuung von Süchtigen harter Drogen. Den Abhängigen kann heute schon auf ärztliche Verordnung kostenlos Methadon verabreicht werden – eine Droge, die bei der Entwöhnung von Heroin hilft. Die Therapie setzt freilich die Mitwirkung der Süchtigen voraus. In Amsterdam leben aber Tausende von Süchtigen illegal, unter ihnen wahrscheinlich an die 800 Deutsche, die hartdrogensüchtig sind. Jeder dritte verdient seinen Lebensunterhalt durch Prostitution. Amsterdamer Sozialhelfer wissen zu berichten, daß gerade Deutsche und andere Ausländer Heroin oft auf gefährliche Weise – durch Spritzen – zu sich nehmen, während die Einheimischen, vielfach Farbige aus Surinam, die Droge vorwiegend „schnupfen".

Katastrophe im Kino

AP, **Neu-Delhi**
Durch den Einsturz des Dachs eines Kinos in dem kleinen indischen Landstädtchen Bikramgandsch im Bundesland Bihar sind am Samstag vermutlich zwischen 80 und einhundert Menschen ums Leben gekommen. Das Zinndach des Kinos, in dem fast 600 Menschen einen indischen Spielfilm sahen, stürzte, von einem Orkan losgerissen, auf das Publikum.

Zahl der Opfer steigt

AP, **Belgrad**
Die Zahl der Opfer des Grubenunglücks, von dem am Dienstag die Zeche Alcksinac in Südserbien betroffen worden war, hat sich gestern auf 25 erhöht. Die jugoslawische Nachrichtenagentur Tanjug berichtete, ein weiterer Kumpel sei im Krankenhaus von Alcksinac seinen schweren Verletzungen erlegen. Fünf Bergleute schwebten noch immer in Lebensgefahr.

Gedankenschnelle Befehle

AFP, **Salt Lake City**
Ein neuartiges Kommando-System, durch das in „Gedankenschnelle" die Befehle des Piloten an seine Maschine weitergegeben werden können, wird derzeit von einem Forschungsteam der Universität des US-Bundesstaats Utah in Salt Lake City entwickelt: Hierbei wird das Gehirn des Piloten direkt mit dem Armaturenbrett verbunden, wodurch die Reaktionszeit im Gefahrenfall erheblich vermindert werden soll.

Deutscher abgestürzt

dpa, **Mombasa**
Ein Geschäftsmann aus Hamburg ist unter den sechs Personen, die am Sonnabend bei einem Flugzeugabsturz 20 Kilometer südwestlich von Mombasa (Kenia) ums Leben kamen. Das Flugzeug, eine „Cessna 185", geriet nach Augenzeugenberichten nach dem Start in Mombasa ins Trudeln und stürzte in einen Fluß. Flugziel war die tansanische Hauptstadt Daressalam.

Entführung vereitelt

dpa, **Heppenheim**
Fußgänger in Heppenheim (Kreis Bergstraße) blieben erschrocken stehen: Aus der zertrümmerten Heckleuchte eines vorbeifahrenden Autos winkte am Samstag abend aufgeregt eine Hand. Wenig später fand die Polizei das inzwischen geparkte Auto und befreite einen 30jährigen Juwelier aus Bad Homburg, der von einem 40jährigen Grafen aus München entführt worden war. Der Graf flüchtete, wurde aber inzwischen verhaftet.

Brandstiftung im Flugzeug

AP, **Toronto**
In der Toilette einer Boeing 727 der Air Canada mit 71 Menschen an Bord ist am Wochenende auf dem Flug von Toronto auf die Bermudainseln kurz vor der Landung durch Brandstiftung ein Feuer ausgebrochen. Der Brand wurde sogleich entdeckt und unter Kontrolle gebracht. Die Maschine landete sicher. Ein von den kanadischen Behörden abgeschobener Mann, der sich unter den Passagieren befunden habe, wurde unter dem Verdacht festgenommen, mit einer Zigarette Papierhandtücher entzündet zu haben.

Entführung vorgetäuscht

dpa, **Duisburg**
Die Entführung eines 14 Tage alten Jungen aus Duisburg-Rheinhausen am vergangenen Donnerstag war nur vorgetäuscht. Am Freitagabend gestand die 29jährige Mutter, den mongoloiden Säugling aus Verzweiflung über das Leiden des Kindes erwürgt und dann aus dem Haus geschafft zu haben.

ZU GUTER LETZT

„Nach dem Willen aller Beteiligten am Gesetzgebungsverfahren zum 3. Gesetz zur Änderung mietrechtlicher und mietpreisrechtlicher Vorschriften im Land Berlin stützt die Zielrichtung des Gesetzes die Auffassung, daß auch ein Bad mit Kohlebadeofen ein Bad im Sinne des Paragraphen 2 XII. BMG sein soll."